

Das Hausrecht der Fürsten von Liechtenstein

DISSERTATION

der Rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät
der Universität Zürich

zur Erlangung der Würde eines Doktors der Rechtswissenschaft

vorgelegt von

GEORG M. C. SCHMID

von

Zürich und Tamins GR

1980

genehmigt auf Antrag der Herren

Prof. Dr. Karl Siegfried Bader und Prof. Dr. Clausdieter Schott



Digitized by the Internet Archive
in 2026

Das Hausrecht der Fürsten von Liechtenstein

DISSERTATION

der Rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät
der Universität Zürich

zur Erlangung der Würde eines Doktors der Rechtswissenschaft

vorgelegt von

GEORG M. C. SCHMID

von

Zürich und Tamins GR

genehmigt auf Antrag der Herren

Prof. Dr. Karl Siegfried Bader und Prof. Dr. Clausdieter Schott

Die Rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät gestattet hierdurch die Drucklegung vorliegender Dissertation, ohne damit zu den darin ausgesprochenen Anschauungen Stellung zu nehmen.

Zürich, den 8. November 1978

Der Dekan:
Prof. Dr. J. Rehberg

Erschienen in:

Jahrbuch des Historischen Vereins für das Fürstentum Liechtenstein,
Band 78

Meinen Eltern,
meiner lieben Frau Hedi und meinen Kindern
Stephanie und Martin

VORWORT

Die Rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät der Universität Zürich hat die vorliegende Untersuchung als Doktorarbeit angenommen. Besonderen Dank schulde ich daher den Herren Professoren Dr. Karl Sigfried Bader und Dr. Clausdieter Schott sowie Herrn Professor Dr. Wilhelm Heinrich Ruoff, der mir mit manchem Rat zur Seite stand.

Seiner Durchlaucht dem regierenden Landesfürsten Franz Joseph II. von und zu Liechtenstein danke ich für die Öffnung der Archive und für das Interesse, das er meiner Arbeit stets entgegengebracht hat. Dem fürstlichen Kabinettsdirektor Robert Allgäuer und seinem Amtsvorgänger Dr. Gustav Wilhelm danke ich für die stete Hilfsbereitschaft.

Bei der Reinschrift half mir massgebend Fräulein Josy Briechle, welcher ich dafür ganz besonders verbunden bin. Meiner Gattin danke ich für ihre liebevolle Geduld.

Besonders dankbar bin ich dem Historischen Verein für das Fürstentum Liechtenstein und seinem Präsidenten Felix Marxer für die Publikation meiner Arbeit.

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
EINLEITUNG	8
I. ZUM BEGRIFF HAUSRECHT	8
II. INHALT UND ZWECK DER ARBEIT	11
III. DIE HISTORISCHEN GRUNDLAGEN FÜR DIE ENTSTEHUNG VON HAUSRECHT	12
1. Im Reich	12
2. In Niederösterreich	13
3. Beim Hause Liechtenstein	14
a) Die hochfreie Herkunft	14
b) Der Eintritt in die Ministerialität	14
c) Die Besitzungen	14
ERSTER ABSCHNITT	
Die Zeit der Teilungen	16
§ 1 Die vorhausrechtliche Periode	16
I. DER URSPRUNG DES HAUSES	16
II. DIE ERSTE ERBTEILUNG	18
III. HEINRICH I.	20
IV. DAS TESTAMENT HEINRICHS I. VON 1265	21
V. NIKOLSBURG	22
VI. DIE NACHKOMMEN HEINRICHS I.	24
§ 2 Die Periode des «fallweisen» Hausrechts und die Entstehung von Hausobservanzen (von 1386 bis zur Einführung des Seniorates 1504)	27
I. JOHANN I. UND DIE ERBEINIGUNG VON 1386	27
1. Johann I., der «Gewaltige Hofmeister»	27
2. Die Erbeinigung von 1386	28
II. DIE ZEIT NACH JOHANN I. BIS ZUR ERBEINIGUNG VON 1504	30
1. Die Erbeinigung von 1451	31
2. Die Erbteilung von 1452	31
3. Die Erbverzichte der Töchter	32

ZWEITER ABSCHNITT

Die Entstehung und Entwicklung der Unteilbarkeit und Individualerbfolge	34
§ 3 Die Periode des Seniorates (1504 — 1606)	34
I. DAS HAUS IM 16. JAHRHUNDERT	34
1. Die Steierecker Linie (die Nachkommen Heinrichs VII.)	36
2. Die Nikolsburger Linie (die Nachkommen Christophs III.)	38
3. Die Feldsberger Linie (die Nachkommen Georgs V.)	40
II. DIE SENIORATSVERFASSUNG VON 1504	43
1. Die Güter	43
a) Teilung	43
b) Sicherung	45
2. Einführung des Seniorates	46
3. Erbrechtliche Bestimmungen	47
a) Töchterverzichte bei Heirat	47
b) Die Erbverzichte bei Eintritt in den kirchlichen Dienst	48
c) Aussterben der Agnaten	48
4. Volljährigkeits- und Vormundschaftsbestimmungen	48
5. Verfahren bei Streitigkeiten	49
6. Weitere Bestimmungen	49
§ 4 Die Periode der Primogeniturerbfolge (seit 1606)	50
A Die Einführung der Unteilbarkeit und Primogenitur	50
I. DAS HAUS ZU BEGINN DES 17. JAHRHUNDERTS	50
1. Karl	50
2. Maximilian I.	56
3. Gundacker	57
II. DIE PRIMOGENITURVERFASSUNG von 1606	59
1. Die Unteilbarkeit der Hausgüter durch Errichtung eines Familienfideikommisses	61
a) Rechtsnatur des Fideikommisses	61
b) Errichtung	62
c) Gegenstand des Fideikommisses	62
d) Die Rechte am Fideikommiss	63
aa) Das Eigentum	63
bb) Besitz und Nutzung	64
aaa) Der Vorausteil des Primogenitus (die sog. Erstgeburtsgüter)	64
bbb) Die übrigen Güter	64

e)	Die Bestimmungen über die Sicherung der Fideikommissgüter im Einzelnen	65
aa)	Das Veräußerungsverbot	65
aaa)	Der Grundsatz	65
bbb)	Ausnahmen	65
bb)	Das Verpfändungsverbot	67
2.	Die Einführung der Individualsukzession in Form der Primogenitur	67
a)	Die Erbfolge nach der Regel der Primogenitur	68
b)	Die Einsetzung Karls in die Primogenitur	69
c)	Rechte und Pflichten des Primogenitus	69
aa)	Die Nutzung der Erstgeburtsgüter	69
bb)	Die übrigen Rechte und Pflichten	69
d)	Unmündigkeit des Primogenitus	70
3.	Weitere wichtige Bestimmungen	70
a)	Die Unfähigen und ihre Versorgung	70
b)	Bestimmungen betreffend Streiterledigung	71
c)	Zu widerhandlungen gegen die Erbeinigung	72
d)	Erlöschen des Mannesstammes	72
e)	Der Eid auf die Erbeinigung	72
B	Die Entwicklung des Hausrechtes nach der Erbeinigung von 1606 bis zum Untergang des Reiches 1806	73
I.	ZUR GESCHICHTE DER KARLISCHEN HAUPTLINIE	73
II.	DAS TESTAMENT DES FÜRSTEN JOHANN ADAM ANDREAS VON 1711	76
a)	Erbeneinsetzung	77
b)	Fideikommissierung von Vaduz und Schellenberg und ihre Zuweisung an Joseph Wenzel	78
c)	Die Verteilung der übrigen Güter	79
d)	Die Versorgung der Witwe	80
e)	Vormundschaftliche Bestimmungen	80
f)	Übrige Bestimmungen	80
III.	DAS TESTAMENT MARIA THERESIAS	81
IV.	DAS TESTAMENT DES FÜRSTEN HARTMANN VOM 24. DEZEMBER 1672	81
a)	Erbeneinsetzung und Verteilung der Güter	81

	Seite
b) Versorgung der Witwe	82
c) Versorgung der Töchter	82
d) Vormundschaftliche Bestimmungen	83
V. FÜRST ANTON FLORIAN (1656—1721) UND DIE KONSOLIDIERUNG DER PRIMOGENITUR	83
1. Die Verträge zwischen dem Antonianischen und dem Philippinischen Stamm	86
a) Der Tauschvertrag vom 12. März 1718	86
b) Die Vergleiche vom 20. Mai 1718 und 1. Juni 1722	87
c) Der Vergleich vom 10. Juni 1722	87
2. Die Entstehung des Fürstentums Liechtenstein und die Aufnahme in den Reichsfürstenrat	88
3. Die weiteren Regierer aus der Antonianischen Linie	91
VI. ZUR HAUSGESCHICHTE VOM ÜBERGANG DER PRIMOGENITUR AUF DEN PHILIPPINISCHEN STAMM 1741 BIS ZUM ENDE DES REICHES 1806	92
1. Fürst Joseph Wenzel Lorenz (1696 — 1772)	92
2. Fürst Franz Joseph I. (1726 — 1781)	94
3. Fürst Alois Joseph I. (1759 — 1805)	95
VII. ZUSAMMENFASSUNG	96
C Vom Untergang des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation und der Erlangung der Souveränität 1806 bis zur Einführung der Kognatenerbfolge durch das Hausgesetz von 1842	97
I. ZUR STAATSRECHTLICHEN ENTWICKLUNG LIECHTENSTEINS IN DER ERSTEN HÄLFTE DES 19. JAHRHUNDERTS	97
1. Der Rheinbund (1806—1813)	97
a) Zur allgemeinen politischen Lage	97
b) Fürst Johann Joseph I. und die Erlangung der Souveränität durch die Aufnahme in den Rheinbund	98
2. Der Deutsche Bund (1815 — 1866)	101
a) Die Aufnahme Liechtensteins	101
b) Die Verfassung von 1818	101
II. DIE HAUSRECHTLICHE ENTWICKLUNG	102
1. Zum Verhältnis Hausrecht — staatliches Recht	102
2. Das Testament des Fürsten Johann I. von 1832	104
3. Der Familienvertrag von 1842	106

	Seite
a) Die Thronfolgeordnung (ordo succedendi)	107
aa) Die agnatische	107
bb) Die kognatische	108
b) Erwerb und Verlust des Thronfolgerechtes (ius succedendi)	110
c) Übrige Bestimmungen	111
 D Die hausrechtliche Entwicklung nach 1842	 112
I. GENEALOGIE DER SOUVERÄNEN FÜRSTEN VON LIECHTENSTEIN	112
II. ZUM VERHÄLTNIS HAUSRECHT — STAATSRECHT NACH 1842	113
III. DIE ERGÄNZUNGEN DES FAMILIENVERTRAGES VON 1842	117
1. Der Vertrag von 1893	117
2. Das Gesetz vom 8. Februar 1926	118
IV. ZUSAMMENFASSUNG	119

ANHANG:

Die wichtigsten hausrechtlichen Urkunden im Wortlaut	122
1. Die Erbeinigung von 1504	122
2. Die Erbeinigung von 1606	133
3. Der Familienvertrag vom 1. August 1842	160
4. Familienvertrag vom 11. September 1893	167
5. Gesetz vom 14. März 1895	170
6. Gesetz vom 10. Dezember 1902	171
6a. Gesetz vom 8. Februar 1926	172
7. Kundmachung vom 15. März 1923	173
8. Höchstes Handschreiben vom 10. März 1926	173
9. Höchstes Handschreiben vom 20. Februar 1932	174
10. Höchstes Handschreiben vom 21. September 1950	175
Abkürzungsverzeichnis	177
I. Ungedruckte Quellen	177
II. Gedruckte Quellen	177
Literaturverzeichnis	178

I. ZUM BEGRIFF HAUSRECHT

Ein Kennzeichen des späteren Mittelalters war die Rechtszersplitterung,¹ namentlich in den heute dem Privatrecht zugeordneten Bereichen. Die schwache Zentralgewalt² und die mangelnde Gesetzgebung im Reich³ führten zur Bildung eines «Privatrechts» in engeren Verbänden (Territorien, Städten, Herrschaften, Genossenschaften), «denen allen nach der mittelalterlichen Ordnung ein Selbstgesetzgebungs-, ein Satzungsrecht für ihre Kreise zustand»⁴.

Solche «Rechtskreise innerhalb des deutschen Privatrechts»⁵ konnten auch die Familien des Herrenstandes bilden, da ihnen ein solches Satzungsrecht (sog. autonomische Satzung) im Bereiche der Familienangelegenheiten, also insbesondere im Erb-, Familien- und Güterrecht⁶ vom Reich zuerkannt wurde.

Im Rahmen dieses adligen Sonderrechtes entstanden spezifische Rechtsinstitute, die dazu dienten, Glanz und Ansehen des Hauses (*splendor familiae*)⁷ zu wahren, die Hausmacht zu stärken.⁸ Vor allem galt es, das unselige deutschrechtliche Teilungsprinzip⁹ durch geeignete Regelungen im Bereiche des Erbrechts zu überwinden, insbesondere durch die Einführung der Grundsätze der Unteilbarkeit und Individualsukzession, letztere meist in Form der Primogeniturerbfolge.

Die im 14. Jahrhundert sich anbahnende Landeshoheit bei den reichsständischen Familien¹⁰ vermag das Entstehen von Hausrecht nicht

1 Mitteis-Lieberich, 7.

2 Mitteis-Lieberich, aaO.

3 Beseler, 2. Teil, 2. Band, 12.

4 Hübner, 6.

5 Hübner, 4.

6 Ulshöfer, Zollern, 19.

7 Ulshöfer, Zollern, aaO. und dort zitierte Literatur.

8 Schulze, Fürstenrecht, 1356; die knappe Abhandlung bietet einen vorzüglichen Überblick über das Thema.

9 Beseler, 2. Teil, 2. Band, 7: «... im Allgemeinen muss sonst für gleich nahe Erben die Regel gegolten haben, die fast alle Volksrechte bei ihren Successionsordnungen voraussetzen, ... , nämlich die gleiche Berechtigung und Theilung». Vgl. auch Rauh, Band I, 10.

10 Schulze, Fürstenrecht, 1356.

allein zu erklären. Gerade das fürstliche Haus Liechtenstein ist nämlich ein sprechendes Beispiel dafür, dass auch nicht reichsständische Häuser sich ein eigenes Hausrecht schufen. Als nämlich anfangs des 18. Jahrhunderts Liechtenstein Reichsstand wurde, lebte es bereits seit über hundert Jahren mit der Primogeniturverfassung von 1606, die im wesentlichen den Abschluss der liechtensteinischen Hausgesetzgebung darstellte und in ihren Grundzügen teilweise heute noch gilt.

Deshalb kann das Recht der autonomen Satzung nicht auf die reichsständischen Häuser begrenzt werden, wie das etwa aus dem viel zu eng gefassten Begriff «Fürstenrecht» herausgelesen werden könnte (und wohl auch soll!). Es genügt eine gewisse «verfassungsmässige Stellung» im Reich, «an die man bis 1806 ausschliesslich das Teilhaben am Fürstenrecht, das Recht fürstenrechtlicher Autonomie geknüpft hatte».¹¹ Zutreffender verwendet Heffter¹² den Ausdruck «Familienrecht des hohen Adels» (gesetzlich erscheint aber der Begriff «hoher Adel» erstmals in der Deutschen Bundesakte von 1815, für frühere Zeiten muss er jedesmal definiert werden),¹³ Moser¹⁴ spricht sogar von «Familienstaatsrecht», worin die staatsrechtliche Bedeutung des Hausrechtes zum Ausdruck kommt¹⁵.

Ein allgemeines Hausrecht als subsidiäre Rechtsquelle existierte nicht.¹⁶ «Gemein» war nur die Rechtsetzungsbefugnis, nicht aber das materielle Recht,¹⁷ das jedes Haus, als «Herr über sein Recht», «ohne Rücksicht auf anderer Ansicht und Rechtsgrundsätze»¹⁸ nach eigenem Gutdünken erlassen konnte. Soweit ein Haus indessen von seiner Rechtsetzungsbefugnis keinen Gebrauch machte, galten auch für es die gewöhnlichen Rechte, d.h. Land- und Lehenrecht, später das gemeine Recht,¹⁹ nach 1806 die verschiedenen Landesgesetze.²⁰

11 Dungern, Glossen, 59.

12 Heffter, 40.

13 Dungern, Glossen, 28.

14 Johann Jacob Moser: Familien-Staatsrecht Derer Teutschen Reichsstände. 2 Teile. Frankfurt und Leipzig 1775.

15 Vgl. zu dieser Thematik Rehm, 5 f.

16 Dungern, Glossen, 54.

17 Dungern, Glossen, 146.

18 Dungern, Glossen, 54.

19 Heffter, 39.

20 Dungern, Glossen, 54.

Wohl entwickelten die einzelnen Häuser viele übereinstimmende Rechtsinstitute, die indessen keine allgemeine Rechtsverbindlichkeit erlangten. Hausrecht war nur, was das Haus kraft seiner Autonomie selber bestimmte.

Die Frage nach dem Träger der Hausgesetzgebung bildete im 19. Jahrhundert Gegenstand gelehrter Kontroversen.²¹ Nach der Korporationstheorie (vor allem vertreten von Beseler und Gierke) kam den Familien des hohen Adels Rechtspersönlichkeit zu, ihrem Oberhaupt somit lediglich Organstellung. Andere²² lehnten die Konstruktion einer iuristischen Persönlichkeit ab und betrachteten das Familienoberhaupt als Inhaber der Satzungsgewalt. Für Liechtenstein stellt sich das Problem kaum, da, wie zu zeigen sein wird, das Haus sich nach der Erb-einigung von 1606 als eigentumsfähige Rechtspersönlichkeit darstellte. Die liechtensteinischen Hausrechtsnormen kamen ausserdem immer unter Mitwirkung sämtlicher Agnaten zustande.

Hausrechtsnormen waren objektives, auch Dritte bindendes Recht.²³ Begrenzt war dieses Satzungsrecht durch die Reichs- und Landesverfassung, die Reservatrechte des Kaisers, dann die rechtliche Beschaffenheit des Gegenstandes der Verfügung sowie wohlerworbene und gesetzlich unentziehbare Rechte Dritter.²⁴ Ausserdem sollte das Hausrecht nicht über seinen Zweck, die Erhaltung des splendor familiae, hinaus-schiessen.²⁵

Hausrecht bildete sich in den einzelnen Adelsfamilien nur allmählich. Zuerst richtete sich auch der Herrenstand nach dem gewöhnlichen Landrecht.²⁶ Dann, bis ins 14. Jahrhundert hinein, wurde in zahlreichen

21 Vgl. Hübner, 110 und 336.

22 Z. B. Stobbe und Heusler (siehe Hübner aaO.).

23 Hübner, 109. — Bei unbefugter Veräusserung hausrechtlich gebundener Güter konnten die nach Hausrecht Anwartschaftsberechtigten die Sache von jedem Dritten mit Revokationsklage zurückverlangen (vgl. Hübner, 336).

24 Vgl. hierzu Scholly, 3. — Beispielsweise konnten die kurfürstlichen Häuser bezüglich der Kurlande keine der Goldenen Bulle von 1356 entgegenstehenden Sukzessionsnormen erlassen (es galt Primogeniturerbfolge; vgl. Klank, 5 ff).

25 Hübner, 110: «Daher bezogen sich die Sätze des Privatfürstenrechts im wesentlichen auf Erbfolge, Mitgliedschaft im Hause, Ebenbürtigkeit und Miss-heirat, Ausstattung der Frauen und nachgeborenen Söhne, Vormundschaften, Familienfideikomisse u. dgl.».

26 Schulze, Fürstenrecht, 1356; derselbe, Erb- und Familienrecht, 18 ff.

Einzelfällen vom Landrecht abweichend verfügt (vgl. insbesondere die Töchterverzichte). In dieser Zeit bestand das Hausrecht «aus einem Bündel einzelvertraglicher Regelungen, die immer nur für einen konkreten Fall vereinbart wurden»,²⁷ die sich mit der Zeit allerdings zu Gewohnheitsrecht, sog. Hausobservanzen,²⁸ verdichten konnten. Die Hausrechtsquellen dieser Zeit bilden zahlreiche Familienurkunden: Eheverträge, väterliche Dispositionen, Teilungsverträge, Erbverzichte, usw.

Im 14. Jahrhundert setzt die Bildung eigentlicher Hausgesetze ein.²⁹ Diese sollen, über den konkreten Anlass hinaus (meist eine bevorstehende Erbteilung), «ewig» gelten, d. h. es sind generell-abstrakte Normen, die für alle hausrechtlichen Verhältnisse der Zukunft gelten sollen.³⁰ Die Bezeichnung als «Hausgesetz» oder «Familiengesetz» ist allerdings nicht die Regel und erst später anzutreffen. Die ersten «Hausgesetze», gelegentlich bereits Kodifikationen des gesamten Hausrechts, erscheinen in der Form von Testamenten (mit agnatischer Zustimmung) oder Verträgen unter den Agnaten (sog. Erbeinigungen).³¹

Hausrecht ist somit der Inbegriff derjenigen Normen, die von mit bestimmten Herrschaftsrechten ausgestatteten Adelshäusern³² autonom gesetzt wurden mit dem Ziel, Macht und Ansehen des Hauses (*splendor familiae*) zu wahren und zu mehren.³³

II. INHALT UND ZWECK DER ARBEIT

Vorliegende Arbeit will die Entwicklung dieses adligen Sonderrechts im fürstlichen Hause Liechtenstein anhand der wichtigsten Urkunden untersuchen. Art. 3 der geltenden Staatsverfassung von 1921 des Fürstentums Liechtenstein³⁴ rechtfertigt, das Hauptaugenmerk auf die staatsrechtlich relevanten Teile des Hausrechtes zu richten, ohne aber die übrigen Teile gänzlich beiseitezulassen. Das Haus Liech-

27 Ulshöfer, Zollern, 19.

28 Heffter, 40; Schulze, Fürstenrecht, 1356.

29 Hübner, 109; Schulze, Fürstenrecht, 1356.

30 Ulshöfer, Zollern, 20.

31 Synonym: Erbvereinigung, Erbsunion.

32 Herrenstand, an dessen Spitze die reichsständischen Häuser; nach 1806 die souveränen und mediatisierten (Standesherrn) Häuser.

33 Steger, 42.

34 Siehe hinten, Seite 116.

tenstein ist dank seiner staatsrechtlichen Stellung das einzige der ehemals reichsständischen Häuser, dessen Hausrecht nach wie vor von öffentlich-rechtlicher Bedeutung ist. Die Untersuchung verfolgt somit neben dem rechtshistorischen Ziel in beschränktem Masse auch ein aktuell-staatsrechtliches, indem sie Grundlage und Anreiz bilden soll, das gegenwärtige Verhältnis Hausrecht — staatliches Recht zu untersuchen.

III. DIE HISTORISCHEN GRUNDLAGEN FÜR DIE ENTSTEHUNG VON HAUSRECHT

1. Im Reich

Die mittelalterlichen Erbfolgeordnungen kannten die Erbfolge in Sondervermögen mit Teilung unter den Erbberechtigten, wobei der Mannesstamm den Frauen allgemein vorging.³⁵ Kannte das germanische Recht noch keine gewillkürte Erbfolge,³⁶ so kamen im Mittelalter bereits Vergabungen von Todes wegen in Gebrauch, die, über blossen Vergabungen zum Heil der Seele (Seelgeräte) hinaus, nun auch zugunsten Verwandter und Ehegatten erfolgen konnten.³⁷ Von Testierfreiheit kann allerdings zu dieser Zeit noch nicht die Rede sein, da vor allem die anwartschaftlichen Rechte der Kinder freie Verfügungen über Immobilien stark einschränkten.

Der Adel war diesem deutschen Erbrecht ebenfalls unterworfen, auch in Bezug auf die Nachfolge in herrschaftliche Rechte. Fortgesetzte Erbteilungen konnten aber verheerende Folgen haben. So haben beispielsweise die karolingischen Reichsteilungen das Reich Karls des Grossen in einem Jahrhundert zugrunde gerichtet.³⁸ Als einziger germanischer König führte der Vandalenherrscher Genserich Unteilbarkeit und Individualerbfolge (in Form des Seniorates) ein.³⁹ Dieses älteste

35 Damit waren aber die Frauen nicht gänzlich ausgeschlossen (wie nach dem Grundsatz der *Lex Salica*; Schulze, *Fürstenrecht*, 1353) und die Töchter erbten neben den Söhnen oft zu gleichen Teilen.

36 Conrad, Band 1, 161.

37 Conrad, Band 1, 420.

38 Rauh, Band 1, 9. Ebenda, 10 f., werden die üblen Folgen des Teilungsprinzips für das Haus Waldburg beschrieben.

39 Schulze, *Hausverfassung*, 341 ff.

mittelalterliche Hausgesetz⁴⁰ machte indessen keine Schule. Erst mit der Goldenen Bulle von 1356 wurden jene Grundsätze wieder aufgenommen, allerdings beschränkt auf die Kurlande.⁴¹ Auch die übrigen fürstlichen Häuser hatten inzwischen ihre Hoheitsrechte zu eigentlichen Landesherrschaften verdichtet, gefördert durch den im 12. Jahrhundert sich durchsetzenden Leihezwang⁴² und das Statutum in favorem principum.⁴³ Sie erstrebten eine Angleichung ihrer Rechte an diejenigen der Kurfürsten.⁴⁴ Diese Entwicklung bei den grossen Dynastengeschlechtern beeinflusste nun auch die Familienpolitik weniger bedeutender Herrenhäuser (auch von Ministerialen, die zum Herrenstand zählten und, wie später Liechtenstein, gar zum Reichsfürstenstand aufstiegen).

2. In Niederösterreich

Die altadligen Geschlechter starben seit Beginn des 12. Jahrhunderts schnell und fast vollständig aus.⁴⁵ Mit den übriggebliebenen bildeten seither die Ministerialen den Herrenstand.⁴⁶ Aber auch aus politischen Gründen vermochten die Ministerialen in Österreich eine bedeutendere Stellung zu erreichen als im übrigen Reich, besonders im 13. Jahrhundert.⁴⁷ Die hochfreie Herkunft vieler niederösterreichischer Ministerialen, die ihre persönliche Freiheit und Schöffenbarkeit durch den Eintritt in die Ministerialität nicht verloren, bildete einen weiteren Grund für ihre hervorragende Stellung.⁴⁸ Die Dienstmänner des Herzogs be-

40 Schulze, Erstgeburt, 31.

41 Rauh, Band 1, 10 f. Ausführlich Klank, 4 ff.

42 Conrad, Band 1, 309.

43 Rauh, Band 1, 10.

44 Österreich sogar mit einer Fälschung, dem sog. Privilegium maius von 1358/59, das dem Herzog von Österreich für seine Lande Unteilbarkeit und Primogeniturerbfolge zubilligte (Conrad, Band 1, 312).

45 Dugern, Herrenstand, 149.

46 Bruckmüller, 1.

47 Dopsch, 238. — In diesem Zusammenhang ist hinzuweisen auf den Aufstand der Ministerialen zu Beginn der Regierung des letzten Babenbergers, Friedrich II. des Streitbaren (1230 — 1246), gegen die bereits vom Vater Friedrichs verfolgte Politik, eine unbeschränkte landesfürstliche Macht aufzurichten (Görlich, 44 f.).

48 Planitz-Eckhardt, 163; ebenda wörtlich: «Nur die Ministerialität als Institution stammt also aus der Unfreiheit; die Ministerialenfamilien als solche sind grossenteils edelfreier Herkunft».

sassen alle wichtigen Herrschaftsrechte, die vom Reich stammten,⁴⁹ als Schloss, aktive Lehensfähigkeit (sie hatten Ritter), Vogtei, Gerichtsbarkeit und Wildbann.⁵⁰ Ihr Bestreben, wie die Grossen des Reiches ihre Herrschaftsrechte auszubauen und zu sichern, u. a. auch durch hausrrechtliche Bestimmungen, erscheint so verständlich.

3. Beim Hause Liechtenstein

a) Die hochfreie Herkunft

Der erste nachweisbare Namensträger ist Hugo.⁵¹ In einer der insgesamt sieben Urkunden, in denen er mit dem Namen Liechtenstein zwischen 1133 und 1142 genannt wird, tritt er als Zeuge einer Schenkung auf, und zwar steht er in der Zeugenreihe zwischen den Hochfreien Hertnid und Konrad von Traisen und Hadmar von Kuffern.⁵² Hieraus kann auf hochfreie Herkunft geschlossen werden.⁵³

b) Der Eintritt in die Ministerialität

Wann und weshalb dieser erfolgte, ist unbekannt, jedenfalls eine Erscheinung, die bei vielen edelfreien Geschlechtern im 12. Jahrhundert nachweisbar ist.⁵⁴

In einer Urkunde Herzog Leopolds V. von 1183 erscheint Friedrich I. von Liechtenstein in der Zeugenreihe unter der Rubrik «de ministerialibus nostris».⁵⁵ Der Eintritt in die Ministerialität war also 1183 bereits vollzogen.

c) Die Besitzungen

Die ausgedehnten und zahlreichen Besitzungen, mit denen das Haus Liechtenstein bereits bei Beginn seines geschichtlichen Auftretens begütert erscheint, weisen auf seine grosse Bedeutung hin. Die Eigengüter an der Zaya dürften allein ca. 4'000 ha (30—40 Königshufen) betragen haben.⁵⁶

49 Bruckmüller, 35.

50 Bruckmüller, 2.

51 Falke, I, 16.

52 FRA² 4 n. 635. — Jenne.

53 Mitscha-Märheim, 22.

54 Mitscha-Märheim, 22, Anm. 5.

55 Jenne.

56 Mitscha-Märheim, 28.

Die Liechtensteiner erscheinen somit als bedeutende Ministerialen⁵⁷ in Niederösterreich, die seit dem 12. Jahrhundert zum Herrenstand gehören.⁵⁸ Durch den Hofdienst, in dem sie bald die höchsten Stellungen erreichen, nähern sie sich der Position der freien Grafen⁵⁹ und sind unter Herzog Leopold VI. (1198—1230) dem höchsten weltlichen Stand zuzuordnen.⁶⁰ Damit scheinen die Voraussetzungen für die Entstehung eines eigenen Hausrechtes gegeben.

57 Mitscha-Märheim, 22.

58 Gutkas, Teil 1, 55.

59 Gutkas, Teil 1, 48.

60 Gutkas, Teil 1, 51.

Die Zeit der Teilungen

§ 1 Die vorhausrechtliche Periode

I. Der Ursprung des Hauses

Zwei neuere Untersuchungen behandeln die Frage nach dem Ursprung des Hauses Liechtenstein. Gustav Wilhelm hat einen Zusammenhang mit den Herren von Donauwörth gesehen, Mitscha-Märheim mit den Babenbergern. Auf beide Hypothesen ist hier nicht näher einzutreten.

Der erste Namensträger ist Hugo, der zwischen 1133 und 1142 in sieben urkundlichen Nachrichten erwähnt wird, sechsmal als Zeuge, einmal als Schenkgeber eines Lehens Prumsendorf an das Stift Klosterneuburg.^{1, 2} Er ist identisch mit einem Hugo von Kranichberg,³ dem 1142 König Konrad III. Petronell zu Eigen gibt.⁴ Die Untersuchung Mitscha-Märheims bietet nun aber nicht nur für die Vorfahren Hugos, sondern auch für dessen Deszendenz Neues. Er schliesst die Lücke zwischen Hugo und der bisher als folgenden betrachteten Generation mit einem Dietrich.⁵ Dieser soll in die folgende Übersicht einbezogen werden, die im übrigen den bisherigen Anschauungen folgt⁶ und die weiteren Abweichungen Mitscha-Märheims, da für die vorliegende Arbeit unerheblich, nicht berücksichtigt.

Es ist indessen darauf hinzuweisen, dass die Deszendenz Hugos noch keineswegs gesichert ist; erst ab der dritten Generation nach Hugo, der auch Heinrich I., der Stammvater der heutigen Liechtensteiner, angehört, sind die verwandtschaftlichen Zusammenhänge im wesentlichen bis heute lückenlos gesichert.

1 Falke I, 16 ff.

2 Alle Urkunden bei Jennc; sechs davon, jene aus dem Klosterneuburger Saalbuch: FRA² 4 n. 165, 192, 315, 620, 622, 635.

3 Mitscha-Märheim, 24.

4 Siehe Hirsch, der auch das Originaltranssumpt im Wortlaut bringt.

5 Mitscha-Märheim, 44 f.

6 Wilhelm, Stammtafel 1.

Hugo, der, wie bereits erwähnt, hochfreier Herkunft ist, nennt sich nach der Burg Liechtenstein bei Mödling, ca. 25 Kilometer südlich von Wien,⁷ die als Stammsitz des Hauses gilt.⁸

Bemerkenswert sind die Klostereintritte dreier Töchter aus der dritten Generation nach Hugo, die jedesmal von bedeutenden Schenkungen von Lehen an das Stift Klosterneuburg begleitet sind.^{9, 10} Diese Häufung von Klostereintritten in einer Generation verbunden mit der Tatsache, dass keine weltlich gebliebenen Töchter bekannt sind, könnte darauf hinweisen, dass man die Töchter von der Erbteilung ausschliessen wollte. Dies würde auch die bedeutenden Schenkungen an das Kloster erklären. Die vorhandenen Quellen hierzu sind indessen so dürftig, dass diese Hypothese nicht weiter gestützt werden kann. Gegen sie spricht auch, dass die Versorgung in der Kirche im Hause Liechtenstein in der Folge nie Bedeutung erlangt hat.¹¹

Ein gemeinsamer Ursprung des Hauses Liechtenstein mit anderen des gleichen Namens, auch mit dem steirischen Ministerialengeschlecht Liechtenstein-Murau, ist nicht nachgewiesen.¹²

II. DIE ERSTE ERBTEILUNG

Schon in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts dürfte unter den Erben in der 2. und 3. Generation nach Hugo eine Teilung erfolgt sein, wodurch «der liechtensteinische Besitz im Süden der Donau mitsamt der Stammburg Liechtenstein selbst, da weder die Dietriche von Rohrau noch die Alberte von St. Petronell männliche Erben hinterliessen, aus der Hand der Familie gekommen, während ihre norddanubischen Eigengüter, der einzigen überlebenden Linie des Hauses, jener Heinrich I., erhalten blieben».¹³ Somit ist die Annahme unzutreffend, Burg Liechten-

7 Wilhelm, Stammtafeln, Vorbemerkung.

8 Falke I, 16.

9 Falke I, 19 f., 25, 28 f.

10 Jenne; FRA² 4 n. 603, 428, 401.

11 Liechtenstein, 4.

12 Falke I, 8 ff.; daselbst dennoch S. 55—276 die Geschichte des Hauses Liechtenstein-Murau, alter Tradition folgend, wohl auch weil es mit dem fürstlichen verschwägert ist. Zu diesem steirischen Hause gehört auch der bekannte Minnesänger Ulrich von Liechtenstein (1200—1275). Das Haus erlischt 1619 mit dem Tode Ottos VIII.

13 Mitscha-Märheim, 25.



Stamburg Liechtenstein bei Mödling, nach welcher das Haus benannt wird.

stein sei Heinrich I. zugefallen,¹⁴ obwohl er sich meist danach bezeichnet und seine Linie den Namen allein weiterführt.

III. HEINRICH I.

Heinrich I. ist der Stammvater aller späteren Liechtensteiner.^{15, 16} Erstmals erwähnt 1233, ist er auch der erste Liechtensteiner, der nicht nur eine eigene Geschichte hat, sondern auch in der Geschichte Niederösterreichs eine gewisse Rolle spielt.¹⁷ Er steht politisch und militärisch im Dienst der Herzoge von Österreich.¹⁸ Als Landeshauptmann und oberster Landrichter der Steiermark¹⁹ bekleidet er höchste Ämter im Lande.

Die erwähnte erste Erbteilung bringt Heinrich die Güter im Norden der Donau mit dem Hauptsitz (Neu-)Lichtenwarth,²⁰ die stets freies Eigen der Liechtensteiner waren.²¹ Am 14. Januar 1249 schenkt Markgraf Premysl Ottokar von Mähren (seit 1251 Herzog von Österreich, seit 1253 König von Böhmen) Heinrich I. und seinen Erben beiderlei Geschlechts die bedeutende mährische Herrschaft Nikolsburg zu freiem Eigen.²² Heinrich scheint noch im selben Jahr die Residenz nach Nikolsburg verlegt zu haben und nennt sich auch danach.²³ Der Name bleibt in der Folge dem Hause und dient ihm auch zur Unterscheidung von den steirischen Liechtensteinern.

Heinrich I. stirbt um 1265/66.

14 Falke I, 279.

15 Falke I, 279.

16 Mitscha-Märheim, 25.

17 Falke I, 30.

18 Falke I, 280 ff.: Zuerst beim letzten Babenberger, Friedrich II., dann beim Premysliden Ottokar II. seit 1251.

19 Falke I, 295.

20 Mitscha-Märheim, 26; ebenda, 25, erwähnt das Siegel, das Heinrich I. als «von Lichtenwarth» ausweist.

21 Mitscha-Märheim, 27.

22 Falke I, 289 ff.; Urkunde abgedruckt bei Jenne sowie bei Dobner, Mon. hist. Boëmia IV 262.

23 Falke I, 290.

IV. DAS TESTAMENT HEINRICHS I. VON 1265

Zum besseren Verständnis diene folgende Übersicht der Nachkommenschaft Heinrichs.²⁴

Das Allodialvermögen in Österreich wird halbiert. Die eine Hälfte erhalten die Kinder der ersten Gattin Diemut, die andere jene der zweiten Gattin Mechthild (die Existenz einer dritten Gemahlin Elisabeth ist nicht gesichert; sie wird im Testament nicht erwähnt): « summa divisa in duas partes equales, unam partem accipiat Fridericus filius meus et Margaretha et Diemudis sorores ipsius uterine, alteram partem accipiant pueri mei, quos ex domina Mehthildi habeo vel habebo . . . ».²⁵ Stirbt eines der Kinder, so soll sein Anteil nur den Vollgeschwistern anwachsen.

Von den Kindern Diemuts erhält Friedrich I. Rabenstein, Margaretha Schloss Reichenberg, Diemut²⁶ Chrischenstetten. Für die Kinder Mechthilds erfolgt keine Zuteilung im Einzelnen. Sie erhalten die Schlösser Lichtenwarth und Wrinz. Die Lehen sollen unter den Söhnen gleichmässig aufgeteilt werden: «Volo etiam, quod filii mei me defuncto feodalia omnia inter se equaliter dividant».²⁷

Dies sind die wichtigsten Bestimmungen des Testaments. —

Der Inhalt des Testaments entspricht durchwegs dem geltenden Land- und Lehenrecht. Die allodialen Güter folgen dem landrechtlichen Teilungsprinzip, das in dieser Zeit (bis ca. Anfang 14. Jahrhundert) noch keinen (allgemeinen) Vorzug der Agnaten kennt;²⁸ die Lehen dem Prinzip der agnatischen Deszendenterbfolge nach deutschem Lehnrecht.²⁹

Es sei noch darauf hingewiesen, dass Testamente aus dieser Zeit nicht mit den späteren römischrechtlichen verwechselt werden dürfen: es fehlt die *heredis institutio*, die Erbeneinsetzung. Es sind «formlose

24 Wilhelm, Stammtafeln. Die in dieser Arbeit jeweils gebotenen Ausschnitte aus den Stammtafeln dienen nur dem besseren Verständnis des jeweiligen Abschnittes.

25 Falke I, 509 f; ebenda 509 ff. ganze Urkunde abgedruckt, ebenso bei Jenne. Zum Inhalt des Testaments vgl. Falke I, 299 ff.

26 Ihr Gatte ist Otto von Liechtenstein-Murau. Es ist dies die erste bekannte Verbindung der beiden Häuser.

27 Falke I, 510.

28 Schulze, Erb- und Familienrecht, 46.

29 Schulze, Erb- und Familienrecht, 35.

Verordnungen»,³⁰ die das Erbe unter die durch Land- und Lehenrecht bereits bestimmten Erben aufteilen.

V. NIKOLSBURG

Im Testament von 1265 wird Nikolsburg nicht erwähnt. Da Heinrich I. die Besitzung 1249 zu Eigen erhalten hatte (vgl. vorne unter III.), sollte sie unter dem Allodialvermögen erscheinen, das im Testament einzeln aufgeführt ist. Es scheint aber in der Zeit zwischen der Schenkung und der Abfassung des Testaments einige Schwierigkeiten gegeben zu haben. Die Schenkung war offenbar nicht unbestritten geblieben, was schon daraus hervorgeht, dass sie im gleichen Jahr nochmals bestätigt wurde,³¹ ebenso 1262: « . . . una cum suis heredibus utriusque sexus . . . , perpetuo teneat, proprietatis nomine pleno iure et libertate perfecta, . . . ».³² Nach dem Tode Heinrichs I. kommt Nikolsburg an dessen ältesten Sohn, Friedrich I., nunmehr Haupt des Hauses.³³ Merkwürdigerweise erscheint nun aber Nikolsburg in einer Urkunde vom 6. Mai 1277 als Lehen und nicht mehr als Eigen. Es handelt sich dabei um einen Vertrag zwischen König Rudolf von Habsburg und König Ottokar von Böhmen, worin u. a. festgehalten wird: « . . . Nicolspurch, in cuius possessione F (= Fridericus) de Liechtenstain, cuius feudum esse dinoscitur, permanebit pacifice et quiete ».³⁴ In dem Vertrag verpflichtet sich König Rudolf, die in seinem Streit mit König Ottokar eroberten böhmischen und mährischen Schlösser letzterem wieder zurückzugeben, ausser Nikolsburg, das er als Lehen Friedrichs anerkennt.³⁵ Wann und wie Nikolsburg Lehenseigenschaft erhielt, ist nicht auszumachen. Jedenfalls musste dies vor 1277 geschehen sein, da im genannten Verträge ja nur die, bereits vorhandene, Lehensqualität bestätigt wird. Sollte Nikolsburg aber bereits vor dem Testament, also vor 1265, Lehen gewesen sein, so wäre es mit der Testamentsbestimmung über die Lehen miterfasst. Gehörte es indessen noch zum Allo-

30 Schulze, Erb- und Familienrecht, 65.

31 17. November 1249, Falke I, 290 mit Druckort; Jenne.

32 Jenne.

33 Falke I, 304.

34 Jenne, da als Druckort MGH IV., 413 ff.

35 Falke I, 305 f.

Heinrich I.

Von Diemut

Friedrich I.
 erstmals genannt 1264
 gest. 1290/91
 verm. vor 1265 Agnes
 v. Hintberg-Ebersdorf

Margarethe
 verm. mit Otto
 v. Perchtoldsdorf

Diemut
 verm. mit Otto
 v. Liechtenstein-Murau

Friedrich II.
 verm. vor 1297
 mit Kunigunde
 gest. zwischen 1300
 und 1305

Agnes
 genannt 1310 als
 Gattin des
 N. v. Plankenstein

Katharina
 verm. mit Heinrich
 v. Hakenberg
 gest. 1374

Elisabeth
 verm. mit
 Otto v. Kiau

Von Mechthild

Kunigunde
 verm. mit
 Otto v. Gutrat

Heinrich II.
 verm. vor 1276 mit
 Petrisa v. Zelking
 gest. nach 1314

Hartnoid I.
 gest. 1277

Brigitte
 verm. mit Wichard
 v. Baumgarten

Führt das Haus fort.
 (siehe Tafel Seite 25)

dialvermögen, so könnte seine Nichterwähnung im Testament höchstens damit erklärt werden, dass für Nikolsburg, als dem Wohnsitz des bisherigen Hauptes des Hauses, bereits eine (hausrechtliche) Sonderregelung bestand.³⁶

Weitere Anhaltspunkte für diese Hypothese fehlen jedoch, weshalb die Frage offen bleiben muss.

VI. DIE NACHKOMMEN HEINRICHS I.

Von Bedeutung für das Haus ist nur Heinrich II., der gleichzeitig auch als einziger der Söhne Heinrichs I. ein historisches Gewicht hat. 1278 nahm er entscheidend Anteil an der Schlacht bei Dürnnkrut.³⁷ Er ist der jüngste der Brüder und pflanzt das Geschlecht fort. 1279 erscheint er — obwohl noch zu Lebzeiten Friedrichs I. — im Besitze von Nikolsburg, was aus einer Urkunde hervorgeht, womit ihm Kaiser Rudolf für Nikolsburg ein Privileg über einen Wochenmarkt erteilt.³⁸ Friedrich I., der älteste Sohn, hinterlässt einen Sohn, Friedrich II., und eine Tochter. Seine Linie erlischt mit den Töchtern Friedrichs II., Katharina und Elisabeth.

Katharina vermacht 1369 alle ihre Güter ihren Vettern aus der Linie Heinrichs II. Hartneid I. stirbt bereits 1277 unvermählt. Die vier Töchter vermählen sich alle, womit die ihnen durch das Testament von 1265 zugefallenen Güter dem Hause Liechtenstein verlorengehen.

Heinrich II. hinterlässt nur einen Sohn, Hartneid II., der damit zum neuen Stammhalter wird. Über die Tochter Elisabeth ist nichts näheres bekannt, ebensowenig über eine allfällige Erbteilung unter den zwei Geschwistern. Hartneid II. wird erstmals genannt 1310 und stirbt 1350. Als Lehensmann König Johannis von Böhmen für Nikolsburg kämpft er auf dessen Seite gegen die Herzoge von Österreich. Für in diesem Krieg entstandene Verluste belehnt ihn König Johann mit Schloss Maidburg (Magdeburg) in Böhmen; ausserdem erhält er verschiedene Privilegien seine böhmischen Besitzungen betreffend.³⁹ Damit wird der Nikolsburger Besitzstand wesentlich erweitert.

36 Diesen Hinweis verdanke ich Dr. Wilhelm.

37 Falke I, 308.

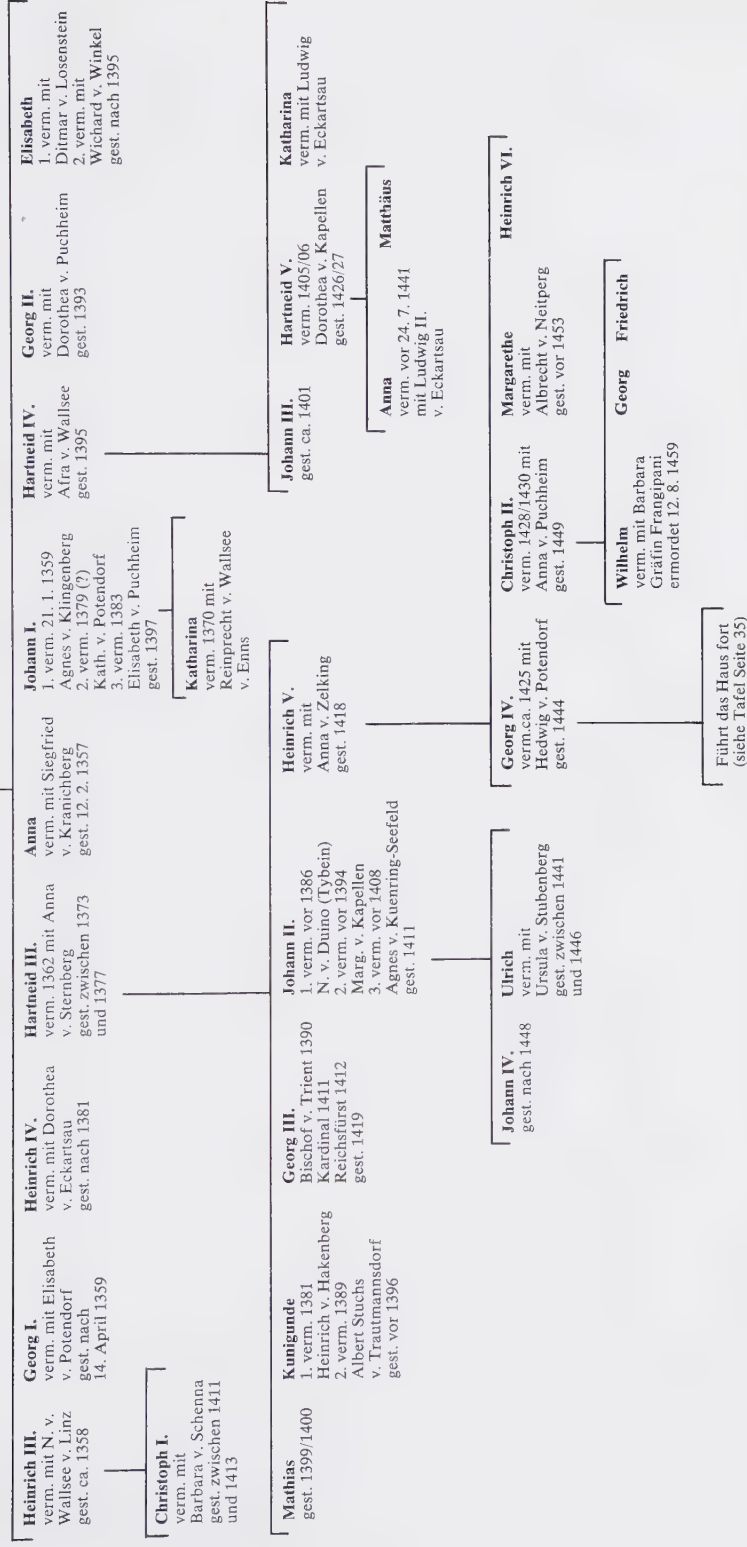
38 Jenne; Falke I, 308 f.

39 13. Januar 1334, erneut 1348. Vgl. Falke I, 322 und 324; Jenne.

Heinrich II.

Hartneid II.

1. Gem. ca. 1315 ??
 2. Gem. ca. 1330
- Agnes v. Hainzel
(gest. 7. 12. 1353)
gest. 1350



In welcher Weise der Nachlass Hartneids II. unter seine sieben Söhne und zwei Töchter aufgeteilt wurde, ist hier nicht näher untersucht worden, da weder ein Testament noch irgendwelche Teilungsurkunden bekannt sind. Jedenfalls aber erscheint bereits 1366 Johann I. im Besitz Nikolsburgs, da ihm Markgraf Johann von Mähren daselbst den Jahrmakrt bestätigt.⁴⁰

Mit dieser ersten Generation nach Hartneid II. beginnt nun erst eigentlich die Zeit, die für diese Arbeit von besonderem Interesse ist. Die starke Hand Johanns I. führt das Haus nicht nur zu wesentlich grösserer Bedeutung als bisher, sondern vermag auch alle Glieder desselben zusammenzuhalten. Unter ihm beginnt das agnatische Prinzip erstmals Form anzunehmen in der Erbeinigung von 1386. Von jetzt an kann auch von «Haus» im Sinne des agnatischen Blutsverbandes gesprochen werden, zu dem nur noch die durch Männer verwandten Männer zu zählen sind. Wohl gelingt es ihm noch nicht, das agnatische Erbfolgeprinzip vollständig durchzusetzen, ebensowenig das Prinzip der Unteilbarkeit. Doch werden die wichtigsten Hausangelegenheiten hinfort unter Zuziehung der Agnaten, und zwar aller, geregelt, während die Töchter entschieden in den Hintergrund treten, teilweise auch bereits Erbverzicht leisten.

Die überragende Gestalt Johanns I. sowie seine Leistungen können kaum überbewertet werden. Da mit ihm eine neue Ära beginnt, soll die Nachkommenschaft Hartneids II., soweit sie für die Folgezeit wichtig ist, im nächsten § behandelt werden. —

Die bisher behandelte Zeit bringt keinerlei Anhaltspunkte, die auf eine hausrechtliche Sonderregelung (das Problem Nikolsburg vorbehalten) hinweisen. Das Haus erscheint noch nicht als agnatischer Verband, die Töchter erben gleichberechtigt mit den Söhnen. Töchterverzicht fehlen. Land- und Lehenrecht kommen voll zum Zuge.

40 Falke I, 335.

§ 2 Die Periode des «fallweisen» Hausrechts und die Entstehung von Hausobservanzen (von 1386 bis zur Einführung des Seniorates 1504)

I. JOHANN I. UND DIE ERBEINIGUNG VON 1386

1. Johann I., der «Gewaltige Hofmeister»

Unter den Söhnen Hartneids II. sind allein von Bedeutung Johann I., Hartneid IV. und Georg II. In Haus- und Landesangelegenheiten treten sie oft zusammen auf, vor allem seit 1370.⁴¹ In der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts bilden sie die eigentliche Vertretung des Hauses. Unter ihnen ragt Johann I. weit hervor. Von den älteren Brüdern ist Hartneid III. zu erwähnen, der das Geschlecht fortpflanzt.

1368 dürfte Johann zum Hofmeister Herzog Albrechts III. ernannt worden sein.⁴² 1370 wurde er Mitglied jener fünfköpfigen Kommission, der die Herzoge Albrecht III. und Leopold III. für einige Jahre die Finanzverwaltung ihrer Lande übergaben, von dieser Massnahme wohl eine Sanierung ihrer misslichen Finanzlage erhoffend; damit traten sie der Kommission faktisch die Regierungsgewalt ab.⁴³ Hieraus erhellt Stellung und Bedeutung Johanns, vorab aber das Vertrauen, das ihm die beiden Herzoge von Österreich entgegenbrachten. Mit zahlreichen Darlehen half er ihnen ausserdem aus manchen finanziellen Schwierigkeiten.⁴⁴ 1377 erhält er vom Markgrafen Jobst von Mähren, 1380 von König Wenzel von Böhmen Bestätigungen betreffend die mährischen Besitzungen des Hauses.⁴⁵ Daraus geht hervor, dass er, noch zu Lebzeiten seines älteren Bruders Heinrichs IV., als das Haupt der Familie betrachtet wurde.⁴⁶ Im Jahre 1395 wird er von Herzog Albrecht für seine Gattin, Elisabeth von Puchheim, und ihre Erben beiderlei Geschlechts mit einem Teil an Stadt und Herrschaft Feldsberg belehnt.⁴⁷

41 Falke I, 327 und 335; sie wurden auch oft zusammen belehnt: z.B. 1376 mit Stadt und Feste Traburg (Falke I, 341), 1389 Feste Lundenburg und 1394 Schloss und Markt Dürnholz (Falke I, 368; Urkunden jeweils bei Jenne).

42 Falke I, 335 f.

43 Falke I, 337 f.

44 Falke I, 340 f., 344 f.

45 Falke I, 335; Jenne.

46 Falke I, 345.

47 Falke I, 363 (aus der Ehe geht indessen nur eine Tochter, Katharina, hervor).

Ab 1386 scheint die Verbindung zum Hause Luxemburg in Böhmen wieder enger geworden zu sein.⁴⁸

Johann I. vergrösserte den liechtensteinischen Besitz gewaltig durch Erbschaft, Belehnungen, vor allem aber durch Käufe «mit Hilfe seiner Sparsamkeit und klugen Verwaltung».⁴⁹ Eine der wichtigsten Erwerbungen ist jene von Eisgrub im Jahre 1370.⁵⁰ 1394 traf Johann die sogenannte «Ugnade bei Herzog Albrecht» (Herzog Leopold war bereits gestorben), deren Ursache noch ungeklärt ist⁵¹ und die das Haus um den grössten Teil der österreichischen Besitzungen brachte.⁵² Sämtliche Agnaten des Hauses Liechtenstein mussten sich im folgenden Jahre einem demütigenden Urteilsspruch beugen, dem jede Begründung fehlte.⁵³ Erhalten blieben dem Hause vorab noch: Herrschaft, Stadt und Feste Feldsberg, die Festen Ravensburg, Ringleinsdorf, Mistelbach, Ulrichskirchen, Ebelsberg und Neudeck.⁵⁴

Nach diesem Verlust wurden die mährischen Besitzungen zu den bedeutendsten, über die frei zu verfügen Markgraf Jobst von Mähren Johann I. 1396 die Befugnis gab.⁵⁵ Johann vererbte sie hierauf seinen drei Neffen Mathias I., Johann II. und Heinrich V. Das Testament selber ist nicht erhalten, wohl aber eine Bestätigung desselben durch Herzog Albrecht vom Jahre 1398.⁵⁶

Johann überlebte seine beiden jüngeren Brüder und starb 1397.

2. Die Erbeinigung von 1386

Am 5. September 1386 schliessen die drei bereits erwähnten Brüder Johann I., Hartneid IV. und Georg II., zusammen mit ihren fünf Neffen Christoph I., Mathias I., Georg III., Johann II. und Heinrich V. den ersten Hausvertrag. Die Vertragspartner sind wohl sämtliche damals

48 1386 schenkt König Wenzel Johann I. ein Haus in Prag, «dass er öfter zu ihm komme und bei ihm sei» und ernennt ihn zu seinem Rat (Falke I, 364 f.).

49 Falke I, 367.

50 Falke I, 336.

51 Falke I, 368.

52 Falke I, 369.

53 Falke I, 371 f.

54 Falke I, 374.

55 Falke I, 379; Jenne.

56 Falke I, 380.

lebenden volljährigen Agnaten.⁵⁷ Der Vertrag wurde 1425 durch Kaiser Sigmund bestätigt.⁵⁸

Sie beschliessen «Das wir die drey Vestt Nicolspurg, Wasenstain und Maydberg in dhainen wegen nymmer die weil wir leben miteinander tailen süllen noch wellen wenn si unser rechtes veterleichts Erb sind, und emals in dhainen zeiten nye getailt sind worden». Sterben einzelne, so sollen die übrigen weiterhin die drei Festen ungeteilt halten. Weiter werden bestimmte gemeinsame Rechte und Pflichten festgelegt: Etwa, dass die Burgen allen jederzeit offen sein sollen; dass keiner ohne Wissen und Zustimmung der andern von einer dieser Burgen aus Krieg führen dürfe; dass Unterhalt, Verteidigung und Ernennung von Burggrafen gemeinschaftlich zu erfolgen habe (bei Uneinigkeit über die Wahl eines Burggrafen entscheidet die Stimmenmehrheit der Anwesenden). Bei Streitigkeiten sollen zwei Freunde (= Verwandte) entscheiden. Gewaltanwendung ist zu unterlassen. Wer gewalttätig vorgeht oder den Schiedsspruch nicht annimmt, dem gegenüber entfallen die vertraglichen Verpflichtungen der übrigen. Dieses ist der erste und wichtigere Teil des Vertrages.

Im Mittelpunkt des anderen Teils steht Johann I. Er soll, so beschliessen die übrigen Agnaten, wegen seiner Verdienste um das Haus, «die mänigveltig-lawtter trew der wir an demselben Hofmaister enphunden haben, das er uns so frewntleich bedacht hat damit wir liepleich mit einander geleben mögen . . . », über sämtliche von ihm erworbene (unter welchem Rechtstitel auch immer) Güter frei verfügen können, sei es unter Lebenden oder von Todes wegen.

Der Vertrag erscheint bedeutender als Zeugnis für die Harmonie, die zu der Zeit im Hause Liechtenstein geherrscht haben muss und als Ausdruck der Wertschätzung, die Johann I. von den übrigen Agnaten entgegengebracht wurde, denn als Quelle des Hausrechts. Doch ist auf einzelne bemerkenswerte Punkte hinzuweisen.

Standen nach dem Testament Heinrichs I. von 1265 die Töchter noch gleichberechtigt neben den Söhnen, so ist in diesem ersten bekannten Hausvertrag von den Töchtern keine Rede mehr. Neben seiner Tochter Katharina dürften zu dieser Zeit auch noch eine Schwester und

57 Falke I, 327; vgl. zum Inhalt des Vertrages Falke I, 365 f.

58 Falke I, 365; Jenne.

eine Nichte Johanns I. gelebt haben, von denen keine Erbverzichte bekannt sind. Nun handelt es sich bei den drei im Vertrag genannten Festen um Lehen, das heisst eine Zustimmung der Kognaten ist nicht erforderlich, da nach Lehenrecht für Lehen eine rein agnatische Erbfolge vorgeschrieben ist. Der Verzicht auf ihre Anwartschaftsrechte, den die Agnaten Johann I. gegenüber leisten, umfasst nach dem Wortlaut des Vertrages aber offensichtlich auch die allodialen Besitzungen, auf welche mindestens seine Tochter Katharina nach Landrecht anwartschaftliche Rechte besitzt. Nun könnte man einwenden, dass die Kognaten durch diesen Vertrag nicht gebunden worden seien. Dies ist aber unwahrscheinlich. Vielmehr dürften die noch lebenden Kognaten doch verzichtet haben, wenn auch über diese Verzichte nichts bekannt geworden ist.

Der Annahme, dass im Erbrecht des Hauses Liechtenstein bereits das agnatische Prinzip durchgedrungen war, das Haus also bereits zum rein agnatischen mit «ausschliesslicher Berechtigung des Mannsstammes»⁵⁹ geworden war, stehen die Töchterverzichte aus dem 15. Jahrhundert entgegen.

Der Gedanke, Güter nicht zu teilen, sondern in gemeinsamem Besitz zu behalten, findet sich noch in einer weiteren Vereinbarung zwischen den Brüdern Johann I., Hartneid IV. und Georg II. Dies geht hervor aus einer Bestätigung Herzog Albrechts III. von Österreich vom 29. September 1392.⁶⁰ Die Urkunde selber fehlt; über deren Inhalt und Datum ist Näheres nicht bekannt.

II. DIE ZEIT NACH JOHANN I. BIS ZUR ERBEINIGUNG VON 1504

Die nun gewaltig zunehmende Zahl von Nachrichten über das Haus Liechtenstein verlangt eine immer stärkere Beschränkung auf das für die Entwicklung des Hausrechtes Notwendigste.

Einzig fortführende Linie ist jene Hartneids III. (vgl. Übersicht Seite 25). Sie allein wurde auch im Testament Johanns I.⁶¹ bedacht. Mit

59 Schulze, Erb- und Familienrecht, 46.

60 Falke I, 362/63; Jenne.

61 Das Testament fehlt, vorhanden ist nur eine Bestätigung durch Herzog Albrecht III. vom 8. Sept. 1398. Falke I, 379 f.; Jenne.

Georg III. erreicht erstmals ein Mitglied des Hauses die Fürstenwürde (1412 Reichsfürst). Als einziger ergreift er die kirchliche Laufbahn: 1390 wird er Bischof von Trient, 1411 Kardinal (allerdings durch den Gegenpapst Johann XXIII. ernannt!).

Am Anfang des 15. Jahrhunderts findet sich wieder eine Dreiervertretung des Hauses: Die Brüder Johann II. und Heinrich V. und ihr Vetter Hartneid V. Auch sie treten häufig gemeinsam auf, insbesondere bei Käufen, und werden gemeinschaftlich mit wichtigen Gütern belehnt.

1. Die Erbeinigung von 1451

Wieder erscheint ein Triumvirat an der Spitze des Hauses: Wilhelm, Johann V. und Heinrich VII. Die drei erledigen die Hausangelegenheiten gemeinsam.⁶³

Am 11. April 1451 bestätigt Wilhelm eine Vereinbarung mit seinen beiden Vettern, wonach keiner ohne Wissen und Willen der anderen die «Eribgüeter weder verseczen verkawffen noch kain geltschuld nicht machen» dürfe. Alle Pfleger sollen allen drei Vertragsschliessenden Gehorsam geloben. Gemeinsam soll ein oberster Schaffner zur Vermögensverwaltung bestellt werden.

Die kurze, inhaltsarme Vereinbarung zeugt von wenig Enthusiasmus zu gemeinsamem Handeln im Interesse des Hauses. Dieser Eindruck verstärkt sich noch beim Vergleich mit dem ersten Hausvertrag von 1386. Jedenfalls vermochte die Erbeinigung den ersten bekannten Zwist im Hause nicht zu verhindern, der Wilhelm von seinen beiden Mitkontrahenten trennte und schiedsrichterliches Eingreifen nötig machte. Bereits im folgenden Jahr erfolgte denn auch eine vollständige Teilung (Totteilung) der Güter.

2. Die Erbteilung von 1452

Am 13. Juli 1452 erfolgte eine Erbteilung.⁶⁵ Da keine Einigung zu finden war, wurde ein gesuchtes Schiedsgericht, bestehend aus dem Grafen Ulrich von Cilli und Ulrich Eitzinger von Eitzing, eingesetzt, welches auch die Urkunden ausstellte.

63 Falke I, 465.

64 Falke I, 465.

65 Falke I, 465 f.; Jenne.

Geteilt wurde zwischen den Linien Georgs IV. (vertreten durch Johann V. und Heinrich VIII.) und Christophs II. (vertreten durch Wilhelm). Die Güter sind in der Urkunde einzeln aufgeführt; Wilhelm fällt der Hauptsitz Nikolsburg zu.

Tiefere Folgen zeitigt diese Teilung jedoch nicht; Wilhelm stirbt bereits 1459 kinderlos eines gewaltsamen Todes und die ihm zugeteilten Güter fallen an die Linie Georgs IV.⁶⁶

3. Die Erbverzichte der Töchter

Seit dem 13. Jahrhundert kommt es vor, dass die Töchter adliger Häuser auf ihr angeborenes Erbrecht auf vertraglichem Wege verzichten.⁶⁷ Da sowohl nach dem Schwaben- als auch nach dem Sachsenspiegel die Töchter erbrechtlich recht günstig standen, musste immer damit gerechnet werden, dass namhafte Güter, oft sogar Stammgüter, zufolge Heirat der Töchter an fremde Häuser verloren gingen.

Wie die später durch autonomische Satzung eingeführte Unteilbarkeit der Hausgüter und die Primogeniturerbfolge, dienen auch diese kognatischen Erbverzichte der Erhaltung des Vermögens im Mannesstamme. Da sie kein gesetztes Hausrecht darstellen, bilden sie keine bleibende Norm für das ganze Haus; vielmehr handelt es sich um blosser Regelungen von Einzelfällen im Interesse des Hauses. Durch fortgesetzte Übung vermag sich aber eine Observanz zu bilden, die in ihrer Wirkung der autonomen Satzung nahekommt.

Umfang und Dauer der Verzichte konnten verschieden sein: Verzicht auf das väterliche und mütterliche Erbe oder auf eines der beiden; Wiedereinsetzung in die Erbeigenschaft, falls keine männlichen Nachkommen überlebten.

In der Regel verzichteten die Töchter anlässlich ihrer Verheiratung, wobei die Aussteuer das Äquivalent des wegfallenden Erbteils bildete. Verzichte wurden auch häufig bei Klostereintritten geleistet.

Im Hause Liechtenstein sind für das 15. Jahrhundert vier Fälle näher zu betrachten.

⁶⁶ Falke I, 468.

⁶⁷ Vgl. hierzu und zu den folgenden Ausführungen Schulze, Erb- und Familienrecht, 71 ff.

- a) 1434 überträgt Anna, Tochter Hartneids V., ihrem Vetter Georg IV. eine Vollmacht und übergibt ihm ihre Güter.⁶⁸ Es handelt sich hier natürlich um keinen Erbverzicht. Die Erwähnung rechtfertigt sich trotzdem, da wenigstens ansatzweise das agnatische Prinzip durchscheint, indem zugunsten eines Agnaten Verfügungsbeschränkungen hingenommen werden.

In diesem Verständnis kann der Vorgang als Vorläufer der späteren Erbverzichte verstanden werden, wenn er auch rein rechtlich betrachtet etwas anderes darstellt.

- b) Die älteste Tochter Georgs IV., Barbara, leistet ihren Verzicht im Jahre 1460 anlässlich ihrer Vermählung mit ihrem zweiten Gatten Heinrich Strein von Schwarzenau gegenüber ihren Brüdern auf ihr liechtensteinisches Erbe.⁶⁹
- c) Elisabeth, die jüngere Schwester Barbaras, ist Nonne im Kloster St. Jakob in Wien. Sie leistet den gleichen Verzicht wie ihre Schwester schon 1456.⁷⁰

Ob auch Margaretha, die jüngste der Töchter Georgs IV. einen Verzicht leistete, ist nicht bekannt, da Nachrichten fehlen.⁷¹

- d) Eine weitere Elisabeth, Tochter Johanns V., verzichtet 1467 gegen «ihre lieben Vettern Heinrich, Christoph und Georg», also gegenüber allen damals lebenden Agnaten, auf ihr väterliches Erbe und behält sich nur das mütterliche vor.⁷²

68 Falke I, 458.

69 Falke I, 461.

70 Falke I, 461.

71 Falke I, 461.

72 Falke I, 461.

Entstehung und Entwicklung der Unteilbarkeit und Individualerbfolge

§ 3 Die Periode des Seniorates (1504—1606)

I. DAS HAUS IM 16. JAHRHUNDERT

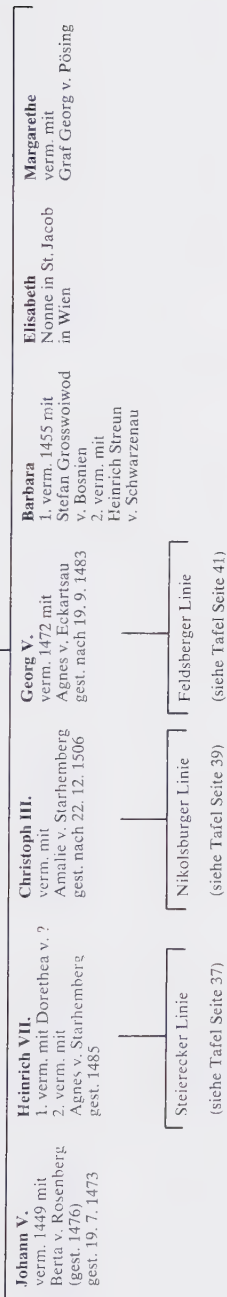
Drei sind es wiederum, Brüder diesmal, die am Beginn einer neuen Phase stehen: Heinrich VII., Christoph III. und Georg V. Obwohl von diesen nur Christoph III. die Schwelle zum 16. Jahrhundert überschreitet und kurz vor seinem Tode am Vertragswerk von 1504 teilhat, sind sie doch alle die Gründer jener drei Linien, die das Bild des Hauses im 16. Jahrhundert prägen. Diese Linien nennen sich nach den Hauptsitzen, die ihnen die Erbeinigung von 1504 zuweist.

Konnte der Zusammenhalt des Hauses im 14. Jahrhundert noch durch die kraftvolle Persönlichkeit Johanns I. gewahrt werden und verhinderte im 15. Jahrhundert nur das zufällige Fehlen lebensfähiger Nebenlinien einen Zerfall, so musste sich das Haus im 16. Jahrhundert eine Verfassung schaffen, die, über Zufälligkeiten hinaus, Weiterbestand und Prosperität gewährleisten konnte.

Erstmals in der Hausgeschichte treten im 16. Jahrhundert nun drei Linien in Erscheinung, denen durch die Senioratsverfassung von 1504 Gleichberechtigung und eine gewisse Selbständigkeit zuerkannt wird. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass die Steierecker Linie bereits im Jahre 1548 im Mannesstamm erlischt und die Nikolsburger Linie wenig später wegen der Misswirtschaft Christophs IV. sowohl ihr Ansehen als auch ihre rechtliche Stellung wegen Verletzung des Vertrages von 1504 weitgehend verliert und für die Hausgeschichte hinfort unwichtig wird. Dies kommt besonders darin zum Ausdruck, dass die Nikolsburger am Aufstieg des Hauses in den Fürstenstand keinen Anteil mehr haben, obwohl sie erst 1691 aussterben.

Aber auch die beiden anderen Linien vermögen in dieser letzten «vorfürstlichen» Phase kaum überragende Persönlichkeiten hervorzu- bringen, weder im Hinblick auf das Haus noch in Bezug auf die Geschichte Niederösterreichs. Es scheint, als ob alle Kräfte nach innen

Georg IV.



gerichtet seien; als ob sie sich auf das konzentrieren würden, was dem Hause allein zur gesellschaftlichen und politischen Stellung, die in jener Zeit einem wenig bedeutenden Herrengeschlecht erstrebenswert erscheinen mochte, verhelfen konnte: auf das Erlangen der Fürstenwürde, genauer der Reichsfürstenwürde mit Sitz und Stimme im Reichstag. Es ist hier nicht zu untersuchen, wie weit in den Köpfen der Liechtensteiner jener Tage dieser Gedanke schon Gestalt angenommen hatte. Tatsache ist, dass die Entwicklung geradlinig verläuft, wie im weiteren zu zeigen sein wird. Ein erster Höhepunkt wird in der Erhebung der Brüder Karl, Maximilian und Gundacker in den Fürstenstand am Eingang zum 17. Jahrhundert zu erblicken sein.

Im folgenden sei auf die Geschichte der drei Linien etwas näher eingegangen.

1. Die Steierecker Linie (die Nachkommen Heinrichs VII.)

Sie bildet die älteste Linie und zählt, da sie bereits in der ersten Generation nach dem Gründer im Mannesstamm ausstirbt, ausser dem Stammvater nur noch vier männliche Mitglieder. Sebastian und Christoph sterben jung; über Erasmus ist wenig bekannt und seine Bedeutung gering.

Obwohl im Vertrag von 1504 nach seinem Bruder Erasmus genannt, dürfte Georg VI. der älteste Nachkomme Heinrichs VII. sein. Er wird Kriegsmann, 1502 Artilleriemeister Kaiser Maximilians und nimmt unter anderem an verschiedenen Italienfeldzügen teil, teils als blosser Hauptmann, teils als oberster Feldhauptmann und Oberst.⁷³

Georg VI. vermachte 1540 seinem Schwiegersohn Johann VI. aus der Nikolsburger Linie die Herrschaft Wilfersdorf,⁷⁴ die seiner Linie mit der Erbteilung 1504 zugefallen war. Das Seniorat, das er seit 1520 innehatte, übergab er, wohl aus Gesundheitsrücksichten, 1543 ebenfalls an seinen Schwiegersohn.⁷⁵ Die Herrschaft Ruttenstein, auch sie aus dem Vertrag von 1504 an seine Linie gekommen, vermochte er trotz grossem Einsatz in einem langwierigen Streit dem Hause nicht zu sichern; sie geht nach seinem Tode endgültig verloren.⁷⁶

⁷³ vgl. Falke II, 17 ff.

⁷⁴ Falke II, 31.

⁷⁵ Falke II, 32.

⁷⁶ vgl. Falke II, 27 ff.

Heinrich VII.

Georg VI.
geb. 14. 11. 1480
verm. 5. 3. 1515 mit
Magdalena v. Polheim
gest. 6. 8. 1548

Sebastian I.

Elisabeth
verm. 1508 mit
Wolfgang v. Rogendorf
gest. 21. 8. 1517

Christoph
gest. vor 1504

Barbara

Erasmus
geb. 10. 8. 1483
verm. 1509 mit Barbara
Gräfin v. St. Georgen
und Posing
gest. 4. 3. 1524

Anna
verm. 1535 mit
Johann VI. v. Liechten-
stein-Nikolsburg

Susanna
verm. 1542 mit
Georg Hartmann
v. Liechtenstein-
Nikolsburg

Benigna
verm. 1536 mit
Otto v. Liechtenstein-
Murau
gest. 6. 9. 1579

Martha
1. verm. 29. 6. 1534 mit
Jan v. Lomnitz und
Meseritsch
2. verm. 1540 mit
Ditmar v. Losenstein
gest. November 1556

Georg VI. starb am 6. August 1548. Zwei seiner Töchter vermählte er mit Liechtensteinern aus dem gleichen Haus. Eine dritte, Benigna, mit einem Otto aus dem Geschlecht von Liechtenstein-Murau.

Der Nachlass Georgs VI. ging schliesslich an die beiden anderen überlebenden Linien über, nachdem in einem Vertrag von 1558 seinen Töchtern, die Anspruch erhoben hatten, 10'600 Gulden als Abfindung zugesprochen worden waren.⁷⁷

2. Die Nikolsburger Linie (die Nachkommen Christophs III.)

Die beiden Brüder Wolfgang I. und Leonhard I. traten im politischen Leben kaum hervor. Leonhard I. wie auch sein Neffe Johann VI. waren Anhänger der Reformation. So soll vor allem Balthasar Hubmeyer von Friedberg, Haupt der Wiedertäufer in der Schweiz, auf Nikolsburg Aufenthalt und zeitweilige Wirkstätte gefunden haben.⁷⁸

In einem Teilungsvertrag zwischen Wolfgang I. und Leonhard I. wurde bestimmt, dass der Komplex Nikolsburg zwar gemeinsamer Besitz bleiben sollte, die Einkünfte daraus aber zu teilen seien. Das Schloss Nikolsburg sollte beiden als Wohnung dienen.⁷⁹

Johann VI., der ältere der beiden Söhne Wolfgangs I., war in erster Ehe mit Anna, einer Tochter Georgs VI. aus der Steierecker Linie verheiratet; 1540 erhält er von seinem Schwiegervater die Herrschaft Wilfersdorf.⁸⁰ Zusammen mit seinem Bruder Wolf Christoph besitzt er die eine Hälfte von Nikolsburg, die andere ist gemäss einem Teilungsvertrag von 1538 über den Nachlass Christophs III. im Besitze der Söhne Leonhards I.: Christophs IV. und Leonhards II.

Christoph IV., der sonst in keiner Weise von Bedeutung ist, verkauft 1560 ohne Wissen und Willen der Agnaten den Hauptsitz des Hauses, Schloss und Herrschaft Nikolsburg, an Ladislaus von Keretschin.⁸¹ 1571 verkauft Wolfgang II. mit Eisgrub eine weitere bedeutende Besitzung. Diese für das Haus nicht nur machtmässig sondern auch ideell schweren Verluste haben die Einführung der Unteilbarkeit und Primo-

77 Falke II, 34 ff.

78 Falke II, 43 ff.

79 Falke II, 40.

80 Falke II, 51.

81 Falke II, 70 ff.

Christoph III.

Wolfgang I.
geb. 16. 2. 1473
verm. 1498 mit
Gräfin Genoveva
v. Schaumburg
(gest. 19. 10. 1519)
gest. 15. 7. 1520

Rosine
verm. mit
Martin v. Polheim

Christina
verm. mit Jaroslav
v. Boscovic

Leonhard I.
geb. 26. 10. 1492
verm. 1525 mit
Katharina v. Boscovic
gest. 1534 (vor dem
30. November)

Johann VI.
geb. 11. 3. 1500
1. verm. 1535 mit
Anna v. Liechtenstein-
Nikolsburg
2. verm. 14. 1. 1543 mit
Esther v. Dietrichstein
gest. 17. 6. 1552

Margarethe
geb. 24. 10. 1502
gest. ledig

Wolf Christoph
geb. 24. 8. 1511
verm. 1535 mit
Katharina v. Lamberg
gest. 23. 7. 1553

Barbara
geb. 30. 10. 1514
verm. 1534 mit
Johann v. Puchheim
gest. 1554

Christoph IV.
1. verm. mit
Katharina v. Boscovic
2. verm. 1576/77 mit
Anna Gorska v. Gora
gest. 1585

Leonhard II.
jung gest. nach 1552

Elisabeth

Christoph V.
verm. 1627 mit
Salomena v. Borzitin

Johann VII.

Bernhard Friedrich
geb. 28. 2. 1630
verm. mit
Elisabeth v. Briamond

Maximilian Heinrich
gefallen vor dem
12. 2. 1691

Karl Euseb Wilhelm
gefallen vor dem
10. 9. 1688

Georg VII.
geb. 1536
verm. 25. 7. 1559 mit
Eleonore v. Kunigsberg
gest. 1574

Wolfgang II.
geb. 1537
verm. 1560/61 mit
Benigna v. Buchheim
(gest. 1588)
gest. 1585

Johann VII.
gest. zwischen
1566—1568

Magdalena
1. verm. mit
Albert v. Kuenring
2. verm. mit
Adam Wolf v. Kreigk
gest. vor 1573

Johann Adam

Joh. Sigismund

Genoveva
1. verm. mit
Jan v. Boscovic
2. verm. mit
Heinrich v. Dohna
gest. 3. 1. 1601

Friedrich
gest. als Kind

Anna
gest. ledig

Magdalena

genitur im Vertragswerk von 1606 beschleunigt. Weiteres über diese Linie, die zwar erst 1691 erlosch, mit dem Tode von Christoph IV. und Wolfgang II. 1585 aber jede Bedeutung verlor, ist nicht zu erwähnen.

3. Die Feldsberger Linie (die Nachkommen Georgs V.)

Hartmann I. wird erstmals im Vertrag von 1504 erwähnt. Er war Kammerherr König Ferdinands und kaiserlicher Rat. Während der Belagerung Wiens betraute ihn König Ferdinand mit der Beschützung Mährens.

Nach dem Tode seines Vetters Erasmus 1525 empfing er als nunmehriger Senior für das Haus die Belehnung mit den österreichischen Lehen; ebenso mit den mährischen Gütern Nikolsburg, Maidburg, Dürnholz, Kostel und Lundenburg durch König Ludwig von Ungarn als Markgraf von Mähren. Hartmann I. starb 1542.

Georg Hartmann I. ist von den drei Söhnen Hartmanns allein zu erwähnen. 1513 geboren, heiratete auch er, wie schon 1535 Johann VI. aus der Nikolsburger Linie, eine Tochter Georgs VI. Steiereck, Susanna. 1552 übertrug ihm der Senior des Hauses, Wolf Christoph, die Senioratsrechte; nach dessen Ableben 1554 wurde Georg Hartmann selber Senior und empfing als solcher die letzte Belehnung mit Nikolsburg. Als Miterbe am Nachlass Georgs VI. besass er bereits die Hälfte des Hauptsitzes der ältesten Linie, Steiereck, die andere Hälfte erwarb er sich 1553 durch Kauf von Wolf Christoph; auch kaufte er sich 1562 von Christoph IV. Dürnholz.

Falke II, 86, schliesst die Geschichte über ihn: «Es heisst, er sei von seiner Linie der erste gewesen, welcher der Augsbургischen Confession zugethan war. Seinem Vetter Christoph dem Verschwender gegenüber, muss man ihm wesentlich das Verdienst zusprechen, die Güter des Hauses nach Kräften erhalten und gesichert zu haben».

Hartmann II., 1544 geboren, ist das älteste der 13 Kinder Georg Hartmanns I. und zugleich der einzige der neun Söhne, der die Linie fortführt. Beim Tode seines Vaters im Jahre 1562 war er erst 18 Jahre alt, scheint aber bald darauf mündig erklärt worden zu sein, da er bereits 1563 von Kaiser Ferdinand mit den österreichischen Gütern des Hauses belehnt wurde, nachdem ihm der damalige Senior Christoph IV. seine Senioratsrechte abgetreten hatte. Diese letztere Tat-

Georg V.

Hartmann I. **Johann IX.**

1. verm. 1507 mit
Agnes Tochter des
Grafen Gottfried
Hohenlohe
(gest. 1510)
2. verm. 1511 mit
Johanna Tochter des
Bernhard v. Mainburg
(gest. 1521)
gest. 27. 1. 1542

Georg Hartmann I.

geb. 30. 9. 1513
verm. 13. 10. 1542 mit
Susanna v. Liechten-
stein-Nikolsburg
gest. 12. 7. 1562

Johann Christoph

geb. 1515
verm. 1542 mit
Marianne v. Lomnitz-
Meseritsch
gest. 1543
(vor dem 7. 8.)

Sebastian II.

geb. 23. 4. 1520
gest. vor dem
25. 11. 1539

Hartmann II.

geb. 6. 5. 1544
verm. 28. 10. 1568 mit
Anna v. Ortenburg
(gest. 16. 12. 1601)
gest. 17. 10. 1585

Sebastian III.

geb. 9. 9. 1545
verm. 12. 10. 1571 mit
Annie v. Buchheim
gest. 1574

Georg Erasmus

geb. 2. 1. 1547
gest. 1591

Heinrich VIII.

geb. 28. 12. 1548
gest. 11. 2. 1551

Anna Susanna

geb. 22. 5. 1549
verm. 1. 2. 1568 mit
Bernhard Graf Hardeck
gest. 27. 4. 1613

Susanna Johanna

geb. 14. 9. 1550
gest. 2. 1551

Heinrich IX.

geb. 29. 1. 1554
gest. 16. 4. 1585

Friedrich Albert I.

geb. 27. 9. 1555
gest. 25. 7. 1556

Georg Hartmann II.

geb. 25. 11. 1562
gest. 19. 1. 1585

Friedrich Albert II.

geb. 28. 7. 1561
gest. vor dem
22. 11. 1570

Johann Septimius

geb. 27. 12. 1558
verm. 11. 12. 1590 mit
Anna Gräfin Salm
gest. 11. 11. 1596

Judith

geb. 28. 2. 1557
verm. 1579 mit
Helmhart Jörgen
v. Tolet
gest. 16. 9. 1580

Führt das Haus fort
(siehe Tafel Seite 51)

sache erscheint umso bemerkenswerter, als neben Christoph IV. noch zwei weitere ältere Agnaten der Nikolsburger Linie lebten, nämlich Georg VII. und Wolfgang II. Dies lässt auf eine damals bereits bedeutende Persönlichkeit Hartmanns II. schliessen, «eine Persönlichkeit, wie sie nach den Verlusten, welche das Familienbesitzthum durch Christoph IV. erlitten hatte, um so nöthiger erschien».⁸² Mehr als andere Familienglieder aus jener Zeit tritt Hartmann II. in öffentlichen Angelegenheiten hervor. So ist er unter anderem von 1571 — 1574 besoldeter Beisitzer im Regierungsrat von Niederösterreich sowie kaiserlicher Kommissär. Ausserdem gewährt er dem Staat namhafte Darlehen in der Grössenordnung über 50'000 Gulden. Wie sein Vater ist er Anhänger der Augsbургischen Konfession und nimmt sich namentlich der Mährischen Brüder an.⁸³

1575 gewann er das durch Wolfgang II. verkaufte Eisgrub zu freiem Eigen gegen einen Kaufpreis von 30'000 Gulden rheinisch zurück. Dagegen veräusserte er 1580 Steiereck und 1582 Reichenstein.

Mit seinen Brüdern schloss Hartmann II. im Jahre 1570 einen Vertrag über die Teilung der väterlichen Güter. Da indessen keiner seiner Brüder Nachkommen hatte, finden sich später im wesentlichen alle diese Güter im Besitze seiner Söhne. Sein Tod fällt in das gleiche Jahr 1585 wie derjenige von Christoph IV. und Wolfgang II. aus der Nikolsburger Linie. Damit kam das Seniorat, da die Nachkommenschaft Christophs IV. als nicht mehr zum Hause gehörend betrachtet wurde, endgültig an die Feldsberger Linie. Neuer Senior war nunmehr der älteste Bruder Hartmanns II., Georg Erasmus, der die Militärlaufbahn einschlug. Mit seinem Testament aus dem Jahre 1591, seinem Todesjahr, hielt er sich genau an die Erbeinigung von 1504: die eine Hälfte seiner Güter hinterliess er den Söhnen Hartmanns II., die andere dem einzigen noch lebenden Bruder Johann Septimius.⁸⁴ Dieser studierte in Lausanne und unternahm zahlreiche Reisen, unter anderem ins Heilige Land.

Die Bedeutung, welche dem Hause Liechtenstein nunmehr von kaiserlicher Seite zugemessen wurde, erhellt insbesondere auch daraus, dass Heinrich II., ein weiterer Sohn Georg Hartmanns I., 1584 als kaiser-

82 Falke II, 87.

83 Falke II, 96 ff.

84 Falke II, 104 f.

licher Gesandter an den Hof des Sultans nach Konstantinopel entsandt wurde.⁸⁵ Mit ihm ging auch sein jüngerer Bruder Georg Hartmann II. Beide erlagen den Strapazen dieser Reise und starben 1585 — im gleichen Jahr, in dem drei weitere Agnaten des Hauses den Tod fanden, alle in blühendem Alter.

Mit dem Tode Johann Septimius' 1596 gingen die Senioratsrechte über auf Karl, den ältesten Sohn Hartmanns II. und damit auf die Generation, die das Haus in die Primogeniturordnung und den Fürstenstand führen sollte.

II. DIE SENIORATSVERFASSUNG VON 1504

Die Erbeinigung vom 3. März 1504⁸⁶ geht über den Anlass einer blossen Erbteilung weit hinaus. Sie stellt eine eigentliche Hausverfassung dar, ein Grundgesetz, das bis zur Erbeinigung von 1606, also über mehr als hundert Jahre, Gültigkeit besass.

Es sind Christoph III. als ältester des Hauses und Gründer der Nikolsburger Linie, die Brüder Georg VI. und Erasmus als Vertreter der Steiереcker Linie und Hartmann I. für die Feldsberger Linie, welche «aus Rechter Vetterlichen angeboren Natur Vetterlichen lieb und fruntschafft und von aufnehmen wegen unnsers namen und Stamen» diese «Vetterliche und fruntliche erbainigung und gleiche Aussaignment»⁸⁷ für sich und alle Erben und Nachkommen des Namens von Liechtenstein vereinbaren.

Die rechtsetzende Dispositio dieser Urkunde bringt folgende Bestimmungen.

1. Güter

a) Teilung

Die Teilung der bisher im gemeinsamen Besitze aller Agnaten stehenden Güter des Hauses erfolgt nach Linien.

Christoph III. erhält Nikolsburg, die Schlösser Raschenstein und Maidburg sowie die Festen Lundenburg, Hohenau und Ulrichskirchen. Georg VI. und Erasmus fallen zu Herrschaft und Stadt Steiереck, die

85 Falke II. 106 ff, wo sich eine ausführliche Schilderung dieser Reise findet.

86 Siehe Anhang 1.

87 Text nach Jenne.



Schloss Feldsberg

Schlösser Ruttenstein und Reichenstein, die Festen Wilfersdorf und Dürnholz und die Stadt Gostal. Hartmann I. bekommt neben Feldsberg das Schloss Haggenberg, die Feste Ravensburg sowie Feste und Herrschaft Mistelbach.

Zu jedem Teil gehören ausführliche Pertinenzformeln. Zur Erbeinigung gehört ausserdem ein umfangreiches Register, in welchem die Güter und Zugehörungen jedes Erbteils nach Art und Ertrag spezifiziert sind. Danach werden sowohl Lehen als auch allodialer Besitz mit dieser Erbeinigung erfasst und damit ihren Bestimmungen unterworfen.^{88, 89}

b) Sicherung

Es handelt sich hierbei um Vorkehren zur Erhaltung der Güter für das Haus als solches, nicht nur um ihre Bewahrung innerhalb einer Linie.

Zu diesem Zweck wird zunächst vereinbart, dass jeder Teil seine Güter mit allem Zubehör gemäss Register «als seins aussaigten guts gebrauchen nuzen und Niessen sol». Hieraus kann wohl geschlossen werden, dass es sich hier um eine blosser Nutzungsteilung (Mutschierung) handelt und nicht um eine Teilung der Substanz, die weiterhin allen Agnaten gesamthänderisch verbleibt.

Von den Gütern darf nun aber «kains von dem Namen und Stamen» abgewendet werden und niemand darf «davon verschreiben Ginnen vermachen, noch Öffnung darinnen geben», wie es auch die Vorfahren gehalten haben. Sollte dies trotz dieses Veräusserungs- und Belastungsverbotes geschehen, so würde eine solche Verfügung «wider solh unnser verainigung kain krafft haben». So veräusserte Güter konnten somit von den übrigen Agnaten mit Revokationsklage von jedem Dritten herausverlangt werden.⁹⁰

Von diesem Veräusserungsverbot werden nun allerdings verschiedene Ausnahmen vorgesehen. Aus eherechtlicher Ursache, zum Seelenheil und aus echter Not durften Veräusserungen und Verpfändungen von Gütern vorgenommen werden. Bei Not war zuerst den übrigen Agnaten anzubieten und erst, wenn diese von ihrem Vorkaufsrecht

88 Dies zum Beispiel im Gegensatz zum waldburgischen Hausgesetz von 1463, das auch Fahrnis erfasst; Rauh I, 34.

89 Die hier vorliegende Teilung ist eine sog. Universalteilung, d. h. eine das ganze Haus betreffende Teilung, im Gegensatz zur Partikularteilung, die nur eine Linie berührt.

90 Vgl. Hübner 336.

keinen Gebrauch machten, durfte veräussert werden, bei Lehen ausserdem nur mit ausdrücklicher Zustimmung und Mitwirkung des Ältesten als Lehensträger.⁹¹ Diesen Bestimmungen sollten auch neue Erwerbungen unterworfen werden.

2. Einführung des Seniorats

Senior ist der älteste weltliche Agnat eines Hauses, dem Kraft Vereinbarung oder Herkommen gewisse Rechte und Vorzüge vor den anderen Agnaten zukommen.⁹² Dabei spielt es keine Rolle, ob er der älteste oder einer jüngeren Linie entstammt, massgebend allein ist das Geburtsdatum.

Indessen kommt es nicht selten vor, dass ein Senior, sei es zufolge längerer Abwesenheit oder anderer Hinderungsgründe, einzelne seiner Rechte oder gar sämtliche Senioratsrechte dem zweitältesten oder sogar einem noch jüngeren Agnaten überträgt, wie dies im Hause Liechtenstein mehrmals vorgekommen ist.

Mit der Einführung des Seniorates gibt sich das Haus Liechtenstein erstmals eine Art Oberhaupt. Allerdings bleiben seine Befugnisse darauf beschränkt, in seinem und aller anderen Agnaten Namen die Lehen des Hauses zu empfangen und auszugeben (aktive und passive Lehensfähigkeit). Ausserdem kommt ihm nur noch zu, den Eid auf diese Erbeinigung von denjenigen entgegenzunehmen, die neu Erbgüter empfangen.

Es sind folgende Seniores beziehungsweise Inhaber der Senioratsrechte bis zur Einführung der Primogenitur zu nennen:

Christoph III.	1504 — 1506
Wolfgang I.	1506 — 1520
Georg VI.	1520 — 1543 (1543 überträgt er die Senioratsrechte an Johann VI., nachdem ihn bei den Belehnungen in den Jahren 1523 und 1525 bereits Hartmann I. vertreten hatte.)

91 Dogmatisch dürfte das Erfordernis der Zustimmung zu Besitzschmälerungen dem altdeutschen Beispruchsrecht der nächsten Erben zuzuordnen sein, das hier, unter Ausschluss der Kognaten, auf sämtliche Agnaten ausgedehnt wird; Schulze, Fürstenrecht, 1356 f.

92 Moser, Staatsrecht, Teil 22, 512

Johann VI.	1543—1552
Wolf Christoph	1552 (überträgt Senioratsrechte im selben Jahr an Georg Hartmann I.)
Georg Hartmann I.	1552—1562
Christoph IV. [*] (der Verschwender)	1562—1563 (tritt 1563 alle Rechte ab an Hartmann II. unter Umgehung der noch lebenden älteren Agnaten der eigenen Linie!)
Hartmann II.	1563—1585
Georg Erasmus	1585—1591
Johann Septimius	1591—1596
Karl	1596—1606
(letzter Senior und erster Fürst und Regierer des Hauses).	

Grundsätzlich Neues brachte die Einführung des Seniorates allerdings nicht, war es doch auch schon bisher Brauch, dass entweder der Älteste oder der Stärkste das Haus nach aussen vertrat und häufig auch die Lehen im Namen aller Agnaten empfang und ausgab. Dass sich trotz der Institutionalisierung des Seniorates auch jetzt oft der Stärkste, insbesondere die stärkste Linie als Machttträger durchzusetzen vermochte, zeigt vor allem der endgültige Übergang der Senioratsrechte auf die Linie Feldsberg im Jahre 1563.

3. Erbrechtliche Bestimmungen

a) Töchterverzichte bei Heirat

«Damit unser Männlicher Stam desterpas bey werden gehalten» werden kann, wird das Heiratsgut auf höchstens 2000 Gulden ungarisch festgesetzt. Die heiratswilligen Töchter haben dafür auf die väterliche, nicht aber auf die mütterliche Erbschaft zu verzichten. Damit wird der bisher schon gepflogene Töchterverzicht auf die väterliche Erbschaft zum Gesetz erhoben.

b) Die Erbverzichte bei Eintritt in den kirchlichen Dienst

Der Eintritt in den geistlichen Stand verlangte ebenfalls Erbverzicht sowohl von Söhnen als auch von Töchtern. Für Töchter, die nur in ein Kloster eintreten konnten, mochte dies wohl gehen, während es für Söhne, die die Laufbahn des Weltgeistlichen ergreifen wollten und daher für einen standesgemässen Unterhalt besorgt sein mussten, unüberwindliche Schwierigkeiten bringen mochte. Deshalb wurde bestimmt, dass Söhnen wie Töchtern ein Leibgut oder eine andere Abfindung nach Massgabe des vorhandenen Vermögens gegeben werden solle. Zuständig für die Festsetzung war bei den Töchtern der Vater, bei dessen Fehlen die Mehrheit der Agnaten, die allein auch bei den Söhnen zuständig waren.

Wenn aber kein weltlicher Agnat mehr lebt, so sollen die geistlichen Söhne und Töchter unter Einwerfung ihres Leibgutes oder ihrer Abfindung erben «wie es sich gebührt».

c) Aussterben der Agnaten

Ist kein männlicher ehelich geborener Spross mehr am Leben, so sollen die Güter auf «unnsen negst frunnde und erben» fallen, nach Ordnung der «Recht oder Lanndssprach und gewonnhayt».

Diese Bestimmung hat lediglich deklaratorische und keine konstitutive Bedeutung, da subsidiär immer das «gewöhnliche» Recht zur Anwendung kommt.

4. Volljährigkeits- und Vormundschaftsbestimmungen

Mündigkeitstermin soll das vollendete 18. Lebensjahr sein.⁹³ Zum Vormund wird der älteste Bruder des Unmündigen, bei dessen Fehlen oder Untauglichkeit der Senior bestimmt. Der Vormund muss die Güter und die Fahrhabe des Mündels verwalten und nach Beendigung der Vormundschaft abrechnen.

Bei Unfähigkeit oder Unbotmässigkeit kann ein Mündiger unter Kuratel gestellt werden.

93 Der gleiche Mündigkeitstermin findet sich auch in der Goldenen Bulle; er war in Deutschland stark verbreitet (Hübner, 65).

5. Verfahren bei Streitigkeiten

Streitigkeiten sind nicht durch Gewalt, sondern schiedsrichterlich beizulegen. Das Schiedsgericht setzt sich aus je zwei von den beiden Parteien frei zu bestimmenden Personen zusammen. Kommen diese vier zu keinem Resultat, können sie einen unparteiischen Obmann berufen, dessen Urteil endgültig ist. Die Parteien haben sich an den Schiedsspruch zu halten.

6. Weitere Bestimmungen

Die Erbeinigung enthält eine genaue Regelung der Bewirtschaftung der Fischteiche.

Es wird ferner bestimmt, dass alle bisher gegründeten frommen Stiftungen aufrecht zu erhalten seien, «Damit wir unns in dem und allem anndern unnsern sachen und Notturfften gott dem allmaechtigen wellen bevolhen haben».

Endlich folgt der Eid der Vertragspartner auf diese Erbeinigung, der inskünftig auch von allen Erben zu leisten ist, bevor sie in die ererbten Güter einzusetzen sind.

§ 4 Die Periode der Primogeniturerbfolge (seit 1606)

A DIE EINFÜHRUNG DER UNTEILBARKEIT UND PRIMOGENITUR

I. DAS HAUS ZU BEGINN DES 17. JAHRHUNDERTS

Es kann sich im folgenden nur mehr darum handeln, die für die Erbeinigung von 1606 wichtigen Persönlichkeiten kurz darzustellen und damit einen knappen Überblick über die Hausgeschichte in dieser für die weitere Zukunft des Hauses entscheidenden Zeit zu geben.

Die folgende genealogische Übersicht beschränkt sich auf die für die vorliegende Arbeit bedeutenden Personen und ist somit nicht vollständig. Aufgeführt sollen indessen z. T. auch jene Töchter werden, die in bedeutende Häuser eingeheiratet haben (die meisten!), woraus die nunmehr rapid wachsende Bedeutung des Hauses Liechtenstein hervorgeht. Die Übersicht soll nun aber hier nicht auf die unmittelbar an der Erbeinigung von 1606 Beteiligten und deren direkte Nachkommen beschränkt sein, da aus der nunmehr zunehmenden Zahl lebensfähiger Agnaten und Nebenlinien die Wichtigkeit jenes Vertragswerkes von 1606 nur noch deutlicher wird. Ausgelassen werden insbesondere die ledig gebliebenen, vor allem aber die im Kindesalter oder doch wenigstens in jungen Jahren verstorbenen Mitglieder des Hauses, deren Zahl im hier behandelten Zeitraum erschreckend gross ist. So starben beispielsweise von den 24 (!) Kindern Hartmanns allein 15 zwischen 0 und 3 Jahren.

Karl (1569—1627), Maximilian (1578—1643) und Gundacker (1580—1658) führen mitten im Dreissigjährigen Krieg das Haus in den Reichsfürstenstand. Damit beginnt eine völlig neue Epoche der Hausgeschichte. Die jahrhundertelange Treue zum Hause Habsburg machte sich nun bezahlt.

1. **Karl**

Karl wird 1596 als letzter Senior von Kaiser Rudolf II. mit den Familiengütern belehnt.⁹⁴ Wie damals alle Familienmitglieder evangelisch erzogen,⁹⁵ wurde er 1599 katholisch. Falke charakterisiert ihn als

⁹⁴ Falke II 130.

⁹⁵ Er besuchte u. a. die berühmte Schule der Mährischen (oder Böhmischen) Brüder in Eibenschütz, wohl gleichzeitig mit Karl von Zierotin; Falke II 128.

Hartmann II.

Karl geb. 30. 7. 1569 verm. 1592(?) mit Anna Maria v. Bosco- vitz und Czernahora (gest. 6. 6. 1625) Fürstenstandsdiplom 20. 12. 1608 gest. 12. 2. 1627	Maria Susanna geb. 11. 9. 1570 gest. 27. 5. 1580	Johanna geb. 14. 11. 1571 gest. 20. 12. 1571	Katharina geb. 24. 11. 1572 verm. 28. 6. 1592 mit Adolf v. Volkersdorf (gest. 1616) gest. 26. 4. 1643	Weikart geb. 26. 1. 1574 gest. 22. 2. 1577	Judith geb. 18. 4. 1575 verm. 15. 10. 1595 mit Joachim v. Zinzendorf gest. 3. 3. 1621	Georg Wolfgang geb. 1576 gest. 11. 8. 1579	Maximilian geb. 6. 11. 1578 verm. 1597 mit Katharina v. Boscovitz (gest. 24. 1. 1637) gest. 23. 4. 1643	Gundacker geb. 30. 1. 1580 1. verm. 29. 2. 1604 mit Agnes Gräfin v. Ostfriesland (1. 1. 1584—24. 1. 1616) 2. verm. 23. 4. 1616 mit Elisabeth Herzogin v. Teschen (1. 6. 1599—19. 5. 1653) gest. 5. 8. 1658
Anna Maria geb. 7. 12. 1597 verm. 23. 4. 1618 mit Max Fürst Dietrich- stein (27. 6. 1596— 6. 11. 1655) gest. 26. 4. 1638	Franziska geb. 1604 verm. 1627 mit Werner Graf Tilly gest. 1655	Karl Eusebius geb. 11. 4. 1611 verm. 4. 9. 1644 mit Johanna Fürstin Dietrichstein (gest. 26. 3. 1676) gest. 3. 2. 1684						
Eleonora geb. 1647 verm. 4. 7. 1666 mit Fürst Seifried v. Eggenberg (13. 8. 1644—5. 10. 1713) gest. 4. 8. 1704	Johanna geb. 28. 6. 1649 verm. 29. 4. 1669 mit Fürst Maximilian Jacob v. Liechtenstein (25. 7. 1641—21. 4. 1709) gest. 12. 1. 1672	Maria geb. vor dem 13. 10. 1650 1. verm. 17. 7. 1667 mit Graf Jacob Leslie 2. verm. 1693 mit Josef Graf Wagensperg gest. 4. 2. 1716	Johann Adam Andreas geb. 30. 11. 1657 verm. 16. 2. 1681 mit Erdmunda Fürstin Dietrichstein gest. 16. 6. 1712					Führt das Haus fort. (siehe Tafel Seite 53)
	Maria Elisabeth geb. 5. 1683 1. verm. 21. 4. 1703 mit Maximilian Jacob v. Liechtenstein (25. 7. 1641—21. 4. 1709) 2. verm. 28. 2. 1713 mit Franz Herzog v. Schleswig-Holstein gest. 8. 5. 1744	Maria Antonia geb. 13. 3. 1687 1. verm. 24. 1. 1704 mit Graf Markus v. Zbor (gest. Juli 1728) 2. verm. mit Carl Graf Hrzan gest. 9. 10. 1750	Gabriele geb. 12. 7. 1692 verm. 1. 12. 1712 mit Josef Johann Fürst v. Liechtenstein gest. 7. 11. 1713	Maria Theresia geb. 11. 5. 1694 verm. 24. 10. 1713 mit Emanuel Herzog v. Savoyen-Carignan (8. 12. 1687— 28. 12. 1729) gest. 20. 2. 1772	Dominica geb. 5. 8. 1698 verm. 21. 5. 1719 mit Fürst Heinrich v. Auersperg (27. 6. 1696—9. 2. 1783) gest. 3. 6. 1724			



Fürst **Karl** (1569 — 1627)

Mitbegründer der Erbeinigung von 1606. Erster Regierer des Hauses Liechtenstein.
Wird 1620 als erster seines Hauses in den erblichen Reichsfürstenstand erhoben.

Juliana geb. 29. 4. 1605 verm. 4. 11. 1636 mit Nikolaus Graf Fugger gest. 6. 4. 1658	Maximiliane geb. 3. 1. 1608 verm. 5. 10. 1642 mit Mathias Graf v. Thurn-Valsassina gest. nach 1658	Hartmann geb. 9. 2. 1613 verm. 22. 10. 1640 Elisabeth Gräfin Salm-Reiferscheidt (6. 9. 1623—23. 9. 1688) gest. 11. 2. 1686	Maria Anna geb. 11. 8. 1621 verm. 25. 11. 1652 mit Heinrich Graf Schlick gest. 5. 10. 1655	Ferdinand Johann geb. 27. 12. 1622 verm. 7. 1650 mit Dorothea Gräfin Lodron (22. 1. 1619—23. 5. 1666) gest. 9. 1. 1666
---	--	---	---	---

Maximilian Jacob Moritz geb. 25. 4. 1641 1. verm. 25. 4. 1669 mit Johanna Fürstin Liechtenstein (28. 6. 1649—12. 1. 1672) 2. verm. 1. 10. 1673 mit Herzogin Eleonore v. Schleswig-Holstein (28. 5. 1655—16. 8. 1702) 3. verm. 22. 4. 1703 mit Maria Fürstin Liechtenstein (3. 5. 1683—8. 5. 1744) gest. 21. 4. 1709	Theresia geb. 10. 8. 1643 verm. 24. 4. 1667 mit Graf Michael v. Allhan gest. 26. 10. 1700	Sidonia geb. 2. 8. 1645 verm. März 1669 mit Graf Johann v. Palffy (gest. 3. 11. 1694) gest. 19. 3. 1721	Anna geb. 13. 1. 1650 verm. 30. 1. 1667 mit Graf Rudolf Trauttmansdorff (1646—1. 2. 1689) gest. 20. 10. 1703	Anton Florian	Maria geb. 14. 8. 1659 verm. 11. 8. 1680 mit Max Graf Thun (gest. 17. 6. 1687)	Philipp Erasmus	Hartmann geb. 5. 11. 1666 gest. 3. 7. 1728
				Diese beiden Nebenlinien führen das Haus fort (siehe Tafel Seite 83)			
Aloisia geb. 20. 3. 1670 1. verm. 3. 4. 1691 mit Franz Graf v. Hohenems (1654—27. 8. 1690) 2. verm. 1. 9. 1692 mit Graf Jacob v. Leslie (gest. 7. 11. 1737) gest. 29. 8. 1736	Maximiliane geb. 12. 1. 1672 1. verm. 26. 6. 1690 mit Graf Sigmund v. Kottal (gest. 10. 2. 1717)	Maria Charlotte geb. 12. 7. 1704 verm. mit Graf Gilleys gest. 1754					

den «Begründer der erneuerten Macht und des gegenwärtigen Ansehens des Hauses»; seit Johann I. habe kein Mitglied der Familie tiefer und entscheidender in die Geschichte des Landes eingegriffen, im Unterschied zu jenem habe Karl aber die Früchte dieser Anstrengungen der Familie bewahren können.⁹⁶ In unbedingter Treue stellte er seine Energie und staatsmännische Begabung in den Dienst der habsburgischen Sache,⁹⁷ worüber er aber seine eigenen Interessen nicht vernachlässigte.⁹⁸ Von Haus aus ist Karl schon «einer der ersten in zwei Ländern» (Böhmen und Österreich).⁹⁹ Seine Dienste für die Habsburger sind zunächst finanzieller Natur. Die Kaiser Rudolf II. geliehenen Gelder belaufen sich im Jahre 1605 auf die ansehnliche Summe von rund 410'000 Gulden.¹⁰⁰ Eine kluge Finanz- und Heiratspolitik — er ehelichte anfangs der Neunziger Jahre eine der beiden Erbtöchter des namhaft begüterten Hauses Schembera von Boscovitz und Butschowitz, während sein Bruder Maximilian die andere heimführte¹⁰¹ — ermöglichte ihm diese Darlehenspolitik.

Seine steile politische Laufbahn führte Karl schon im Jahre 1599 zum Amt des Oberstlandrichters von Mähren¹⁰² und, 1600, zum Geheimen Rat, Obersthofmeister am Hofe zu Prag,¹⁰³ 1604 zum Landeshauptmann von Mähren,¹⁰⁴ 1605 sogar zum Feldherrn der Mähren gegen Ungarn.¹⁰⁵ 1607 erfolgte der Bruch mit Kaiser Rudolf II., der ihm noch 1606 den Titel «Hoch- und Wohlgeboren» sowie 1607 den Palati-

96 Falke II 127.

97 Seger 6.

98 Burckhardt II 454 Anmerkung 67 findet «solche mit materiellen Vorteilen im Stil der Zeit eng verknüpfte Gesinnung» auch bei dem Karl nahestehenden Fürsten und späteren Herzog von Krumau, Hans Ulrich von Eggenberg, 1568 — 1634, der für die Wiederberufung des im verschwägerten Wallenstein eintrat.

99 Falke II 128.

100 Falke II 141.

101 Falke II 135 ff schildert die Schwierigkeiten beim Übergang der bedeutenden Erbgüter (auf Karl kamen die Herrschaften Czernahora und Aussee, auf Maximilian Butschowitz und Posoritz) des Hauses Schembera auf das Haus Liechtenstein über die beiden Erbtöchter.

102 Falke II 141.

103 Falke II 141 f.

104 Falke II 148.

105 Falke II 149.

natsbrief gegeben hatte.¹⁰⁶ Karl legte seine Ämter nieder und schloss sich dem Bruder und Gegner des Kaisers, Erzherzog Matthias an.¹⁰⁷ In der Folge erhob ihn Matthias als König von Ungarn am 20. Dezember 1608 zum Fürsten.¹⁰⁸ Darüber hinaus wurde dem Primogenitus und Regierer des Hauses Liechtenstein in Österreich und Mähren die erste Stelle auf den beiden Landtagen eingeräumt.¹⁰⁹ Am 4. Januar 1614 verlieh ihm der nunmehrige Kaiser Matthias in seiner Eigenschaft als böhmischer König und oberster Herzog in Schlesien das schlesische Herzogtum Troppau.¹¹⁰ Als letzte Ehrung gab er ihm 1618 den Titel «Oheim».¹¹¹

Unter dem neuen Kaiser Ferdinand nahm Karl an der Schlacht am Weissen Berg teil.¹¹² In den folgenden Jahren bis zu seinem Tode 1627 hatte er, zuerst als kaiserlicher Kommissär, ab 17. Januar 1622 als Statthalter, Böhmens Unterwerfung zu vollenden,¹¹³ eine schmerzliche Aufgabe, von der ihn zu entheben er den Kaiser vergeblich anging.¹¹⁴

Auch Kaiser Ferdinand liess die Verdienste Karls um ihn und das Haus Habsburg nicht unbelohnt. Vorerst erhob er ihn am 23. Juni 1620 in den erblichen Reichsfürstenstand.¹¹⁵ Zum Komplex von Herrschaften, die er durch seine Verdienste erwarb, gehörten zur Hauptsache Mährisch-Trübau und Hohenstadt, Neustadt, Schönberg, Goldenstein und Eisenberg als böhmische Lehen.¹¹⁶ Als weitere Schenkung erhielt Karl am 13. Mai 1623 das Troppau benachbarte schlesische Herzogtum Jägerndorf als Mannlehen für sich und seine Erben.¹¹⁷ Durch Kauf erweiterte er seine nunmehr bereits umfangreichen Besit-

106 Falke II 153/54.

107 Ebenso wie seine Brüder Maximilian und Gundacker; Falke II 155/56.

108 Falke II 165.

109 Falke II 165/66.

110 Die mährischen Stände und die drei oberen Stände in Troppau bestritten indessen die Zugehörigkeit Troppaus zu Schlesien und beanspruchten es für die Markgrafschaft Mähren. Der Streit endete aber 1622 zugunsten einer Zugehörigkeit zu Schlesien und damit zur Krone Böhmens; Falke II 178 ff.

111 Falke II 166.

112 Falke II 193.

113 Falke II 216.

114 Falke II 199.

115 v. In der Maur 23/24.

116 Falke II 230.

117 Falke II 232, 234.

zungen namentlich um den Komplex Schwarzkosteletz in der Nähe Prags.¹¹⁸

Eine seiner Töchter, Franziska, vermählte sich mit Graf Werner Tilly, Neffen des ligistischen Feldherrn.

Unter seinen zahlreichen kirchlichen Werken sei die Berufung der Barmherzigen Brüder aus Italien nach Feldsberg erwähnt.

2. Maximilian I.

Maximilian war in erster Linie der Soldat unter den drei Brüdern. Er nahm an verschiedenen Feldzügen des Türkenkrieges und des Dreissigjährigen Krieges teil. In der Schlacht am Weissen Berg soll sein Anteil entscheidend gewesen sein.¹¹⁹ Er war unter anderem Oberster Feldzeugmeister und als solcher verantwortlich für das gesamte Artilleriewesen. 1613 wurde er unter Matthias kaiserlicher Rat und Oberstallmeister.¹²⁰

Von 1626 bis 1632 war er als Vormund seines Neffen Karl Eusebius Chef und Regierer des Hauses Liechtenstein.

1623 wurde er zusammen mit Gundacker in den erblichen Reichsfürstenstand erhoben.¹²¹

Die wichtigste seiner zahlreichen frommen Stiftungen war die Schaffung des Klosters Wranau mit einer Familiengruft, das er dem Orden der Paulaner anvertraute.¹²²

Auch Maximilian erwarb neben den Erbgütern seiner Gattin durch verschiedene Käufe und Schenkungen von kaiserlicher Seite ein beachtliches Vermögen, welches, da er kinderlos am 23. April 1643 verschied, auf seine Brüder fiel.

118 Falke II 235.

119 Falke II 250 ff.

120 Falke II 247.

121 Falke II 258/59.

122 Falke II 263/64; für dieses Werk wurde er zusammen mit seiner Gemahlin unter die verdienten Stifter dieses Ordens aufgenommen und er bestimmte, im Ordenskleid bestattet zu werden. Der Orden der Paulaner oder Miniminen (ordo minimorum) wurde 1435 vom hl. Franz von Paola als Mendikantenorden gegründet und besteht gegenwärtig noch in 40 Niederlassungen mit 240 Mitgliedern (nach *Annuario Pontificio* 1977).

3. Gundacker

Die Stärke des jüngsten der drei am Vertrag von 1606 beteiligten Brüder lag im Hofdienst und in der Administration seiner eigenen zahlreichen und umfangreichen Besitzungen.¹²³ Die meiste Zeit seines Lebens brachte er in der Erfüllung zahlreicher kaiserlicher Gesandtschaften zu. Unter den vielen Hofämtern, die er bekleidete, sind zu nennen etwa Hofkammerpräsident und Oberhofmeister (zuerst des Erzherzogs Johann Karl, dann der Kaiserin Anna). Ferner war er Landmarschall in Nieder- und Landeshauptmann in Oberösterreich. 1621 ernannte ihn Kaiser Ferdinand zum Geheimrat.¹²⁴

Auch seine unermüdliche und zuverlässige Tätigkeit für die Habsburger blieb natürlich nicht ohne Früchte. So wurde er bereits 1608 mit dem Titel «Hochgeboren» versehen. Entschieden bedeutender war der auf männliche und weibliche Nachkommen vererbliche Reichsfürstentitel, den er 1623 zusammen mit Maximilian erhielt. Im folgenden Jahre wurde er mit dem Prädikat «Oheim» ausgezeichnet, 1633 mit dem Palatinat,¹²⁵ beides erblich in der Primogenitur.

Seine Herrschaften Krumau und Ostra in Mähren, als Rebellengüter seinerzeit konfisziert und ihm gegen 600'000 (!) Gulden «geschenkt», wurden 1633 zu einem Fürstentum mit dem Namen Liechtenstein erhoben.¹²⁶ Weiter erwarb er den Markt Wolframitz.¹²⁷

Seine Ehen mit zwei Erbtöchtern verliefen in Bezug auf Erwerbungen ausgesprochen unglücklich, verglichen mit den diesbezüglichen Erfolgen seiner Brüder. Was dem Hause Liechtenstein daraus im wesentlichen verblieb, war der von der ersten Gattin Agnes Gräfin von Ostfriesland herrührende Titel eines Grafen von Rietberg, der allerdings — im Gegensatz zu den von seinen Brüdern durch ihre Heirat erworbenen Gütern — dem Hause bis heute geblieben ist!¹²⁸ —

123 Dies zeigte sich etwa auch durch eine 1601 erlassene Ordnung für die Untertanen in Wilfersdorf; Falke II 270.

124 Falke II 272.

125 Falke II 287; Diplom abgedruckt in JBL I, 64 ff (als integrierender Bestandteil des Palatinatsdiploms v. 23. Jan. 1719 über die Erhebung der Reichsherrschaften Vaduz und Schellenberg zum Reichsfürstentum Liechtenstein).

126 Falke II 287, 288 ff.

127 Falke II 290/91.

128 Falke II 298.



Fürst **Gundaker** (1580 — 1658)
Mitbegründer der Erbeinigung von 1606. Wird 1623 in den erblichen
Reichsfürstentum erhoben. Ist Begründer des heute regierenden Familienzweiges.

Wie aus dem Vorangegangenen erhellt, erwarb sich das Haus in der kurzen Zeitspanne von 1620 bis 1633 nicht weniger als den erblichen Reichsfürstentitel und drei, allerdings nicht reichsunmittelbare, Herzog- bzw. Fürstentümer. Damit war aber die Reichsstandschaft, wozu ein reichsunmittelbares Territorium angemessener Grösse die Voraussetzung bildete, noch nicht erreicht.

Die Grundlagen dazu waren indessen durch die zahllosen Verdienste, namentlich auch durch die enormen Darlehen an das Haus Habsburg, womit sich dieses gegenüber den Liechtensteinern trotz zahlreicher Gunstbeweise und Schenkungen noch in tiefer Schuld befand, insbesondere aber auch durch den gewaltigen Reichtum, das Ansehen und den Einfluss, den sich die Brüder durch eine klare und massvolle Haltung in den Wirren des Dreissigjährigen Krieges erworben hatten, nunmehr gelegt. Gesichert wurden sie aber nur dank der klugen Erbeinigung von 1606, die die Macht auf einen klar und unzweifelhaft bestimmbar Agnaten konzentrierte und jeder Zersplitterung des Hausvermögens ein für allemal den Riegel schob.

II. DIE PRIMOGENITURVERFASSUNG VON 1606

Das Original¹²⁹ umfasst 47 Seiten und ist damit recht umfangreich. Die von Karl, Maximilian und Gundacker am 29. September 1606 unterzeichnete Erbeinigung ist Hauptgegenstand der vorliegenden Arbeit. Nach ihr sind es bis heute nur noch wenige Urkunden, die weitere Hausrechtsnormen aufstellen. —

Nach der Narratio soll diese neue Erbeinigung die alte Senioratsverfassung von 1504 nicht nur erläutern und erklären, sondern sie ausserdem verbessern und vermehren und eine «unverkehrliche standhafte und ewig verbindliche Ordnung» schaffen. Sie ist somit etwas wie eine «Totalrevision» der alten Verfassung, deren Grundgedanken (Erhaltung des Stammes und Namens, des *splendor familiae*) sie übernimmt und ausbaut. Als Grund wird die mangelhafte Beachtung jener alten Ordnung angeführt.

Darüber hinaus brachte die neue Verfassung aber auch noch eine

129 USLV

annähernd lückenlose Kodifikation¹³⁰ der Hausnormen, die bisher, im unsicheren Herkommen und zahlreichen Einzelregelungen verstreut, die ihnen zugedachte Wirkung oft nicht entfalten konnten. Sie bildet noch heute die Grundlage des fürstlichen Hausrechts.

Im Einzelnen bringt die Erbeinigung von 1606 folgende Bestimmungen.

1. Die Unteilbarkeit der Hausgüter durch Errichtung eines Familienfideikommisses.

Mit ihrem grundsätzlichen Veräußerungsverbot, verbunden mit einem Vorkaufsrecht der Agnaten bei Ausnahmen davon, konnte die Erbeinigung von 1504, wie bereits dargelegt, den Verlust wichtiger Stammgüter nicht verhindern. Das deutschrechtliche Teilungsprinzip galt nach wie vor und sollte nun durch die Errichtung eines Familienfideikommisses überwunden werden. —

Die letzte Teilung betraf das Erbe Hartmanns II., das seine Söhne 1598 wie folgt verteilen: Karl erhielt Feldsberg und Herrenbaumgarten in Österreich sowie Eisgrub in Mähren,¹³¹ Maximilian Rabensburg und Hohenau in Niederösterreich,¹³² Gundacker Wilfersdorf und Ringelsdorf.¹³³

a) Rechtsnatur des Fideikommisses

Familienfideikomnisse sind auf rechtsgeschäftlicher Stiftung beruhende Bindungen bestimmter Güter im Mannesstamm. Seit dem 17.

130 Solche Kodifikationen erfüllten nach der Rezeption des römischen Rechts auch noch einen anderen Zweck. Nach der Reichskammergerichtsordnung von 1495 hatten die Gerichte das neue Gemeine Recht anzuwenden. Auf Grund der sog. «Salvatorischen Klausel» ging Sonderrecht aber vor, doch war dieses vor dem Richter zu beweisen, da der Grundsatz «iura novit curia» nur für das Gemeine Recht galt. Damit war aber auch das Hausrecht, das als adliges Sonderrecht dem Gemeinen Recht ebenfalls vorging, vor Gericht zu weisen, was natürlich am besten mit einer möglichst umfassenden und klaren, in rechtsgenügender Form abgefassten Zusammenstellung zu bewerkstelligen war. — Vgl. W. Ulshöfer, 67.

131 Falke II 128.

132 Falke II 246.

133 Falke II 270.

Jahrhundert waren sie meist mit einer festen Einzelfolgeordnung, in der Regel mit der Primogeniturerbfolge, verbunden.¹³⁴ Die Sukzession brauchte sich allerdings nicht unbedingt auf das Eigentum an den Fideikommissgütern zu erstrecken, sondern konnte auch nur auf die Nutzung derselben beschränkt sein. Die Stiftung beruhte darin, dass bestimmte Güter von dem bzw. den Verfügungsberechtigten dem Zwecke gewidmet wurden, den *splendor familiae* sowie Namen und Stamm des Hauses zu erhalten. Weitere Wesensmerkmale waren Unveräußerlichkeit und Unteilbarkeit (mindestens des Eigentums; die Nutzung konnte geteilt werden, wie im folgenden zu zeigen sein wird). Das Sukzessionsrecht (*ius succedendi*) kam dem Sukzessionsberechtigten (unabhängig von der Sukzessionsordnung, dem *ordo succedendi*) nicht vom Vorbesitzer, sondern unmittelbar vom Stifter bzw. den Stiftern zu. Dies in Anlehnung an das (lehenrechtliche) Prinzip der *successio ex pacto et providentia maiorum*.¹³⁵ Das Prinzip sagt nichts anderes, als dass sich die Erbfolge nach dem rechtsgeschäftlich festgehaltenen Willen der Stifter (*maiores* ist hier so zu verstehen) richtet. Damit werden andere erbrechtliche Ansprüche, insbesondere solche der Erben des Vorbesitzers, im voraus ausgeschlossen.

b) Errichtung

Die Errichtung eines solchen Fideikommisses konnte entweder unter Lebenden oder von Todes wegen erfolgen.¹³⁶ Die Form war in der Regel das Testament oder die Erbeinigung.

Vorliegend wurde die Form eines Rechtsgeschäftes unter Lebenden, eben der Erbeinigung, gewählt. Dies lag nahe, da nicht ein einzelner Agnat im Besitze so umfangreicher Güter war, dass sich die Errichtung eines Fideikommisses lohnte. Es bedurfte der Zusammenlegung von Gütern mehrerer Linien, was zwangsläufig Vertragsform erforderte.

c) Gegenstand des Fideikommisses

Neben Gütern (Allodien und Lehen) konnten auch Mobilien und Rechte (z.B. Hoheitsrechte, dingliche Rechte) in ein Familienfidei-

134 Hübner 339.

135 vgl. Stichwort Familienfideikommiss im Handwörterbuch zur Deutschen Rechtsgeschichte, I. Band, Spalten 1071 ff. und dortige Literaturhinweise.

136 Hübner 341.

kommiss eingebracht werden. Die Stiftung konnte sich auch auf zukünftige Erwerbungen erstrecken.¹³⁷

Die drei Brüder unterwerfen vorerst im wesentlichen alle ihre Güter, nämlich :

Karl:	Feldsberg
	Herrenbaumgarten
	Eisgrub
	Blumenau
	Prossnitz
Maximilian:	Rabensburg
	Hohenau
Gundacker:	Wilfersdorf
	Mistelbach
	Ringelsdorf

mit allen Zugehörungen, wie sie jeder derzeit besitzt und nutzt und wie sie die Register, Urbare und Inventare ausweisen, dem Fideikommiss.

Ausserdem wird bestimmt, dass die Verlassenschaft des letzten Agnaten einer Linie, sofern dieser nicht letztwillig darüber verfügt, eo ipso dem Fideikommiss anwachsen soll.

Alles das soll diesem «Fideicommissio ad Familiam conservandam» unterworfen sein, und zwar so, dass alles ein «ewig gestiftetes zusammengeschlagenes und gewidmetes Corpus und eine unzertrennliche Massa» bildet.

d) Die Rechte am Fideikommiss

aa) Das Eigentum

Die Streitfrage, ob jeweils das Haupt eines Hauses Eigentümer der Fideikommissgüter sei oder das Haus selber im Sinne der Korporationstheorie,¹³⁸ ist vorliegend nicht weiter von Interesse, da dies die Erbeinigung klar regelt und diese als «lex specialis» einem «gemeinen Fideikommissrecht»¹³⁹ vorgeht.

137 Heffter 176.

138 vgl. hierzu Hübner 336/337, 342.

139 Hübner 342.

«Die Proprietät und Eigenschaft aber solcher Güter und Herrschaften soll unsers Geschlechts ehelichen männlichen weltlichen Stammen insgesamt als ein unwiderrufliches unaufhörliches Erbvereinigungs- und Fideikommissgut cediert, eingeräumt, und übergeben sein, in massen wir dann hiemit solcher Proprietät uns und unsere Nachkommen frei und gutwillig selbst privieren und entsetzen und dieselbe obgedachtem unserem Geschlecht übergeben».

Damit kommt also den ehelichen Agnaten als einer Vereinigung mit selbständiger Rechtspersönlichkeit allein das Eigentum zu. Die Geistlichen indessen sind hievon ausgenommen.

bb) Besitz und Nutzung

Das Teilungsverbot bezieht sich nur auf das Eigentum (dominium) an den Fideikommissgütern. Diese sind somit nur der Substanz nach unteilbar, d. h. ihre fideikommissarische Eigenschaft (qualitas fideicommissaria) muss unangetastet bleiben, Besitz und Nutzung können indessen innerhalb dieses Spielraumes unter die Agnaten aufgeteilt werden.

aaa) Der Vorausanteil des Primogenitus (die sog. Erstgeburtsgüter)

Dem Oberhaupt des Hauses kommen, wie weiter unten zu zeigen sein wird, neben verschiedenen Rechten auch zahlreiche aufwendige Pflichten zu, die er nur zu erfüllen vermag, wenn ihm ein entsprechendes gesichertes Einkommen zufließt. Deshalb bestimmt die Erbeinigung, dass dem jeweiligen Primogenitus zukomme, die Herrschaften Feldsberg, Herrenbaumgarten, Blumenau und Prossnitz «zu einem Voraus zu besitzen, zu haben, zu nutzen und zu genießen».

Da sie dem Primogenitus (= Erstgeborenen) zukommen, werden sie Erstgeburtsgüter genannt. Sie dürfen keinem anderen Zwecke dienstbar gemacht werden, als dem Chef und Regierer des Hauses die für die Erfüllung seiner Aufgabe nötigen Mittel zu verschaffen. Ihre Übergabe erfolgt an Karl als dem ersten Primogenitus.

bbb) Die übrigen Güter

Besitz und Nutzung der verbleibenden Fideikommissgüter werden unter die drei Brüder aufgeteilt: auf Karl fällt (neben und unabhängig von den Erstgeburtsgütern) Eisgrub, Maximilian erhält Hohenau und Rabensburg, während Gundacker die Herrschaften Wilfersdorf, Ringelsdorf und Mistelbach zugewiesen werden. Sie erhalten die Nutzniessung an diesen Gütern nicht nur für sich, sondern für ihre Linien.

Die Erbfolge können sie frei bestimmen, eine weitere Teilung der Nutzungsrechte unter die Söhne ist nicht ausgeschlossen, nur darf dabei die fideikommissarische Eigenschaft nicht angetastet und dürfen die Güter nicht «deterioriert» werden.

e) Die Bestimmungen für die Sicherung der Fideikommissgüter im Einzelnen

Diesem Thema wird in der Erbeinigung besondere Aufmerksamkeit gewidmet und die diesbezüglichen sehr eingehenden Bestimmungen umfassen mehrere Seiten.

aa) Das Veräußerungsverbot

aaa) Der Grundsatz

Dem Veräußerungsverbot unterliegen alle gegenwärtigen und zukünftigen Erbeinigungs- (= Fideikommiss-) Güter. Es fließt einerseits als logische Konsequenz aus dem Fehlen von Eigentumsrechten der einzelnen Agnaten (was einem nicht gehört, darüber kann man auch nicht verfügen), andererseits aus dem Grundsatz der Unteilbarkeit des Fideikommisses, der es eben nicht erträgt, dass einzelne Stücke einem anderen Schicksal folgen als das Ganze.

Die ausdrückliche Erwähnung dieses an sich selbstverständlichen Veräußerungsverbotes dient demnach wohl eher der Erläuterung und dürfte vor allem als Gegenreaktion auf die schlechten Erfahrungen seit der Erbeinigung von 1504 zu verstehen sein. Unter diesem Gesichtspunkt erscheint auch die weitschweifige Aufzählung zahlreicher Rechtsgeschäfte, unter deren Titel eine solche «Alienation» erfolgen könnte sowie die Schlussbemerkung zu diesem Kapitel «... wie solches (Veräußern, d. V.) menschliche List und Vernunft immer erdenken und aussinnen möchte», verständlich. Alle solchen Veräußerungen sind nichtig, selbst dann, wenn sie «ad pias causas», also zu frommen Zwecken (Stiftungen) vorgenommen werden. Ausdrücklich werden auch (gemeinrechtliche) Erbansprüche (z. B. Quarta Falcidia und Trebellianica) ausgeschlossen.

bbb) Ausnahmen

In zwei Fällen allein soll eine «gänzliche Alienation oder Alteration der Proprietät» gestattet sein.

Der eine Fall betrifft die Verbesserung des Fideikommisses. Eine

Veräußerung, insbesondere ein Tausch, soll grundsätzlich zugelassen werden, wenn dafür ein besseres oder günstiger gelegenes Stück eingehandelt werden kann. Eine Arrondierung bestehender Güterkomplexe soll damit gefördert werden. Bedingung für die Rechtsgültigkeit eines solchen Geschäftes ist allerdings die Zustimmung des Direktors (= Primogenitus) und der «Mitinteressenten», worunter nur die übrigen Agnaten verstanden werden können. Die Notwendigkeit der Zustimmung sämtlicher Agnaten für irgendwelche Veräußerungsgeschäfte ergibt sich daraus, dass auch sämtliche Agnaten das Fideikommiss gestiftet und alle diesbezüglichen Bestimmungen erlassen haben. Gegenteiliges könnte nur dann angenommen werden, wenn die Bestimmungen der Erbeinigung beispielsweise ein einfaches oder qualifiziertes Mehr genügen liessen oder dem Primogenitus als Organ des Hauses diesbezügliche Kompetenzen zuständen, was nicht der Fall ist.

In der Praxis soll so verfahren werden, dass derjenige, der eine Verbesserung des Fideikommisses auf diese Weise herbeiführen möchte, dem Primogenitus einen entsprechenden Vorschlag unterbreitet, der dann seinerseits zur Beratung und Beschlussfassung die übrigen Agnaten beizuziehen hat.

Die andere Ausnahme ist der Notverkauf. Ist ein Agnat mit seiner Familie unverschuldet, also durch die Einwirkung höherer Gewalt (*vis maior*), in eine Notlage geraten, die er anders als durch Verkauf (oder Verpfändung) von Fideikommissgütern nicht glaubt abwenden zu können, so hat er dem Primogenitus davon Anzeige zu machen. Der Wortlaut dieser Bestimmung ist aber recht widersprüchlich. Denn es wird vorgesehen, dass der Veräußerer zuerst dem Direktor und dann dem «nächsten des Geschlechts» und so fort anbieten soll und daher der Verkauf innerhalb des Hauses erfolgen soll; ein Verkauf «in extraneum» soll nicht gestattet werden. So gesehen liegt aber überhaupt keine Ausnahmebestimmung zum Verbot der «gänzlichen Alienation oder Alteration der Proprietät», unter welchem Titel die Bestimmung erscheint, vor. Der Widerspruch liegt darin, dass nur eine Veräußerung der Substanz (durch Verkauf oder Verpfändung) an Dritte im Falle einer Notlage eine echte Ausnahme vom grundsätzlichen Veräußerungsverbot darstellen würde, gerade die Veräußerung an Dritte aber ausgeschlossen werden soll. Möglicherweise ist die Stelle aber so zu verstehen, dass zuerst unter den Agnaten selber eine Lösung angestrebt werden soll, bevor eine Veräußerung an Dritte erfolgen kann.

bb) Das Verpfändungsverbot

Im besondern legt die Erbeinigung Wert darauf, dass kein Agnat Fideikommissgüter mit Schulden belastet. Da aber auch ein «guter und fleissiger Hausvater» gelegentlich Geld aufnehmen muss, so darf er ausnahmsweise unter den drei folgenden Bedingungen hiefür Fideikommissgüter zur Sicherung verwenden. Erstens darf die Verpfändung nicht heimlich geschehen. Vielmehr sind vorgängig der Primogenitus und die übrigen Agnaten (bzw. bei deren Fehlen die Kognaten!) zu begrüßen, deren Zustimmung Gültigkeitsvoraussetzung für ein solches Geschäft darstellt. Zum anderen hat der zukünftige Pfandschuldner den gleichen Personen einen Rückzahlungsplan zu unterbreiten, dem diese ebenfalls zuerst zustimmen müssen. Drittens soll nach Möglichkeit der Pfandbrief so abgefasst werden, dass die Haftung auf die Früchte des Fideikommissgutes beschränkt bleibt und die Substanz nicht gefährdet wird (sog. Revenüenhypotheken¹⁴⁰).

2. Die Einführung der Individualsukzession in Form der Primogeniturerbfolge

Eine bestimmte Erbfolgeordnung war keineswegs Merkmal des Fideikommisses,¹⁴¹ wenn sie auch, offenbar unter spanischem Einfluss, im 17. Jahrhundert in der Form der Primogeniturerbfolge nach Deutschland drang.¹⁴² Um diese Zeit wurde diese Sukzessionsordnung so zur beherrschenden, dass man sogar die älteren, in dieser Beziehung unbestimmten Hausgesetze, so auslegte,¹⁴³ das heisst, es entstand eine Vermutung für die Primogenitur.¹⁴⁴ Ob nun die Nachfolge in alte hochadlige Stammgüter, in Fideikomnisse, in Herrschaftsgüter, in Herrschaftsrechte oder in die Regierung des Hauses in Frage stand, es galt, nach den Erkenntnissen der Zeit, diese Güter und Rechte in einer Hand zu vereinigen, sie untrennbar und unteilbar mit einer so klaren Folgeordnung zu verbinden, dass die jeweils berechtigte Person eindeutig bestimmbar und jede tendenziöse Auslegung der massgeblichen Normen unmöglich war. —

140 Hübner 343.

141 Hübner 337.

142 Hübner 339.

143 Schulze, Erstgeburt, 393.

144 Heffter 203.

Umso erstaunlicher mag es auf den ersten Blick sein, dass im Hause Liechtenstein die beiden Prinzipien (Unteilbarkeit und Individualsukzession) wenig miteinander zu tun haben. Weil nämlich — wie oben gezeigt — weder das Eigentum noch die Nutzung des gesamten Fideikommisses einer Einzelperson zukam, mithin auch nicht dem Primogenitus, konnte das Fideikommiss als solches überhaupt nicht Gegenstand der Erbfolge sein. Die Primogenitur beschränkt sich daher auf die Nutzung der Erstgeburtsgüter (die zum Fideikommiss gehören) sowie auf die Organstellung eines Chefs des Hauses, mit welcher eine Anzahl Rechte und Pflichten verbunden sind, wie später im einzelnen zu zeigen sein wird.

a) Die Erbfolge nach der Primogenitur

Das Wesen der Primogeniturerbfolge besteht darin, dass immer der Erstgeborene aus der ältesten Linie in das Nachlassgut folgt. Man bezeichnet dies als die reine Linealerbfolge, da die Nähe des Grades zum letzten Inhaber nicht berücksichtigt wird.¹⁴⁵ Die Seitenverwandten kommen also nicht zum Zuge, solange in der ältesten Linie noch Agnaten vorhanden sind. Somit hat das Repräsentationsrecht unbeschränkte Geltung,¹⁴⁶ d. h. selbst der entfernteste Deszendente nimmt die Stelle seines vorher verstorbenen Aszendenten ein.¹⁴⁷ Der erstgeborene Sohn des letzten Berechtigten erwirbt bei seiner Geburt für sich und seine gesamte männliche Deszendenz das ausschliessliche Sukzessionsrecht. Er braucht selber nicht zur Nachfolge zu gelangen; auch wenn er vorher stirbt, bleibt die Sukzession in seiner Linie: seine männlichen Nachkommen «repräsentieren» ihn. Ein nachgeborener Sohn des letzten Inhabers erlangt für sich und seine männliche Deszendenz lediglich ein eventuelles Sukzessionsrecht, das erst zur Wirkung gelangt, wenn in der Linie des Erstgeborenen keine sukzessionsfähigen Agnaten mehr vorhanden sind.

In der Linie des Erstgeborenen erlangt wieder dessen Erstgeborener

145 Dies im Gegensatz zum Gradualsystem (das den Nachfolger unter den dem Erblasser dem Grade nach am nächsten stehenden suchte, wobei unter mehreren gleich nahe Verwandten in der Regel der älteste den Vorzug erhielt), sowie Mischformen beider Systeme.

146 Hübner 804.

147 Vgl. hierzu und zum folgenden: Schulze Erstgeburt 396.

für sich und seine männlichen Nachkommen das Nachfolgerecht vor seinen jüngeren Brüdern usw.

Beim Erlöschen einer Linie wird somit nächstberechtigt die zweitnächste Linie des gemeinsamen nächsten Vorfahren.¹⁴⁸

b) Die Einsetzung Karls in die Primogenitur

Maximilian und Gundacker setzen Karl als den Erstgeborenen unter den drei Brüdern und des Hauses überhaupt in die Rechte der Primogenitur nach Massgabe dieser Erbeinigung ein und treten ihm alle erforderlichen Rechte hierzu für sich und ihre Linien ab. Sie ernennen ihn zum Haupt, Direktor und Inspektor des Geschlechts und Hauses der Herren von Liechtenstein. Karl nimmt diese Ernennung an.

c) Rechte und Pflichten des Primogenitus

aa) Die Nutzung der Erstgeburtsgüter

Wie bereits erwähnt, soll dem Primogenitus zur Finanzierung seiner Amtstätigkeit vorab die Nutzniessung bestimmter Güter, der sog. Erstgeburtsgüter, zukommen. Sie sollen jedem Chef des Hauses «zum voraus ewiglich von denen andern des Geschlechts ungehindert verbleiben».

Das Prinzip der Unteilbarkeit kommt nur bei diesen Erstgeburtsgütern uneingeschränkt zur Anwendung. Denn nur sie allein können, im Gegensatz zu den übrigen Fideikommissgütern, auch der Nutzung nach nicht aufgeteilt werden. Sie bilden den eigentlichen Gegenstand der Nachfolge, nicht das Familienfideikommiss als ganzes, wie dies im Regelfall bei anderen Häusern war. Auf diese Erstgeburtsgüter muss sich der Primogenitus stützen; nach ihnen bemisst sich seine Vorrangstellung als Regierer des Hauses vor den übrigen Agnaten. Von ihrer Bedeutung und ihrem Umfang hängt somit seine Machtstellung ab.

bb) Die übrigen Rechte und Pflichten

Zu den weiteren Prärogativen des Regierers gehört namentlich, wie bereits nach der Senioratsverfassung, die aktive und passive Lehnsfähigkeit in Bezug auf die Hauslehen (geistliche Lehen und Patronatsrechte inbegriffen).

148 Heffter 206.

Sodann obliegt ihm die Führung eines Hausarchivs, worin die Originale aller bedeutsamen Urkunden aufzubewahren sind und darüber ein Inventar aufzustellen ist.

Weiter ist er Vormund aller unmündigen Glieder des Hauses, welche Stellung ihm kein Agnat, auch nicht durch letztwillige Verfügung, nehmen kann.

Endlich ist er zur Schlichtung von Streitigkeiten im Hause verpflichtet und hat, gegebenenfalls, als Obmann eines Schiedsgerichtes zu wirken.

d) Unmündigkeit des Primogenitus

In Bezug auf den Mündigkeitstermin folgt die Erbeinigung von 1606 der Regelung von 1504 und unterscheidet nicht zwischen dem Primogenitus und den übrigen Agnaten, sodass für alle als Mündigkeitstermin das vollendete 18. Lebensjahr gilt.

Ein unmündiger Primogenitus wird durch den nächsten volljährigen Anwärter auf die Primogenitur vertreten, unter Beiziehung der zwei ältesten Agnaten des Hauses.

3. Weitere wichtige Bestimmungen

a) Die Unfähigen und ihre Versorgung

Unfähig zur Nachfolge in die Primogenitur sind einmal die Frauen sowie die Kognaten schlechthin, selbst im Falle des Erlöschens des Mannesstammes. Anders die ebenso ausgeschlossenen Geistlichen, die beim Aussterben der weltlichen Agnaten beim Papst um Laisierung nachsuchen können. Deshalb ist die von den Geistlichen vorschriftsmässig zu leistende Renunziation auf die väterliche Erbschaft keine unbedingte; vielmehr ist sie zum vornherein, d. h. ohne dass dies in der Verzichturkunde festgehalten sein muss, mit der Resolutivbedingung verknüpft, dass ihre Wirkung dahinfällt, wenn keine sukzessionsfähigen weltlichen Agnaten mehr leben und der Papst einem Laisierungsgesuch entsprochen hat. Sodann sind zur Nachfolge unfähig die Unehelichen (selbst legitimierte) und die Adoptierten sowie die Blödsinnigen.

Geistliche sollen für ihren Erbverzicht nicht abgefunden werden; sie werden vielmehr auf die Einkünfte aus ihrer geistlichen Stellung verwiesen.

In Bezug auf die Versorgung bzw. Abfindung der Frauen finden sich jedoch recht ausführliche Vorschriften. So werden Heiratsgut und Aussteuer auf 3000 Gulden rheinisch festgelegt, welche Summe allerdings bei entsprechender Besserstellung nach Ermessen erhöht werden darf, jedoch ohne die geringste Beeinträchtigung von Fideikommissgütern. Über Ausstattung und Leibgeding (Widerlegung, Witwensitz) darf der einzelne Agnat ohne Zustimmung des Direktors (bzw. der Agnaten, wenn es sich um die Heirat des Primogenitus selber handelt) nichts vereinbaren. Da sich Widerlegung und Leibgeding nach der Höhe des von der Ehefrau einzubringenden Heiratsgutes richten, darf der Primogenitus höchstens 12'000 und dürfen die anderen Agnaten höchstens 6'000 Gulden rheinisch entgegennehmen. Mit agnatischer Zustimmung ist auch hier, wiederum ohne Schmälerung fideikommissarischer Substanz, eine Erhöhung zulässig. —

Von einer Abfindung bzw. Versorgung (Apanagierung) Nachgeborener kann wenigstens im Gesamthause Liechtenstein keine Rede sein, da jeder der drei Linien eine Nutzungsgewere an einem Teil des Fideikommisses zukommt. Von Nachgeborenen kann eigentlich nur in der Linie des Primogenitus gesprochen werden. Von diesen ist denn auch in der Erbeinigung insofern die Rede, als sie ausdrücklich von jedem Erbsanspruch in Bezug auf die Erstgeburtsgüter ausgeschlossen und den übrigen Agnaten gleichgestellt werden.

b) Bestimmungen betreffend Streiterledigung

Diesem Thema widmet die Erbeinigung verhältnismässig viel Raum. Dem Primogenitus obliegt als eine der wichtigsten Aufgaben die Erhaltung des Friedens unter den Mitgliedern des Hauses. Entsteht Streit, so haben die Parteien, denen jede Tätlichkeit ausdrücklich untersagt ist, ihre Sache vor den Direktor zu tragen, der versuchen soll, einen Vergleich herbeizuführen. Misslingt eine vergleichsweise Erledigung, so hat der Primogenitus ein Schiedsgericht einzuberufen, dessen Obmann er von Amtes wegen ist und das weiter aus je zwei von den Parteien zu bezeichnenden Agnaten des Hauses (fehlendenfalls Aussenstehenden) zusammengesetzt ist. Dieses Schiedsgericht entscheidet letztinstanzlich mit Stimmenmehrheit, nötigenfalls nach Beizug eines Rechtsgelehrten als Experten. Ist der Primogenitus selber Partei, so tritt der Älteste der zweiten Hauptlinie als Obmann an seine Stelle.

c) Zuwiderhandlungen gegen die Erbeinigung

Übertreter sind vor dem Erstgeborenen und den beigezogenen Agnaten zur Rede zu stellen und zweimal zu ermahnen, die Erbeinigung gemäss ihrem Eid zu befolgen. Sie haben einen Rechtsanspruch darauf, vor diesem Gremium sich zu rechtfertigen. Alsdann, wenn die Ermahnungen nichts fruchten, ist der Sachverhalt einem Rechtskundigen zu unterbreiten, der die Frage der Zulässigkeit der poena privationis prüfen soll. Lautet das Gutachten zu Ungunsten des Übertreters, ist die poena privationis zu verhängen und sind zur Exekution notfalls der Landesherr und das Landesrecht anzurufen.

d) Erlöschen des Mannesstammes

Die Erbeinigung begreift das Haus ausschliesslich im Sinne des agnatischen Männerverbandes, sodass auch beim Erlöschen desselben die Kognatenseite nicht zur Nachfolge gelangt. Die weitere Erbfolge richtet sich alsdann nach «Ordnung der Recht und Landsgebrauch oder Gewohnheit», d. h. das gewöhnliche ordentliche Recht kommt zur Anwendung.

Vorbehalten bleiben allerdings zukünftige Erbverbrüderungen. Hierunter versteht man die gegenseitige Einsetzung zweier Häuser in die Nachfolge im Falle des Aussterbens des einen oder anderen derselben. Eine solche Erbverbrüderung ist das Haus Liechtenstein indessen nie eingegangen.

e) Der Eid auf die Erbeinigung

Karl, Maximilian und Gundacker beeden für sich und ihre Nachkommen die Erbeinigung feierlich. Der gleiche Eid wird für jeden in diese Erbeinigung eintretenden Agnaten (d. h. jeden, der mündig wird) vorgeschrieben; ebenso für jeden Primogenitus, bevor er in sein Amt eintritt.

B. DIE ENTWICKLUNG DES HAUSRECHTES NACH DER ERBEINIGUNG VON 1606 BIS ZUM UTERGANG DES REICHES 1806

Der nun folgende Zeitabschnitt ist durch tiefgreifende Ereignisse und durch eine ausgedehnte Verzweigung des Hauses gekennzeichnet. Am bedeutendsten erscheint der Erwerb der Reichsstandschaft, hausrechtlich sodann vor allem die Verbindung des Reichsfürstentums Liechtenstein mit der Regierung (also der Primogenitur) des Gesamthauses.

I. ZUR GESCHICHTE DER KARLISCHEN HAUPTLINIE

Nachfolger Karls als Primogenitus und Regierer des Gesamthauses ist sein einziger Sohn Karl Eusebius (1611 — 1684). Beim Tode Karls 1627 ist er noch minorenn, sodass, trotz kaiserlicher Volljährigkeitserklärung,¹⁵⁰ in Übereinstimmung mit der Erbeinigung von 1606 Fürst Maximilian als nächster volljähriger Anwärter auf die Primogenitur sein Vormund wird.

Als Primogenitus war Karl Eusebius zunächst einmal im Besitze des Vorausteiles sowie, als einziger Sohn, des Anteiles der Karlischen Linie am Fideikommiss. Darüber hinaus war er aber auch noch im Besitze der nicht zum Familienfideikommiss gehörenden Güter seiner Linie, wozu insbesondere die Herzogtümer Troppau und Jägerndorf, die Herrschaften Trübau und Hohenstadt und der Komplex Schwarzkosteletz, Aurzinowes und Skworetz gehörten. Hinzu kam das Erbteil seiner Mutter aus dem Hause Boscovitz (ergänzt durch die andere Hälfte nach dem Tode des Fürsten Maximilian): Butschowitz, Posoritz und Nowihrad. Für 240'000 Gulden erwarb er die ehemals liechtensteinische Herrschaft Lundenburg.¹⁵¹

«Gelang es so dem Fürsten Karl Eusebius, den Besitzstand seines Hauses zu vermehren, den Glanz zu vergrößern und namentlich durch wohlgeordnete Wirtschaft alles zu sichern, so erreichte er ein anderes nicht, nämlich die Einführung seines Hauses zu Sitz und Stimme im Reichsfürstencollegium des deutschen Reiches. Ja er musste es selbst

150 Falke II 304.

151 Falke II 315.

erleben, dass drei andere österreichische Häuser, die Dietrichstein, Piccolomini und Auersperg, welche später die Fürstenwürde erhalten hatten, noch früher zu dieser Ehre kamen, wenn auch nur bedingungsweise. Dies war im Jahre 1654 auf dem Reichstage zu Regensburg geschehen. Dem Fürsten Karl Eusebius und seinen Vettern blieb nichts übrig als einen motivierten Protest dagegen einzulegen, dass diese Einführung ihre früheren Rechte nicht schädige.»¹⁵²

Dritter Regierer des Hauses wurde nach seinem Tode 1684 sein einziger Sohn Johann Adam Andreas, wie sein Vater mit einer Fürstin Dietrichstein verheiratet und auch er politisch und militärisch kaum in Erscheinung tretend. Genannt «der reiche Hans Adam», war er «eine höchst interessante und bedeutende Persönlichkeit, eine der bedeutsamsten in der Geschichte seines Hauses».¹⁵³ Es gelang ihm, den Besitz seiner Linie so zu erweitern, dass die Erträge daraus annähernd jene des Familienfideikommisses erreichten.¹⁵⁴

Die unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten wichtigsten Erwerbungen beliefen sich auf eine Summe von mindestens 2'000'000 Gulden, so u. a. die Herrschaft Sternberg in Mähren (erworben 1695 und 1699 für insgesamt 504'000 Gulden), Judenau, Dittersdorf und Ordental (1701 für zusammen 156'000 Gulden); 1702 Lypto Ujvar in Ungarn für 129'800 Gulden; 1703 u. a. Weissenberg und Kirchberg für total rund 200'000 Gulden; 1708 Rotenhaus in Böhmen für 903'000 Gulden.¹⁵⁵

Im Vergleich hierzu nehmen sich die dem Grafen von Hohenems abgekauften und im Schwäbischen Kreis weitab gelegenen reichsunmittelbaren Besitzungen Schellenberg und Vaduz unbedeutend aus. Sie wurden zudem stark überzahlt: die Herrschaft Schellenberg wurde bei einem zwischen 2000 und 4000 Gulden liegenden jährlichen Ertrag im Jahre 1699 für 115'000 Gulden, die Grafschaft Vaduz (jährlicher Ertrag zwischen 4000 und 7000 Gulden) 1712 zu 290'000 Gulden erworben.¹⁵⁶

152 Falke II 316/17.

153 Falke II 325.

154 Falke II 326.

155 Vgl. Falke II 327 ff.

156 Vgl. Falke II 343 ff. — Nach Seger 31 wurde Schellenberg sogar auf 1'200 Gulden, Vaduz auf 2'400 Gulden jährlichen Steuerertrag eingeschätzt, während als fürstenmässig geltende Güter mindestens 15'200 Gulden ergeben sollten. — Die geringe wirtschaftliche Bedeutung des nur rund 160 km²



Fürst **Johann Adam Andreas** (1657 — 1712), genannt «der reiche Hans Adam». Erwirbt Vaduz und Schellenberg, womit er die Grundlage für die spätere Erhebung des Hauses zur Reichsstandschaft schafft.

Unterstützt durch ein zinsloses Darlehen an den Schwäbischen Kreis in der Höhe von 250'000 Gulden, gelang es aber nur, dem Hause Sitz und Stimme auf der Fürstenbank des Schwäbischen Kreises zu sichern,¹⁵⁷ während der Eintritt in den Reichstag dem Hause vorläufig noch versagt blieb,¹⁵⁸ obwohl mit Vaduz Sitz und Stimme im Reichstage ursprünglich verbunden gewesen waren.¹⁵⁹

Mit dem Tode des Fürsten Johann Adam Andreas am 16. Juni 1712 erlosch die Karlische Linie männlicherseits, da ihn kein Sohn überlebte. In der zweifelsohne grössten Frau des Hauses, seiner Tochter Maria Theresia, lebte die Linie indessen bis 1772 fort.

II. DAS TESTAMENT DES FÜRSTEN JOHANN ADAM ANDREAS VON 1711

Die Erbsunion von 1606 fand nun in der Folge im wesentlichen getreue Anwendung in zahlreichen Testamenten, Eheverträgen usw., auf die im einzelnen einzugehen den Rahmen vorliegender Arbeit sprengen würde. Vielmehr soll noch auf jene Urkunden näher eingegangen werden, welche zur Weiterentwicklung des Hausrechtes beigetragen haben oder sonstwie für die Stellung und Bedeutung des Hauses und des Primogenitus wichtige Anordnungen enthalten. —

Das mit Wien, 17. Juli 1711 datierte Testament des Fürsten Johann Adam Andreas¹⁶⁰ ist vorab wegen der Bestimmungen über die reichsunmittelbaren Gebiete Vaduz und Schellenberg wichtig, die merkwürdigerweise nicht dem nächsten Regierer Anton Florian, sondern dessen Neffen Josef Wenzel zugesprochen werden. Das Verhältnis zwischen dem Erblasser und Anton Florian scheint nicht das beste gewesen zu sein.¹⁶¹

grossen Gebietes zeigt sich auch deutlich im Vergleich zu dem von Raton 19 für die erste Hälfte des. 17. Jahrhunderts angegebenen Besitzstand: 5'800 km², 24 Städte, 25 Marktflecken, 756 Dörfer und 56 Schlösser.

157 Falke II 345.

158 Falke II 347.

159 Falke II 344.

160 Vgl. Falke II 351 ff.

161 Falke II 351; er liess ihm sogar noch etwas weniger, als ihm nach der Erb-
einigung von 1606 und den Lehenbriefen zustand (vgl. Falke II 353).

a) Erbeneinsetzung

Bei der Errichtung des Testamentes lebten ausser dem Testator nur noch sechs Agnaten, alle aus der Linie Gundackers: Anton Florian, dessen Neffen Josef Wenzel, Emanuel und Johann Anton sowie dessen jüngster Bruder Hartmann, ausserdem noch dessen Sohn Josef Johann. (Siehe Tafeln S. 53 und 85).

Somit verblieb noch eine der drei Hauptlinien von 1606, und nach der Erbeinigung wäre die allodiale Hinterlassenschaft des Fürsten Hans Adam bei Fehlen eines Testamentes ohne weiteres an die Gundacker'sche Linie gefallen und dem Familienfideikommiss angewachsen, d. h. nutzungsweise auf Anton Florian als den Nachfolger Hans Adams in der Primogenitur gekommen.

Indem Hans Adam aber erwog, Anton Florian und dessen Linie seien mit den bisherigen Familienfideikommissgütern und der Primogenitur des Gesamthauses sowie dem Fideikommiss und der Primogenitur der Gundacker'schen Linie ausreichend begütert, übergang er ihn und seine Linie bei der Erbeneinsetzung. An Anton Florian sollten somit nur die durch die Investiturbriefe der Primogenitur des Hauses gewidmeten Lehen (vor allem Troppau und Jägerndorf, Mährisch Trübau, Hohenstadt, Schildberg und die sog. Glashütten Schönberg und Goldenstein) sowie die Erbeinigungsgüter (Feldsberg, Herrenbaumgarten, Blumenau und Prossnitz — Erstgeburtsgüter und Eisgrub = Nutzungsanteil der Karlischen Linie am Familienfideikommiss) fallen.

Über alle anderen Güter, die also weder durch die Erbeinigung von 1606 noch «per expressum regium consensum ad primogenituram» gebunden waren, in diesem Sinne somit als «vera allodia» betrachtet wurden, durfte Hans Adam in Übereinstimmung mit der Erbsunion von 1606 frei testieren.

Zu Erben setzte er ein (wie bemerkt, unter Umgehung der ältesten Linie) die Fürsten Josef Wenzel, Emanuel und Johann Anton (alles Söhne des jüngeren Bruders Anton Florians, Philipp Erasmus') und seine fünf noch lebenden Töchter Maria Elisabetha, Maria Antonia, Gabriele, Maria Theresia und Dominica.

b) Fideikommissierung von Vaduz und Schellenberg und ihre Zuweisung an Josef Wenzel

Zusammen mit den 1707 dem Schwäbischen Kreise geliehenen 250'000 Gulden werden die Reichsgrafschaft Vaduz und die Reichsherrschaft Schellenberg als Fideikommiss, vererbbar in der Primogenitur, dem Fürsten Josef Wenzel zugewiesen. Nach der Regel der Primogeniturerbfolge gehen sie somit nach Aussterben der Josefinischen Linie auf die Emanuel'sche, dann auf jene Johann Antons. Erst zuletzt, also nach dem vollständigen Erlöschen des gesamten Philippinischen Stammes soll die Linie Anton Florians, also die Primogeniturlinie des Hauses, wieder zum Zuge kommen.

Bei Eintritt eines Erbberechtigten in den geistlichen Stand erhält der Nächstberechtigte ipso facto einen Rechtsanspruch auf sofortige Nachfolge. Sollten die 250'000 Gulden vom Schwäbischen Kreis zurück-erstattet werden, ist daraus wenn möglich sofort eine Herrschaft zu erwerben, andernfalls sind sie im Interesse des Fideikommisses gut anzulegen. — Diese Zuweisung der für die erstrebte Reichsstandschaft bedeutendsten (weil immediaten) Herrschaften des Hauses an die Sekundogenitur (die Philippinische Linie) unter ausdrücklicher Hintanstellung der Primogeniturlinie widersprach zwar nicht dem Buchstaben der Erbsunion von 1606, wohl aber eindeutig ihrem Geist. Als unzweifelhaft allodiale Besitzungen durfte Hans Adam frei über sie testieren; als einzige unmittelbare Besitzungen des Hauses gehörten sie aber eindeutig dem Familienfideikommiss, innerhalb desselben sogar den Erstgeburts Gütern, zugewiesen. Sie einer vergleichsweise wenig begüterten Nebenlinie zukommen zu lassen, erscheint umso weniger sinnvoll, als die (vorläufige) Nichtzulassung zum Reichstag und zuerst sogar auch noch zur Fürstenbank des Schwäbischen Kreises (deshalb auch die Darlehen von 250'000 Gulden) mit der schwachen Begüterung mit immediaten Herrschaften begründet wurde. Diesem Mangel konnte nur mit anderweitigen bedeutenden Besitzungen begegnet werden, die dennoch eine standesgemässe Lebensführung erlaubten. Zu diesem Zwecke wäre aber eine Vereinigung der Regierung des Hauses mit dem Besitz der reichsunmittelbaren Herrschaften allein sinnvoll gewesen, was, wie zu zeigen sein wird, in der Folge dann auch gütlich zustande kam.

c) Die Verteilung der übrigen Güter

Auf Josef Wenzel fallen weiter die vom Testator bewohnten Häuser an der Herrengasse in Wien, die Herrschaften Butschowitz und Turnau, weiter Gestüte und Pferde (mit Vorkaufsrecht der Brüder im Veräusserungsfalle). Dazu Lundenburg als Fideikommiss in der Primogenitur der drei Linien.

Emanuel erhält die Häuser auf der kleinen Seite von Prag sowie das Gut Rostock in Prag. Dann die in Österreich gelegenen Herrschaften Weissenberg und Kirchberg sowie verschiedene Besitzungen in Wien, darunter das «auf dem Platz gegen heil. Kreutz liegende» Haus (= Palais in der Löwelbastei)¹⁶² zusammen mit den Gemälden und (nichtsilbrigen) Statuen und der Bibliothek, dies alles als Fideikommiss in der Primogenitur und folgender Reihenfolge der Linien: zuerst jene der drei Brüder, dann auf die männliche Deszendenz Eleonoras (Schwester des Testators), weiter auf jene der Fürstin Maximiliane (Tochter des Fürsten Maximilian Jakob Moritz), zuletzt als Allod an die Linie des Fürsten Hartmann. Weiter erhält Emanuel noch Posoritz und Nowhrad bei Brünn in Mähren¹⁶³.

An Johann Anton gehen die Herrschaften Landskron und Landsberg in Böhmen, Lypto-Ujvar in Ungarn und verschiedene Dörfer in Mähren.

Die Töchter erben die übrigen Immobilien als Allode zu gleichen Teilen: Göding in Elisabeth und Antonia je hälftig nach mährischem Recht (d. h. die ältere teilt, die jüngere wählt), Sternberg und Aussee an Gabriela, Kosteletz und Skworetz und Aurzinowes sowie Czech an Maria Theresia, Rotenhaus und Czernahora usw. an Dominica. Die Barschaft, ausser 50'000 Talern für die Witwe, geht zu gleichen Teilen an die drei noch ledigen Töchter.

162 Falke II 353.

163 Diese stammen, wie die Wenzel zugesprochene Herrschaft Butschowitz, aus der angeheirateten Verlassenschaft des Fürsten Maximilian. Hans Adam beruft sich für seine diesbezügliche Disposition ausdrücklich auf das Testament des Fürsten Maximilian vom 29. April 1641, welche Disposition in der Folge von Anton Florian mit Erfolg angefochten wurde.

d) Die Versorgung der Witwe

Das ihr durch Ehekontrakt vom 13. 2. 1681 Zugekommene und seither Geschenke soll ihr ungestört gehören. Neben den bereits erwähnten 50'000 Talern aus der Barschaft und einem Wohnrecht (zusammen mit den drei unverheirateten Töchtern) im Palais Löwelbastei erhält sie die Herrschaften Judenau und Dittersdorf mit der Auflage, sie einer oder allen Töchtern zu hinterlassen. Mit der gleichen Auflage werden ihr Kleinodien, Schmuck und Silber überlassen. Zum standesgemässen Unterhalt haben ihr die Töchter jährlich 12'000 Gulden (in halbjährlichen Raten) zu geben, die sie zu gleichen Teilen aufzubringen haben.

e) Vormundschaftliche Bestimmungen

Abweichend von der Erbeinigung von 1606 legt Hans Adam die Volljährigkeit der Agnaten für die Nachfolge in die Erbgüter auf 20 Jahre fest. Zu Vormündern werden Fürst Walter Xaver Dietrichstein und Graf Max Ulrich von Kaunitz und Rietberg gegen ein Entgelt von 5000 bzw. 3000 Gulden bestellt. Auch mit dieser Bestimmung wird Anton Florian übergangen, der nach der Erbeinigung von 1606 als Primogenitus von Rechts wegen auch Vormund aller minderjährigen Agnaten ist. Diese abweichenden Bestimmungen waren rechtlich als Ausfluss der Testierfreiheit zulässig, da sie sich ja strikte auf die Erbgüter bezogen. Indem sie aber die (wenn auch nur vormundschaftliche) Verwaltung selbst der reichsunmittelbaren Güter ausser Hauses gehen liessen, verkannten sie Sinn und Zweck des Familienpaktes von 1606.

Vormund der Töchter, die bereits mit 15 Jahren mündig sein sollten, sollte ihre Mutter sein, im Todesfalle oder bei Wiederverheiratung die älteste Tochter, immer unter Mitwirkung der Agnatenvormünder.

f) Übrige Bestimmungen

Diese betrafen u. a. fromme Stiftungen, die Ablösung von Schulden, die Verwaltung verschiedener pfandweise vom Kaiser für eine Schuld von 500'000 Gulden überlassener Herrschaften, Vergabungen, sowie Freilassung verschiedener Untertanen aus der Leibeigenschaft.

III. DAS TESTAMENT MARIA THERESIAS

Maria Theresia Herzogin von Savoyen-Carignan (1694 — 1772) war die zweitjüngste Tochter Hans Adams. Bereits seit 1729 Witwe, erlangte sie vorab durch ihr karitatives Wirken hohes Ansehen.

Sie hinterliess testamentarisch ihren ansehnlichen Besitz (Kosteletz, Aurzinowes, Skworetz und Rattai in Böhmen aus der väterlichen Hinterlassenschaft, von der Mutter Judenau und Ditterdorf sowie Büchsendorf in Österreich) dem Primogenitus des Hauses mit der Auflage, ihn wenn möglich dem Majorate einzuverleiben.¹⁶⁴

IV. DAS TESTAMENT DES FÜRSTEN HARTMANN VOM 24. DEZEMBER 1672¹⁶⁵

Hartmann (1613 — 1686) war als Fürst der erste dieses Namens und der bedeutendste Vertreter der ersten Generation nach Gundacker sowie Stammhalter dieser Linie und damit auch des Gesamthauses, da Fürst Maximilian 1643 kinderlos verstarb und die Karl'sche Linie 1712 männlicherseits erlosch. Allerdings gelangte er selber nie zur Regierung des Hauses, da er beim Übergang der Primogenitur auf die Gundacker'sche Linie im Jahre 1712 nicht mehr lebte.

Fürst Hartmann I. war in erster Linie ein vorzüglicher Verwalter der ererbten Besitzungen seines Vaters, die ihm dieser noch zu seinen Lebzeiten zur Administration überlassen hatte.¹⁶⁶ Sein öffentliches Auftreten fiel weniger ins Gewicht, doch diente er immerhin auch unter Wallenstein, vorab in den Schlachten bei Lützen und Nördlingen.¹⁶⁷

a) Erbeneinsetzung und Verteilung der Güter

Zu Erben setzte er seine vier Söhne ein und nahm folgende Teilung vor:

Der älteste Sohn Maximilian Jakob Moritz (1641 — 1709) erhält vorab die Nutzung der Familienfideikommissgüter: Wilfersdorf, Ringelsdorf, Mistelbach (= ursprünglicher Anteil der Gundacker'schen Linie) sowie Hohenau und Ravensburg (= ursprünglicher Anteil des Fürsten Maximilian, den er testamentarisch an die Gundacker'sche Linie ge-

164 Falke II 362/63.

165 Falke II 373.

166 Falke II 370.

167 Falke II 369/370.

langen liess). Ausserdem erhält er alles, was weiter vom Fürsten Maximilian an Gundacker gekommen und von diesem als Fideikommiss in der Primogenitur seiner Linie gestiftet worden war.

Die drei jüngeren Brüder Anton Florian, Philipp Erasmus und Hartmann erhalten je 100'000 Gulden aus dem Ertrag der Güter des ältesten Bruders, ausserdem die meisten Schuldforderungen, das Bargeld und die Herrschaften, die der Testator bis zu seinem Tode noch erwerben sollte, je zu gleichen Teilen. Alles zusammen soll jedoch ein gemeinsames Fideikommiss der drei Linien der «Sekundogeniti» bilden, welches erst nach deren Aussterben an die Linie des ältesten Bruders fallen sollte. Die Vorschriften und Beschränkungen, denen diese Sekundogeniturgüter unterworfen sein sollten, gleichen im wesentlichen jenen der Erbsunion von 1606 für das Familienfideikommiss. Bezüglich der Ausschliessung von der Nachfolge bringen sie allerdings eine Erweiterung auf jene, die sich «wider Standesgebühr auch ohne Vorwissen und Einwilligung des Regierers unseres fürstlichen Hauses und anderer Agnaten verheiraten» oder von der «römisch katholischen . . . Religion abweichen».

b) Versorgung der Witwe

Die Witwe kann unter den Herrschaften ihren Sitz frei wählen. Der Unterhalt für sie und die minderjährigen Kinder, die bei ihr wohnen und auferzogen werden sollen, ist ihr gewährleistet.

Aus der Hinterlassenschaft erhält sie 50'000 Gulden eigentümlich, 100'000 zur Nutzniessung, die nach ihrem Tode an die Söhne gehen sollen. Zudem soll sie das Tafelsilber bekommen und von den beiden älteren Söhnen mit Pferden, Wagen, Mobilien, Getreide und Wein versorgt werden.

c) Versorgung der Töchter

Die älteren Töchter sind bereits verheiratet und haben ihren ordentlichen Erbverzicht geleistet. Sie haben ihre Abfindung erhalten, ausser Sidonia Agnes, welcher noch die Hälfte der ihr «aus väterlichen Gnaden» versprochenen 25'000 Gulden zusteht, wofür sie aus der Barschaft zu befriedigen ist. Hieraus ist ebenfalls die jüngste, noch unverheiratete Tochter Maria Magdalena abzufinden. Auch sie hat über die kraft Erbeinigung von 1606 geschuldeten 3'000 Gulden noch 25'000 Gulden durch väterliche Disposition zugute.

d) Vormundschaftliche Bestimmungen

Auch dieses Testament setzt den Mündigkeitstermin auf 20 Jahre fest. Zu Vormündern der drei jüngeren Söhne bestimmt der Testator den Regierer Karl Eusebius (der gemäss Erbeinigung von 1606 im übrigen bereits Vormund ist), den ältesten Sohn Maximilian Jakob Moritz und die Gemahlin. Sie alle werden auch mit der Willensvollstreckung betraut. —

Dies ist der wesentliche Inhalt des Testamentes. Misst man es an den Vorschriften der Erbsunion von 1606, so stellt man eine vorbildliche Übereinstimmung fest. Augenfällig ist die Errichtung einer Sekundogenitur in Analogie zum Familienfideikommiss der Primogenitur des Gesamthauses. Der für die Nachfolge in diese Sekundogeniturgüter erweiterte Ausschlusskatalog wurde später durch das Hausgesetz von 1842 auch für Primogenitur des Hauses angenommen.

V. FÜRST ANTON FLORIAN (1656 — 1721) UND DIE KONSOLIDIERUNG DER PRIMOGENITUR

Das Testament des Fürsten Johann Adam Andreas hatte die Primogenitur in Frage gestellt. Es galt, sie wiederherzustellen, insbesondere durch die Einverleibung der Reichsherrschaften. Nicht nur dies gelang Anton Florian, er erwirkte auch die Gründung eines Fürstentums Liechtenstein aus den Herrschaften Vaduz und Schellenberg sowie seine Aufnahme (ad personam) in den Reichsfürstenrat.¹⁶⁸

Seit dem Tode des Fürsten Karl war Anton Florian wieder das erste Haupt einer Linie (bzw. später des Hauses), das zeitlebens in kaiserlichen Diensten stand.¹⁶⁹ Nach einer rund sechs Jahre dauernden Gesandtschaft am päpstlichen Hof wurde er Erzieher und Obersthofmeister von Erzherzog Karl, dem designierten Thronfolger in Spanien und späteren Kaiser Karl VI.¹⁷⁰ In dieser Aufgabe verharnte er bis zu seinem Tode und wich kaum mehr von der Seite Karls:¹⁷¹ erst in Wien, dann in Spanien in vergeblichem Kampf um die Thronfolge, dann wie-

168 Vgl. zu diesem Abschnitt insbesondere Seger 16 ff.

169 Falke III 67.

170 Über diese Tätigkeiten berichtet Falke III 4 ff ausführlich.

171 Falke III 13.



*Antonius Florian,
Fürst von Lichtenstein
grande von Spanien, Kayserl.
Obrist hofmeister etc.*

Fürst Anton Florian (1656 — 1721).
Er erreicht 1719 die Erhebung von Vaduz und Schellenberg
zum Reichsfürstentum Liechtenstein.

Hartmann

Anton Florian

geb. 28. 5. 1656
verm. 23. 11. 1679 mit
Barbara Gräfin v. Thun
(10. 11. 1661—9. 2. 1723)
gest. 11. 10. 1721

Josef Johann

geb. 27. 5. 1690
1. verm. 1. 12. 1712 mit
Gabriele Fürstin
Liechtenstein
(12. 7. 1692—7. 11. 1713)
2. verm. 3. 2. 1716 mit
Marianne Gräfin Thun
(27. 9. 1698—23. 2. 1716)
3. verm. 3. 8. 1716 mit
Marianne Gräfin
Öttingen-Spielberg
(21. 9. 1693—15. 4. 1729)
4. verm. mit
Marianne Gräfin
Kottulinsky
(12. 5. 1707—6. 2. 1788)
gest. 17. 12. 1732

Johann Nepomuk Karl

geb. 8. 7. 1724
verm. 19. 3. 1744 mit
Maria Gräfin Harrach
(20. 11. 1727—15. 2. 1788)
gest. 22. 12. 1748

Philipp Erasmus

geb. 11. 9. 1664
verm. 8. 5. 1695 mit
Christina Gräfin
Löwenstein
(31. 10. 1665—
30. 4. 1730)
gest. 9. 1. 1704

Josef Wenzel Lorenz

geb. 9. 8. 1696
verm. 19. 4. 1718 mit
Anna Fürstin
Liechtenstein
(11. 9. 1699—20. 1. 1733)
gest. 10. 2. 1772

Emanuel

geb. 2. 2. 1700
verm. 14. 1. 1726
Maria Gräfin
Dietrichstein
(10. 9. 1706—7. 1. 1777)
gest. 7. 1. 1771

Johann Anton

geb. 20. 12. 1702
gest. 28. 3. 1724

führt das Haus allein fort
(siehe Tafel Seite 93)

der in Wien. 1703 wurde ihm und seinen Nachkommen das spanische Grandat verliehen.¹⁷²

Anton Florian war ein prachtliebender Barockfürst. Er scheute keinen Aufwand, sich und dem Haus bei den Höchsten des Reiches Geltung zu verschaffen. Er vereinigte mehr Macht in seiner Person als je einer seiner Vorgänger, nicht nur politische als engster Vertrauter des Kaisers, sondern auch innerhalb des Hauses: 1711 fiel mit dem Tode seines Neffen Max Anton das ganze Gundacker'sche (Primogenitur-) Fideikommiss an ihn, ein Jahr später durch den Tod Johann Adam Andreas' das Karolinische zusammen mit der Primogenitur des Hauses. Da er auf den Glanz des Hauses bedacht war, focht er das als ungerecht empfundene Testament Hans Adams, seines Vorgängers in der Regierung des Hauses, an. Die kostspieligen Prozesse wurden schliesslich teils von ihm, teils von seinem Sohn Joseph Johann vergleichsweise beendet.

1. Die Verträge zwischen dem Antonianischen und dem Philippinischen Stamm.

a) Der Tauschvertrag vom 12. März 1718

1718 lebten nebst Anton Florian und seinem Sohn Joseph Johann nur noch vier weitere Agnaten: die im Testament Hans Adams als Erben eingesetzten drei Philippinischen Brüder (Joseph Wenzel, Emanuel und Johann Anton) und Hartmann, der jüngste Bruder Anton Florians.

Nach dem genannten Testament hatte Joseph Wenzel allein Anspruch auf die Reichsherrschaften Schellenberg und Vaduz. Anton Florian strebte aber deren Verbindung mit der Primogenitur an, um gestützt auf diese reichsunmittelbaren Besitzungen die Bemühungen um Aufnahme in den Reichsfürstenrat (für das Haus; persönlich war er bereits am 15. Februar 1713 eingeführt worden¹⁷³) wieder aufnehmen zu können. Am 12. März 1718 vereinbarte er deshalb mit Joseph Wenzel den Tausch von Vaduz und Schellenberg gegen die von ihm 1681 für 270'000 Gulden erworbene Herrschaft Rumburg.¹⁷⁴

172 Falke III 15.

173 Seger 35.

174 Falke III 77.

b) Die Vergleiche vom 20. Mai 1718 und 1. Juni 1722

Nach dem ersten Vergleich zwischen Anton Florian und den Philippinischen Brüdern verzichteten letztere gegen 60'000 Gulden jährlich auf fast alle aus dem Testament Hans Adams hergeleiteten Ansprüche; ausgenommen blieben die bereits abgetretenen Reichsherrschaften sowie Lypto-Ujvar.¹⁷⁵

Dieser erste Vergleich scheint indessen nicht ausgeführt worden zu sein,¹⁷⁶ weshalb Fürst Joseph, der Sohn Anton Florians, mit den Philippinischen Brüdern am 1. Juni 1722 einen weiteren abschloss.¹⁷⁷ Dieser zweite wichtige Vergleich hatte im wesentlichen denselben Inhalt wie der erste. Ausdrücklich verzichteten die drei Brüder auf jene Ansprüche an die Primogenitur, die sich aus dem Testament Hans Adams oder aus anderen Urkunden ableiten liessen. Insbesondere treten sie zugunsten der Primogenitur ab die Herrschaften Butschowitz, Posoritz, Nowihrad, Tyrnau, Landskron und Landsberg, Blumenau und Rostock, verschiedene Häuser in Brünn und an der Herrengasse in Wien, verschiedene Rechte sowie den umfangreichen Mobiliarbesitz Hans Adams: Statuen, Bibliothek und Gemälde. Auf diese Weise wurden im Sinne der Erb-einigung von 1606 die Rechte der Primogenitur vollumfänglich wiederhergestellt, dem «Splendor familiae» genüge getan. Es gelangte so auch die heute noch berühmte liechtensteinische Gemäldegalerie, bisher Fideikommiss der Philippinischen Linien, an die Primogenitur des Hauses. Als Gegenleistung für diese Abtretungen sollten die drei Brüder jährlich 36'000 Gulden erhalten.

c) Der Vergleich vom 10. Juni 1722

Mit diesem weiteren Vergleich¹⁷⁸ verzichteten die Philippinischen Brüder zugunsten des Fürsten Joseph auf alle Ansprüche an die Primogenitur aus dem Testament ihres Grossvaters Hartmann sowie auf verschiedene weitere Ansprüche und Forderungen gegen eine Summe von insgesamt 16'000 Gulden jährlich. Der Vertrag ist hausrechtlich nicht weiter von Bedeutung, zeigt aber den anhaltenden Willen zur Stärkung der Primogenitur und damit des Hauses.

175 Falke III 71.

176 Falke III 71.

177 Falke III 72 f.

178 Falke III 233 f.

2. Die Entstehung des Fürstentums Liechtenstein und die Aufnahme in den Reichsfürstenrat¹⁷⁹

Die Bemühungen für die Aufnahme in das Reichsfürstenkollegium begannen schon 1630. Am 20. Dezember 1633 wurden die mährischen Herrschaften Krumau und Ostra des Fürsten Gundacker zu einem Fürstentum mit dem Namen Liechtenstein erhoben.¹⁸⁰ Dies bedeutete eine Ehrung Gundackers durch Kaiser Ferdinand II. Ein Anrecht auf Zulassung zum Reichsfürstenrat konnte daraus indessen nicht abgeleitet werden, da es ein mährisches Fürstentum war. Die Habsburger hatten als Markgrafen von Mähren keinerlei Interesse daran, reichsunmittelbare Gebiete innerhalb ihrer Hausgüter entstehen zu lassen.

Ein erstes Gesuch der Fürsten Carl Eusebius, Maximilian und Gundacker vom 30. August 1641, der Kaiser möge die Aufnahme in den Reichsfürstenrat empfehlen, scheiterte. Eine Empfehlung während der zu Ende gehenden Sitzungsperiode des Reichstages erfolgte nicht. Kurz darauf erging ein kaiserliches Dekret, das eine erhebliche Erschwerung der Zulassungsbedingungen brachte. In der Folge wurden Bestrebungen unternommen, immediate Herrschaften zu erwerben, welche vorerst jedoch erfolglos blieben.

Der nächste Versuch erfolgte während des Reichstages von 1654, nachdem gleich zu Beginn die Fürsten Maximilian von Dietrichstein, Johann Weikhart von Auersperg und Generalleutnant Octavio Piccolomini aufgenommen worden waren. Aber auch dieser Versuch verlief, zur grossen Enttäuschung der liechtensteinischen Fürsten, die auf mindestens gleichwertige Verdienste wie die Aufgenommenen verweisen konnten, im Sande. Ein kaiserliches Versprechen auf Empfehlung im Hinblick auf den nächsten Reichstag blieb ein schwacher Trost. Denn kurz zuvor war ein Reichshofratsgutachten gebilligt worden, das den

179 Zu diesem Thema sind vorab zu nennen: Carl von In der Maur, der im JBL 1 die wichtigsten Urkunden ediert (Kaufbriefe über Schellenberg und Vaduz; kaiserliches Diplom über die Errichtung des Fürstentums Liechtenstein vom 23. Januar 1719); sodann Seger, der im JBL 68 knapp und präzise aber doch erschöpfend den mühevollen Weg bis zur Aufnahme in den Reichsfürstenrat beschreibt.

180 Der Name wurde später auf das jetzige Fürstentum Liechtenstein übertragen. — Dass der Name des Hauses als Bezeichnung eines neuen Fürstentums diente, geschah auch im Falle Windischgrätz 1804 (Heffter 431).

Besitz fürstenmässiger Immediatgüter zur unabdingbaren Voraussetzung für eine Aufnahme in den Reichsfürstenrat erklärte.

Dies hatte zur Folge, dass nun das Hauptgewicht auf den Erwerb solcher Güter gerichtet wurde. Ein erster Teilerfolg gelang allerdings erst am 18. Januar 1699 mit dem Kauf der Reichsherrschaft Schellenberg.¹⁸¹ Diese hatte aber seit jeher nur als Teil der Reichsgrafschaft Vaduz, mit der allein Sitz und Stimme auf dem Reichstag verbunden waren, gegolten. Beide zusammen genügten zudem für eine fürstenmässige Begüterung nicht. Fürst Johann Adam Andreas wurde 1707 nur Mitglied der Fürstenbank des Schwäbischen Kreises, zu dem Schellenberg gehörte, nachdem er diesem als Ersatz für mangelhafte Begüterung 250'000 Gulden zinslos hatte leihen müssen. Trotz Empfehlungen des Schwäbischen Kreises und Kaiser Karls fand aber auch ein weiteres Gesuch um Aufnahme am 9. Juli 1709 in Regensburg keine Gnade. Der Erwerb von Vaduz 1712 konnte vorerst auch nicht ausgenützt werden, da er erst im Todesjahr des Fürsten Hans Adam erfolgte und die immediaten Güter, wie bekannt, nicht auf die Primogenitur übergingen.

Weit mehr brachte das Vertrauensverhältnis zwischen dem 1701 an die Regierung gelangten jungen Kaiser Karl VI. und seinem Erzieher, dem Fürsten Anton Florian. Jener empfahl den Fürsten am 6. April 1712 zur Aufnahme wegen seiner Verdienste um ihn und weil das Haus Liechtenstein schon vor fast hundert Jahren in den Reichsfürstenstand erhoben worden sei. Kein Wort mehr von immediater Begüterung. Bereits am 3. Dezember 1712 wurde die Zulassung Anton Florians und seiner Nachkommen zu Sitz und Stimme auf der weltlichen Fürstenbank beschlossen; die Einführung fand am 15. Februar 1713 statt. Die Zulassung erstreckte sich damit nicht auf die Philippinische Linie. Damit sie wenigstens für seine Linie wirksam wurde, musste sich Anton Florian zum Erwerb fürstenmässiger Immediatgüter verpflichten, sonst blieb sie auf seine Person beschränkt. Wie bekannt, gelang es Anton Florian, unter agnatischer Zustimmung tauschweise die reichsunmittelbaren Herrschaften an sich zu bringen und sie mit der Primogenitur des Hauses zu verbinden. Die kaiserliche Bestätigung des Tauschvertrages vom 12. März 1718 erfolgte bereits am 8. Juni desselben Jahres, worauf Anton Florian den Kaiser um Erhebung dieser Herrschaften zu einem Fürsten-

181 Den Kauf Schellenbergs behandelt Seger ausführlich im JBL 58.

tum ersuchte,¹⁸² welcher Bitte mit Diplom vom 23. Januar 1719 entsprochen wurde. Die Fürst Gundacker seinerzeit durch Palatinatsdiplom vom 14. November 1633 gewährten Rechte und Privilegien wurden auf das neue Fürstentum übertragen und für Anton Florian, seine Erben und den «jedemaligen Erstgeborenen des fürstlich-liechtensteinischen Hauses Besitzer obgelmelten Fürstentums Liechtenstein» bestätigt.

Aber noch sollte es bis zum 13. August 1723 dauern, bis der Sohn Anton Florians, Fürst Joseph Johann, nicht nur für sich und seine Nachkommen, sondern auch für seine Erben (d.h. also auch Agnaten anderer Linien des Hauses) endgültige Aufnahme im Reichsfürstenrat fand. Damit war das Haus Liechtenstein zur Spitze des Reichsadels aufgestiegen und hatte das langersehnte Ziel erreicht.

3. Die weiteren Regierer aus der Antonianischen Linie

Der einzige überlebende der acht Söhne Anton Florians war Joseph Johann Adam, kurz Fürst Joseph genannt. Er gelangte am 11. Oktober 1721 zur Regierung des Hauses und des neuen Fürstentums sowie der (vereinigten) Karolinischen und Gundacker'schen Fideikomnisse.¹⁸³ Er stand kaum in öffentlichen Diensten, sondern widmete sich der Verwaltung: Tilgung der enormen Schulden seines Vaters und Erledigung der familiären Streitigkeiten. Wie oben gezeigt, erlangte unter seiner Regierung das Haus die (volle) Reichsstandschaft. Von seinen vier Gattinnen war die erste eine Tochter des Fürsten Hans Adam, Gabriele, die ihm die von ihrem Vater geerbten Allodialherrschaften Aussee und Sternberg einbrachte, wodurch diese dem Hause erhalten blieben.¹⁸⁴

Bei seinem 1732 erfolgten Tod war sein Sohn und Nachfolger Johann Nepomuk Karl erst acht Jahre alt, sodass der nächste Anwärter auf die Primogenitur, Fürst Joseph Wenzel, als Vormund die Regierungsgeschäfte übernahm. Mit dem Tode Johann Nepomuk Karls am 22. Dezember 1748 erlosch der Antonianische Stamm.

182 Dass ein Gesuch (wahrscheinlich mündlich) erging, ergibt sich aus dem Text des Diploms deutlich.

183 Falke III 83.

184 Falke III 88 f.

VI. ZUR HAUSGESCHICHTE VOM ÜBERGANG DER PRIMOGENITUR AUF DEN PHILIPPINISCHEN STAMM 1741 BIS ZUM ENDE DES REICHES 1806

1. Fürst Joseph Wenzel Lorenz (1696 — 1772)

Fürst Philipp Erasmus, der dem vielfach erwähnten Philippinischen Stamm den Namen gab, war Feldherr gewesen und hinterliess drei Söhne: Joseph Wenzel, Emanuel und Johann Anton.

Als erster dieses Stammes gelangte Fürst Joseph Wenzel 1748 an die Regierung, nachdem er dieses Amt vormundschaftlich bereits von 1732 — 1745 versehen hatte. 1712 — 1718 hatte er die Reichsherrschaften bereits zufolge der Bestimmungen des Testamentes des Fürsten Hans Adam innegehabt. Wie sein Vater war er in erster Linie Soldat, nahm an zahlreichen Feldzügen teil und siegte u. a. als Feldmarschall in der Schlacht bei Piacenza.¹⁸⁵ 1735 kam er als Botschafter an den preussischen Hof, wo sich eine Freundschaft mit Friedrich dem Grossen entwickelte,¹⁸⁶ 1737 in gleicher Funktion an den französischen Hof.¹⁸⁷ Seine grösste Leistung lag auf dem Gebiete des Artilleriewesens; als «Vater der österreichischen Artillerie»¹⁸⁸ reorganisierte er das österreichische Geschützwesen grundlegend.

Im Jahre 1737 regelte er die Angelegenheit um das zinslose Darlehen an den Schwäbischen Kreis mit einem Vergleich; von den 250'000 Gulden konnten noch ganze 75'000 zurückgewonnen werden.¹⁸⁹ Trotz diesem Verlust lieb er dem Staat aus dem Familienfideikommiss 150'000, aus eigenen Mitteln 80'000 Gulden.¹⁹⁰ Als Anerkennung für seine Verdienste verlieh ihm und seinen jeweiligen Nachfolgern in der Regierung

185 von In der Maur, JBL 1, 29.

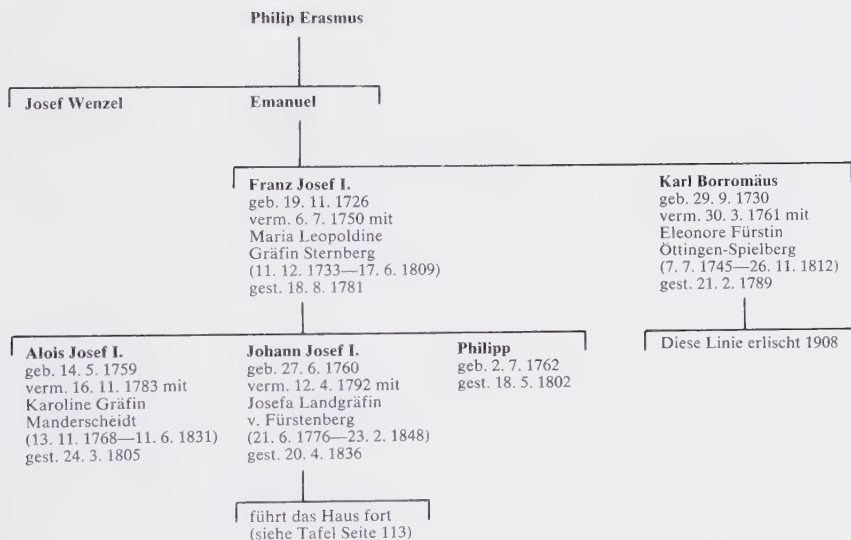
186 Falke III 115 ff mit dem interessanten Briefwechsel zwischen den beiden.

187 Falke III 163 ff.

188 Falke III 204.

189 Seger, JBL 68, 31 f.

190 Falke III 112 f.



Kaiser Franz I. 1760 den Titel «Durchlaucht».¹⁹¹ Verheiratet mit seiner Cousine Anna (Tochter Anton Florians), verstarb er 1772 kinderlos.¹⁹²

2. Fürst Franz Joseph I. (1726 — 1781)

Der jüngere Bruder Wenzels, Emanuel, war 1723 in den Malteserorden eingetreten,¹⁹³ wegen drohenden Aussterbens des Hauses aber wieder ausgetreten, wie dies in einem solchen Falle die Erbsunion von 1606 ausdrücklich vorsah. 1726 heiratete er eine Dietrichstein, hatte mit ihr 13 Kinder und wurde so zum Stammhalter des Hauses.¹⁹⁴

Seine zwei ältesten Söhne, Franz Joseph I. und Karl Borromäus wurden die Begründer zweier neuer Linien; die Borromäische erlosch 1908, die Josephinische ist die heute noch regierende.

Fürst Franz Joseph I. galt früh als zukünftiger Regierer und genoss eine entsprechende Erziehung und Vorbereitung, vor allem als ständiger Begleiter seines regierenden Onkels, des Fürsten Joseph Wenzel,¹⁹⁵ dem er auch auf dem italienischen Feldzug folgte.

An die Regierung gelangte er am 10. Februar 1772. 10 Tage später starb die letzte Tochter des Fürsten Hans Adam, Herzogin Maria Theresia von Savoyen, wodurch er gestützt auf ihr Testament in den Besitz ihrer bedeutenden Güter gelangte, vor allem des Komplexes Schwarzkosteletz. In Befolgung des Testamentes versuchte er, die geerbten Güter mit dem Familienfideikommiss zu vereinigen, wozu er aber trotz eines Gesuches von 1775 von der Kaiserin Maria Theresia keine Bewilligung erhielt; die Güter behielten ihre allodiale Eigenschaft.¹⁹⁶ Franz Joseph begründete die berühmte liechtensteinische Kupferstichsammlung.¹⁹⁷

191 von In der Maur, JBL 1, 30 f. Ebenda Seite 31 in Anmerkung 1 die Feststellung, dass dieser früher nur den Kurfürsten reservierte Titel vom 17. Jahrhundert an auch anderen Reichsfürsten verliehen wurde; später war er das «Ehrenprädikat der Souveräne der deutschen Fürstenthümer sowie der Angehörigen ihrer Häuser».

192 Falke III 228 erwähnt ein Testament von 1769, worüber aber nichts weiter bekannt ist.

193 Seit Georg III. Bischof von Trient, also seit über 300 Jahren, hatte kein Liechtensteiner mehr eine geistliche Laufbahn ergriffen.

194 Falke III 232.

195 Falke III 240.

196 Falke III 241.

197 Falke III 242.

Er starb am 18. August 1781.

Sein Testament vom 27. Juni 1781¹⁹⁸ enthält folgende Bestimmungen: Seinen ersten Sohn (und späteren Nachfolger) Alois Joseph setzt er zum Universalerben ein und hinterlässt ihm das ganze Allodialvermögen; allerdings belegt er die von Maria Theresia herrührenden Güter mit einem Veräußerungsverbot.¹⁹⁹ Der zweite Sohn Johann Joseph soll jährlich zum Unterhalt 18'541 Gulden erhalten; neben 150'000 Gulden Kapital hinterlässt er ihm noch die Herrschaften Loosdorf und Hagen-dorf, was alles im Falle seines Ablebens vor erreichter Mündigkeit auf den jüngsten Sohn Philipp fallen soll. Dieser wird mit einem Kapital von 300'000 Gulden abgefunden, welches im Todesfall auf die beiden älteren Brüder fallen soll. Seine Töchter Leopoldine und Maria Antonia erhalten ein jährliches Legat von je 2000 Gulden. Die jüngste, Maria Josepha (Hermenegilde) soll bei ihrer Heirat neben dem (hausrechtlich vorge-schriebenen) ordentlichen Heiratsgut noch mit 50'000 Gulden begabt werden.

3. Fürst Alois Joseph I. (1759 — 1805)

Dieser Fürst regierte von 1781 — 1805. Wegen seiner Kränklichkeit musste er eine begonnene Militärlaufbahn aufgeben. Trotzdem reiste er viel und studierte und wandte das Erfahrene und Gelernte zur «Veredelung der Viehzucht, für die Cultur des Bodens und die Hebung der Industrie» (er gründete ein Eisenwerk im Ölmützer Kreis) an.²⁰⁰ Er widmete sich auch der Kunst, vermehrte die berühmte Gemäldegalerie und gründete die grosse Fideikommissbibliothek.²⁰¹ Krankheitsbedingt starb er, erst 45jährig, am 24. 3. 1805 kinderlos.

Der jüngste Bruder, Fürst Philipp, ist vorliegend nicht weiter von Bedeutung; er gelangte nicht an die Regierung und starb bereits 1802 unvermählt. —

In mehrfacher Beziehung weit wichtiger als seine anderen Brüder war der mittlere, Fürst Johann Joseph I. Er führte nicht nur die heute allein

198 Falke III 242 f.

199 Damit wurde wenigstens dem Sinne nach dem thesesianischen Testament entsprochen. Diese Verfügung wurde in der Folge auch von den Nachfolgern getroffen; vgl. Falke III 242, Anmerkung 4.

200 Falke III 277/78.

201 Falke III 278/79.

noch bestehende Linie fort. Es gelang ihm auch, dank seiner militärischen Begabung und seinem Verhandlungsgeschick, womit er sich die besondere Achtung und Aufmerksamkeit Napoleons erwarb, das Fürstentum und das Haus vor der Mediatisierung zu bewahren. Ihm hat Liechtenstein die Souveränität zu verdanken. Sein Hauptwirken fällt in die Zeit des Unterganges des Reiches und später, weshalb über ihn erst im folgenden Abschnitt berichtet werden soll.

VII. ZUSAMMENFASSUNG

Im ersten Viertel des 18. Jahrhunderts ist eine Befestigung der durch den letzten männlichen Spross der alten Karlischen Hauptlinie, den Fürsten Hans Adam, gefährdeten Primogeniturverfassung festzustellen. Mit seinem Testament von 1711 hatte er gegen Sinn und Zweck der Erbeinigung von 1606 verstossen. Mit dem Tauschvertrag von 1718 sowie den verschiedenen Vergleichen von 1718 und 1722 zwischen dem Antonianischen und dem Philippinischen Stamm wurden die entsprechenden Korrekturen vorgenommen. Die Animosität zwischen Hans Adam und Anton Florian hatte die Ordnung von 1606 nicht umzustürzen vermocht; die Hausverfassung hatte sich im ganzen als wirksames Instrument gegen Partikularinteressen erwiesen. Hausrechtlich liegt in der ersten grossen Bewährung der Erbeinigung von 1606 die Bedeutung dieses Zeitabschnittes, der im übrigen keine neuen hausrechtlichen Vorschriften brachte.

Die Entstehung des Reichsfürstentums Liechtenstein aus den Reichsherrschaften Vaduz und Schellenberg sowie die Zulassung des Hauses zur Fürstenbank des Reichstages stellen die Krönung einer zielstrebigen und jahrhundertelangen Hauspolitik dar. Wenigstens für das Gesamthaus hätte dieses Ziel ohne die Erbeinigungen von 1504 und 1606 kaum erreicht werden können. —

Auch die nun folgende Epoche bringt nicht mehr viele neue Hausrechtsnormen; ausser der Ausdehnung der Erbfolge auf die Kognaten bei Erlöschen des Mannesstammes im Hausgesetz von 1842 finden sich nur noch einige eherechtliche Bestimmungen. Indessen brachte der Untergang des Reiches im Verhältnis Hausrecht — Staatsrecht eine Zäsur, indem das Hausrecht nun nicht mehr dem Land- und Lehenrecht gegenüberstand, sondern dem Recht der Nachfolgestaaten bzw. deren Organisationen (Rheinbund, Deutscher Bund).

C. Vom Untergang des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation und der Erlangung der Souveränität 1806 bis zur Einführung der Kognatenerbfolge durch das Hausgesetz von 1842

I. ZUR STAATSRECHTLICHEN ENTWICKLUNG LIECHTENSTEINS IN DER ERSTEN HÄLFTE DES 19. JAHRHUNDERTS

1. Der Rheinbund (1806—1813)

a) Zur allgemeinen politischen Lage

«Die gänzliche Umgestaltung Deutschlands in politischer und territorialer Hinsicht war nicht eine Folge der neuen Ideen der Französischen Revolution, welche die benachbarten Deutschen zunächst zwar rasch begeisterten, aber kaum eine Nachahmung des französischen Vorbildes brachten. Der deutsche Partikularismus und die andersartige wirtschaftliche und soziale Struktur des Reiches lieferten keinen fruchtbaren Boden für die westlichen Ideen, sondern entscheidend waren die siegreichen Schlachten Napoleons und die von ihm, pochend auf seine Erfolge und Macht, äusserst klug geführten Verhandlungen und sehr günstigen Friedensverträge.»²⁰²

Napoleon war am 18. Mai 1804 Kaiser der Franzosen geworden. In verschiedenen — teils geheimen — Friedensverträgen nützte er einerseits die Begehrlichkeit der kleineren und mittleren Fürsten nach territorialer Erweiterung aus. Andererseits fand er in der antikirchlichen Haltung Kaiser Josephs II., im sog. Josephinismus, indirekt eine Stütze seiner Politik, nämlich die deutschen Fürsten für die Wegnahme linksrheinischen Gebietes mit rechtsrheinischen geistlichen Territorien (überreichlich) zu entschädigen. Der Kaiser billigte dieses Prinzip der Säkularisation sogar selber, indem er im Frieden von Campo Formio 1797 sich bereit fand, für die Abtretung linksrheinischen Gebietes (Mainz) sich mit rechtsrheinischem entschädigen zu lassen.²⁰³

Ein bereits 1801 im Zusammenhang mit dem Frieden von Lunéville gebildeter Ausschuss (Deputation) des Reichstages fasste am 25. Februar 1803 den vom Kaiser am 27. April sanktionierten Reichsdeputations-

202 Rauh II 9/10.

203 Rauh II 10.

hauptschluss.²⁰⁴ Mit diesem letzten grossen Akt der Reichsgesetzgebung wurde «die territoriale Revolution von Reichs wegen beschlossen» und durchgeführt,²⁰⁵ nämlich die Auflösung der geistlichen Staaten und ihre Aufteilung an die durch linksrheinische Verluste geschädigten Reichsstände; Württemberg erhielt dabei z.B. das Vier-, Baden sogar das Sieben- bis Achtfache der abgetretenen Gebiete.²⁰⁶

Den Todesstoss versetzte Napoleon dem morsch gewordenen Alten Reich aber durch die Schaffung des sog. Rheinbundes. Unter seinem Protektorat schlossen sich in der Rheinbundakte vom 12. Juli 1806 neben Bayern und Württemberg (die er schon vorher zu Königreichen erhoben hatte) noch weitere süd- und südwestdeutsche Fürstentümer zum Rheinbund zusammen und lösten sich vom Reich.²⁰⁷

Hierauf legte Kaiser Franz II. am 6. August 1806 die Reichskrone nieder, nahm die Würde eines Kaisers von Österreich an und entliess alle Reichsangehörigen aus den Reichspflichten. Mit diesem Akt «war der Reichsverband in aller Form aufgelöst erklärt, das Ende des Alten Reiches besiegelt.»²⁰⁸

b) Fürst Johann Joseph I. und die Erlangung der Souveränität durch die Aufnahme in den Rheinbund

Das Schicksal Liechtensteins in der wirren Zeit vom Untergang des Reiches bis zur Konsolidierung einer neuen Ordnung durch den Wiener Kongress 1815 ist eng verbunden mit der Person des Fürsten Johann Josephs I. (1760—1836). Für Fürst Johann I., wie er genannt wird, finden die Historiker des Hauses höchstes Lob.²⁰⁹ Wie viele Liechtensteiner vor und nach ihm schlug er die militärische Laufbahn ein und wurde schliesslich Feldmarschall. Er tat sich vorab in den Schlachten

204 Genau: «Hauptschluss der ausserordentlichen Reichsdeputation vom 25. Februar 1803», abgedruckt bei Walder 14 ff.

205 Walder 3.

206 Rauh II, 11.

207 Artikel 1: «Les états et le prince de Lichtenstein seront séparés à perpétuité du territoire de l'Empire Germanique et unis entr'eux par une confédération particulière sous le nom d'Etats confédérés du Rhin»; gedruckt bei Walder 68ff.

208 Walder 4.

209 Vgl. Falke III 285 — 337; von In der Maur, JBL 1, 31 ff.



*Johann Joseph
Fürst und Regierender Herrscher von und zu
Liechtenstein*

Fürst **Johann Joseph I.** (1760 — 1836).
Wird 1806, mit der Aufnahme Liechtensteins in den Rheinbund,
erster souveräner Fürst von Liechtenstein.

gegen Napoleon hervor. In der Dreikaiserschlacht bei Austerlitz vom 2. Dezember 1805 kommandierte er die Kavallerie und deckte den Rückzug der Verbündeten; an den anschliessenden Friedensverhandlungen nahm er als Unterhändler teil und unterzeichnete Namens des Kaisers den Frieden von Pressburg vom 26. Dezember 1805.

Im Jahre 1809 ermöglichte Johann durch die Einnahme von Regensburg Erzherzog Karl nach der Schlacht bei Eckmühl den Rückzug über die Donau. Er zeichnete sich weiter aus in den Schlachten bei Aspern, Wagram und Znaim, nach welcher ihm an Stelle des zurücktretenden Erzherzogs Karl der Oberbefehl übertragen wurde. In dieser Eigenschaft fiel ihm erneut die Aufgabe der Führung von Friedensverhandlungen mit Napoleon zu. —

Die Aufnahme in den Rheinbund brachte auch Liechtenstein die Souveränität,²¹⁰ wenn auch keinen Gebietszuwachs. Sie war ohne Zutun Johanns erfolgt und stellte eine reine Auszeichnung durch Napoleon dar, dessen Achtung sich der Fürst in den Schlachten und Friedensverhandlungen erworben hatte.²¹¹ Als einziger Mitgliedstaat hat Liechtenstein die Bundesakte nie unterzeichnet.²¹²

Fürst Johann war nun in einen Zwiespalt geraten: Einerseits war er seit dem 24. März 1805 Regierer seines Hauses und des Fürstentums, durch den Rheinbund sogar Souverän eines Staates, der Napoleon Truppen gegen Österreich zu stellen hatte; andererseits stand er als General der Kavallerie in Österreichs Diensten.²¹³ Artikel 7 der Rheinbundakte bot hier eine willkommene Lösung: bundfremde Dienste wurden zwar untersagt, doch konnten solche beibehalten werden, wenn die

210 Nach völkerrechtlichen Gesichtspunkten waren Staatsgebiet, Staatsvolk und Staatsgewalt gegeben, wenn auch die Staatsgewalt von Napoleons Gnaden naturgemäss faktisch eine sehr beschränkte war. Die einzelnen Souveränitätsrechte umschreibt Art. 26: «Les droits de souveraineté sont ceux de législation, de juridiction suprême, de haute police, de conscription militaire ou de recrutement et d'impôt», Walder 77.

211 Falke III 327; auch die hohenzollerischen Staaten entgingen der Mediatisierung u. a. wegen den persönlichen Beziehungen zur Familie Napoleons (Ulshöfer, Zollern, 91).

212 Raton 24; Pölitz 381.

213 Raton 24. — Auf Liechtenstein fiel ein Kontingent von 40 Mann, die für Napoleon zu stellen waren (Falke III 327).

Regierung an einen Sohn abgetreten wurde, was Johann bewog, diese unter Beibehaltung der Vormundschaft seinem noch unmündigen Sohn Karl formell abzutreten.²¹⁴

2. Der deutsche Bund (1815 — 1866)

a) Die Aufnahme Liechtensteins

Nach der Völkerschlacht bei Leipzig zerfiel der Rheinbund und Fürst Johann konnte nun die Regierung seines Landes wieder selber übernehmen. Er trat mit dem Fürstentum Liechtenstein dem am 8. Juni 1815 gegründeten Deutschen Bund bei.²¹⁵ Nach Art. IV der Deutschen Bundesakte hatte Liechtenstein zusammen mit Hohenzollern, Reuss, Schaumburg Lippe, Lippe und Waldeck eine Stimme in der (engeren) Bundesversammlung; im Plenum hingegen verfügte es allein über eine Stimme gemäss Art. VI.²¹⁶

Mit dem Deutschen Bund hatten die deutschen Staaten nach dem Zusammenbruch der napoleonischen Herrschaft einen neuen Staatenbund geschaffen. Die Aufnahme Liechtensteins besiegelte dessen Souveränität. Zweifellos war auch seine Stellung unabhängiger als zur Zeit des Rheinbundes, obwohl es natürlich auch jetzt wieder ein Kontingent an Bundestruppen zu stellen hatte.²¹⁷

b) Die Verfassung von 1818

Artikel XIII der Bundesakte bestimmte: «In allen Bundesstaaten wird eine Landständische Verfassung statt finden».²¹⁸ Fürst Johann I. kam dieser Vorschrift mit dem Erlass der Verfassung vom 9. November 1818 nach.²¹⁹ Diese sah eine Vertretung des Volkes in zwei Ständen, Geistlichkeit und Landmannschaft (Adel und Städte gab es nicht) vor.²²⁰

214 Falke III 327.

215 Falke III 327.

216 Die Deutsche Bundesakte ist abgedruckt bei Näf 28 ff.

217 Gemäss Art. XI. — 1815 stellte Liechtenstein sogar ein Kontingent von 100 Mann den badischen Truppen (Raton 25).

218 Näf 38.

219 Die Verfassung bestimmt selber die «in den K. K. österreichischen Staaten bestehende landständische Verfassung in ihrer Wesenheit zum Muster».

220 Vgl. zur Verfassung von 1818: Falke III 328 und Raton 27 ff, insbesondere aber: Ospelt 23 ff und Quaderer 16 ff. Text abgedruckt in JBL 5 213 ff.

Die kurze Verfassung mit ihren 17 Artikeln schmälerte den fürstlichen Absolutismus in keiner Weise. Die Kompetenzen des Landtages waren sehr begrenzt; Beschlüsse konnten nur rechtskräftig werden, wenn «unsere hohe Einwilligung gewährt worden ist» (Artikel XVII). «Johann I. führte die landständische Verfassung nicht ein, weil seine Autorität gegenüber den Untertanen gesunken wäre, sondern lediglich um den Art. 13 der Bundesakte zu erfüllen. Die Rechte, die dem Volk in dieser Verfassung zugestanden wurden, waren auch dementsprechend gering».²²¹ Inhaber der Staatsgewalt blieb der Fürst. Es war eine oktroyierte Verfassung, an welcher der Volkswille gänzlich unbeteiligt war. Es versteht sich von selbst, dass eine solche Verfassung dem Recht des fürstlichen Hauses auf eine autonome Hausgesetzgebung keinen Abbruch tun konnte.

Positiver für die Rechtsentwicklung war, dass Johann I. 1809 das Grundbuch und eine Konkursordnung, 1812 das österreichische Allgemeine Bürgerliche Gesetzbuch (ABGB) (mit gewissen Einschränkungen), die dazu gehörige Gerichtsordnung und das österreichische Strafgesetz einführte.²²²

II. DIE HAUSRECHTLICHE ENTWICKLUNG

1. Zum Verhältnis Hausrecht — staatliches Recht

Das unter dem Alten Reich, gestützt auf die autonome Satzungs- gewalt, durch die hochadligen Häuser geschaffene Hausrecht ging mit dem Reich nicht unter, da es mit der Reichsverfassung nicht zusammen- hing.²²³ Auch die Rheinbundakte beseitigte weder die alten Haus- gesetze²²⁴ noch tastete sie die Befugnis an, neue zu schaffen.

Durch den Wegfall der Reichsgewalt waren die neuen Souveräne in die Stellung europäischer Monarchen aufgestiegen. Für die nicht regie- renden Mitglieder ihrer Häuser war damit allerdings eine Minderung ihrer Stellung verbunden: zur Zeit des Reiches waren sie selber reichs- unmittelbar gewesen, jetzt nur noch Untertanen ihres regierenden Fa- milienoberhauptes, das sie, dem napoleonisch-despotischen Zeitgeist

221 Quaderer 17/18.

222 Ospelt 21 f.

223 Schulze Fürstenrecht 1358.

224 Heffter 41.

entsprechend, oft willkürlich seiner Gewalt unterwarf.²²⁵ Als absolute Herrscher waren sie nicht nur im staatlichen Bereich Inhaber der Gesetzgebungsgewalt, sondern auch im Bereiche ihres Hauses. Sie konnten nunmehr Hausgesetze erlassen ohne sich um eine agnatische Zustimmung zu kümmern. Da das neue Staatsgebiet zudem im wesentlichen mit dem bisherigen Hauptbesitz zusammenfiel, entfiel eines der bisherigen Hauptmotive der Hausgesetzgebung für viele Häuser: die Verhinderung einer Zersplitterung des Hausbesitzes, Konzentrierung der Mittel im Interesse einer stärkeren Machtstellung des Gesamthauses innerhalb des Reichsverbandes. Da jetzt der Souverän bestrebt war, seine persönliche (staatsrechtliche) Position gerade gegen die Ansprüche seiner eigenen Familie zu betonen, war er an einer Trennung des bisher einheitlich betrachteten Hausrechtes in einen «staatlichen» Teil (Thronfolge, Regentschaft etc.) und einen «privaten» Teil interessiert. Diese Entwicklungstendenz sollte später in zahlreichen konstitutionellen Verfassungen ihren Niederschlag finden, die jene Bereiche der Hausgesetzgebung entzogen.

Für das Haus Liechtenstein sahen die Verhältnisse freilich etwas anders aus. Sein Hauptbesitz²²⁶ befand sich ausserhalb seines Staatsgebietes in Österreich. Das kleine und arme Liechtenstein bot keine Grundlage für einen monarchischen Absolutismus im Stile der Zeit, ja nicht einmal für den Unterhalt des regierenden Fürsten selber. Hieraus erklärt sich das zu dieser Zeit immer noch bestehende Desinteresse der Fürsten an ihrem Lande.²²⁷

Die Frage nach dem Verhältnis des Hausrechtes zum staatlichen Recht des Fürstentums Liechtenstein stellte sich zu dieser Zeit überhaupt nicht. Die Verfassung von 1818 hatte keinerlei diesbezügliche

225 Schulze Fürstenrecht 1359.

226 Stekl 13 führt um 1848 an Besitz gegen 2'000 km² an, nämlich: in Mähren (Aussee, Butschowitz, Eisenberg, Eisgrub, Goldenstein, Hohenstadt, Kloster Hradisch, Karlsberg, Ungarisch-Ostra, Blumenau, Posoritz, Sternberg, Mährisch-Trübau) ca. 1110 km², in Böhmen (Aurzinowes mit Skworetz, Kaunitz, Landskron, Radim, Rattay, Rumburg und Schwarzkosteletz) ca. 350 km², in Niederösterreich (Feldsberg, Josefsdorf, Judenau, Liechtenstein, Rabensburg, Schottwien und Wilfersdorf) 210 km², Wien (Lichtental), Ungarn (Acs), Schlesien (Herzogtum Jägerndorf-Troppau) 90 km², Fürstentum Liechtenstein knapp 160 km²!

227 Fürst Alois II. besuchte erst 1842 als erster Vaduz (Raton 20).

Bestimmungen getroffen. Thronfolge und Regentschaft sowie Volljährigkeit bestimmten sich nach der Primogeniturverfassung von 1606. Dem Landtag war diesbezüglich kein Mitspracherecht eingeräumt worden, so dass auch eine Revision der entsprechenden hausrechtlichen Bestimmungen allein nach Hausrecht erfolgen konnte, d. h. durch eine Zustimmung sämtlicher Agnaten. Das Hausgesetz von 1842 hat denn auch, wie noch zu zeigen sein wird, auf diesem Wege eine Ausdehnung des Thronfolgerechtes auf die Kognaten gebracht.

Im Vordergrund des Interesses steht vielmehr die Frage der Gültigkeit der alten Hausgesetze im Nachfolgestaat Österreich. Als Rechtsnachfolger des Alten Reiches hatte dieser Staat die Gültigkeit solcher Bestimmungen von in seinem Gebiet begüterten ehemaligen Reichsständen nicht aufgehoben. Die Deutsche Bundesakte brachte dann mit Artikel XIV sogar die ausdrückliche Bestätigung der (hausrechtlichen) Autonomie, welche Bestimmung nicht nur für die mediatisierten, sondern sinngemäss auch für die souverän gewordenen Familien Gültigkeit besass.²²⁸

2. Das Testament des Fürsten Johann I. von 1832

In seiner zweiten Lebenshälfte, der «Friedenszeit», war Johann I. «einerseits Landwirth und Verwalter im grossen Stil geworden, andererseits liebte und förderte er Kunst und Wissenschaften».²²⁹ Unter den zahlreichen Erwerbungen nach Antritt der Regierung 1805 ragt der 1807 erfolgte Rückkauf des ursprünglichen Stammsitzes Liechtenstein bei Mödling hervor.²³⁰ —

Sein Testament vom 21. Februar 1832 war das erste eines regierenden Fürsten seit Untergang des Reiches. Nach diesem Testament wird

228 Schulze Fürstenrecht 1360. —

Der massgebende Passus im umfangreichen Art. XIV (wo an und für sich eigentlich nur von den Mediatisierten die Rede ist) lautet:

« . . . 2. werden nach den Grundsätzen der früheren deutschen Verfassung die noch bestehenden Familien Verträge aufrecht erhalten, und ihnen (den Mediatisierten, d. V.) die Befugniss zugesichert über ihre Güter und Familien-Verhältnisse verbindliche Verfügungen zu treffen, welche jedoch dem Souverain vorgelegt und bey den höchsten Landesstellen zur allgemeinen Kenntnis und Nachachtung gebracht werden müssen.» Vgl. Näf 39.

229 Falke III 328.

230 Falke 333 ff. die zahlreichen Erwerbungen im Einzelnen.

sein ältester Sohn und Nachfolger Alois Joseph II. Universalerbe: es soll ihm «alles dasjenige Verlassenschaftsvermögen zufallen, worüber Wir in diesem Testamente nicht besonders verfügt haben», insbesondere die erkauften ungarischen Herrschaften Acs, Czatka und Pernau. Für diese ungarischen Herrschaften soll Alois Joseph beim Kaiser von Österreich in seiner Eigenschaft als König von Ungarn die Erlaubnis erwirken, aus ihnen ein Fideikommiss zu bilden und sie derart mit der Primogenitur des Hauses zu vereinigen. Das übrige auf den Primogenitus fallende Allodialvermögen behält zwar rechtlich seine allodiale Eigenschaft, doch soll er dafür besorgt sein, dass es auch in Zukunft jeweils in der Person des Primogenitus mit dem Hauptfideikommiss faktisch vereinigt bleibe. Der Wille des Testators geht dahin, «dass Unser Universalerbe in Unserem Allodialvermögen stets derjenige sein soll, welcher secundum ordinem primogeniturae nach der bestehenden Erbeinigung, und den Fideikommissinstituten zufolge, Regierer Unseres fürstlichen Hauses sein wird». Mit dieser Bestimmung wird die fortdauernde Gültigkeit der «bestehenden Erbeinigung» (= jene von 1606) eindeutig dokumentiert, ebenso das Fortbestehen der Fideikommisse.

Mit dem grössten Teil der erworbenen Allodialherrschaften werden jedoch für die drei weiteren Söhne und ihre Linien drei Fideikomnisse (Majorate) gegründet: für Franz Joachim (Stammhalter der gegenwärtig regierenden Linie) verschiedene Herrschaften in Untersteiermark (Neulandsberg, Frauental, Feilhofen, Harrachegg, Schwamberg, Limberg, Hollenegg, Kirchberg, Kornberg und Riegersburg); für Karl Johann Neulengbach und Totzenbach in Niederösterreich; an Friedrich Rosegg mit Rosenbach und Truttendorf in Kärnten, Liechtenstein²³¹ und Weyer «mit den Gülden Heiligen Geist» und Riegersdorf in Obersteiermark und das Haus in Klagenfurt. Der Anteil Friedrichs sollte sobald als möglich mit weiteren Gütern im Wert von ca. 174'000 Gulden ergänzt werden. Karl und Friedrich sollten ausserdem noch freieigentümlich je ein Kapital von 100'000 Gulden erhalten. Jedes der drei Fideikomnisse ist

231 1814 hatte Johann I. auch den Stammsitz des steirischen Hauses erworben: «Wiederum war es die Fürsorge um den Namen und die Geschichte des Hauses, welche den Kauf eines anderen Liechtenstein veranlasste, jenes Liechtenstein in Obersteiermark, welches dem steirischen Hause Liechtenstein den Namen gegeben hat» (Falke III 334). — Liechtenstein bei Mödling blieb dem Universalerben (Falke III 335).

nach den Regeln der Primogenitur vererbbar in der jeweiligen Linie. Sollte die landesfürstliche Genehmigung für die Fideikommissierung dieser Güter nicht erfolgen, so dürfen die Söhne darüber nur zugunsten ihrer allfälligen ehelichen männlichen Nachkommen frei verfügen. Fehlen solche Nachkommen, fallen die Güter an den nächsten Bruder bzw. dessen eheliche Agnaten. Sollte einer dieser drei Söhne wider diese Anordnungen «Einsprüche machen, so soll derselbe des obigen Vermächtnisses verlustig sein und dasselbe soll Unserem Universalerben zufallen, der ihm dagegen bloss den strengen Pflichtteil auszubezahlen hat».

Die drei jüngsten Söhne Eduard, August und Rudolph erhalten neben einem Kapital von je 150'000 Gulden jährliche Apanagen von je 4'500 Gulden.

Sollte die Primogenitur an einen jüngeren Bruder fallen, muss dieser sein Fideikommiss an den nächstjüngeren Bruder, dieser sein bisheriges ebenfalls an den nächsten u.s.f. weitergeben, da keiner mehr als ein Fideikommiss innehaben soll. Wenn ein Fideikommiss auf diesem Wege an einen Apanagierten fällt, verliert dieser die Apanage zugunsten des Primogenitus.

Der jeweilige Regierer ist Vormund seiner minderjährigen Geschwister.

Das Testament schliesst mit der Weisung an alle betroffenen Behörden, es zu handhaben und es soll in «allen Provinzen, wo Wir Besitzungen haben, zur Intabulation angenommen werden».

Als erbetene Zeugen unterfertigen: Friedrich Xaver Prinz zu Hohenzollern, Rudolf Fürst zu Colloredo-Mansfeld, Heinrich Gundacker Graf von Würmbrand, Johann Graf Klebelsberg und Eugen Graf Wrba.

3. Der Familienvertrag von 1842

Fürst Johann I. war am 20. April 1836 gestorben, worauf sein ältester Sohn Alois (Joseph) II. (1796—1858) die Regierung übernahm.

Unter Fürst Alois II., der sich erheblich mehr als seine Vorgänger um das Fürstentum kümmerte und es auch als erster besuchte, trat Liechtenstein 1852 dem österreichischen Zollverband bei.²³²

Der Familienvertrag, «gegeben in Unserer Landvogtei zu Vaduz am 1. August 1842», kam «in Übereinstimmung mit Unseren Durchlauch-

232 v. In der Maur, JBL 1, 34.

tigsten Herren Brüdern und Agnaten unter Vorausschickung aller historischen und rechtlichen Motive» zustande. Tatsächlich unterzeichneten in der Folge in den Jahren 1843 und 1844 sämtliche volljährigen Agnaten, ausser Alois II. und seinen 6 Brüdern noch der einzige der Borromäischen Linie, Fürst Karl Franz, die Urkunde.

Der Vertrag bezweckt «über die Verhältnisse Unseres souveränen Fürstentums eine bleibende Bestimmung festzusetzen».

Die Introductio setzt sich vor allem mit dem Schicksal der seinerzeit dem Schwäbischen Reichskreis geliehenen 250'000 Gulden auseinander und stellt fest, dass mit dem Tauschvertrag vom 12. März 1718 die «Reichsgrafschaften samt Kapital sowie die Reichsfürsten-Qualität, dann Sitz und Stimme bei Reichs- und Kreistagen auf den jeweiligen Regierer Unseres Fürstlichen Hauses nach der in der ursprünglichen Erbsunion de anno 1606 über das Majorat-Fideikommiss festgesetzten Primogenitur-Erbfolge» übertragen worden sind.

Von den 250'000 Gulden seien vom Schwäbischen Kreis 1737 75'000 Gulden (intabuliert 1754 auf die liechtensteinischen Allodialherrschaften Aussee, Sternberg und Karlsberg), nach Untergang des Reiches durch Konvention von 1809 mit den Nachfolgestaaten Bayern, Hohenzollern (Hechingen und Sigmaringen) und Leyn nochmals 92'000 Gulden Reichswährung (resp. 77'000 Gulden neuer Währung) zurückbezahlt worden. Diese Rückzahlungen stellten die «dermalige Dotation des Fürstentums» dar, die «mit demselben dem monarchischen Prinzip und den Institutionen Unseres Hauses gemäss an den berufenen jeweiligen Regierer und souveränen Chef desselben zum Fruchtgenusse oder zur sonstigen den weiter unten folgenden Bestimmungen gemässen Verwendung übergeht».

In der rechtsetzenden Dispositio der Urkunde wird «in Ausübung Unserer Souveränitätsrechte, in Beachtung der bei Unserem Fürstlichen Hause bestehenden Familienstatute und in Übereinstimmung mit Unseren Fürstlichen Herrn Brüdern und Agnaten» folgendes bestimmt.

a) Die Thronfolgeordnung (ordo succendi)

aa) Die agnatische

Besitz und Regierung des Fürstentums (inkl. dem zurückbezahlten schwäbischen Kapital von 152'000 Gulden bzw. allfälliger Surrogate desselben) verbleiben bei dem nach den Familienstatuten berufenen

Regierer des Hauses nach Ordnung der Linealprimogenitur. Konkret bedeutet dies, dass der Thron zuerst in der Linie Alois' II. bis zu deren völligem Absterben im Mannesstamm verbleibt, dann auf die Linien der jüngeren Brüder in der Reihenfolge ihres Alters, zuletzt auf die Borromäische Linie übergehen soll; innerhalb der Linien ist der jeweils Erstgeborene der unmittelbar Nachfolgeberechtigte. Dies ist genau die Sukzessionsordnung von 1606; im Grunde eine modifizierte Form des sogenannten salischen Erbrechts.²³³

bb) Die kognatische

Zu der in den Abschnitten I—III der Urkunde geregelten männlichen Thronfolge tritt nun neu im Abschnitt IX die Einführung der weiblichen Thronfolge. Von einer Gleichberechtigung mit den Agnaten kann jedoch keine Rede sein. Das Prinzip der reinen Agnatenerbfolge wird nicht berührt. Erst nach dem völligen Abgang des Mannesstammes soll der «Besitz und die Souveränität des Fürstentums auf die Frauen des Liechtenstein'schen Stammes» übergehen und von diesen «auf deren allenfällige männliche Erben, wenn sie altadeligen Geschlechtes sind, alles unter Aufrechterhaltung der übrigen Bestimmungen dieses Statuts und der Erbs-Union von 1606».

Subsidiäre Kognatenthronfolge war in den deutschen Staaten eine Ausnahme.²³⁴

Erlaubt das System der Linealprimogenitur unter allen Anwartschaftsberechtigten den individuell Berechtigten unzweifelhaft zu bestimmen, so trifft dies beim Übergang der Nachfolge auf die Kognaten nicht mehr ohne weiteres zu, da die wenigsten Hausgesetze klar bestimmen, welche unter den Töchtern des Hauses nachfolgen soll. Oft fehlt sogar ein Anhaltspunkt, ob überhaupt der Thron einer Tochter des Hauses (= agnatische Kognatin) anfallen soll, oder unmittelbar an die männliche Deszendenz einer solchen (= kognatische Agnaten) übergehen kann. Ist Letzteres möglich, so können auch die männlichen Erben einer bereits verstorbenen Kognatin (= sog. Regredienterben) An-

233 Steger 45.

234 Rehm 143 nennt Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Meiningen, Waldeck, Schaumburg-Lippe, beide Schwarzburg und Lippe. Dass Liechtenstein nicht genannt wird, dürfte auf das Fehlen wissenschaftlicher Publikationen über das liechtensteinische Hausrecht zurückzuführen sein.

sprüche erheben. Nach dem reinen Linealprimogeniturprinzip wäre dann Regredientlinie die Linie der ersten Kognatin, die, wären keine Agnaten nach dem ersten Erwerber vorhanden gewesen, den Thron geerbt hätte. Innerhalb der so ermittelten Linie wäre unter den männlichen Nachkommen der individuell Berechtigte dann ebenfalls wieder nach dem System der Linealprimogenitur zu bestimmen.²³⁵ Allein, wo sie nicht ausdrücklich vorgesehen ist, steht der Regredienterfolge die neuere Lehre entgegen.²³⁶ Massgebend ist daher die Nähe der Verwandtschaft zum letzten Throninhaber, nach der die sog. Erbtochter bestimmt wird. M. a. W.: Die Linie der Erbtochter geht der Regredientlinie vor.²³⁷

Nach diesem und der Formulierung der massgeblichen Bestimmung, wonach der Übergang zuerst auf die Frauen und erst danach auf deren allfällige männliche Nachkommen stattfinden solle, kann das Prinzip der Regredienterbschaft für Liechtenstein ausgeschlossen werden. Damit ist aber noch nicht bestimmt, ob die Erbtochter nach dem Lineal- oder dem Gradualsystem zu ermitteln ist. Die Lösung liegt im Lineal-Gradualsystem, d. h. zuerst ist die Nähe der Linie zum letzten Agnaten massgebend, innerhalb der Linie die Nähe des Grades,²³⁸ innerhalb des gleichen Grades das Alter. Damit hat die älteste Tochter des letzten Throninhabers den Vorzug vor allen anderen Töchtern des Hauses.²³⁹ Ist der Übergang auf die Erbtochter vollzogen, so erbt anschliessend deren eheliche männliche Deszendenz, sofern diese die übrigen Voraussetzungen für die Thronfolge erfüllt. Die kognatische Sukzession verwandelt sich so wieder in eine agnatische.²⁴⁰

Fehlt es überhaupt an Erbtochtern, so gilt das Haus als völlig erlo-

235 Rehm 397.

236 Schulze Fürstenrecht 1371.

237 Rehm 397. — Schulze 1371 erwähnt in Anmerkung 1 die «lebhafteste Kontroverse» in dieser Streitfrage: Beim Erlöschen des habsburgischen Mannstammes bestritt Kurfürst Karl Albrecht von Bayern die Rechte Maria Theresias nicht wegen seiner Gattin (einer Tochter Kaiser Josephs I.) sondern wegen seiner Urururgrossmutter väterlicherseits, einer Tochter Kaiser Ferdinands I.

238 Rehm 397.

239 Schulze 1371.

240 Schulze 1371.

schen und der Thron als erledigt, da weder Erbverbrüderungen bestehen noch anderweitig eine Regentschaft für diesen Fall vorgesehen ist.²⁴¹

b) Erwerb und Verlust der Thronfolgefähigkeit (i u s s u c c e d e n d i)

Die Voraussetzungen für den Erwerb der Thronfolgefähigkeit richten sich nach der Erbsunion von 1606 und den entsprechenden Ergänzungen durch das Testament des Fürsten Hartmann von 1672. Die massgeblichen Stellen beider Urkunden sind als beglaubigte Auszüge Bestandteile des vorliegenden Familiengesetzes.

Die Sukzessionsfähigkeit erwirbt jeder in einer gültigen Ehe gezeugte und geborene («in einem rechten Ehebett erzeugt . . . simul legitimi et naturales in legitimo matrimonio nati»; vgl. Erbeinigung 1606) Agnat. Unfähig sind die Legitimierten, gleichgültig, ob die Legitimation durch Pfalzgrafen (per Palatinos Comites), durch den Kaiser (per rescriptum summi Principis) oder durch nachfolgende Ehe (per subsequens matrimonium) erfolgt sei, sowie die Adoptierten. Auch die geistig Unfähigen (Blödsinnigen) bleiben von der Nachfolge ausgeschlossen.

Der Verlust der Nachfolgefähigkeit kann aus drei Gründen eintreten. Erstens mit dem Eintritt in den kirchlichen Dienst, wobei hier die Besonderheit besteht, dass beim Abgang der weltlichen Agnaten und Laiisierung durch den Papst die Nachfolgefähigkeit wieder hergestellt wird. Zweitens durch eine nicht standesgemässe Ehe und drittens durch eine Eheschliessung ohne Einwilligung des Regierers und der anderen Agnaten. Die Eingehung einer nicht standesgemässen Ehe ist allerdings nur ein Sonderfall der Eheschliessung ohne Agnatenkonsens. Denn zweifellos kann durch einen Agnatenbeschluss auch eine solche Ehe in eine standesgemässe verwandelt werden. Beim Fehlen einer Einwilligung des Regierers und der Agnaten liegt im Sinn des Hausrechtes überhaupt keine gültige Ehe vor, weshalb Nachkommen aus solchen Ehen weder Nachfolgefähigkeit noch überhaupt Mitgliedschaft im fürstlichen Hause erwerben können.

Die Bestimmung über Erwerb und Verlust der Thronfolgefähigkeit sind sinngemäss auch auf die Erbtöchter und deren agnatische Deszendenz anwendbar.

241 Wie z. B. in Bayern, wo die Kronbeamten in einer bestimmten Reihenfolge zur Regentschaft berufen waren (Rehm 31 f.).

c) Übrige Bestimmungen

Die übrigen Bestimmungen des Familienvertrages betreffen vorab die Verwendung der 152'000 Gulden. Diese sollen, wenn irgend möglich, zur Vergrößerung des Gebietes des Fürstentums verwendet werden.

Die Ziffern VI und VII enthalten sodann die grundlegende Bestimmung, dass die volle Integrität des Fürstentums (zusammen mit allfälligen Vergrößerungen) immer zu bewahren ist. Damit wird der alte (fideikommissarische) Grundsatz der Unteilbarkeit auf den neuen souveränen Staat Liechtenstein übertragen. —

Der Familienvertrag von 1842 bezweckte zweierlei. Einmal sollte grundsätzlich die fortdauernde Gültigkeit der bisherigen «Familienstatute», also insbesondere der Erbeinigung von 1606 und des Testaments Hartmanns von 1672, bestätigt werden, womit die bisherigen Fideikomnisse und die agnatische Primogeniturerbfolge aufrechterhalten wurden. Zum zweiten sollte für den souveränen Staat Liechtenstein eine Erbfolgeordnung eingeführt werden, die von der bisherigen wegen des Einbezuges der Kognaten abwich. Auch musste, da Liechtenstein als souveräner Staat kein Fideikommiss mehr sein konnte, die Unteilbarkeit neu bestimmt werden.

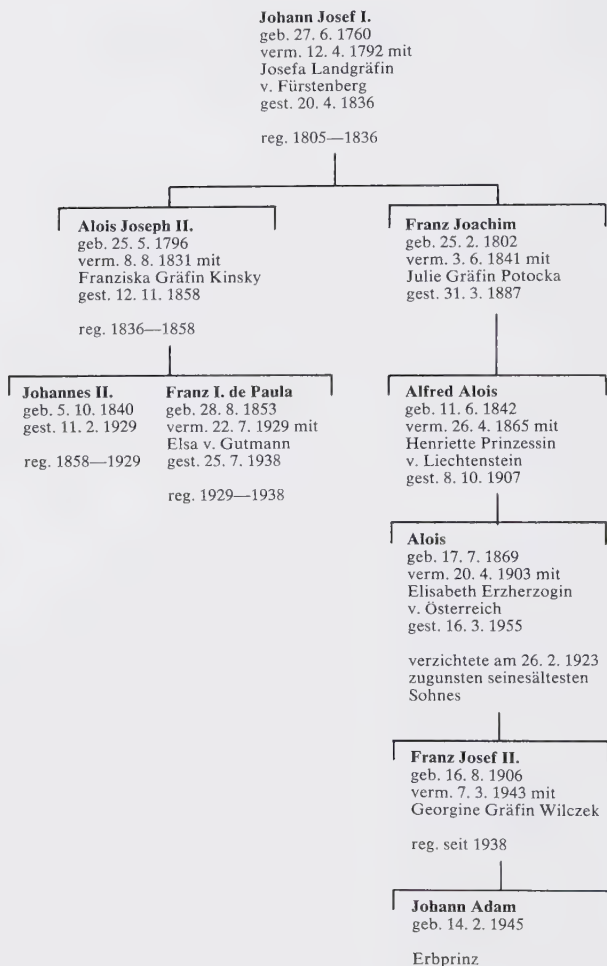
Der erste Zweck konnte aber nach Auflösung des Deutschen Bundes nur mit Sicherheit erreicht werden, wenn Österreich, wo die übrigen Familienbesitzungen lagen, den Familienvertrag anerkannte, da die «Familienfideikomnisse und die damit verbundenen Beschränkungen des Erbrechtes nach der damaligen österreichischen Verfassung nur Gültigkeit hatten, wenn sie von beiden Häusern des Parlamentes genehmigt und als Gesetz kundgemacht wurden».²⁴² Die entsprechende Genehmigung erfolgte durch Gesetz vom 12. Januar 1893, womit der Familienvertrag und damit sinngemäss auch die früheren Hausgesetze von «den Gerichten für giltig und verbindlich zu achten» waren.²⁴³

242 Kleinwächter, Anmerkung 16, S. 367.

243 Reichsgesetzblatt 14.

D. DIE HAUSRECHTLICHE ENTWICKLUNG NACH 1842

I. GENEALOGIE DER SOUVERÄNEN FÜRSTEN



II. ZUM VERHÄLTNIS HAUSRECHT — STAATSRRECHT NACH 1842

Die Revolution von 1848 brachte «die Voraussetzungen für den endgültigen Übergang vom Absolutismus zum Konstitutionalismus».²⁴⁴ War Liechtenstein bis dahin noch mit einer «Scheinverfassung . . . im Stile des Spätabolutismus»²⁴⁵ regiert worden, trat nun unter der Regierung Johanns II.²⁴⁶ die grundlegende Wende ein, die den staatsrechtlich wichtigsten Ausdruck in der konstitutionellen Verfassung vom 26. September 1862²⁴⁷ fand, womit die «Spannung zwischen Monarchie und Volkssouveränität . . . eine zeitgerechte Lösung»²⁴⁸ erreichte.

Diese Verfassung von 1862 entzog in § 1 die Verfügungsmacht über das Gebiet des Fürstentums der Hausgesetzgebung, indem sie die Landschaften Vaduz und Schellenberg als ein unteilbares und unveräußerliches Ganzes garantierte.²⁴⁹ In dieser Bestimmung lag etwas Revolutionäres: sie konkretisierte den Wechsel von der absolutistisch-patrimonialen Staatsauffassung zur konstitutionellen. Der Staat hörte auf sich im Fürsten zu verkörpern, emanzipierte sich von seinem «Souverän», seinem «souveränen Haus», wurde selber souverän, vom regierenden Monarchen und seinem Haus unabhängig, wurde ein «Staat der Staatspersönlichkeit»,²⁵⁰ eine Gebietskörperschaft, der Monarch ein

244 Geiger 11.

245 Geiger 24.

246 Er regierte 1858—1929, also über 70 Jahre, die längste Regierungszeit in der Geschichte des Hauses. Nach Raton 31 verdiente er es, Johann der Gute genannt zu werden.

247 Vgl. zu dieser Verfassung: Geiger 286—333, Steger 34—37, Raton 39—45, Pappermann 33—35. Der Text findet sich in: «Sonderausgabe der wichtigeren Gesetze und Verordnungen des Fürstentums Liechtenstein» I. Teil, doch ist zu beachten, dass es sich dabei um eine durch verschiedene Gesetze abgeänderte Fassung handelt; vgl. hierzu Geiger 287, Anm. 2.

248 Geiger 287.

249 § 1 lautet: «Das Fürstentum Liechtenstein bildet in der Vereinigung seiner beiden Landschaften Vaduz und Schellenberg ein untheilbares und unveräußerliches Ganzes und als solches ein Bestandteil des deutschen Bundes.»

250 Rehm 25.

Organ des Staates.²⁵¹ Die Gebietsgarantie des Familienvertrages von 1842 wurde damit gegenstandslos. Die Bestimmungen über die Vererbung von «Besitz und Souveränität» waren nur noch anwendbar für den Übergang der Organstellung, des Thrones, der Regierung. Alle diesbezüglichen Regelungen blieben nach § 3 der Verfassung ausdrücklich der Hausgesetzgebung vorbehalten.²⁵² Das Hausrecht blieb damit neben der Verfassung eigene Rechtsquelle.²⁵³ § 3 hat nur deklaratorische Bedeutung: Er begründet nicht das Recht der autonomen Satzung, ebensowenig das Recht am Thron. Diese Rechte werden lediglich beschränkt: ausgeschlossen wird das Recht, Erbverbrüderungen zu vereinbaren, da die Regierung nur im Hause Liechtenstein erblich sein soll. Die kognatische Erbfolge wird aber nicht aufgehoben, da die Erbtöchter Mitglieder des Hauses sind und ihre Abkömmlinge ohne weiteres die Mitgliedschaft im Stammhause erwerben.²⁵⁴ Soweit der Landesfürst mit dem Erlass dieser Verfassung nicht auf das Recht der Hausgesetzgebung verzichtet hat, bleibt es erhalten und es bedarf für eine Revision der Hausgesetze sicherlich keiner Mitwirkung anderer Staatsorgane. Im Rahmen der Verfassung können somit Thronfolge, Erwerb und Verlust des Thronfolgerechtes, Regentschaft, Mündigkeitstermin usw. durch agnatischen Konsens, wie dies seit jeher im Hause rechtens war, neu geregelt werden.

Ein Weiteres scheint diese Auffassung zu stützen. Der erste Hausvertrag nach Einführung der neuen Verfassung, derjenige von 1893, der weiter unten erläutert werden soll, regelt mit Berufung auf die «dem regierenden Fürstenhause Liechtenstein zustehende Familienautonomie» gewisse Fragen über Eheschliessungen. Diese Fragen interessieren aber nicht nur die fürstliche Familie, da sie für den Staat bedeutsame Auswirkungen haben können, indem sie Bestimmungen über den Erwerb

251 Steger 49.

252 § 3 lautet: «Die Regierung ist erblich im Fürstenhause Liechtenstein nach Massgabe der Hausgesetze. Auch wird nach letzteren die Volljährigkeit des Landesfürsten und des Erbprinzen, so wie die Vormundschaft vorkommenden Falls geordnet.»

253 Rehm 24, 40 ff.

254 Rehm 146.

und Verlust des Thronfolgerechtes enthalten. Ob nämlich z.B. eine ganze Linie zur Nachfolge gelangt oder nicht, je nach dem, wie streng die Ebenbürtigkeitsvorschriften sind, muss den Staat ebenso interessieren und ist in diesem Sinne ebenso Staatsangelegenheit, wie wenn anstelle der Primogeniturerbfolge beispielsweise das Seniorat oder Juniorat eingeführt oder die Kognatensukzession abgeschafft würde. Denn unter «erblich . . . nach Massgabe der Hausgesetze» kann nicht nur die Erbfolgeordnung verstanden werden, sondern muss ebenso Erwerb und Verlust des Erbrechtes miteinbezogen werden. Wollte man den 1862 bestehenden *ordo succedendi* als (materielle) Verfassungsnorm betrachten und damit sinngemäss für eine Änderung ein verfassungsänderndes Gesetz verlangen, so müsste man dasselbe für eine Änderung des *ius succedendi* logischerweise auch vorsehen. Der Vertrag von 1893 kam aber ohne Mitwirkung des Landtages zustande.^{254a} Hieraus kann geschlossen werden, dass § 3 der Verfassung von 1862 nicht

254a Daran ändert nichts, dass der wesentlichste Inhalt dieses Hausvertrages von 1893 im LGBL 1895 Nr. 1 als «Gesetz» erschien. Auch im 20. Jahrhundert wurden noch verschiedene hausrechtliche Verfügungen unter diversen Bezeichnungen («Gesetz», «Höchstes Handschreiben» oder «Kundmachung») im LGBL publiziert, ohne dass dies für die Rechtskraft dieser Erlasse konstitutiv gewesen wäre. Es ging lediglich darum, die Interessierten, insbesondere «den Landtag in geeigneter Form in Kenntnis zu setzen» (letzter Satz der Kundmachung vom 15. März 1923, LGBL 1923 Nr. 12). Die Form war allerdings ungeeignet. Hausrechtliches gehört nicht in das Publikationsorgan für staatliche Erlasse, es sei denn, die Verfassung oder ein anderes Staatsgesetz schrieben dies ausdrücklich vor, was für Liechtenstein nicht zutrifft. —

Im LGBL wurden bisher folgende hausrechtliche Erlasse publiziert:

- 1) Gesetz betreffend die hausgesetzlichen Bestimmungen über die Eheschliessung der Fürsten und Prinzen des fürstlichen Hauses vom 14. März 1895, LGBL 1895 Nr. 1 (siehe Anhang 5).
- 2) Gesetz womit ein Nachtrag zu dem Gesetze vom 14. März 1895 betreffend die hausgesetzlichen Bestimmungen über die Eheschliessung der Fürsten und Prinzen des fürstlichen Hauses erlassen wird vom 10. Dezember 1902, LGBL 1902 Nr. 2 (siehe Anhang 6).
- 3) Kundmachung vom 15. März 1923, LGBL 1923 Nr. 12 (Regierungsverzicht der Prinzen Franz und Alois; Alois war der Vater des gegenwärtigen Landesfürsten) (siehe Anhang 7).
- 4) Gesetz betreffend die Abänderung des fürstlichen Familienvertrages vom 1. August 1842 vom 8. Februar 1926, LGBL 1926 Nr. 3 (siehe Anhang 6a).

so verstanden wurde, dass das damals geltende Hausrecht in Verfassungsrecht umgewandelt und damit der hausgesetzlichen Revision entzogen wurde.^{254b}

M. E. lässt sich diese Auffassung auch im Hinblick auf die heute geltende Verfassung vom 5. Oktober 1921²⁵⁵ vertreten. Deren Art. 3 entspricht dem § 3 der Vorgängerin und lautet: «Die im Fürstenhause Liechtenstein erbliche Thronfolge, die Volljährigkeit des Landesfürsten und des Erbprinzen sowie vorkommendenfalls die Vormundschaft werden durch die Hausgesetze geordnet». Steger²⁵⁶ vertritt hier eine andere Meinung. Nach ihm «ist das Hausgesetz inbezug auf die in Art. 3 der Verfassung erwähnten Materien als eigene Rechtsquelle formell verschwunden» und es «bedarf eine Änderung der in Art. 3 genannten Gegenstände der Zustimmung des Landtages».²⁵⁷ Ohne hier einer staatsrechtlichen Untersuchung der Frage²⁵⁸ vorgreifen zu wollen, muss,

-
- 5) Höchstes Handschreiben vom 10. März 1926 betreffend die Titelführung durch die aus der Ehe Seiner Durchlaucht des Herrn Prinzen Ferdinand von und zu Liechtenstein mit Ihrer Durchlaucht Prinzessin Shelag von und zu Liechtenstein geb. Brunner, stammende Nachkommenschaft, LGBl. 1926 Nr. 9 (siehe Anhang 8).
 - 6) Höchstes Handschreiben vom 20. Februar 1932 betreffend die Titelführung durch die aus der Ehe Seiner Durchlaucht des Herrn Prinzen Johannes von und zu Liechtenstein mit Ihrer Durchlaucht Prinzessin Aleene von und zu Liechtenstein geb. MacFarland stammende Nachkommenschaft, LGBl. 1932 Nr. 12 (siehe Anhang 9).
 - 7) Höchstes Handschreiben vom 21. September 1950 betreffend die Titelführung Seiner Durchlaucht des Herrn Prinzen Wilhelm von und zu Liechtenstein und der aus der Ehe mit Emma Baronesse von Gutmannsthal stammenden Nachkommenschaft, LGBl. 1950 Nr. 26 (dies ist der einzige bekannte Titel- und Erbverzicht eines liechtensteinischen Prinzen) (siehe Anhang 10).

254b Geiger 291 meint allerdings, die Landstände hätten bei der Einwilligung in § 3 «zweifello» die zu jener Zeit gültigen Hausgesetze verstanden, räumt aber ein, dass der Wortlaut eine spätere Änderung nicht ausschloss.

255 LGBl. 1921 Nr. 15.

256 Steger 54/55.

257 Steger 55

258 Eine solche wäre dringlich. Sie sollte sich allerdings nicht nur auf den Art. 3 der Verfassung beschränken, sondern die Frage nach dem Verhältnis von Hausrecht zum staatlichen Recht überhaupt untersuchen. Dies kann nicht Gegenstand der vorliegenden rechtshistorischen Arbeit bilden.

wenigstens aus rechtshistorischer Sicht, an der Eigenständigkeit des Hausgesetzgebungsrechtes, auch und gerade in den Gegenständen des Art. 3, festgehalten werden.²⁵⁹

III. DIE ERGÄNZUNGEN DES FAMILIENVERTRAGES VON 1842

1. Der Vertrag von 1893

Am 11. September 1893 einigten sich die Agnaten des Hauses «kraft der dem regierenden Fürstenhause Liechtenstein zustehenden Familienautonomie», die «Bedingungen und Grundsätze» für die Eheschliessungen «für uns und alle Nachkommen bindend und verpflichtend» sowie «bestimmt und zweifellos» festzustellen.²⁶⁰

Nach Art. I sollten die Mitglieder des Hauses für die Eingehung vollwirksamer Ehen nur noch der Einwilligung des Regierers (bzw. dessen Stellvertreters) bedürfen, die allerdings vor der Eheschliessung einzuholen war. Der Regierer selber bedurfte nur noch agnatischer Zustimmung falls er gedachte, eine nicht standesgemässe Ehe einzugehen (Art. II). Diese Bestimmungen brachten gegenüber dem bisher unbestimmten Erfordernis der Einwilligung des Regierers «und anderer Agnaten»²⁶¹ eine klare Zuständigkeitsordnung. Dies war angesichts der zunehmenden Zahl volljähriger Agnaten²⁶² schon aus praktischen Gründen notwendig, war es doch höchst schwierig, für jede Ehe die Einwilligung aller volljährigen Agnaten einzuholen. Der Begriff der Standesgemässheit wurde erstmals im Testament Hartmanns ohne nähere Umschreibung erwähnt. Er sollte nun in Art. III eine nähere Umschreibung erfahren: standesgemäss waren nur noch Ehen mit regierenden und standesherrlichen (= ehemals reichsunmittelbaren) Häusern, die wenig-

259 Kleinwächter widerspricht dem im Grunde nicht, auch wenn er bedauernd feststellt, es widerspreche dem «Wesen des Verfassungsstaates, dass so grundlegende Verfassungsfragen ohne Mitwirkung sämtlicher sonst verfassungsmässig berufener Faktoren geregelt werden können».

260 Wortlaut vgl. Anhang 4.

261 Worunter das Haus Liechtenstein in der Praxis allerdings immer sämtliche Agnaten verstanden hatte.

262 1893 waren es bereits 12.

stens den gräflichen Titel führten und den Adel mindestens auf die Regierungszeit Kaiser Maximilians I. (1493 — 1519) zurückführen konnten.

Diesen Bestimmungen nicht genügende Ehen sollten auf die Nachkommen weder das Thronfolgerecht noch das Recht auf die Nachfolge in das Primogeniturfideikommiss übertragen. Selbst fürstlicher Titel, Stand und Wappen sollten ihnen und den unebenbürtigen Gemahlinnen nicht zukommen (Art. IV). Art. V schloss die Rückwirkungen dieses Gesetzes auf bereits abgeschlossene Ehen aus. —

Wie bereits erwähnt, erfolgte die Publikation der wesentlichen Bestimmungen dieses Hausgesetzes im Landesgesetzblatt,²⁶⁴ damit es im Fürstentum seine Kraft entfalte. Mit einem weiteren «Gesetz» von 1902²⁶⁵ wurde es aber für Liechtenstein wieder ausser Kraft gesetzt, bis es in Österreich gesetzliche Anerkennung und Geltung erlangt haben würde. Fürst Johann II. wollte nämlich, wie es die Präambel festhält, damit jede «Gefahr einer Disparität zwischen der Succession in das Fürstentum Liechtenstein und jener in das in Österreich befindliche Primogeniturfideicommiss» vermeiden.²⁶⁶ Da die österreichische Anerkennung nie erfolgte, fand der Familienvertrag von 1893, obwohl in der Folge nie förmlich aufgehoben, keine Anwendung.

2. Das Gesetz vom 8. Februar 1926

Mit dem «Gesetz betreffend die Abänderung des fürstlichen Familienvertrages vom 1. August 1842» vom 8. Februar 1926,^{266a} veranlasste Johann II. eine Ergänzung der eherechtlichen Bestimmungen, wie sie im Annex II zum Hausvertrag 1842 (also im Auszug aus dem Testament Hartmanns) recht allgemein formuliert sind. Der Regierer des Hauses erhält die Befugnis, Titel und Rang der in Missachtung dieser Bestimmungen heiratenden Agnaten, ihrer Gattinnen und Nachkommenschaft zu bestimmen. —

264 LGBI. 1895 Nr. 1 (vgl. auch Anmerkung 254a); Anhang 5.

265 LGBI. 1902 Nr. 2 (vgl. auch Anmerkung 254a); Anhang 6.

266 LGBI. a. a. O.

266a LGBI. 1926 Nr. 3; Anhang 6a.

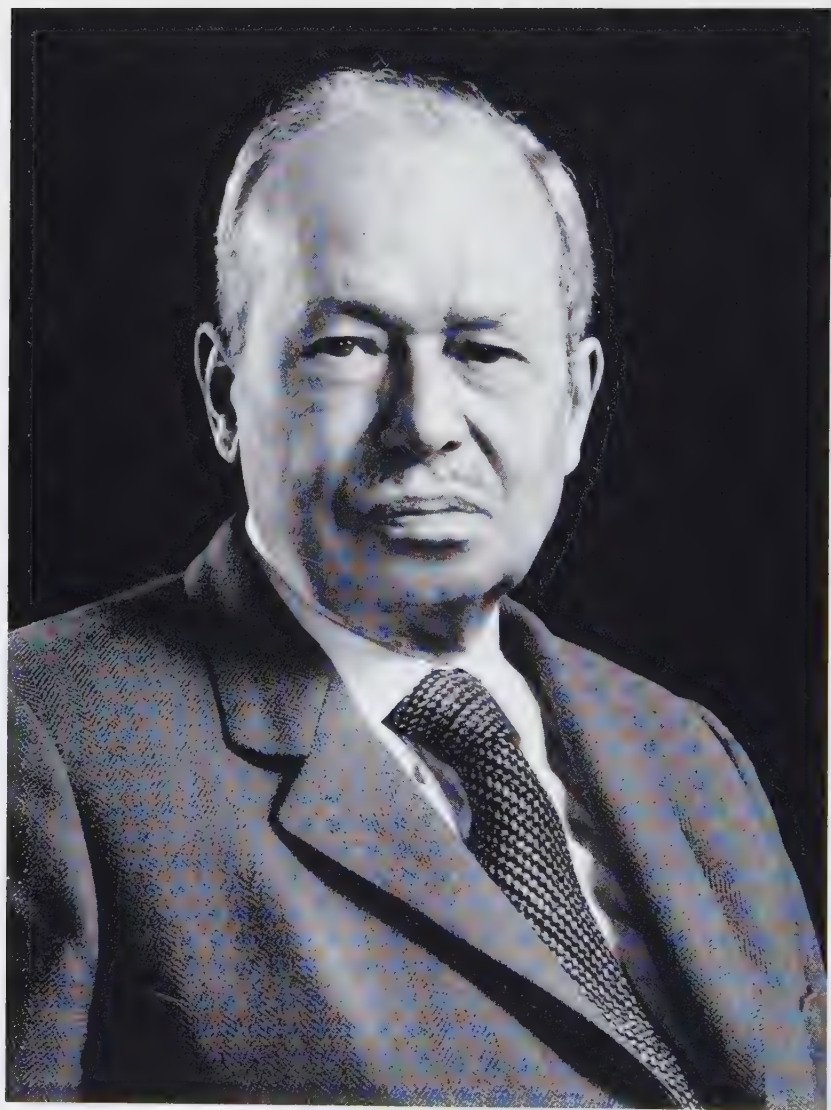
IV. ZUSAMMENFASSUNG

Die vorliegende Untersuchung musste sich, angesichts der grossen Zeitspanne, die es zu berücksichtigen galt (rund 800 Jahre, von der ersten Hälfte des 12. bis zur ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts) und der Fülle von Hausrechtsquellen in dieser Zeit, auf die grundlegenden Urkunden beschränken. Hierbei wurde das Hauptgewicht auf jene Teile des Hausrechtes gelegt, denen nicht nur eine familieninterne Bedeutung zukommt, sondern die auch für das (verfassungsrechtliche) Schicksal der im Besitze des Hauses befindlichen Gebiete und deren Bevölkerung entscheidend waren: die Regelung der Erbfolge. Dabei erwies es sich, dass sich das Haus die jeweiligen Erkenntnisse auf dem Gebiete des Hausrechtes in seinem Interesse zunutze machte. Es überwand das deutschrechtliche Prinzip der Teilung, vorerst einmal, indem die Töchter ausgeschlossen wurden, dann, indem nur noch die Nutzung geteilt und die Substanz erhalten wurde (1504), endlich durch die Errichtung eines Familienfideikommisses (1606). Parallel mit der stufenweisen Realisierung des Unteilbarkeitsprinzips entwickelte sich der Gedanke der Individualsukzession, wobei sich die Nachfolge zur Zeit des Seniorates (1504 — 1606) auf gewisse Vorrechte (vor allem das alleinige Recht, Hauslehen zu empfangen und weiterzugeben) beschränkte, seit Einführung der Primogeniturerbfolge (1606) auf die Nutzung des Vorausteiles, nach Erlöschen der Karlischen Hauptlinie sogar des gesamten Hauptfideikommisses.

Eherecht, Abfindungen bei Erbverzichten, Versorgung der zur Nachfolge Unfähigen, der Witwen usw. sind Gebiete, die hier keine selbständige Behandlung fanden. Auch die hausrechtliche Stellung der Frau fand die ihr gebührende Beleuchtung nicht.²⁶⁷

Die Arbeit schliesst mit dem Gesetz vom 8. Februar 1926. Die Hausrechtsgeschichte hat damit aber nicht ihren Abschluss gefunden. Es sind durch den Untergang der österreichischen Monarchie und sodann im Gefolge des 2. Weltkrieges äussere Veränderungen eingetreten, die auch hausrechtliche Konsequenzen erforderten und noch erfordern werden. Die Auflösung der Fideikomnisse in den Nachfolgestaaten der österreichischen Monarchie, der Verlust des grössten Teils der Familien-

²⁶⁷ Zu diesem Thema sei die höchst aufschlussreiche Arbeit von Barbara Schöner über die Frauen des Hauses Hohenlohe besonders erwähnt.



Fürst **Franz Joseph II.**, seit 1938 regierender Landesfürst.

besitzungen durch die Verstaatlichung in der Tschechoslowakei,²⁶⁸ erforderten eine Anpassung des Vermögensrechtes. Der jetzige Landesfürst, Franz Joseph II., in dessen Privateigentum die ehemaligen Fideikommissgüter übergangen, brachte zu Beginn der 1970er Jahre was übrigblieb in die «Fürst von Liechtenstein Stiftung» ein, deren Hauptzweck darin besteht, dem regierenden Fürsten die Erfüllung seiner staatlichen und familiären Pflichten zu ermöglichen.

Vom alten Hausrecht sind vorab jene Bestimmungen geblieben, von denen auch Art. 3 der geltenden Staatsverfassung von 1921 handelt: die Thronfolge nach dem 1606 eingeführten System der Linealprimogenitur mit der 1842 erfolgten Ergänzung durch die subsidiäre Kognatenerbfolge, der Mündigkeitstermin von 18 Jahren, die Berufung des nächstberechtigten mündigen Thronfolgers zum Regenten.

268 Durch Dekret vom 21. Juni 1945 wurden die Besitzungen, die (nach der ersten Bodenreform) ca. 660 km² massen, konfisziert (Schaedler 54).

ANHANG :

Die wichtigsten Hausrechtlichen Urkunden im Wortlaut

1. Die Erbeinigung von 1504

(Faksimile des Privatdruckes Jenne).

Erbeinigung

zwischen 1. Christoph III., Landmarschall, 2. Erasmus und Georg VI.,
und 3. Hartmann I. (Herttneid).

Nicolzburg, 3. März 1504.

Ich **Cristoff von Lichtenenstein von Nicolspurg** als der erstift Ich **Erasm**
Ich **Georg**, gebrüder **Herrn Heinrich von Lichtenenstein Sun** Vn Ich **Hertt-**
neid (Hartman) **Herrn Georg von Lichtenenstein Sun** all vettern von Lich-
tenenstein von Nicolspurg Bekennen fur vnns all vnnsr Erben vnd nachkomen des
namens von Lichtenenstein vnd tun kunnd offentlich mit diesem briue, das wir vnns aus
Rechter Vetterlichen angeboren Natur Vetterlicher lieb vnd frunttschafft vnd von aufnehmen
wegen vnnsers namen vnd Stamen auch nach Ratt vnnsr negsten frunnde mit gutem willen
vnd wolbedachtem muet mit gemainem verainten zeitigem Ratt, vmb alle vnnsre Geslöffer
Herrschafft Stet Wergkht Vesten vnd Dörffer Stüggh Gült vnd gueter wie die vnnsr
voruorden genutz vnd genossen haben ain Vetterliche vnd fruntliche erbeinigung, vnd
gleiche Aufzaiung getan vnd gemacht haben, tun vnd machen die auch hiemit wissenlich
in krafft diß briues Also das wir solhe erbeinigung vnd Aufzaiung Bestiglich vnd
vunzerbrochen haltten sollen vnd wellen mit allen Punkten artigk vnd ordnungen wie
hernachnollt So ist mir Cristoffen von Lichtenenstein von Nicolspurg aus
vnnsr aller verainigung vetterlicher verwilligung vnd erblichen aufzaiung geuallen.
Die herrschafft Nicolspurg das Gesloss daselbs mitzambt der Stat Das Gesloss
Naschennstein Das Gesloss Maiburg. Die Vesten Lunnenburg. Die
Vesten Hohennaw Die Vesten Ulrichskirchen mit allen vnd ygliden Iren
zugehorungen Oberkainen herrligkainen freyhaiten Landgerichten Kennten Zinsen Gültten
Getraid Weinze, nnten Vergtrechten Dienntzen Vogteen Meuten Holczern Wünnen Awen
Wildpanen Jaiden Bischwaiden Wischerey Müll müsteg Seen Voglgeflig vnd sunnst allen
anndern nutzungen vnd zugehorungen wie die genannt vnd gebaißen mügen werden vnd
von alterher darzue gehörig sein, Innhalt ains Versigeltten Register das berürt Herr-
schafftten Geslöffer Stett Wergkht Vesten vnd Dörffer Stüggh Gült vnd güeter mit namen
begriffen. Dieselben Register ains hedetails vnnder vnnsren Insigln bekräftigt vnd ver-
fertigt klerlich anzeigt So ist mir Erasm vnd Geörgen gebuedern von Lich-
tenenstein von Nicolspurg in solher fruntlicher Verainigung vnd erbaufzaiung
geuallen die Herrschafft Steyregk mitzambt der Statt Das Gesloss Rutenstein
Das Gesloss Reyhennstein Die Vesten Wulfsdorff Die Vesten
Dürnnholcz Das Statl Gostall mitzambt der Vesten daselbs mit allen vnd
ygliden iren zugehorungen Oberkainen Herrligkainen freyhaiten Landgerichten Kennten
zinsen Gültten getraid vnd Weinze nnten Vergtrechten dienntzen Vogteen meuten hölczern
wünnen awen Wildpanen Jaiden Bischwaiden Wischereyen Müll müllstegen Seen vnd sunnst
allen anndern nutzungen vnd zugehorungen Wie die genannt vnd gebaißen mügen
werden vnd von alterher darzue gehörig sein. Innhalt ains Versigeltten Register das berürt
Herrschafftten Geslöffer Stett Wergkht Vesten vnd Dörffer vedes tawls seins aufzaiens
Vnnder vnnsren Insigln bekräftigt vnd gefertigt. klerlich anzeigt, Verrer ist mir Hertt-
neiden von Lichtenenstein von Nicolspurg in vorangezogter erbaufzaiung,
aufgezaiigt Wordenn Die Herrschafft Veldsberg das Gesloss daselbs mitzambt der
Statt, das Gesloss Hagkennberg, Die Vesten Rambspurg Die Vesten
vnd Herrschafft Mistbach mit allen vnd ygliden Iren zugehorungen. Oberkainen
herrligkainen freyhaiten Landgerichten Kennten zinsen Gültten Getraid vnd Weinze nnten
Vergtrechten dienntzen Vogteen. Meuten holczern Wünnen Awen Wildpanen Jaiden
Bischwaiden Wischereyen Müll müllsteg Seen vnd sunnst allen anndern nutzungen vnd
zugehorungen. Wie die genannt vnd gebaißen mügen werden vnd von alterher darzue
gehörig sein Innhalt ains versigeltten Register das berürt Herrschafftten Geslöffer Stett
Wergkht Vesten vnd dörffer vedes tawls seins aufzaiens. Vnnder vnnsren Insigln bekräftigt

und verfertigt Klerlich anzeigt. Wir bewilligen auch für vnß all vnser erben das sich ain yeder tayl. derselben güeter wie in den Registern ains yeden tayls begriffen. als seins außsagitten guts. gebrauchten nützen und Niesen sol zusambt allen anligunden Stügten Gultten und guetern Was wir oder vnser erben der yezt haben. nichts davon hindan gesetzt oder außgeschlossen Also und mit solcher vnderfchid. Das vnser kainer noch vnser erben Derselben Klöffer und güeter im grundt nichts Vergeben Versküern. noch kains von dem Namen und Stamen nit merenden oder annder yemands kainen tayl dauon verschreiben Gütten vermachen. noch Öffnung darinnen geben füllen. als sich des auch Vnser eltern und voruordern vnnczher gebraucht und gehalten haben in kain weys noch weg Vnd ob solhs beschick oder beschehen wër soll es wider solh vnser verainigung kain krafft haben Es wër dann sach das sich ainer Verheyratet Vnd derselben seiner gemähl ain gemäch Daraus verchrib. oder gebe. souil dann nach gelegenhait desselben heyrats das mit Rait und wissen der andern So bey Lantde wärn beschehen sol. tun mag. auch ob er ettbas zimlich zu seiner Seel hayl verschaffen wolte. macht haben Oder wo ainer aus chaffter not oder sunst Größlich georsacht würde sein gutt oder ains tayls zuuersezzen Sol er in allweg sein nēßt freunde des namens anpieten und sich ainer zeyt verainen. Darinne solh verphanntung gesehen müge.

Wo sy Sych aber der Verphanntschafft nit vergleichen oder vertragen möchten Sol und mag derselb der Nottürfftig zuuersezzen ist. alßdann sein guet oder dieselb Phanntschafft wol ainem andern geben. Doch soll er in allweg vleys furwennden damit im und seinen erben zu solher Verphanntschafft Lösung auf zimlich zeyt geben werde Vnd ob was vnder den Stügten die versetzt oder verphennt würden Lehen wärn soll mit wissen des ellißten als Lehentragers beschehen. Vnd er auch darein verwilligen darinne kain verbindung tun Vnd ob er deßhalb als ain mitzigler gebeten. und ersucht würde. sol durch in Volsregkunge beschehen.

Wir bewilligen und wollen auch. Das albeg der ellißti vnder vnß alle Gesloßer Herrschafft Stugth gült Vessin und güeter so wir von den Fursten Bischofen und Preläten zulehen haben von vnsern begen empfangen sol. doch mit der merertayl wissen auf vnser aller kostt derselben Lehenntager sein verdienen und veranntburten.

Wir bewilligen auch für vnß vnser erben. das albeg der ellißti vnder vnß alle Lehennschafft Geistlich und weltlich wie dann durch vnser voruordern des Namens beschehen innehaben und sein lebenmlang Leihen ongewer. Dann was der geistlichen Lehennschafft. ungewerlich zu den Klöffern und Herrschafftten So er Innholt seins außzigen besetzt. und innehat zuegehörig sind. machthaben dieselben seins geuallen zuuerleihen Vnd albeg durch die ellißten vnserer namen wie sich gebürt gepresenniert werden onwiderred Vnd wo dieselben vorberürten Lehen in ansprach oder irrung wüchßen wie sich das begab. soll derselb alain souil Im darinne zuthun müglich auf vnßr aller forschung und darlegen solh ansprach und irrung außtragen und Richtig machen Auch so soll er an der andern tayl willen nichts dauon freyen. Smelern noch entziehen. sonnder Sy ordennlich und vnuertänlich halten.

Vnd wo Lehen ledig würden. solh Lehen soll der ellißti als Lehenntager mit willen und wissen der andern handlin. Weiter bewilligen und ordnen wir für Vnß vnser erben. Damit vnser Männlicher Stam. besterpas bey wiriden gehalten und in aufnemen köm das kainer zu seiner tochter. für Jr Väterlich erbguet Vber zwaytausennt gulden Vngtrich zu hayrattguet nit geben fülle. Dazue erberlich vèrtigen als ainer Frem geboren stantnde zuebüert.

Daraus Sy sich alßdann gegen dem ganczen namen mannlichs geschlechts Nottürfftiglich verzeihen fülle Was aber mueterlich erbguet zufallen köm füllen Sy ungewerlich vnuerzigen sein.

Vnd ob aine zu Geistlichen stantnde vnserer namen gewidmet würde. soll Jr ain zimlich Leibgebing nach Vermügen geben werden nach beschluß der Merer vnserer namen und stamen So ain Vatter selbs nit in leben Wår Ob aber ainer vnserer namen und Stamen zu Geistlichem stantnde gewidmet wirdet Es wër zu Brierterwird Tumhern oder annderm Geistlichen stantnde was Orden Regl das wår. füllen wir vnser erben und nachkömen. allen vleys haben damit derselb auf ain Leibgebing. oder zimlicher enntrichtung nach erkanntnuß des Merertayls vnserer namen verzeihen sol damit vnser nam und Stam besterpas in aufnemen Wachßen müge. Ob aber vnserer namen Vnd Stamen kainer mer in leben Wår. sol In Jr erbual wie sich gebürt mit einwerffungg (!) solh Leibgebing oder enntrichtung Wie dann den tochter vnserer namen onentgeltt sein. Wir ordnen auch für vnß vnser erben. ob ainer vnder vnß kind es wårn Sün oder tochter erwürb die vnuogtper mern und hinter sein Liess Dieselben kind und Jr guet soll albeg desselben Brueder. des namen und Stamen wo der zu solchem reichthit und tewlich in vormundsweyß veriehen oder aber wo der nit tewlich.

oder kain Brueder verhanden wêr soll albeg der elliſt derſelben kinder gueter trewlich Inuentiern vnd auffſchreiben wie ſich gebürt eſ ſey ligunnd vnd darunnd ain trewer verwallter ſein Ir guet bewarn innhaben, vnd hanndln auch denſelben erben, mendlichs Stamns den ſolh guet zugehort, So Sy zu Irn vogtbern Jarn alls auf achzehen Jar Irs allters kômen ſein erber auffrichtig anzaigen vnd Rechnung thun auch was Sy deßhalben ſchuldig wurden zalunng, vnd oberantwortunng der gieter tun ſullen ongeuer doch die tochter wie obennſtet verheyraten. Weiter ordnen vnd ſetzen wir fur vnß vnd vnſer erben Ob ſich begâb, das wir durch erbschafft kauf oder in annder erber weg mer gieter Geſloß Herrſchaften oder andders eroberten wie ſich das begâb vnd ob was Darüber Lauffen wûrde darinne ſullen wir all trewlich, aninander fûdern (!) vnd helffen, auch ainer dem andern mit zimbllicher hillf zuſtaten kômen. Durch das ſolhs zum namen beſiâtlicher bracht Vnd derſelb die ſach beruerunnd vnd in Vbunng iſt, das geſloß oder herrſchaft behallten mûg auch bey dem Mannlichen namen vnd Stamen beleiben vnd gehalten werden inmaſſen wiewor anzeigt iſt. Auch ob vnſer ainer oder mer ſeiner außſaigten gieter mit Recht anſprach gewünne So ſullen wir wellen wir trewlich vnd vetterlich aneinander helffen. Die ſachen auf vnſer aller Coſtung vnd zerunng vertreten vnd Verantburten Vnd ob auch hzt oder fûro durch vnß als den Mererntayl, in ſolhem vnd anndern des namen Notturfft der vnd annder ſachen die wir hzt haben oder fûro gewinnen ſouil vnd was der ſachen namen vnd Stamen zu eren vnd guet erbezen, vnd furgenomen wirdet durch den mereren tayl ſoll vnuerhindert der andern trewlich vnd vngewerlich gehalten werden. Wir wellen vnd bewilligen auch fur vnß vnſer erben, ob ſich begâb, das vnſer des namens vnd Stamens mer wurden vnd zwen oder mer in ain Sloss zuſamen kâmen, dieſelben ſullen ſich ains frunnlichen Burgfrids halten vnd gegen ainander geloben, vnd halten zwischen Iren Perſonen vnd der Irn, damit kain aufrur, ober widerwillen zwifch:n Zne erie, oder erwachsen auch das mit Notturfftigen Fewen vnd dâchern mitainander trewlich verſehen vnd allenenthalben weſentlich halten ongeuer. Weiter bewilligen vnd ordnen wir fur vnß vnd vnſer erben, das zwischen vnſer vnſern erben vnd nachkômen widerwill oder aynigerlay Irrung enntſtunden eſ wêr zwischen vnſer ſelbs vnſer diener oder vnndertan Vnd derſelbs nit verainen oder vertragen môchten ſouer ſich das fûgte, vnd begâb So ſol doch kainer gegen dem andern mit der Tat nicht furnemen noch hanndln, Sonnder des Iren auftrag haben vnd nemen. Nêmlich der geſtalt, Iſt ſolhs zwischen vnſer oder der herrn, ober vnſer nachkommen hzt oder hinfûro ſelbs, ſo ſoll vnſer vnd ytweder zwen ſeiner frumnde oder wer In darzue geuellig die er haben vnd erpiten mag, nemen zuuerhôr niderſetzen die ſachen vnd Irrung hôr erbezen vnd vleyß haben ſûllen die hern zuuertragen, wo Sy aber die vollg nit erlangtâ die ſach vnd Irrung zuuertrag nit Richten, oder pringen môchten So ſullen dieſelben vjer Ir erbeten frûnde, gewalt vnd macht haben, ainen unparteiſchen Ortman, der ſachen gemâß zuerbellen was alßdan der Mererntayl auf genugſam verhor darinne ſprechen oder machen, dabey ſoll eſ an alle verrere wagrunng beleiben, ſolhem gelebt vnd nachganngen werden, Welher daraus gen wolt, ſullen die andern des namens nach Irem vermûgen darzue halten, damit ain yeder bey der pilligkait vnd diſer ordnung gehannthabt werde. Dann Irer diener vnd vnndertanhalb ſoll ain yeder herr ſouil vnd was Im der zuegebur, dieſelben zu aller Pilligkait vnd Recht medtig ſein wie obgeſchriben trewlich vnd ongeuer.

Wo aber vnnder dem namen, ainer oder mer vnordenulich weſen in ſich nâm, oder vnbeſint wûrde, dardurch er ſeiner vernufft beraubt oder ſein guet Leichtfertiglich vnd pöſlich vertât, dardurch er ſonnderlich in verderben, auch der nam in ſchinnph vnd ſpott gefezt wûrde oder môcht, das ſûllen die andern des namen nit geſtatten noch zueſehen Sonnder demſelben vnbeſinten, oder die So wiewor ſiet Ir guet Leichtfertiglich oder Pöſlich vertunn wollten ſullen durch die andern mererſtagls mit Curatorj vnd Gerhaben beſezt vnd ain yeder nach gebûr, mit narunng vnd anndern Verſehen werden vnd das annder trewlich verwallten vnd ſo eſ zuſâllen kumbt, dieſelben gueter dem neigſten Vauti diſer vnſer erbaunng, vnd außaunng veruallen vnd eingeanntbur werden

Weiter ſetzen vnd ordnen wir fur vnß vnſer erben das die Stiffmeß Jarſten (Jahreſtage) vnd anders wie die vngewerlich bey vnſern Herrſchaften Steten Mergten dorffern vnd Gotthowfern ſind vnd durch vnſer Vâtter Brueder vnd vornordern vnd bey vnſern zeyten wie dann die Stifftrieff darumben anzaigen, geſtiift vnd fûrgenomen von kaimem nit gewecht noch gemindert, ſounder dieſelben Stufft wie Sy fûrgenomen Gott zu Lob in irm weſen beleiben gehalten vnd gepeffert werden ſûllen, des mit nichte kain enntziehung noch abgaung gewinnen in kain weyß. Damit wir vnß in dem vnd allem andern

vnnfern sachen vnd Notturfft gott dem allmächtigen wellen beuolhen haben. Weiter be-
willigen wir für vnnß vnd vnser erben. Nachdem wir Vnser Merglichñ sachen vnd Not-
turfft in schulden gewachsen darumben wir dann verschriben. das vnser jeder derselben
schulden vnder vnnsern pertschabten betreffigt ain Schrift nemen sulle. das wir solh
schulden was ainem yeden tagl zubezalen gebürt. mitainander trewlich vnd auf das
furdertlichst bezalen sußen vnd wellen. wo sich aber vnder vnnß ainer oder mer ober
angezangte schulden. auffser der andern wissen oder verwilligung. Verrer in schulden gáb.
derselb soll sein schulden fur sich selbs bezaln vnd den andern an Irer erbainigung vnd
aufgaingung an schadñ sein. Wir bewilligen auch. fur vnnß. vnser erben. Das wir all
vnser teycht wie die genannt vnd wo die gelegen sein nichts hierinne außgesslossen. trewlich
mit ainander Bischen Pawen besetzen vnd mit annder Notturfft wie wir dann die bygher
gehalten versehen.

vnd was Zerklich aus solhen teychten aus dem Bischuertaufß genüllt
soll klerlich in ain Register gebracht vnd in Summa bezaichent werden danon sußen vnd
wellen wir die Bischnedht vnd annder arbeiter, die bey solhen teychten gearbaitt. bezalln.
Das vbrig geltt was die Raittunnng bringen wirdet trewlich vnd vetterlich mitainander
tagln. Es sußen auch die teychtmaister Teychtschreiber vnd annder So mit den teychten in
einnehmen und außgeben vnd in annder wege zuhandln haben yedemtagl gelobt sein ongeuer.

Damit aber diße vnnsre erbainigung vnd außgaingung von vnss allen vnd vnnsrem
erben vnd nachkömen es sein manns oder frauenpilld. von vnnsrem gebluet namens vnd
Stamens eelich geborn. nu furo Stát vnd vnzerbrochen gehalten werde. Deshalben wir vnnß
obgenannt. Cristoff Erasim Georg vnd Herrtneyd gebrüeder vnd
Vettern von Liechtenstain von Nicolspurg zusamen veraint vnd verpunnden
vnd tun das hiemit wißeentlich mit dem brieue fur vnnß vnser erben vnd nachkömen.
Solhem allen gennetzlich nachzuleben vollziehen vnd hallten bey vnnsrem warn ayden vnd
trewen. Daun wir vnnß noch vnser erben absoluieren lassen sußen noch wellen. Es
soll auch kainer vnnsre mēndlich erb in vnnsre verlassen güeter eingesetzt noch zuegelassen
werden. er hab dann dem ellißen vnnsers namen vnd Stamen welltlichs standes vor diser
erbainigung vnd außgaingung für sich vnd sein erben gelobt vnd versprochen zuhallben. Ob
aber sach wár das wir vnnsre mēndlich erben vnnsers Stamens vnd namens. eelich geborn.
mit tode all abgienngen. das got der allmechtig genediglich verhüetten welle. So sußen
alsdann vnnsre güeter erblich vallen auf vnnsre negst frunnde vnd erben vnd sunnst wie sich
das nach ordnung der Recht oder Lantßpbrauch vnd gewonnhayt gebürt. alles getrewlich
vnd ongeuerlich.

Vnd zu Glaublicher Vrkunnd des brieues vnder vnnsre vorbenannten
Cristoff Erasim Georgen vnd Herrtneiden vnder vnnsre gebrueder vnd vettern
von Liechtenstain von Nicolspurg vedes anhangpunnden Insigl bewart. Vnd
zu gezewgnüss vnd merer befestigung haben wir mit vleyß gebeten Die Wolgeborn herrn
herrn Ludwigen von Starhennberg, Herrn Hannsen von Buchaim von
Horn erbruggfess in östereich, Herrn Hannsen von Zelking vnnsre lieb Swäger
Vetter vnd frunnde, das Sy Ire Insigl zugezewgnüss der sachen an disen brieff gehanngen
haben Doch In Iren erben vnd Insigeln onschaden ongeuer. Geben zu Nicolspurg
Sonntags Reminiscere in der vassien Nach Cristj gebürde. Im fünffzehenhundertistñ vnd
vierden Jaren.

L. S.

Cristoff von Liechtenstain

L. S.

Erasim vo. Viedtstain vo. Nicolsp.

L. S.

Jorg vo. Viedtstain vo. Nicolsp.

L. S.

Hartman vom Viedtstai. Ludvic vo. Starhempe.

L. S.

L. S.

... ns von Buchaim

L. S.

S. Hannsen Herrn von Zelking.

Aufzaigen des erstn taylls auf den Sycz Nicolsburg.

1504

Demerkhzt (!) das aufzaigen vnd versigelstregister der güeter des Erstn taylls der mir **Cristoffen von Lichtennstain von Nicolsburg** mit den Gesslößern Steten Jeshn Merghstn vnd Dorffern Getraid Wein zehennnten Renntten vnd Güllten wie dann in der Erbainigung vnd verschreibung So wir deßhalb aufgericht vnd in dem grunntregister darinn yglicher sonnderlich was er von seiner besiezung vnd behaustm guett dienet begriffn das ainem yeden tayll vber sein aufzaigen geben ist klerlich anzeigt. zuegenallen ist.

Die herrschafft Nicolsburg. das gesloß daselbs mittsambt der Stat. Das gesloß Rajchenstain. Das Gesloß Maidburg die Vesten Lunttenburg. Die vestn Hohennaw Die vestn Brichskirchen, mit den Zugkenn vnd güllten wie hernachuolet.

Pfenninggült des ersten taylls auf den hernachgeschriben güetern.

Nicolsburg	Pullgarn
Payrdorff	Balkennstain
Pergen	Stennthal
Glennticz	Draffenhofn
Obernwitzianicz	Altenuerperstorff
Nidernwitzianicz	Nemenuerperstorff
Palaw	Sweinbart
Stochnicz	Hohennaw
Tracht	Pallternndorff
Pawßtram	Brichskirchen
Eysgrueb	Kramperg
Hunnigerdorff	Stämennstorff
Luntenburg	Puezing
Palbicz	Munichstall
Temcz	Hawzenndorff
Turbonicz	Parestorff
Nicolltschicz	Mannhartsprunn
Pierpawm	Rägfenddorff
Goffnicz	Mollmannstorff
Lamdbshuet	Heberstorff
Muschaw	Olbernndorff
Schagtwicz	Ennczschellb
Boytschprunn	Slompach
Milbicz	

Summa der pfenninggült auf berürten guetern $\widehat{A} \text{ xiiii } \text{C} \text{ Lxxviii } \widehat{L} \text{ Lxxv } \text{J} \text{ 2} (= 1369 \text{ Pfund } 75\frac{1}{2} \text{ Pfennige}).$

Dermergkht die meütt

Mistelbach }
Danabiez }

xxvi L 2 = 30 Pf. — Pf.

Müllner

Müllner zu Bamfram }
Müllner zu Esgrueb }
Müllner am Rabenhoff } $\widehat{A}$ Lxiii L xxiii 2 = 64 Pf. 24 Pfenn.
Müllner zu Muschau }
Müllner an der Rormül }

So bringt die holczgüllt wie dann das jerdich verkaufft zu meinem tayll
iii C Lxxxvij L Lxxvj 3 = 392 Pf. 75 1/2 Pf.

Summa der phenninggüllt des anndern tayls $\widehat{A}$. xvi C xxi L vij 3 ii 2
= 1621 Pf 7 Schill 2 1/2 Pf.

Dermergkht den getraidzehennt vnd traidgüllt anß den hernachgeschriben güetern

Bellßperg	Dobnastorff
Schrättenperg	Newnnliechtenbart
Kaczlastorff	Herrnpaungarten
Garffenntall	Keczleunstorff
Gelltschin	Ebendorff
Poystorff	Strayßing
Hagkennberg	Eibennßtal
Fratigestorff	Mannßtrenngk
Fridwerts	Groffenmugl
Wulkendorff	Alltnrueperstorff
Altmanns	Ottental
Gnannendorff	Gatennprunn
Zwenntendorf	Wilßalbnnstorff
Ramßpntg	Wendling

Summa vorgeschribner zehennt vnd traidgüllt ain Jar dem anndern zuhilff.

Wayez	Lviii (58) Mutt xxiii (24) Meczn 4 Acht
Korn	xxviii (28) Mutt xxviii (29) Meczn
Habern	Lxxii (82) Mutt viii (8) Meczn

Dermergkht die Weinzehennt vnd Pergkhrecht auf den hernachgeschriben guetern.

Pamßram	Balkennstain
Palbycz	Ottenntall
Pürmanicz	Wrichsfirchē
Mistlbach	Poystorff
Herrnpaungartn	

Summa mugen die vorgeschriben Zehennt ain Jar dem annndern zuhilf ertragen
Liiij (54) dreiling ain viertl.

Der hüener vnd ayr, mag sich ain yeder tayl Innehaltt seins grunntregistir. auf den
guetern. berürtz außzaigens gebrauchen einnemen vnd zu seinem nucz wennden trewlich vnd
vngewerlich. Des zu befestigung vnd warm (wahren) Btund ist dißes Register vnd
außzaigen des erßten tayls. Vnder mein **Cristoffen, Grafm Gcörgen vnd Herrneiden**
gebrueder vnd vettern. **von Liechtenstain von Nicolspurg.** yedes annhangungenden
Jnnßigl verfertigt vnd bewart, Beschehen an Sonntag Reminiscere. in der Vassien Nach
Cristi geburde. im funnfzehenhundertistn vnd vierden Jarenn.

Inschriften der 4 an einer Seidenschnur hängenden Siegel:

Cr . . toff von Lie . . tustain.	Grafm vo Liecht stain vo Nicolsp.
Jorg vo ain vo Nicolsp.	Hartman vonn Liechtenstai

Aufzaigen des annndern taylls auf den Hecz Veldsperg.

1504 *)

Herrergkbt das aufzaigen vnd verheßelt register der güeter des annndern taylls der mir **Herrneiden**)** von **Liedtensstain** von **Nicolspurg** mit den Gesslößern Steten Gessin Herraktn vnd Dörffern Herraid Weinzehenten Rennatten vnd Güllten wie dann in der erbainigung vnd verschreibung So wir deßhalb aufgericht vnd in dem Gruntregister darinne vlicher sonnderlich was er von seiner bestzung vnd behaustm guet dienet begriffen das ainem yeden tayll vber sein aufzaigen geben ist klerlich anzaigt. zugeuallen ist.

Die Herrschafft Veldsperg. das Gesslöß. mitßambt der Statt. Das gesslöß Hagkenuberg. die Weßin Raubspurg. die Weßin vnd herrschafft Mistelbach. mit den Zugten vnd Güllten Wie hernachvollgt.

Pfenninggüllst des annndern taylls auf den hernachgeschriben guetern.

Veldsperg	Alttenlichtenbart
Schratenperg	Neuwnlichtenbart
Kaczlastorff	Hawßprunn
Garrissenntal	Mißilbach mitßambt der Holczgüllst Hol vnd ungellst daselbs
Gelltschin	Gittenndorff
Behemischktrutt	Lannzenndorff
Boytorff	Walterstorff ennhals Thunnaw
Weczlenustorff	Herrnpaunngarten
Hagkenberg	Weczlenustorff
Kridwertß	Strupffing
Frattigstorff	Enngerstorff
Walfenndorff	Haringsee
Altmanns	Strannzenndorff
Paungarten bei Laa	Glinfennndorff
Gnanndorff	Obernribennprunn
Zwenntenndorff	Hohennrueperstorff
Zwingenndorff	Gennsternndorff
Glabin	Mureßtal
Bernnhartßtal	Molmannßperg
Hawßkirchen	Gereßtorff
Rabennspurg	
Dobnasttorff	

Summa der pfenninggüllst auf berurten guetern $\text{A xi C xxxij L iij ß xxiij s} = 1133$
Pfund 3 Schilling 23 Pfennige.

*) Orig. im Liecht. Arch.

**) Am Rande die Bemerkung: „soll Hartmann heißen“.

Vermerckbt die Meüß

Niderwistancz
Lunntennburg
Muschaw
Eysgrueb

A

ii C xiii L vii s xxviii 2 (= 213 Pfund
7 Schilling 28 Pfennige).

Müllner

Müllner zu Niderwistancz xiiij L Lxxvj 2 (= 14 Pf. 76 Pfenn.)

Holczgült aus dem holczverkauff wie das jerlich durch die vorffter verkaufft wirdet
gepurt mir xxviij L Lxiiij 2 (= 28 Pfund 63 Pf.)

Summa der phenningült des erstn tayls A xvj C xxv L vij s iiij 2
(= 1625 Pf 7 Schill 2½ Pf.)

Von abgeschriben meüßten mus man jerlich zu der Stifft gen Welsperg geben
xxxij L 2 (= 32 Pf. Pfenn.)

Vnd zu der Stifft gen Lunntennburg dem pharver daselbs xvj L 2 (= 26 Pf. Pf.)
für berürt außgab ist Muschaw vnd Eysgrueb mit der Mautt aufgeslagen.

Vermerckbt den getraid zehennt vnd traiddgült auf den nachbegriffn guetern

Grossenweinbart
Männerdorff
Obernibennprunn
Glinfendorff
Eunzenndorff bey der Thunnaw
Hertzieten
Kagran
Elpeltaw
Maypierspawm
Alttenntichennbart

Hawßprunn
Bernhartsthal
Behemischenkrutt
Reital
Hyttendorff
Lannzenndorff
Zlabarn
Hohennaw
Paltterndorf

Nachdem das korn. volligklich nit hatt Raichen mügen. ist waycz dafür genomen vnd
mitßambt dem agkerzinss zu Pa y r d o r f f G l e n n t i e z vnd Mül zu L u n n t e n n b u r g
damit die Summa erfüllt ist in abgeschribner Summa angeßlagen.

Summa vorgeschribner zehennt vnd traiddgült ain Jar dem annndern zuhilff.

Waycz
Korn
Habern

Lviij (58) Mutt xxiiij (24) Meczn 4 Achtl
xxviij (28) Mutt xxviii (29) Meczn
Lxxxiij (82) Mutt viij (8) Meczn

Zermergkht die Weinzehent vnd Pergkbrecht auf den hernachgeschriben güetern.

Beldisberg	Fridwerts
Schratennperg	Wulkennndorff
Kaczlastorff	Alttmanns
Garsfennmayl	Gnannndorff
Gelltschin	Zwenntennndorff
Hagfennberg	Rezglennstorf
Fratigestorff	

Summa mugen die vorgeschriben zehennt. ain Jar dem annndern zuhilt ertragen
Liiii (54) Dreiling i (1) vintl.

Der huener vnd ayv, mag sich ain yedertayl Innehaltt sein Gruntregister auf den
güetern. berürtis außaigens gebrauchen einnehmen vnd zu seinem nucz wennden tremlich vnd
ungeuerlich. Des alles wieworbegriffen, zu befestigung vnd warm (wahrem) Bekund ist
dyses Register vnd außaigen des annderntayls vnder mein **Cristoffen. Graßm Georgn**
vnd **Herttneiden*)** **gebrueder vnd Vettern von Liechtenstain von Nicolsburg**
yedes anhangungenden Infigl verfertigt vnd bewart. Beschehen an Sonntag Reminiscere
in der vassien Nach Cristii geburde in dem funnfzehenhundertistn vnd vierden Jar.

Inschriften der 4 Siegel, welche an einer Seidenschnur hängen:

Cristoff von Liechtstain.	Graßm vo Liecht stain vo Nicolsp.
Jorg vo Liecht stain vo Nicolsp.	Hartman vonn Liechtstai.

*) Randbemerkung: Hartman.

2. Die Erbeinigung von 1606

(Die Wiedergabe erfolgt im wesentlichen buchstabengetreu, doch wurde die Gross- und Kleinschreibung — wo thunlich — vereinheitlicht).

In Namen Gottes Vatters, Gottes Sohns, und Gottes heiligen Geistes-Amen.

Nachdem Wir hernachbenante Carl, Herr von Liechtenstein von Nicolspur, Herr auf Veldtsperg, Herrnpaumgarten, Eyssgrueb, Blumenau Prossnitz, Aussee, und Cziernahor, Röm. Kay. Mth. Gehaimer Rath, Obrister Hofmaister, Camerer, und Landts Hauptman des Marggrathumbs Märhern, Maximilian Herr von Liechtenstein von Nicolspur, Herr auf Rabenspur, Hohenau, Budtzowitz, Posoritz und Nowyhradt, höchstgedachter Kay. Mth. Reichshofrath, und Gundagger Herr von Liechtenstein von Nicolspur, Graf zu Rittberg, Herr auf Wulferssdorff, Mistelbach, Poystorff und Ringelsdorf, mehrhöchstermelter Irer Kay. Mth. Hof Camer Rath, Erl. Drl. Ertzhertzogs Matthiae zu Österreich Camerer, auch einer löblichen Landschafft des Ertzhertzogthumbs Österreich unter der Ennss verordneter bey uns selber reifflich betrachtet, dass zu Erhaltung wir aller anderen Sachen, also auch der Geschlechter und Stammheüser nichts Vortráglichen und Nutzlichen ist, dann guete und beständige Ordnung zu machen, und ferner in acht genommen, das zwar noch mehr, dann vor hundert Jahren, das ist Anno funftzehnhundert und vier, den Samstag vor Reminiscere durch weylandt Unsere geliebte in Gott ruhende Voreltern, Herrn Christoffen von Liechtenstein von Nicolspur gewesen Landtmarchalch in Österreich, als damall den Eltisten des Geschlechts, so dann Herrn Erasmus und Herrn Geörgen Gebruedern, Herrn Hainrichen Söhne, dessgleichen Herrn Hartman, Herrn Geörgen Söhne, alle Herrn von Liechtenstein von Nicolspur, eine stattliche Er bainigung und Auszeigung irer Schlösser, Herrschafften, Städt und Güeter, gemacht und aufgerichtet, aber doch nit allerding so genau und vleissig, wiewol geschehen hette sollen, gehalten worden, sintemal vil ansehnliche Stuck und Güeter, durch gefehrliche Alienationes der geschlossenen Vergleichnus zu Nachtail, in anderer Leuth Händte und Besitz gerathen.

Disemnach, so haben Wir zu Vorkommung solcher schädlicher Unge-

legenheiten, und dann zu desto gewisser Fortpflanzung und Manutention Unsre und Unserer Posteritet, Ehr, Wolfart, Nuzen und Aufnehmens, obengedachte alte Erbverainigung nicht allein zu erfrischen, und widerumb zu würcklicher Observanz zu bringen, sondern auch zu erleuttern, zu erkleren, zu verbessern, zu vermehren, und fort an in ein unverkehrliche standthaffte und ewiglich verbundtliche Ordnung zu sezen, uns fürgenommen, inmassen Wir dann solches hiemit thuen, in der aller besten und bestendigsten Form, wie solches von Rechts oder Gewohnhait wegen, oder auch in Krafft unserer alten Privilegien, Rechten und Gerechtigkaiten, Herkomen und Besizes geschehen soll kan oder mag, wie hernach volgt.

Anfenglich, weyln die höchste und grösste Verainigung, mehr in den Gemuettern, dann in denen Güettern haftet, so geloben und versprechen Wir alle drey, einander selbst ganz treulich und aufrichtig, wollen auch hiezue alle Unsere Nachkommen hiemit embsiglich ermahnt haben, das Wir und Unser Nachkomment gantzes Geschlecht, einander jederzeit lieben, ehren und befördern, einer des andern Nutz und Fromen betrachten, Schaden und Nachtail, sovil immer möglich verhüetten und abwenden sollen und wöllen, da auch ainiche Sperrn oder Irrung, sy weren gross oder klein, sich zwischen Uns und Unsern Nachkommen, umb was Ursach das sein möchte, erregen sollten, und dieselben könn-ten zwischen Uns selber nicht alsbalden in der Güte verglichen werden, so solle es mit Schlichtung derselben, Sperrn und Irrungen, zu Verhüetung, das kaine rechtliche Process zwischen Uns und Unsern Nachkommen erwachsen, anderst nicht, dann wie hievon unten ein sonderlicher Absatz zubefinden sein wirdt, gehalten werden.

Und damit nun dise Verainigung der Hertzen und Gemüeter auch eusserlich, in und bey denen zeitlichen Güetern, und der künfftigen Succession deroselben erscheine, so erkleren Wir Uns waitter hiemit, deutlich und offenlich, das Wir Unser Haab und Güeter, einem ordentlichem ewig werendem strictissimo fideicommisso, pro conservanda familiae, et agnationis dignitate, unterworffen haben wollen, und hiemit unterwerffen, der gestalt, wie hernach volgt.

Demnach Wir drey Herrn von Liechtenstein von Nicolspur, oben-
genant, an yetzo in Unsern Gewahren und Besitz haben, die Herrschaff-
ten Veldtsperg, Herrnbaumgarten, Rabenspur, Hohenau, Wulfersdorff,
Mistelbach, Ringelsdorff, Eyssgrueb, Plumenau und Prossnitz, so sollen

alle und jede, yetztgenante Herrschafften und Güeter zusambt allen darein und darzue gehörigen eigenthumblichen und lehenbaren Schlössern, Vesten, Heusern, Städten, Märckten, Herrligkaiten, Dörffern, Weylern, Höffen, Underthanen, Stucken, Güetern, Rentten, Zinsen, Zehenden, Gültten, Geschütz, Munition, Rüstungen, und zu yedem Guet eigentlich gehörenden nothwendigen Farnusse oder Mobilibus et sese moventibus, wie dieselbigen ein jeder unter uns dise Zeit inen hat, besitzt, nuzet und geniesset, und wie solches die hierüber aufgerichte und besigelte Register Urbarj und Inventaria eigentlicher aussweisen, also auch all dasjenige, was Wir oder Unsere Nachkommen von neuem darzue fundirt, gewidmet und verschafft, oder noch künfftig widmen und verschaffen möchten, von nun an, in und unter dise Erbverainigung gehoren, derselben und einem ewigen Fideicommisso ad familiam conservandam, einverleibt, zugewandt, verbunden und unterworffen sein, also und dergestalt, das obgenandte Herrschafften und Güeter sambt allen derselben Pertinentien und Zugehörungen, ein ewig gestiftetes zusambgeschlagenes und gewidmetes Corpus, und ein untheilbare und unzertrennliche Massa sein beharren und verbleiben, und weder Wir noch Unsere Erben, Erbnehmen oder Nachkommen, Uns daran nun forthin, zu ewigen Zeitten mit dem wenigsten ainiche sonderbare privat proprietet oder Aigenschafft zumessen oder attribuirn sollen, sondern allslang Gott Unser Geschlecht der Herren von Liechtenstein von Nicolspurg, das ist von uns obgenanten dreyen der Herren von Liechtenstein von Nicolspurg, Gebrüeder, herruernden Linien, inmassen dann auch so oft Unser Geschlecht der Herren von Liechtenstein von Nicolspurg, in diser Erbverainigung genennet wirdt, darunter niemandt anders, alls Wir drey Paciscenten und Unsere mannliche eheliche Leibs Erben, und also fort an derselben Erbens Erben, verstandten werden sollen auf diser Weldt erhelts, so sollen und wollen Wir und diejenigen, welche in dise Erbverainigung gehören, oder derselben Succession fehig und habhafft sein werden, in hieoben specificirten Herrschafften, Güetern, und dero Zuegehörungen, Uns und inen mehern und weiter nichts, dann den blossen Usufructum oder gemäss auf die Mass und Weiss, wie es dise aufgerichte Erbverainigung vermag, und wie unten davon in specie gemeldt werden solle, zu geniessen, und zu geprauchen, reservirt und vorbehalten haben. Die Proprietet und Aigenschafft aber solcher Güeter und Herrschafften solle unsers Geschlechts ehelichen mannlichen weltlichen Stammen, insgemain allermassen wie hierin begriffen ist, als

ein unwiderrüeffliches und unaufhörliches vertrautes Erbainigungs und Fideicommiss Guet cedirt, eingeraumt und übergeben sein, und sollen wir, sowole unsere Erben, Erbnemen und Nachkommen, so vil unsere Privat Personen antrifft, vorangeregter Proprietet und Aigenschafft, ehe verstadtenermassen gäntzlich privirt und entsetzt sein, inmassen Wir dann hiemit solcher proprietet, Uns und Unsere Nachkommen frey und guetwillig selbst privirn und entsetzen, und dieselbe obgedachten Unserem Geschlecht und mannlichen Stammen und Namen deutlich und krefftliglich cediren, einräumen, übergeben und zuaignen, in der allerbesten und bestendigsten Form und Mass, als solches von Rechts: oder Gewonheit wegen geschehen solle, kan oder mag, gelobendt und versprechende bey Unsern und Unsern Erben, Erbnemen und Nachkommen, höchstens Wort und Warhait, Uns solcher privat Aigenschafft, ferner nicht anzumassen, sondern dieselbige je und allweeg als ein fideicommissirtes Corpus und Massam, bey dem Geschlecht und mannlichem Stammen der Herrn von Liechtenstein von Nicolspurg unverrückt verbleiben zulassen.

Dieweilm aber in angestellten Gemeinschaften, wo nicht sonders guete Particular Ordnungen, darbey angestellt werden, leichtlich allerhandt Confusiones und Verwirrungen zuerfolgen pflegen, als ist weiter zuvernemen, wie es mit der Particular Administration und Usufructu, dieser obgesetzten gemainen Massae, so dann mit den künfftigen Successionibus, in solche verainigten Güetern, baides zwischen Uns den jetzigen Paciscenten, und ins künfftig in infinitum, bey, allen und jeden Unsern Erben, Erbnemen und Nachkommen gehalten werden solle.

Es weiss jedermeniglich, und gibt es die tägliche Erfahrung, wo bey grossen Verainigungen, Confoederationibus, Societatibus Administrationibus und dergleichen kain vorgesetztes Haupt oder Director des gantzen Wercks, ist, das es gewönlich übel, oder ja nit richtig daselbsten Zuezugehn pfl eget, wo aber von den verainigten Glidern ein gebürrender Respect gegen dem Haupt befunden wirdt, das daselbsten sich auch die beste Harmonia und Conservatio totius ereignet.

Derenthalben, und weilm Unser Geschlecht es auch als herpracht, das der Eltiste desselben, vor disem je und allwege die Inspection und Aufsehen auf den ganzen Stammen gehabt, so wöllen Wir disen Punct dahin deutlich verändert und erklet haben, dass das Jus und die Gerechtigkeit solcher Direction und Inspection auf der Primogenitura und

in der Linea Primogenitj, solang dieselbe wehret, jederzeit bestendiglich verbleiben, und also gedachtes Jus Primogeniturae von dem Jure Directionis niemale getrent oder abgesöndert werden soll.

Und so dann an jetzo unter Uns den Paçiscenten, Herr Carl Herr von Liechtenstein von Nicolspurg, der Erstgeborne in dem gantzen Geschlecht, der Herren von Liechtenstein von Nicolspurg ist,

Also erwehlen, erküesen, nennen, erkennen und ehren Wir Maximilian und Gundagger Herrn von Liechtenstein von Nicolspurg als die Ander und Drittgeborne, vor Uns und Unserer yederzeit Linien, Nachkommende, Jne Unsern freundlichen geliebten Herrn Bruedern, Herrn Carln, und weme nach Jme, die Succession oder Folg, an der Erstgeburths gerechtigkeit gebürren wirdt, für Unsers Geschlechts und Hauses der Herrn von Liechtenstein von Nicolspurg, Haupt, Directorn, Inspection und ainichen aufsehen, tradirn, übergeben und lifern Jme und Jhnen auch vorangeregte Inspection und Aufhebung in Unserm Geschlecht und Hause, mit allen jetzigen und künfftigen zum Erstgeburthsthum gehörigen und darzue aussgezaigten oder gestifften Würdten Ehren, Rechten, und Gerechtigkaiten, dieselbe diser Erbverainigung gemess zubesitzen, jnnhaben, zugenießens und zugebrauchen.

Geloben, zugesagen und versprechen darauff, im wortt der Warhait und vermög dess zu ende diser Erbainigung einverleibten Eydts, Jme Herrn Carln, und weme, vermog diser Erbainigung die Succession des Erstgeburthsthumbs gebüren wirdt, hierinnen durchaus keinen Eintrag, Verhinderung oder Jrrung mit nichten zuthun, welches alles nun also. Jch Carl Herr von Liechtenstein von Nicolspurg für mich, auch mein und anderer nachkommenden Erstgeborenen Unsers Hauses, wie die nach Ordnung diser Erbainigung darzue gehören, würcklig acceptire und annemme, gelobe und verspriche auch gleichergestalt, im Worth der Warhait, und in Krafft ehegedachten Erbainigungs Eydts, das Jch deme allem und Jedem, was dise Erbainigung dem Erstgeborenen und Directorj des Geschlechts zulaisten und zuvolziehen auferlegt, steiff, vest, unverbrüchlich, getreulich und ohne alle gefehrde, geleben und nachkommen soll und will.

Und sein aber die Jura, Gerechtigkaiten und praeminentien dises Erstgeburthsthumbs Direction und Inspection dise hernachvolgende.

Erstlichen, weyln zugebüerender Manutention, Erhalt: Verwalt: und

Verrichtung eines so grossen und wichtigen Wercks, nit allein grosse Muehe, Vleiss und Arbeit gehört, sondern auch zu Ausshaltung der nothwendigen Beampten, Kanzleyen und anders ein mercklicher Unkosten und Verlag erfordert wird, so sollen dem Erstgebornen und Directorj des Hauses die Herrschafften Veldtsperg, Herrnbaumgarten, Blumenau und Prossnitz, so vil den usufructum derselben antrifft, zu einem Voraus zubesitzen, zuhaben, zunutzen und zugeniesen gebüeren, und zu dem Erstgeburthsthumb und Direction gestiftet und gewidmet sein, ja hinfüro die Erstgeburthsthumb Güeter haissen und genennet werden, und bey allen und jeden Erstgebornen und Directorn des Hauses zum Voraus, ewiglich, von denen andern des Geschlechts ungehindert verbleiben.

Ingleichen und zum Andern solle der Erstgeborne und Director, auch dise Praerogativam haben, das Er allein die Gütter und andere Lehen, so von Uns des Namens und Stammens der Herrn von Liechtenstein von Nicolspurg, in gemain zu Lehen gehen nach Aussweisung der Registratur, Inventarien und Verzeichnisse, Unsern und Unsers Geschlechts Vasalln und Lehenleuthen, wie Recht Sitt und Herkommen ist, verleihen, und hierentgegen die Lehenspflicht, und Revers, von inen zu seinen Händen empfangen möge. Davon dann die gewöhnliche hergebrachte Lehens geniesse auch Jhme Directorj und Erstgebornen allein zustehe und gebüeren sollen, doch, das Er hierentgegen auf solche Ritterlehen, und des Geschlechts gemaine Lehen fürter guete Achtung gebe, damit keines derselben leichtlich andrergestalt, dann wie vor alters Herkommen und vorhin breuchig gewesen verlihen und geraicht, in allweg auch, da etwas neues bedingt werden solt, das solches mit Vorwissen und Consens der andern Agnaten, geschehe, und dardurch der Lehenschafft Reputation, Condition und Gelegenhait nicht geschmelert, sondern vilmehr erhöht und gebessert werde, jnmassen Er dann auch darob sein soll und will, das kain solch Lehen verschwigen unentpfangen oder etwan für Aigen vereüssert, verändert, oder zu andern Güetern der Vasalln und Lehensleuthen, alss etwan ein Pertinenz und Zugehör geschlagen, sondern in jrem alten Wesen erhalten, und da etwa dessenthalben Stritt fürfallen wollte, durch Mittl der Güete oder Rechts, widerumben zu dem alten Stand reducirt und gepracht werden.

Zum Dritten, sollen auch die geistlichen Lehenschafften und Jura Patronatus, welche Unserm Namen, Stammen und Geschlecht von al-

tershero ins gemain zugehöret haben, in Administration, Verwalth, und Verleihung des Erstgebornen, und Directoris, allein stehen, doch, das gleichwol ein Jeder, auf den jenigen Herrschafften, Schlössern, Städten, Vesten, Märckten, Dörffern und Weylern, die Er Innhalt seines Auszeichens besitzt und jnnen hat, über die Kirchen, und Capelle alda Jme das Jus Patronatus oder geistliche Lehenschafft zustehet, Macht habe, seines Gefallens selbst qualificirte und taugliche Personen zue Pfarrern, Priestern und Caplänen drauff fürschrlegen, und zu nominirn, jedoch, das nichts desto weniger allweeg dieselben Personen durch den Erstgebornen und Directorem des Hauses dem ordinario, auch anstatt und in Namen seines Bruedern oder Vettern gebüerlich und ohne Verwaigerung praesentirt und vorgestellt werden, inmassen es dann in Unser lieben Vorfahren alten Erbvereinigung auch eben also verordnet gewesen und gehalten worden. Was aber neue geistliche Lehenschafften oder Jura Patronatus antreffen wirdt, welche zuvorhin bey Unserm Geschlecht und Namen von alters nit gewesen, sonder einer oder der ander aus dem Seinigen, entweder selbst gestiftet, oder durch andere Gelegenheiten erlangt hette, da soll einem Jeden, damit seines Gefallens zuthuen, und zuerfahren frey gelassen werden.

Zum Viertten, weyln hierentgegen auch unser Geschlecht und Stamme nicht wenig Stuck und Güeter von andern zu Lehen tregt, alls solle der Erstgeborne und Director des Hauses alle, und jede solche Unsers Geschlechts Stammlehen, die Wir von altershero bey unsrer Familj gehabt und hergepracht, oder auch künfftig als Stamm, oder gemeine Geschlechts oder Erbainigungs Lehen, einbekommen, innenhaben, und besitzen möchten, so oft die Zufallschulden kommen, oder die Renuation derselben, von Rechts oder Gewohnhait wegen, erfordert wirdt, dessgleichen, wann und zu welcher Zeit es für rathsam oder nottwendig angesehen wurde, dieser Unnseren Erbainigung oder andern Unsers Geschlechts gemainen Documentj, und Handtvesten, Confirmationes und Bestettigungen von jeder Zeit Regierenden Römischen Kaisern, Behamischen Königen, Ertzhertzogen zu Österreich, Marggraven Zu Märhern, und andern Geistlichen und Weltlichen Khurfürsten und Fürsten, und woher die Stuckh und Gueter zu Lehen rüehren, für sich und als Lehentrager der andern seiner Lehens Agnaten, mit belehneten oder nachfolgern erfordern und entpfahen, und davon gewöhnliche Lehenspflicht und anders, was sich gebüeret, auf seinen Unkosten er-

statten, jedoch, solches jederzeit zuvorn den andern Agnaten oder mit Belehneten oder Nachfolgern zuwissen gemacht werde, damit sy neben und mit den Erstgebornen belehnet, und durch sy samentlich guete Aufachtung gegeben werde, damit wider den Inhalt der alten Lehenbrief, wie auch wider dise Erbainigung und andere Unsers Geschlechts gemaine Privilegia, Recht und Gerechtigkeiten nichts Veränderliches oder Nachtheiliges in die neue Investituras oder Confirmationes eingeruckt, sondern die alten Recht und Gerechtigkeiten, standhafftig erhalten, oder auch, wo möglich, vermehrt, und gebessert werden. Mit denen andern Weltlichen Lehenschaften aber, welche von alters hero nit allgemaine des Geschlechts Lehen gewesen, oder noch sein, sondern die ainer oder der andern sonsten privatim an sich gepracht, die mag der oder dieselben auch durch sich selbst, oder einen andern Lehentrager bey dem Lehen Herrn, von deme sy zu Lehen rühren, ersuchen und entpfahen, wie sich nach Artt und Aigenschafft derselben gezimet und herkommen ist.

Disem anhängig und zum Fünfften, solle auch der Erstgeborne und Director des Hauses die Originalia aller und jeder alten, und neuen jetzigen und künftigen Investituren und Lehenbrief, wie dann auch, anderer Unsers Geschlechts gemaine Handtvesten, Freyhaiten und Begnadungen in seinen Händen und Verwarung, an einem sicherm und bequemen Orth des Erstgeburthsthumbs, haben und halten, doch das darüber ein ordentliches Inventarium aufgerichtet, und Uns den jetzigen Paciscenten und allen Nachkommenden diser Erbainigung fehligen Interessenten, auf erheischende Notthurfft und Begeren, glaubwürdige vidimus Transumpta erthailt werden.

Zum Sechten, soll der Primogenitus und Director des Hauses auch dise prärogativam und onus zugleich haben, wann Er selbst mundlich, das ist, das achzehndt Jahr seines Alters erfüllet, das er alsdann, aller und jeder seiner noch minder jährigen Brüedern, Vettern, Schwestern, Basen, Mummern, fordrister Tutor und Curator oder Vormundt und Pfleger seyn.

Und soll kainem Agnaten in dem Geschlecht, frey oder erlaubt sein, durch Testament oder in anderweeg, den Primogenitum und Directorem des Hauses, von diser jetzt gesagten Tutela und Curatela, oder fordristen Vormundtschaft ausschliessen, sondern es soll dieselbe dem Erstgebornen und Directorj des Hauses von nuhn an, Jure et facto ipso

gebühren, doch, das einem jeden frey stehe, mehrgedachtem Directorj ainen oder zwene Agnatos, oder wann dieselben nit vorhanden, Cognatos zuezuordnen, welche alsdann von dem Primogenito und Directore, für Mitvormunder erkennt, und zu gemainer Administration aller iren Pupillen Güeter gelassen werden sollen, were dann sach, das der Testator selbst ein Unterschied quoad Tutelam et Curam unter den Bonis fideicommisso Subiectis machen, und absonderliche Tutores et Curatores ordnen wollte. So solle Jhme solches Zuthun freystehen, doch, das auch in diesem Fall dem Directorj familiae, die Superior Insectio hierinnen nit benommen sey.

Schliesslich und zum Sibenden, weil dem Primogenito und Directorj, auch fordersam obligt, das er sonderlich guete Achtung darauf gebe, damit Fridt, und Einigkait zwischen den Paciscenten und allen iren Nachkommen erhalten, und alles Gezänck, und Missverstadt, sovil immer möglich verhüettet werde, als haben wir Uns über disen Punct dahin miteinander verglichen, das die Direction solches wolstandtes, auch auf dem Erstgebornen und Rectore des Hauses bestehe, das ist, wann sich begeben, das ainiger Stritt zwischen Uns, oder Unsern von denen dreyen obbemelten Haupt Linien descendirenden Nachkommen, sich erringen sollte, der soll weder das eine noch das ander Theil darinnen mit der thatt das wenigste nit vornemmen noch handeln, sondern obligirt sein, die Sache an den Erstgebornen oder Directorem des Hauses, dafern die Sache ine nit selbst principaliter antrifft zubringen, welcher auf solch des einen oder des andern, oder auch beider Thail ersuchen, oder auch, wann sy es nit thetten, ex officio sich der Sachen unternemmen soll und mag, also das Er die Thail vor sich erfordere, und sy wo möglich, in der Güete miteinander, sine ullo Judicij strepitu, vergleiche und vereinige.

Sofern aber die Jrrungen so schwer und wichtig weren, das sy also brevi manu nicht geschlichtet werden könnten, so soll alsdann der Director des Hauses den straittenden Theilen anzeigen, das jedes Theil zwene Agnaten des Geschlechts der Herrn von Liechtenstein, von Nicolspurg oder, da keine Agnaten vorhanden weren, jedes Thail zwen andere nahend Bluettsfreundt, der nechsten, so tauglich, zu Schidt, oder Ausstrags Richtern erkühr, in welche und dann den Directorem des Hauses als Obmanne, die Thail zu Compromittiren sollen verpflichtet sein, und sy dise fünfte, das ist der Director des Hauses, und die vier

Schidtzrichter sollen alsdann die Partheyen nochmaln mit aller irer Notturfft zur gnueg, schriftt: oder mundtlich, wie man es vor das Bequemste ansehen wurde, vernemmen, und äussristen Vleiss und Versuech thuen, sy durch Transaction oder Composition, mit ihrem Selbsteinwilligungen zuvereinigen und widerumb zur Ruhe zu setzen, da aber über alle Zuversicht dieser Weeg der Transaction oder gütlichen Vergleichung nit statt finden wollte, so sollen die Partheyen, nach Erkantnus des Directoris und seiner vier Adiuncten mit Schrifftten verwechselter Weise gegeneinander auf gewise inen angesetzte Zeit, Verfahren, und wann Sie in der Sachen zum Urthel beschlossen, und nichts weiters einzubringen hetten, darinnen auch in alleweeg alle Wethlauffigkaiten verhüettet und abgeschnitten werden sollen, die Schidtzrichter, die einkommen Acta und Actital in Beysein der Partheyen collationirn und zusammen rotulirn lassen, und alssdann ex pluralitate Votorum zusprechen und zuerkennen, auch das Urtel oder laudum in iren selbst eigem Namen zuverfassen, und denen Partheyen, unter des Directoris Handt und Sigel zu publicirn und zueröffnen Krafft diser freyen Willküer befuegt und berechtigt sein. Bedenckt sy aber die sach in puncto Juris, etwas schwer und zweifelhaftig, so solle ihnen freystehen, sich über die Acten, bey Rechtsgelerthen und erfahrenen des Rechts, belernen zulassen, und wann solche Belernung erfolgt, solle ebenfalls mit Verfass: und Publicierung des Urtels, wie jetzo bey disen Punct angezeigt, allerdings verfahren werden.

Und bey solchem gefeltem und publicirtem Urthel, und Aussspruch, soll es alsdann ohne ainiche Appellation, Revision, Reduction, Recurs, oder vermainte querelam nullitatis, als welchen, wie dann auch allen andern gleichmessigen remidijs Juris, Wir in disem Fall für Uns, Unsere Erben, Erbnehmen und Nachkommen, freywillig und mit guetem Wissen renuncirn, endlich und ewig verbleiben, und demselben stracks nachgelebt werden.

Und da einer, über alle Zuversicht daraus gehen wolte, soll der Erstgeborne und Haupt Unsers Hauses, sowoln die andern in diss Fideicommiss gehorige, und von den oftgedachten dreyen Haupt Linien herkommende Herrn von Liechtenstein den Widerspenstigen dartzue mit Anfliehung eines jeden Landtsherrn und Rechte, nach irem besten Vermugen zu bringen und zuhalten befuegt und verbunden sein, were es dann Sach, das der Stritt oder Jrrung den Erstgebornen selber be-

treffe, so soll der Elteste der zweiten Haupt linea praesidiren und Obman sein, sonsten aber soll es mit Kising oder Erwöl und Nidersetzung der andern vier Agnaten, uns sonst nechste Bluettsfreundt, allerdings, wie in dem obigen fall erzehlet ist, gehalten werden.

Und diss sey biss dahero von des Erstgebornen und Directoris persona officio praementiis et oneribus, wie dieselben an jetzo mir Herrn Carl, Herrn von Liechtenstein von Nicolspurg, durch meine vilgeliebte beide Herrn Brüeder aufgetragen, und von mir angenommen worden, zur Genuege gesagt.

Nachdem aber, vermög Aussatzes menschlicher Natur, die Individua oder Personen, sich mit der Zeit nottwendig verändern, und untergehen, als ist ferner von der Succession tam Primogeniti, quam, Secundo et Tertio genitorum und von den Fällen, so sich bey denselben zuetragen möchten, zu reden.

Über welchen Artickeln, und zu forderst wegen der Succession, in der Primogenitur, und dann wegen der Succession in den andern nachfolgenden Linien Wir Uns ferner dahin einhelliglich miteinander verglichen haben, und hiemit krefftlichlich vergleichen, das, wann, und zu welcher Zeit, nach dem gnedigen Willen Gottes des Allmechtigen, Ich Carl, Herr von Liechtenstein von Nicolspurg, von dieser Weltdt abscheiden sollte, das auf solchen Fall das gantze, und vollkommene Jus primogeniturae et Directionis, sive gubernationis Domus, mit allen iren praerogativen und praementiis, wie dann auch zugleich oneribus, auf niemandten andern, dann auf meinen Herrn Carls eheleiblichen erzeugten Erstgebornen, und nach desselben Ableibung, widerumb auf denselben erstgebornen Sohne, und also fort und fort in absteigender Linea descendente, fallen, da aber dieselbe an mannlichen ehelich gebornen gantzlichen erloschen were, alssdann auf meinen Herrn Carls, ander gebornen Sohn, da ainiger im Leben, oder da er auch mit Todt abgegangen were, gleichergestalt auf desselben Erstgebornen, und da auch denselben absteigende Linea aufhörete, auf den dritten, vierten, funfften oder mehr solche Nachgebornen, sowoln jederzeit derselben absteigenden Linean mannlicher ehelicher Geburth, wie es der beständige unfehlbare Gannng der Sippschafft, Gradt oder Staffeln, nach gemainem überal bekandten Gebrauch uns Ordnung der Erstgeburth oder Juris primogeniturae, mit sich bringt und aussweiset, Jure et facto ipso etiam sine Corporali apprehensione gefallen, und gestammet sein, und in denselben auch also exclusa omni bonorum vacantia ewiglich continuiren.

Sofern sich aber, welches alles in Gottes Handt und Willen stehet, begeben, das mein Herr Carl von Liechtenstein männlicher Stamm und Linea, gantz und gar absturbe und erlöschete, also, das davon kein einziger männlicher Descendent mehr vorhanden were, so soll alssdann die Succession an vilgemeltem Jure Primogeniturae et Directionis gantz vollkommentlich, und ohne einzichen Abbruch, mit aller Zugehör und pertinentÿs auf mich Herrn Maximilian von Liechtenstein, und auf meinen männlichen Stammen und Linien, oder in Mangl und Abgang desselben, auf mich Herrn Gundagger von Liechtenstein, und meine männliche Nachkommen, immer, und ewiglich, nach der Praerogativa, Ordnung und Erbgang der Primogenitur oder Erstgeburt fallen und kommen, allermassen und mit allen denen Qualiteten, Umbstenden, Nutzen, Geniessen, Honoribus, Oneribus, wie solches in dem Ersten Fall der Primogenitur und Direction, oben nach der Lenge geordnet und erzehlt ist worden.

ET DE PRIMOGENITURA HACTENUS.

Sovil nun die übrigen Herrschafften und Güeter, so mit und neben dem Erstgeburtsthumb, in die Erbverainigung und Fideicommissum gehören, anreichen thuet, ist oben in § sexto, septimo et octavo angezeigt, wo die Proprietet und Aigenschafft derselben afficirten Güeter hingehe, von der Aussthaillung aber, Administration, Besitz: und Nutzung solcher Güeter, ist die Declaration und Anordnung biss zu disem Pass gespart worden, die ist nun diese hernachfolgende.

In denen übrigen oben spificirten Fideicommiss Güetern, soll Herr Carl von Liechtenstein und seine männliche Linea, über den Erstgeburtsthumb Vortel oder Vorauss noch ferner zu seinem Anthail bekommen und haben, die Herrschafft Eyssgrueb sambt allen denen Zugehörungen, wie desten er yetzt im Besitz ist, und die gesigelten Urbari aussweisen.

Herr Maximilian für sich und seine männliche Erben und Nachkommen, die Herrschafften Hohenau und Rabenspur, sambt allen deren Zugehörungen, inmassen er solche anyetzo besitzt, und die besigelten Urbari aussweisen.

Herr Gundagger für sich, und seine männliche Linea, die Herrschafften Wuelffersdorff, Ringelsdorff und Mistelbach, sambt allen denen Zugehörungen, wie solche er an yetzo innen hat, und die besigelten Urbari aussweisen.

Doch solle dises alles, also und dergestalt verstanden werden, das an allen disen jetzt benannten Herrschafften und Güetern, weilen sie Fideicommiss und Erbverainigungs Güeter sein, und ewiglich verbleiben sollen, Uns den Besitzern deroselben ain mehrers nicht daran, dann der blosse doch völlige Ususfructus, Nutz und Geniess gebüre und zuestehe, mit welchem Usufructu oder gemäss, ein jeder unter Uns, wie dann auch deroselben Nachkommen ires besten Wissens und Gefallens zuthun und zulassen habe.

Es ist aber darneben auch, Uns und Unsern Nachkommen, Besitzern der obgedachten Güeter, doch ausserhalb des Erstgeburthsthumb nicht verboten, sondern freygelassen, mehrgedachten Güetern, Besizung und Genuss unter unsre Söhne, oder Söhns Söhne, da einer der Söhne mehr, dann ainen allein hette, pro arbitrio suo, entweder unter Lebendigen oder auf den Todesfall, durch letzte Willen zuthailen, und ainem disen ainem andern, ein andern Thail zu assignirn und zuüberlassen, doch, das nichts desto weniger auch solche zertheilte Stuck, in irer Fideicommissaria Massa Natura und Aigenschafft verbleiben, und durch die Particular Besitzern, in irem yetzigen Standt und Wirdten erhalten, nicht deteriorirt, sondern mehr gebessert, und in Summa, weder bey noch ohne die Tailung, das wenigste nit, so diser Erbverainigung zuwider sein möchte, gehandelt und vorgenommen werde.

Begebe sich dann über kurtz oder lang, das nach dem Willen Gottes eine Linea durch Absterben deroselben mannlichen Geschlechts Personen, gentzlich erlöschete, so sollen alle und jede derselben Linien, hinterlassene Güeter, sovil derselben diser Erbverainigung und Fideicommisso, ausser der Erstgeburthsthumb einverleibt sein, auf die zwo überbleibende Lineas, zu gleichen Thailen kommen und gefallen, also das, wann schon die eine unter den zwayen überlebenden Linien, die Linea Primogeniturae wäre, sy nichts desto weniger einen gleichen Thail, wie die andere Linea bekombt, haben, und an solcher Gleichhait intuitu des Erstgeburthsthumb Vorauss nicht solle gehindert werden.

Da auch ein solcher in seiner Linea letzt Absterbender, andere mehr Herrschafften, oder ligende Güeter hinter sich verliesse, und davon, oder darüber kein ordentliches Testament oder Letzten Willen, welches inen doch über dise also qualificirte Güeter freystehen solle, nicht machte, so sollen auch dise, seine nachgelassene Herrschafften und ligende Güeter, denen baiden überbleibenden Linien, ex aquis partibus

haimfallen, und eo ipso, das er darüber nicht testieren wölle, dem yetzo aufgerichteten Fideicommisso accesssirn, und ein afficirtes Fideicommissguet, wie die andern diser Erbverainigung einverleibte Güeter, jetzo alssdann, und dann als jetzt, gestiftet und gemachet sein.

Und so dann nun, wie verstanden, an disen Fideicommissgüetern, die Proprietet und Aigenschafft nicht den Possessoribus, sondern dem Geschlecht der Herrn von Liechtenstein von Nicolspurg zugehört so schliesst sich selber, das die blossе Usufructuarii an solchen Güetern, das wenigste nicht alieniern können oder mögen, in Erwegung bekanten und allgemeinen Rechtens ist, das der Usufructuarius an dem Dominio, weder wenig noch vil zuvergeben habe, dennoch aber, damit auch bey disem Pass, desto mehrere und unzweifelichere Gewissheit seye, so solle hiemit in specie und ausdrücklich statuirt, gesetzt und geordnet sein, das forthin zu ewigen Tagen, von hieobbenanten und allen denen Güetern, welche dieser Erbverainigung einverleibt sein, oder auch noch künfftig einverleibt werden möchten, sy seyen Lehen oder Aigen, gemain oder sonderlich, gross oder klein, durch Unns, Unnsere Erben, und Erbnehmen, so lang diser unser Namm und Stamm der Herren von Liechtenstein von Nicolspurg weret, durchaus gantz und gar nicht überal alieniert oder verwendet werden möge, es geschehe solches durch Kauff, Verkauf, Übergab, Tausch, Cession, Geschäfte, unter Lebendigen oder auf Todesfäll, Stiftung, Schenkung, Verträge, oder andere Tractat, noch auch durch Aufnehmung Geldes, ausdrückliche oder heimliche Hypothekas oder Verpfenungen, Einsprechungen, Bürgschafften oder Versetzungen, Verzinsungen, Anweisungen, Einraumungen, oder sonst auf ainige andere Weiss und Mass, wie solches menschlichen List und Vernunft immer erdencken und aussinnen möchte.

Sondern es sollen alle und yede abgeschriebene Alienationes, Hypothecationes, Obligationes, Gravationes vel Alterationes oft gedachter Fideicommissgüeter, nicht allein gantzlich verboten, sondern, da ainiche dergleichen Sache, unter was schein Rechtens es immer were, vorgenommen wurde, soll all dasselbige an sich selbst, wie auch alle attentirte detractiōes falcidiaе Trebellianicae oder legitimaе, null, nichtig und von Unkräften, auch jetzo alssdann, und dann als jetzt, hiemit deutlich cassirt, annullirt, nichtig gemacht, und gantzlich aufgehoben sein, also gleichfals, da einer etiam ad pias causas, oder, wie man sagt, zu Geistlich oder Göttlichen Wercken etwas stifften oder anordnen

wollte, dadurch ein Stuck der Fideicommissgüeter alienirt, hypothecirt, oder sonst gravirt, und in seiner alten Natur und Freyhait, alteriert werden müsse, so soll auch solche Stiftung, weil dieselbe auss der Paarschafft und anderm erspartem Guet, wol beschehen kan, ad pias causas, nicht in odium piae causae, sondern allein in favorem conservationis pacti jurati, et familiae, ebenmessig pro nullis, cassis et irritis declariert und gehalten werden.

In Specie soll zum ernstlichen inhibirt und verboten sein, das die oft angeregte Fideicommiss und Erbverainigungs Güeter, mit kainen Schulden beschwert oder überlegt werden, Sintemal ohne das Rechtsens, quod alienae rei, wie alhier das Dominium oder die Proprietas ist, nemo onus, vel gravamen imponere possit.

Weil es aber ja sogar genau nicht kan zugehen, das auch ein gueter und vleissiger Haussvatter, nicht bessweilen etwas von Schulden aus erheblichen Ursachen mache, so solle einem jeden Besitzer, seines Fideicommissthails zugelassen sein, etwas von Geldt zu seinem Nutz aufzunehmen, und dafür einen Thail seines Fideicommissgueths, zueverpfenden, doch, das bey solcher Verpfendung, diss drey Conditiones, ex amussi, observirt und in acht genommen werden.

Erstlichen, das dise Verpfendung nicht heimlich, oder von dem Debitore allein beschehe, sondern dem Directori des Hauses vor allen Dingen angemeldet werde, welcher neben den andern Agnaten, oder in Mangel derselben, Cognaten erwege, ob solche Verpfendung zuzulassen oder nit zuzulassen seye.

Zum andern, da sie ja zuelässlich befunden wurde, das doch der Verpfendende alsobaldt vor und bey der Verpfendung die Mittel der Widerablösung, dem Directori des Hauses und den zuegezogenen Agnaten darstelle, probire und guet mache, und das der Director und Agnat, solche Zahlungs, oder Widerablösungsmittel, für guet und zuelässlich erkenne.

Zum Dritten, das sovil meglich, die Formalia des Versetz und Verpfendungsbrieffe, gar nit auf die Proprietet, oder Aigenthumb des verpfendten Stucks, sondern allein auf den Usumfructum desselben, gerichtet, und in alleweeg dise Clausula inserirt werde, das die Widerablösung der entlehneten Summa, in ainer gewiss bestimbtten Zeit, Jahren, und darzue ohne Angriff oder Alienierung des Aigenthumbs geschehen solle, oder müsse.

Die gänzliche Alienation oder Alteration der Proprietet, und Eigenthums, an den fideicomittirten Gütern, solle, wie gesagt, ewiglich verboten, doch in disen zweyen aussgesetzten modificirten Fällen, und sonst in keinem andern, wie sie immer erdacht werden möchten, gestattet sein.

Erstlichen, wann durch Tausch oder Ausswechslung, oder auch Erbverkauf eines in die Erbvereinigung gehörigen Stucks, ain oder andere bessere stattlichere, oder ja den andern Erbvereinigung Gütern gelegnere und nutzlichere Stuck könnten eingetauscht und zuweegen gebracht werden, auf solchem Fall soll derjenige, welchem dergleichen Ausswechslung, Kauff oder Melioration vorstiesst, dasselbe dem Directori des Hauses, und den andern Interessenten vermelden, und so sy samentlich vor guet und rathsamb befunden wurden, das solcher Tausch, Ausswechslung, oder Kauff zuwerck gesetzt werden solte, darzue aber etwa ein Summa Geldes entlehnet, und aufgenommen werden musste, so mag solches wol beschehen, doch, das solche von neuem eingewechselt, und erkauffte Güter alssbaldt der Erbvereinigung Massa, Urbari und Zalbuch, anstatt der vorigen Stuck einverleibt werde, und die Natur und Aigenschaft der vorigen Stuck bekommen und haben, und dann, das der Überschuss dess aufgenommenen oder entlehnten Geldes iuxta praescriptum tempus annorum, sine alienatione vel gravamine proprietatis, aus dem Ususfructu und gemäss der einhabenden Güter bezahlt werde.

Der andere Fall soll diser sein, wann einer unter Unns, oder Unsern Erben und Erbnemen nicht durch sein Selbstschuld, oder Verursachung, sondern durch andere menschlich Zuefäll, also da sein Kriegsverherungen, Gottesgewalth, Befengnus und dergleichen, welch die beschriebene Rechte, casus fortuitus oder vim maiorem nennen, in dermassen Armut und Elendt fiele, da er ohne Alination oder Hypothecation und Verpfendung der Fideicommissgüter sich und die Seinigen erhaischer Massen nicht erhalten, vil weniger aus seinen zugestandenem Elendt erzellen könnte, derselbig oder die Seinigen sollen solch Unglück dem Directori dess Hauses anmelden, und er Director solle alsdann, oder auch, da es die eüsserste noth erforderte, ex officio, mit Zueziehung der andern Interessenten, den Sachen, sovil meglich, rathen und helffen, und dafern mit Aufnehmung ainer Summa Geldes, unter Verpend: oder auch Verkaufung des betrüebten Theils Erbveraini-

gungs Güeter, den Sachen geholfen werden kan, so solle solche Verpfend: oder auch Verkaufung, doch nit in extraneum verstattet, sondern dem Directori, und also fort dem negsten des Geschlechts angeboten, und von inen in gebürender billichen Werth, oder wann man sich desselben nit vergleichen könnte, in der Landt üblichen Taxa angenommen, das Geldt aber, sovil dessen vonnöthen zu Rettung des, oder der Elenden angewendet werden. Doch wirdt auch bey solchem Fall, ein jeder unter Unns, Unsern Erben und Nachkommen, hiemit threulich ermahnet, das er solche an sich gebrachte Stuck in der vorigen Natur und qualitet des Fideicommissi lassen wölle, weil er den Vortel dabey haben kan und soll, das die Nutzung solcher Güeter bey im, und seiner mannlichen Linea, so lang dieselb immer weret, verbleibet, und alsdann erst widerumb von ime, und seiner Linea hinweck, doch anderstwhin nit dann auf seine Agnaten, und denselben Geschlechtsfreunde verfallen werde.

ET HAEC DE PROHIBITA ALIENATIONE.

Nun ist noch weiter zu erkleren, welche, und was für Personen diser Erbvereinigung entweder ewiglich, oder ad tempus, incapaces und nicht fehig sein sollen. item, wie es mit Versehung der Secundo et tertio Genitorum, in Linea primogenitorum, Dotir, und Verheyrathung der Frewlein, und mit Abstatt oder Verleibgeding Güetern gehalten soll werden, darauf dann der Beschluss, und die aydtliche Bekrefftigung dises gantzen Pacti gentilitii ervolget.

Von diser Erbvereinigung und Fideicommisso, auch derselben unterworffenen Güeter Successionen, sollen gantzlich und ewiglich ausgeschlossen und deroselben unfehig sein, erstlich, diejenigen, welche nit in einem rechten Ehebeth erzeugt, oder nit, wie man zu Latein sagt, Simul legitimi et naturales in legitimo matrimonio nati sein, und soll sy nichts helfen, wann sy sagen wolten, sy weren entweder per Palatinos Comites, oder auch per Rescriptum Summi Principis, oder sogar subsequens matrimonium legitimirt, und geeheliget worden, sintemal auch dise etiam per subsequens tale matrimonium praetense Legitimati, diser unsere Erbvereinigung gar durchaus nicht fehig sein.

Ingleichen sollen auch die Adoptivi nicht zugelassen werden, oder die adoptio sine arogatio bey diser Erbvereinigung statt haben.

Ferner sollen auch die geistlichen Personen, sy seyen regulares oder nit, und dann in genere die Weibesbilder von der Fehigkeit diser Erbvereinigung separirt und aussgesondert, sein, und solche Erbverainigung bloss allein auf den mannlichen, ehelichen, weltlichen Geblüeth, Namen und Stammes der Herrn von Liechtenstein von Nicolspurg, so lang derselbe wehret, beruehen, ess were dann Sach, das der weltliche mannliche Stamm der Herren von Liechtenstein von Nicolspurg, gantz und gar verleschen thete, und nur von demselben Geschlecht, geistliche Mannes, oder zur Keuschheit verlobte Ritterliche Ordens Personen, einer oder mehr überblieben weren, so soll auf solchen zuetragenden Fall zu Erhaltung des Geschlechts, haimb und frey gestellt sein, ob einer bey der Päbstlichen Heyligkait zu Ablegung des geistlichen, und Annehmung des weltlichen Standts, Dispensation begern und erlangen wolt, zu welchem Ende dann, die obige, wegen der Geistlichen beschehene Exclusion, solchen keines weegs praeiudicirlich sein soll, jedoch wirdt diser Punct ratione dispensationis, der Päbstlichen Heyligkait hiermit vollkömlich submittirt.

Damit aber dennoch den andern obbenannten Personen, auch jre gebürende Ausrichtung beschehe, so sollen, von den Geistlichen anzufahn, es mit denselben also gehalten werden, wann in einem, dem andern, oder dritten, Unser Pasciscenten Stamm oder Linea vil unterschiedliche Söhne weren, deren einer oder mehr zu dem geistlichen Stant, durch Inspiration des Heyligen Geistes, Lust und Lieb hetten, oder es sonsten von jren Eltern, mit Rath des Inspectoris, also für guet angesehen wurde, und der oder dieselben wurden alssdann zu einem geistlichen Beneficio, Praelatur, Ritter, oder anderen Orden befördert, auss welchem Beneficio oder Orden, er oder sy ire zimbliche Unterhaltung gehaben können, so sollen sy sich alssdann mit solchem Unterhalt benuegen lassen, und derselbige, wie auch die Müeh, und Unkosten, die man auf sy in jrer Jugent, und zu Erhaltung des obgedachten Beneficii, angewendt haben wirdt, inen in ire Legitimam imputirt und gerechnet werden, darauf, und dann sonderlich in Erwegung das ire Eltern an den Fideicommissgüetern kein Proprietet, sondern allein den Usumfructum haben, und also die Forderung der Legitimae an sich selbstfället. Sy die also mit geistlichen Beneficiis versehene Söhne, ein weitters von iren Eltern oder Brüedern nit fordern, sondern vilmehr gegen Antretung und Nutzung der geistlichen Beneficien vollkommene Renunciation,

aller, und jeder vätterlichen Anwartschafft in der krefftigsten Form und mit Aydtslaistung zuthun obligirt und verbunden sein sollen.

Eine gleiche Mainung soll es auch in der Primogenitur Linea mit den secundo vel tertio genitis fratribus haben, welche secundo et tertio-geniti gar keine Legitimam zuerfordern haben, weil dieselbig durch Aufrichtung und Kayser: oder Könighcher, auch Landtsfürstlicher Bestättigung der Primogeniturae Jntuitu, und sovil die Primogenitur Güeter angehet, gantzlich absorbirt und aufgehebt würdet, doch von der Primogeniti übrigen Fideicommiss oder andern Güetern, ausserhalb des Erstgeburthsthumbs Güeter, solle seinen Nachgebornen andern Söhnen, ihre Portion und Antheil, an deren Besitz und Genuss, wie oben begriffen, bevorstehen.

Ferner so vil die von Herrn von Liechtenstein von Nicolspurg erzeugte eheliche Töchter anreicht, soll es mit Erziehung und Abstattung derselben, wie vor alters gehalten werden, das nemblich dieselben, so lang sy unverheyrathet, in ihren Vätter, oder Mütter, oder auch der Vormunden Häusern, nach Ehren, Wierden und Landtsgebrauch, statthlich und wol, und also unterhalten werden, wie ungeferlich bisshero bey unserm Geschlecht, breuchig gewesen und noch ist.

Wann sy aber durch ihre Eltern, den Director des Hauses, und andere ihre Vormunde und Verwandte, zu ehelichen Heurathen, befördert und zugelassen werden, so soll jederzeit einer jeden Tochter, zu ainem rechten Heyrattguet und Haimbesteuer, und für ihre vätterlichen Erb: und Anthail drey tausent Gulden Rheinich zugeben verbunden seyn, doch da jemandt aus Unns und Unsern Nachkommen an Paarschafften, oder andern Güetern so reich und vermugendt were, das er vil ain höhern Dotation und Aussteuerung, ohn seinen Schaden, und ohne Verpfendung der Fideicommissgüeter thuen könnte und wolte, soll solche Dotation und Ausstattung in desselben freyen Wilkür und Arbitrium gestellt sein, doch das dardurch, wie gesagt, die Fideicommiss: und Primogenitur Güetern, der wenigste Schaden, Nachteil oder auch Gefahr nicht zuerwachsse.

Und mit solcher Ausstattung Vätterlichen Guetts, sollen alsdann die Töchter durchaus zufrieden und benuegt sein, auch wann sy verheyrattet werden, von der Hochzeit, vermug Unserer löblichen Vorfaren, alten und jetzo erneuerten Erbainigungs Ordnung, sich gegen unserm gantzen Nammen mannlichen Geschlechts, aller ihrer Sprüch und Forderung

begeben, und solenniter durch sich selbstn und ihre künfftige Ehemänner, in Beysein ihrer engsten Verwandten, Bluettsfreundt genueg-
same aydtliche Verzicht thuen, und wann sy gleich solche Verzicht nit
thetten, so ist doch dieselbe *facto ipso pro praestita* zuhalten, weyl
ihnen den Töchtern ohne diss an dem Aigenthenthumb der Fidei-
commissgüeter nichts gebüert, und *respectu* des blossen *Ususfructus*,
den die abstattende Vätter an den Fideicommissgüetern haben, sich mit
obangeregter Abstattung billich contentiren lassen sollen. Doch sollen
mehrgedachte Töchter an dem jenigen, was ihnen etwa a *materna Linea*,
oder von mueterlichen Guet gebüeren und zufallen möchte, ungefehrdet,
und unverzihen verbleiben.

Was dann ferner die Abstatt und Verleibgeding der Wittiben an-
reicht soll es damit also gehalten werden, wann ein Heyrat in Unserm
Geschlecht fortan geschicht das alsdann wegen des Heyrathsguets, und
wegen der Widerlegung und Wittibenthumbs Siz *privatim* nichts ver-
sprochen oder zugesagt, sondern solche Versprech und Versicherung,
mit Vorwissen und Verwilligung des Erstgebornen und Directoris Un-
sers Hauses, oder wann es ihne selbst betreffe mit Zueziehung der negsten
Agnaten, vogenohmmen, beschlossen, und abgehandelt werde, und
wann man besser nit kan, so soll und mag durch Verschreibung gewisser
jährlichen Einkommen, die Gemahlin auf den künfftigen Fall des Witt-
wenstandtes versichert werden, doch also, das in allweeg durch solches
Heyratguets, Widerlegung, und des Leibgedings oder Widdumbs halben,
die ligenden Erstgeburthsthumbs und Erbverainigungs Güetern sonst
ohn alle Schmellerung und Schaden verbleiben.

Dabey sonderlich auch ferner in acht zunehmen, das kainer des
Geschlechts, wann er sich in Heyrath einlässt, zum Heyrathguet mehr
dann sechs tausend und der Erstgeborne oder Director des Hauses
zwelff tausend Gulden Rheinich darauff das gegen Vermächtnuss oder
Verleibgeding zuerichten, anzunehmen, Macht haben solle.

Es were dann Sach, das die andern interessierten Brüeder oder
Vettern mit ihrem gueten freyen ungezwungenem Willen villeicht aus
erheblichen Ursachen und Umstenden, für guet ansehen und einwillig-
ten, das einer ein Mehrers und Höhers annehmen möchte und sollte, so
soll alssdann solche Annemmung, und *per consequens*, gegen Ver-
mächtnus, es betreffe gleich den Erstgebornen oder einen andern, nicht
verbotten, sondern auf obbeschribene Mass, erlaubt und verstattet sein.

Die gebrechlichen Blödsinnigen, sollen nach Ermessigung des Directoris, mit Zueziehung ihrer negsten Agnaten ex christiana charitate, mit aller Notturff zu Verhüettung des Geschlechts Nachrede, threulich versehen werden.

Und dieweiln oben in § vigesimo primo von den Unmündigen und derselben Bevormundung Meldung beschehen, daselbst aber von des Erstgebornnen und Directoris Bevormundung nichts erwehnet worden, alls ist allhier schliesslich zuwissen, wann sich der Fall begäbe, das der Primogenitus welcher der andern Vormunde und Director des gantzen Hauses sein solle, noch Unmundisch, das ist unter achzehn Jahren, oder sonsten also beschaffen, das er der Curatela unterworfen sein soltte, befunden wrde, allsdann und auf solchen Fall, soll derjenige Agnat, welcher die erste und neheste Anwartschaff zu dem Erstgeburthsthum hatt, und des Alters, auch der Qualification ist, das er ein Tutor und Curator sein könne, des minderjährigen Erstgebornen Principal Vormunde sein, doch das er andere zwene die Eltisten des Geschlechts zu Mitvormunden zu sich ziehe, und soll also die Verwahr und Erziehung des Erstgebornen Person, wie dann auch die Verwaltung der Erstgeburthsthum, und was deme, wie obengemeldet, dem Primogenito zulaisten gebüert, und anderen dem Erstgebornen zugehörenden Fideicommiss und anderer Güeter sambtlich zustehen, die werden als redliche Leuth des Primogeniti, und künffigen Directoris Wolfahrt und Nutz so lang er unter irer Zucht und Verwaltung ist, ihnen mit allen Vleiss und eüssersten Threuen angelegen sein lassen, damit bey solcher Verwaltung der Erstgeburthsthum, und die andern Fideicommissgüeter nicht allain nit im geringsten deteriorirt oder geschmelert, sondern vilmehr gebessert und vermehrt, und durch guetes Haushalten der Vormunder dem Erstgebornen ain Vorrath an Geldt gesamblet, oder Güeter davon erkaufft werden, welcher Schatz, und Vorrath dem Erstgeburthsthum accressiren, und eben die Fideicommiss Natur und Aigenschaff haben soll, wie das Erstgeburthsthum selber gestiffet ist, doch das von solchen ersparten Einkommen oder Schatz ein Annata, oder Jahrs Gefell dem Erstgebornen zu seiner aigen willkürlichen Disposition, freygelassen werden, damit er mit solcher Annata, oder Jahrs Gefell sich bey seiner Antretung desto besser einrichten könne, und ein ebenmessige Maining, soll es auch mit der andern zweyen Linien pupillis, oder minorenibus haben, das nemlich auch ihnen, der in pupillari, sive minore aetate,

ersparte Vorrath zum Fideicommiss accessoire: einer Annata, oder von derselben gebührenden Proportion und Anteil aber, oder Jahrs Gefell, in des Antretenden freyen Disposition oder Willkür gelassen werde.

Sobald aber vilgedachter Erstgeborner das achzehndt Jahr seines Alters erfüllet haben wirdt, soll er nicht allein von der Vormundtschaff, das ist der Tutel und Curatel loss und ledig sein, sondern auch der vollkommenen Administration der Primogenitur Fideicommissgüeter, Direction des Hauses und anderer seiner Haab und Güeter fehig, und die gewesene Tutores und Curatores, ihme gepflogener Verwaltung und Administration Rechnung zuthuen und all das jehnige, was zu dem Erstgeburtsstumb, und zu der Direction des Hauses, vermög diser Erbverainigung gehört würcklich und realiter einzuraumen und zu überliffen obligirt und verbunden sein, doch soll er Erstgeborner und Director zu dieser würcklichen Einraumung und real Übergebung obgeschriebener Güeter, Rechten, Praeeminentien und Gerechtigkaiten nit zugelassen werden, er habe dann zuvorhin in Gegenwart seiner gewesenen Tutorn und Curatorn oder in Abgang derselben in Gegenwart dreyer anderer Agnaten, dafern deroselben sovil in Leben sein werden, einen körperlichen gelärten Aydt geschworn, dass er diser verfassten Erbverainigung in genere, und in specie in allen und jeden iren Puncten, und Articuln, getreulich und vollkommentlich nachleben, und darwider nimmermehr nichts thuen noch vornemmen, noch andern zuthuen oder vorzunemmen gestatten und zuelassen wölle.

Und eben einen gleichmässigen Aydt sollen auch alle andere diser Erbainigung zugethane junge Herrn von Liechtenstein von Nicolspurg, so baldt sy das achtzehende Jahr ires Alters erfüllt haben werden, zuhanden des Primogeniti und Directoris, und anderer zu sich gezogenen Agnaten, vor würcklicher antretung dero ihnen zum Besitz und Niesung zustehenden Güeter praestirn und leisten.

Ja es sollen auch die pro tempore wesende Vormündt, oder Tutores und Curatores, Wann sy ihre Vormundtschaff antretten, neben dem Vormundts Aydt auch diesen Aydt, de observandis hisce familiae pactis, et censionibus, anstatt ihrer Mundtlin biss ihne die Mundtlin selbst laisten können, zu praestiren, und zu laisten verbunden sein.

In massen dann Wir drey, die Haupt Paciscenten Gebrüedern, Uns selbst zu förderst zu eben diesem Aydt gutwillig erbotten, und denselben

würcklich gelaistet haben sollen und hiemit laisten, gelobende und zusagende in Krafft und vermög dises solenn Erbverainigungsbrieffs und anhangenden Insigeln für Unns, Unnsere Söhne, Töchter, Erben, Erbnehmen und Nachkommen, disem allem, und jeden, was hierin einverleibt, und begriffen ist, alss unserm selbst erwöhletem wilkührlichem Recht, getreulich, vestigelig, unverbrüchlich nachzuleben, und darwider nimmer mehr, weder für Uns selbst zuthuen, noch andern zuthuen gestatten und zuelassen, sondern all das Obgeschribene, als ein pactum et conventionem juratam, als ein donationem reciprocam, als ein jus privatum, als ein fideicommissum perpetuum, ja nit weniger als ein instrumentum quarentigiatum, sive sententiam judicalem et rem judicatam ad amussim zuhalten, und darüber ainiche Disputationes oder Disceptationes ausserhalb, wie oben von strittigen Fellen vermeldet worden, nimmermehr nicht zugestatten.

Alss gelobe, versprich, zusage, und schwere Jch Carl Herr von Liechtenstein von Nicolspur, als der Zeit der Erstgeborne, und Haupt Unnsers Hauses, für mich und meine, sowohl andere nachkommende Erstgeborne Directores und andere Erben.

Dann auch Jch Maximilian, und Jch Gundagger Herr von Liechtenstein Nicolspur, als die Ander und Drittgeborne für Unns und Unsere Jederzeit Lini und Nachkommen, Heren, Freuwlein, und Frauwen von Liechtenstein von Nicolspur wie die nach Ordnung diser Erbainigung darzue gehören, und ins künffig gehören werden, hiemit bey Unsern christlichen Glauben, herrlichen Ehrn, thrauwen, und waren Wortten, alss war Unns und Unsern Nachkommen Gott helffe.

Und damit ja dise sowol und treuwlich angesehene und gemainte Convention, und Verainigung desto besser und steiffer gehalten, und Meniglich auch von der geringsten Übertrettung derselben nicht allein durch die erschröckliche Straff des Mainaidts abgeschröckt, sondern auch durch andere Civil und Willkührliche Paenas und Muletas gentslich abgehalten werde, als haben wir Unns ferner miteinander dahin verglichen und verbunden, wann schon über alle Zuversicht einer aus Unns oder Unsern Nachkommen, wider dise Erbverainigung, und also wider sein Aydt und Pflicht in toto, oder in parte handeln wurde, dass doch darumb die andern ihres Aydts, und Pflichts gar nicht entbunden sein, sondern festiglich dabey verbleiben, und den anmassenden Übertretter daferm es der Erstgeborne were, für den nehesten Befreundten,

oder wann es andere thetten, für dem Erstgebornen und Directore des Hauses, und seinen Zugezogenen, alsobaldt besprechen, von seinem Unfueg ab: zu steiff: und vester Haltung diser Erbverainigung vermannen, welcher treuwen Ab: und Anmannung, so er nicht statt geben, sondern in seinem bösen Vorsatz und Widerspenstigkeit fortfahrn würde, so mögen der Erstgeborne und Director des Hauses mit seinen Zugezogenen Agnaten, über der Sachen Rath halten, den wider Pflicht und Aydt strebenden Mann, oder Weibs Person nachmaln, da sy es vor nötig erachten, mit aller seiner Notturff hören, und alssdann die Umstände der Sachen pro et contra vleissig erwegen, auch den gantzen Fall erbarlich auf das Papier bringen, und sich darüber bey Rechtsgelerzten und erfahren, super poena privationis belernen lassen und da sy auf eingeholte Rechtsbelernung befinden, das ein solcher widerspenstiger für unrecht, und also gedachter poena privationis unterwürfflich und thailhaftig erkent wurde, mögen sy, der Primogenitus und zuegezogene Agnati ad realem privationem schreiten, auch auf dem Fall des Verbrechers Widersetzlichkeit, eines jeden Landts Herrn und Recht, umb Hülff und Execution anrueffen, und sich derselben gebrauchen, und soll desselben widerspenstigen Tail alssdann seinem nehesten Successori in seiner Linea, und wann derselbig damals Minderjährig in die Curatel und Administration des Primogeniti oder Directoris, biss solcher Minderjähriger seine Jahre erraicht, obiger Aussetzung nach, oder aber da niemandt von seiner Linea vorhanden were, dem Primogenito und Directori des Hauses zue, und anhaimb fallen, doch mit dem Beschaidt, wann ein solcher Refractarius disen Unfueg vor leistung seines Corporal Aydts gethan und vorgenommen hette, und er erkennete seinen Irrthumb, vor, oder in Jahr und Tag, nach der erfolgten Privation, und were Urpiettig den Erbverainigungs Aydt zu laisten, und demselben vollkömblich nachzuleben, dass alssdann sein Guett ime widerumb eingeraumbt werde, die sub privatione entpfangene Nutzung aber bey deme, welchem das Guet per privationem eingeraumbt worden ist, zu Straff verbleiben.

Beschliesslichen, wann etwan Wir, oder oftftgenante Unsere Nachkommen alle oder etliche aus ihnen sich jetzt oder künfftig, diser Unser Erbainigung, und was dero anhengig eine zeitlang gar oder zumthail, nicht gebrauchen, sondern villeicht durch Stillschweigen, oder auch sonsten durch widerwertige oder andere Zustände nicht exercirn oder üben können oder würdten, so solle doch auch dasselbige Unserer

Famili und Geschlecht, mit nichten im übrigen praejudicirn, noch durch ainiche Praescription oder Verweilung ainichen Mangel, Hinderung oder Schaden bringen, sondern dessen ungeachtet dise Erbainigung krefftig, auch die jehnige, welche derselben ferner geleben sollen und sollen, ruhig darbey verbleiben, mit disem aussdrucklichen Anhang, wo vilgedachte Erbainigung in einem oder mehreren Punkten vermög einer Provinz oder Landts in denselben Landten oder Provintzen quod bona vel personas ibi existentes, difficultirt werden wolte, dessen Wir doch nit in Hoffnung stehen, dass nichts destoweniger, die gantze Verainigung quoad caetera omnia bona et personas alibi eristentes, vel existentia, bey vollkomenen Krefften verbleiben, und dardurch, das ein, oder zween, oder mehr Passus strittig gemacht werden möchten, die andern Articul, und vil weniger, das gantze Hauptwerck, gar nicht in Zweifel gesetzt, oder für unkrefftig gehalten werden solle, sondern es solle vilmehr hierinnen die Rechts Regel ewiglich statt haben, quod utili per inutile non debeat praejudicari quod contractus in uno vitiatum non debeat censi vitiatum in toto, sed potius vitiatum seposito, vel mutato, caetera, quae non sunt mutata perpetuo stare ac valere iudicentur.

Wir verzeihen Unns auch für Unns, und Unsere Söhne, Töchter, Erben, Erbnehmen, und Nachkommen aller und jeder Wolthatten und Begnadungen der Recht sowoln aller Landts Ordnungen und Gebrauch, die Unns oder inen wider diss Unser Pactum familiae und unwiderriefliche Erbainigung zustatten kommen möchten, auch aller Päbstlichen, Kaiserlichen, Königlicher Jndult, Dispensationen und Absolutionen, oder auch Relaxationen a Juramento, so durch Unns, Unsere Söhne, Töchter, Erben, Erbnehmen und Nachkommen, oder auch durch andere und frembde Personen, erlangt und aussgebracht werden, oder aus eigener Beweg uns ergehen möchten, und alles andere, wie das Menschen Sinn und List erdencken köndt, das alles wollen noch sollen Wir, noch Unsere Söhne, Töchter, Erben, Erbnehmen und Nachkommen wider dises Pactum oder Erbverainigung, und was deme allen einverleibt ist, nimmermehr gebrauchen, sondern soll hierdurch dises Unsere Conventio reciproca Verwilligung und Erbverainigung, vollkommentlich und gänzlich geschlossen und vollbracht sein, auch bestendig unveränderlich, und so lang auf diser Welt durch göttliche Gnadt, Unser Nammen und Stamm der Herrn von Liechtenstein von Nicolspurg weret, unverbrüchlich bleiben,

Und wo dise Erb Verainigung auss Mangel oder Gebrechen ainicher Solennitet oder Zirlikkait der gemainen beschribenen geistlichen und weltlichen Recht, Reichs Constitutionen und Satzungen, sowoln der Löblichen Königreich Hungarn und Behaim, oder dero incorporirten Landten wie auch dess Ertzherzogthumbs Österreich und Marggrafthums Märhern, sonderbaren Landtsgebrauchen, Gewohnheiten und Ordnungen, in einem oder mehr Articuln, oder auch des gantzen Wercks Arth und Aigenschafft nicht solte krefftig oder bestendig sein, so wöllen wir doch nichts destoweniger, das solches alles und jedes Krafft und Macht habe, *jure fideicommissi ad conservationem familiae pacti, et omni meliori forma et modo quo de jure valere debet aut potest.*

Ob sich aber, nach dem unerforschlichen Willen des Allmechtigen zuetruerge, das Wir oder Unsere mannliche Erben und Nachkommen, Unseres Nammens und Stammens ehelichen gebornen, mit Todt alle abgiengen, welche in Gottes Handten stehet, und Er nach seiner väterlichen Güete gnedig verhüetten wölle, so sollen alssdann, wie in Unseren Vorfordern alten Erbverainigung, auch dergleichen Fürsehung begriffen, und gemachet ist, Unsere Güeter erblich fallen, auf Unsere negste Freundt und Erben, wie sich das nach Ordnung der Recht und Landtsgebrauch oder Gewohnheit gebüeret.

Es were dann Sach, das Wir oder Unsere mannliche Nachkommen hier zwischen durch gemainen Rath und Verwilligung, etwann mit andern Familiis, und Geschlechtern, das eines dem andern, nach des letztlebenden Mannes Erben Todtsfall, und Abgang succedirn, folgen, und ein Expectantz oder Antwarttschafft dahin haben solte, neure sondere Uniones, Bindtnussen, Erbverbrüederungen und Verwandtschafften aufrichten.

Dann dasselbig thuen Wir Unns, Unsern Erben und Nachkommen hiemit aussdrücklich zu unserm freyen willen und Macht bedingen und vorbehalten, und zu diesem Ende solle bey denen gewönlichen Renunciationibus und Verzichten, weibliches Geschlechts Personen, auch dise Casus mit wenigen Wortten angezogen werden.

Doch soll bey disem letzten Punct, der neuwen Verainigungen mit andern Familiis von Unns den Paciscenten, oder von den jenigen auss Unsern Erben und Nachkommen, welche solche Uniones oder Verainigungen machen möchten, und zumachen hiemit Gewalt haben sollen, die Beschaidenhait gebraucht werden, das vilgedachte Verainigungen,

wann sie gefasst und geschlossen sein, dem zur Zeit regierenden König zu Behaimen und Landtsfürsten umb gewöhnliche Confirmation, inmassen anyetzo mit diser Hauptvereinigung geschicht, gehorsambist vorbracht werden.

Und soll dise jetzige Erbvereinigung, wie dann auch andere künfftige, da dieselben erfolgen möchten, der Röm. Kay. auch Kon. Mth. als Königen zu Behaim, Marggraven zu Mähern, Obristen, Herzogen in Ober und Nider Schlesien, und Marggraven in Ober und Nider Laussnitz, sonsten an habender Hocheit, Obrigkeit und Pottmessigkait ohn allen Schaden und Nachtheil sein, threuwlich und sonder alle Gefahr.

Zu Urkundt dessen und das solches alles und jedes, was bisshero nach lengst erzehlet worden, mit Unsrer aller einhelligen Mainung auch samentlichem guetem Wissen und freyem unbezwungenem Willen geschehen, haben Wir Carl Maximilian und Gundagger Herren von Liechtenstein von Nicolspurg Gebrüedere zu desto bestendigerer, auch stetter und vester Haltung, Unsere angeborne Insigel an disen Erbainigungs-brieff, deren drey gleies Inhalts aufgerichtet, und jedem Theil, zu sein, seiner Erben, und Nachkommen, kunfftiger Nachrichtung einer gefertigter zuegestellt worden, hangen lassen und Unns mit aigenen Händen unterschriben.

Geschehen zu Veldtsperg am Tag Michaelis, welcher war der neunundzwainzigist Septembris, im Jahr, nach Christi Unsers Erlösers und Seeligmachers Geburt, ein tausent, sechshundert und sechs.

C. Liechtenstein

M. Liechtenstein

G. Liechtenstein

(Ausfertigung mit 3 eigenhändigen Unterschriften. Pergamentlibell, 25 Blätter, 3 anhängende Siegel.)

3. Der Familienvertrag vom 1. August 1842

Wir Alois Joseph von Gottes Gnaden

souverainer Fürst und Regierer des Hauses von und zu Liechtenstein von Nicolsburg, Herzog zu Troppau und Jägerndorf in Schlesien, Graf zu Kielberg, Ritter des goldenen Wieses, Großkreuz des königlich hannöversischen Guelphen Ordens 2c. 2c. 2c.

thun hiemit kund und zu wissen :

Da es nämlich den unerforschlichen Rathschlüssen der Vorsehung gefallen hat, Unsern innigst geliebten und verehrten Herrn Vater, Seine Durchlaucht den Herrn Johann Joseph 2c. 2c. aus diesem Leben abzurufen, und da Wir nach den Institutionen Unseres Fürstlichen Hauses, sowie nach dem Rechte der Erstgeburt die Regierung desselben angetreten, somit auch jene Unseres Fürstenthums Liechtenstein als souverainer Fürst und Mitglied des deutschen Staatenbundes übernommen, Wir aber in letzterer Beziehung für nothwendig erachtet haben, über die Verhältnisse dieses Unseres souverainen Fürstenthums eine bleibende Bestimmung festzusetzen. so haben Wir in Übereinstimmung mit Unseren Durchlauchtigen Herren Brüdern und Agnaten unter Vorausschickung aller historischen und rechtlichen Motive die gegenwärtige Urkunde zu errichten befunden.

Als nämlich Unser Durchlauchtigster Vorfahrer der Herr Johann Adam Fürst von Liechtenstein in den Jahren 1699, 1708 und 1712 die ehemaligen unmittelbaren Reichsgrafschaften Vaduz und Schellenberg an sich gebracht, und überdieß zu einer noch größern fürstennmäßigen Begüterung und um votum et sessionem bei den Comitiiis zu haben, bei dem schwäbischen Kreise des damaligen deutschen Reiches ein unverzinsliches Kapital per 250.000 fl. R. W. erlegt hatte, und hiernach das Reichs-Conclusum vermöge welchem Weiland Fürst Johann Adam von Liechtenstein ad Sessionem et votum wirklich introducirt wurde, erfolgt war, erkannten schon Hochdessen Erben und Nachfolger die Nothwendigkeit rücksichtlich dieser Reichs unmittelbaren Besitzungen und des zu einer noch größeren Begüterung gewidmeten Kapitals eine Bestimmung zu treffen.

Es wurde daher unterm 12. März 1718 zwischen dem Nachfolger Weiland des Fürsten Johann Adam in dem Majorat-Hauptfideicommiss Unseres Fürstlichen Hauses, nämlich zwischen Weiland Sr. Durchlaucht dem Fürsten Anton Florian und Hochdessen Herrn Bruders Philipp Erasmus Söhnen, nämlich den Herren Fürsten Joseph Benzl, Emanuel und Johann Anton ein Übereinkommen getroffen, gemäß welchem pro honore et splendore familiae für nützlich und dienlich erachtet wurde, die besagten unmittelbaren Reichsgrafschaften sammt Kapital, sowie die Reichsfürsten-Qualität, dann Sitz und Stimme bei Reichs- und Kreistagen auf den jeweiligen Regierer Unseres Fürstlichen Hauses nach der in der ursprünglichen Erbs-Union de anno 1606 über das Majorat-Fidei-Commiss festgesetzten Primogenitur-Erbfolge zu übertragen, daher denn auch solche sammt dem Kapital per 250.000 fl. oder auch die allenfalls per modum surrogati für dieses Capital subintrirende anderweitige Reichsgüter Weiland dem Herrn Fürsten Anton Florian als Regierer des Hauses durch den genannten Familienpakt vom 12. März 1718 überlassen, und hierin weiter bestimmt wurde, daß alles dieses ein Unserm Fürstlichen Hause auf ewig afficirtes Fidei-Commissum primogeniturae sein und bleiben solle. Dieser Vertrag wurde von Weiland Sr. Majestät Carl VI. glorreichen

Andenkens als Reichs-Oberhaupt unterm 23. Jänner 1719 allergnädigst bestätigt, und die kaiserliche Confirmation ausdrücklich dahin ertheilt, daß obenbesagte Graf- und Herrschaften nebst Capital, oder den statt dessen etwa künftig noch zu erwerbenden Gütern in ein bei der Primogenitur-Linie des großen Majorats Unseres Fürstlichen Hauses verbleibendes unmittelbares Reichsfürstenthum unter dem Namen Liechtenstein aufgerichtet und erhoben wurden.

Im Verfolge der Zeit wurde jedoch vermöge eines unterm 16. Juli 1737 mit den an der Bank des schwäbischen Kreises bestellten ehemaligen deutschen Reichsständen geschlossenen Regesses von denselben auf das daselbst erliegende Capital per 250.000 fl. R. W. die Summe von 75.000 fl. R. W. zurückgezahlt, und somit das obgenannte Capital bei der schwäbischen Kreiskassa auf 175.000 fl. reducirt. Das zurückgezahlte Capitals-Ratum per 75.000 fl. R. W. wurde vermöge eines am 4. December 1754 zwischen Unseren Vorfahren Fürsten Joseph Wenzl und Emanuel von Liechtenstein, dann dem Erben Weiland des Herrn Johann Carl Fürsten von Liechtenstein abgeschlossenen Transactes auf den Allodial Herrschaften Aulsee, Sternberg und Carlsberg landtäglich ausgezeichnet, haftet noch gegenwärtig hierauf und bildet somit als ein in der Überwachung der k. k. österreichischen Behörden stehendes Pecuniar-Fideicommiss einen integrierenden Bestandtheil der für das Fürstenthum Liechtenstein ursprünglich begründeten Dotation.

Der bei dem schwäbischen Kreise annoch gelegene Capitalsrest per 175.000 fl. R. W. erlitt mit der im Jahre 1806 eingetretenen Auflösung des deutschen Reichs eine andere Gestaltung dahin, daß selber von den Regierungen des Königreiches Bayern, dann der Fürstenthümer Hohenollern-Hechingen, Hohenzollern-Sigmaringen und Leyn gemäß einer am 7. Februar 1809 abgeschlossenen Convention zur Abstattung in einem auf 92.000 fl. R. W. oder 77.000 fl. im 20 fl. Fuße C. Mze. richtiggestellten Betrage übernommen und auch wirklich baar zurückbezahlt, von Weiland Unserm Durchlauchtigsten Herrn Vater aber in Apctique k. k. österreichischen Staatsschuldverschreibungen umgelegt worden ist, welches bei Unserer Fürstlichen Majorat-Hauptkassa erliegende und daselbst in Verwaltung und Verrechnung stehende Capital per . . . 77.000 fl. daher im Vereine mit dem auf den Herrschaften Aulsee, Sternberg und Carlsberg intabulirten Capital per . . . 75.000 fl. die dermalige Dotation des Fürstenthums repräsentirt, und mit demselben dem monarchischen Princip und den Institutionen Unseres Hauses gemäß an den berufenen jeweiligen Regierer und souverainen Chef desselben zum Fruchtgenusse oder zur sonstigen den weiter unten folgenden Bestimmungen gemäßen Verwendung übergeht.

Nachdem endlich die bei Gelegenheit der im Jahre 1806 nach Auflösung des deutschen Reiches eingetretenen Errichtung des ephemeren Rheinbundes (in welchem das Fürstenthum Liechtenstein mit voller Souverainität aufgenommen wurde) von Weiland Unserm Durchlauchtigsten Herrn Vater zu Gunsten seines dritgeborenen Sohnes, Unseres Fürstlichen Herrn Bruders Fürsten Carl, beschlossene Abtretung des Fürstenthums nie ad effectum gekommen, solches seitdem auch bei Gründung des deutschen Bundes durch Aufnahme Unseres obgenannten Höchstseeligen Herrn Vaters durch alle diesen Bund bildenden, so wie auch durch alle andern Souveraine Europas anerkannt, eine gleiche Anerkennung Unserer durch besagten nicht ad effectum gekommenen Beschluß unberrerten Erbrechte, auch in der durch sämtliche Unsere Fürstlichen Herren Brüder vollzogenen Erbserklärung erneuert worden, somit die Souverainität und Regierung des Fürstenthums dem monarchischen Principe und den Institutionen Unseres Hauses gemäß dem Primogenitur-Rechte nach erblich an Uns geblieben ist, und wir als Souverain und Mitglied des deutschen Bundes alleseitig anerkannt sind, so bestimmen und verordnen Wir daher nach Vorauslassung alles dessen in Ausübung Unserer Souverainitäts-Rechte, in Beachtung der bei Unserem Fürstlichen Hause bestehenden Familien-Statute und in Übereinstimmung mit Unseren Fürstlichen Herrn Brüdern und Aduaten hiemit wie folgt:

I. Das Souveraine Fürstenthum Liechtenstein, aus den Grafschaften Baduz und Schellenberg bestehend, verbunden mit dem Besiz und Genuß eines Capitals per 75.000 fl. und eines per 77.000 fl. zusammen per 152.000 fl. im 20 fl. Fuße C. Mze. oder in Surrogatum dieser Geld-Dotation mit den hiefür nach den unten folgenden Bestimmungen etwa zu acquirirenden Gütern solle bei Uns, als dem nach dem Erstgeburtrechte, und den Familien-Statuten berufenen Regierer Unseres fürstlichen Hauses und Unserer ehelich männlichen Descendenz auf ewige Zeiten dergestalt eigenthümlich verbleiben, daß dieses Fürstenthum mit der Souverainität und dem besagten Capitale oder der statt dessen geschöhenen allfälligen Augmentation nach Unserm Absterben auf Unsern Erstgeborenen eheligen Sohn und sofort nach der Ordnung der Erstgeburt immer an den Erstgeborenen eheligen Sohn des letzten Besizers des Fürstenthums und Regierer des Hauses und dessen ehelich männliche Descendenz im Falle des Absterbens des Erstgeborenen ohne Rücklassung einer ehelich männlichen Descendenz aber an die nachgeborenen ehelichen Söhne des letzten Besizers und Regierers und deren ehelich männliche Nachkommenschaft nach der Ordnung der Primogenitur und in Ermanglung solcher Descendenz des letzten Besizers und Regierers aber an die nächste der durch Unsere nachgeborenen Söhne gegründeten Linien immer nach der Ordnung der Erstgeburt übergehen solle.

II. Sollten Wir, oder sollten Unsere ehelich männliche Descendenten ohne weitere solche Descendenz mit Tod abgehen, so soll das Fürstenthum mit seiner Souverainität und obengenannten Appertinentien an Unsren, uns zunächst folgenden Fürstlichen Herrn Bruder Franz und dessen ehelich männliche Descendenz, bei Absterben der Linie Unseres Bruders Herrn Fürsten Franz an Unsren 2^{ten} Bruder den Herrn Fürsten Carl und dessen ehelich männliche Descendenz, bei Absterben der Linie Unser Herr Bruders Carl an Unsren 3^{ten} Bruder den Herrn Fürsten Friedrich und dessen ehelich männliche Descendenz, bei Absterben der Linie Unseres Herrn Bruders Friedrich an unsren 4^{ten} Bruder den Herrn Fürsten Eduard und dessen ehelich männliche Descendenz, bei Absterben der Linie Unseres Herrn Bruders Eduard an Unsren 5^{ten} Bruder den Herrn Fürsten August und dessen ehelich männliche Descendenz, und bei Absterben der Linie dieses Letzteren an Unsren jüngsten Bruder den Herrn Fürsten Rudolph und dessen ehelich männliche Descendenz übergehen, so daß auch bei jeder jüngeren Linie immer die Erbfolge in das Fürstenthum mit seiner Souverainität und Appertinentien nach der Ordnung der Primogenitur Statt haben soll, und immer nur die ehelich männliche Descendenz hiezu gelangen kann.

III. Sollten alle Unsere hier genannten Herren Brüder und deren ehelich männliche Descendenten ohne weitere solche Descendenz verstorben sein, so soll das Fürstenthum mit seiner Souverainität und Appertinentien an diejenigen durch Weiland Unsren Fürstlichen Herrn Groß-Oheim Carl Fürsten von Liechtenstein begründeten Nebenlinie Unserer Fürstlichen Herrn Agnaten stets nach der Ordnung der Erstgeburt und in ihrer ehelich männlichen Descendenz übergehen, welche für diesen Fall nach der für Unser Fürstliches Haus als pragmatische Successions-Norm bestehenden Erbs-Union de anno 1606, und sonstigen Familien-Statuten zur Regierung Unseres Fürstlichen Hauses berufen ist, indem es nicht nur schon in dem Familien-Vertrage vom 12. März 1718 begründet, sondern auch Unser Wille und Verordnung ist, daß das Fürstenthum Liechtenstein mit der Souverainen Würde und sonstigen Appertinentien stets bei dem jeweiligen Regierer und Chef Unseres Fürstlichen Hauses für immerwährende Zeiten verbleiben solle, daher denn auch die Succession im souverainen Fürstenthume ausdrücklich an jene Bestimmungen gebunden wird, welche besagte Erbs-Union de anno 1606 enthält, und wie sie in der Weilage als einer genauen von uns und den dazu berufenen Zeugen als beglaubigt und dem Original vollkommen gleichlautend eingelesen und anerkannt, aufgezählt sind.

IV. Wir halten Uns bevor, und wollen auch allen Unsren in der Souverainität und der Regierung des Hauses nach obigen Normen berufenen Nachfolgern hiemit vorbehalten haben, daß Wir — oder wenn es von uns nicht bei Lebzeiten geschehen wäre, auch diese unsere Nachfolger mit dem außer dem bereits bestehenden Fideicommiss-Capitale per 75.000 fl. zur souverainen Fürstenthwürde noch weiter gehörigen Capital per 77.000 fl. entweder zur Vergrößerung des Fürstenthums-Gebietes, oder wenigstens zur bessern Sicherung besagten Capitals mittelst neuer Acquisition an souverainem Besizthum oder auch an andern Gütern ganz oder theilweise frei disponiren, in welchem Falle dann die neuen Acquisitionen als integrierende Bestandtheile des souverainen Fürstenthums, oder als ein zu selbstem gehörendes Kammergut anzusehen sein werden, und für sie die nämliche Successions-Ordnung geltend sein soll.

V. Bis zur thunlichen Realisirung der dem Capitals-Antheile per 77.000 fl. sub IV gegebenen Bestimmung soll der 4%ige Fruchtgenuß dem jeweiligen Souverain und Chef Unseres Fürstlichen Hauses zufließen, und hierüber eine eigene Verwaltung und Verrechnung bei Unsrem Fürstlichen Hause gepflogen werden, indem solches mit seinem gesammten sonstigen Allodial-Vermögen für die Aufrechterhaltung dieses Capitals bis zu seiner ad IV bestimmten Verwendung die Garantie und Haftung zu übernehmen hat.

VI. Wir setzen auf immerwährende Zeiten als eine unverletzliche und heilig zu beachtende Regel für Uns und alle Unsere in der Souverainität und im Besize des Fürstenthums nachfolgende Regierer Unseres Fürstlichen Hauses hiermit fest, daß Wir und Sie die Integrität des Fürstenthums Liechtenstein in jenem ganzen Umfange, wie er mit Einfluß der im IV. Abjag bestimmten Restauration und allfälligen Vergrößerungen von einem Regierer des Hauses an den Andern übergehen wird, aufrecht zu erhalten, gehalten sein sollen, ohne daß jedoch Uns und einem oder dem Andern Unserer Nachfolger verwehrt sein solle, die Verbesserung oder Vergrößerung des Fürstenthums auch über die ad IV ohnehin dazu bestimmte Summe aus seinem sonstigen Allodial-Vermögen auszubezugen; im Gegentheile sollen

VII. alle derlei Vermehrungen oder Verbesserungen des Landesfürstlichen Real- und Territorial-Besizes im Fürstenthum, die aus Unsrem Allodial-Vermögen, oder aus jenem eines oder des andern Unserer Regierungs-Nachfolger erworben werden, auf immerwährende Zeiten als integrierende Bestandtheile, und frei gegen alle Ansprüche der etwaigen Allodial-Erbsinteressenten bei dem Fürstenthume verbleiben, indem Unsere Absicht und Unser Wille ausdrücklich dahin gerichtet ist, und zu diesem Ende auch hiemit verordnet wird, daß besagtes Fürstenthum in jener Ausdehnung, wie es von einem Regierer an den Andern übergehen wird, niemals und zu keiner Zeit geschmälert, wohl aber augmentirt werden solle, daher Jedem Unserer

Regierungs-Nachfolger, unter dessen Befehl und Regierung eine Verminderung des bei seinem Regierungs-Antritte übernommenen Fürstenthums-Bestandes eintreten würde, die Verpflichtung obliegen sollte, solchen aus seinem sonstigen Allodial-Nachlaß zu reintegriren, folglich seinen Nachfolger für jede Schmälerung des Fürstenthums zum Behufe der von diesem Letztern unverzüglich zu realisirenden Wiederergänzung des Bestandes zu entschädigen.

VIII. Sollte im Verfolge der Zeit und in Gemäßheit künftighin möglicher politischer Verhältnisse von Uns, oder Einem Unserer Nachfolger in der Souverainität und Regierung durch Friedens-Allianz- oder Staats- dann Eheverträge eine Vergrößerung des Fürstenthums-Gebietes und Vermehrung an Land und Unterthanen acquirirt werden, so sollen auch diese Acquisitionen als integrirende Bestandtheile bei dem Fürstthume verbleiben und erhalten werden, daher auch in dieser Beziehung die vorwärts ad VII getroffenen Bestimmungen und Anordnungen unabänderlich zu gelten und fortan in Kraft und Anordnung zu bleiben haben.

IX. Wenn es sich endlich nach dem unerforschlichen Willen des Allmächtigen zutrage, daß von Unsern männlichen Nachkommen alle mit Tod abgingen, somit der gesammte Manns-Stamm Unseres Fürstlichen Hauses erlöschen sollte, so hätte der Besitz und die Souverainität des Fürstenthums auf die Frauen des Liechtenstein'schen Stammes überzugehen, und von selben auf deren allenfällige männliche Erben, wenn sie altadeligen Geschlechtes sind, alles unter Aufrechthaltung der übrigen Bestimmungen dieses Statuts und der Erbs-Union von 1606.

Indem Wir daher alle in dieser Urkunde enthaltenen Punkte Kraft der Uns zustehenden Souverainitäts- und Regierungsrechte als ein bindendes Statut für Uns, Unsere Nachfolger und Unser gesamtes Fürstliches Haus hiemit feierlich erklären, und solches für alle Zeiten handzuhaben verordnen, haben Wir zur Urkund dessen diese Akte eigenhändig unterschrieben und Unser Fürstliches Inseigel beidrücken lassen, auch ist sie zum Beweise der Uebereinstimmung von Unsern gesammten Fürstlichen Herrn Brüdern und Agnaten mit unterzeichnet und besiegelt worden.

Gegeben in Unserer Landvogtei zu Vaduz am 1. August 1842.

(L. S.)

Alois Fürst von und zu Liechtenstein m. p.,
als Regierer des Hauses und Souverain des Fürstenthums Liechtenstein.

(L. S.) Wien, den 25. May 1843.

Franz Fürst Liechtenstein m. p.,
f. f. Oberst.

(L. S.) Wien, den 20. May 1843.

Carl Fürst Liechtenstein m. p.,
f. f. Major.

(L. S.) Wien, den 18. May 1843.

Friedrich Fürst Liechtenstein m. p.,
f. f. Obrist.

(L. S.) Gelfenberg, den 21. November 1843.

Eduard Fürst Liechtenstein m. p.,
f. f. Oberst.

(L. S.) Wien, den 22. May 1843.

August Fürst Liechtenstein m. p.,
f. f. Major.

(L. S.) Wien, den 23. May 1843.

Rudolf Fürst Liechtenstein m. p.,
Rittmeister.

(L. S.) Wien, den 19. Jänner 1844.

Carl Fürst Liechtenstein m. p.,
Rittm.

In Namen Gottes Vatters, Gottes Sohns und Gottes heiligen Geistes, Amen.

Nachdem Wir Hernachbenannte Karl, Herr von Liechtenstein von Nicolsburg, Herr auf Veldtsberg Herrnbaumgarten, Eyßgrub, Blumenau, Proßnitz, Aussee, Eziernabor, Röm. Kay. Maj. Geheimen Rath Obrister Hofmeister, Camerer und Landts-Hauptmann des Marggraffthums Mähren, Maximilian, Herr von Liechtenstein von Nicolsburg, Herr auf Rabenspurz, Hohenau, Budtzowitz, Pofortz und Konyghratt, Nächstgedachter Kay. Maj. Reichshofrath, und Gundagger, Herr von Liechtenstein von Nicolsburg, Graf zu Rittberg, Herr auf Wasserhardsch, Miskelbach, Boystorf und Ringelsdorf, mehrbächstvermelter Frey Kay. Maj. Hof Kammerrath, Erl. Erl. Erbherzogs Mätthia zu Österreich zc. Camerer, auch einer löblichen Landschafft des Erbherzogthums Österreich unter der Enns verordneter zc. Bey Uns selber reiflich betrachtet, das Zuerhaltung, wie aller anderer sachen, als auch der Geschlechter und Stammhäuser, nichts vorrätiglichs und möglichers ist, dann gute und beständige Ordnung zu machen, Und ferner in acht genommen, das zwar noch mehr, dann vor hundert Jahren, das ist Anno Fünfzehnhundert und Vier, den Samstag vor Reminiscere, durch weylandt Unsere geliebte in Gott ruhende Voretern, Herr Christoffen von Liechtenstein von Nicolsburg zc. gewissen Landtmarschalch in Österreich, als damalk den Elfften des Geschlechts, Sodann Herrn Erasmus und Herrn Georgen Gebruedern, Herrn Heinrichen Söhne, dergleichen Herrn Hartmann, Herrn Georgen Söhne, alle Herrn von Liechtenstein von Nicolsburg zc. eine statliche Erbainigung und außzeigung Ihrer Schlißer, Herrschaften, Stædt und Güter, gemacht und ausgerichtet, aber doch mit allerdings so genau und vleissig, wiewol geschehen hette sollen, gehalten worden, Sintemal vil ansehnliche Stuck und Gueter, durch gefehliche alienationes der geschlossenen vergleichnus zu nachthail, In anderer Leuth Händte und besitz gerathen.

Diemnach, so haben Wir, zu vorkommung solcher schädlichen ungelegenheiten, und dann zu desto gewisser Fortpflanzung und Manntention unser und unserer posteritet, Ehr, Wolfart Nuzes und aufnemmens, obengedachte alte Erbvereinigung, nicht allein zu erfrischen, und widerumb zu würcklichen Obseruanz zu bringen, Sondern auch zu erleuttern, zu erkleren, zuuerbessern, zuermehren, und fortan in ein unuerlerliche standthafft und ewiglich verbündtliche Ordnung zusehen, Uns fürgenommen, Zumassen Wir dann solches hiemit thun, In der aller besten und beständigsten Form, Wie solches von Rechts oder gewonhait wegen, oder auch in Crafft unserer habenden alten Privilegien, Rechten und gerechtigkeiten herkommen und besthes, geschehen soll kan oder mag wie hernach volgt,

Anseuglich, Weyle die höchste und größte vereinigung, mehr in den Gemuettern, dann in denen Guettern haftet, So geloben etc. etc.

Von diser Erbvereinigung und Fideicommisso, auch derselben unterworfenen Gueter Succession, sollen genzlich und ewiglich außgeschlossen und deroelben vnsehg sein, Ernstlich, die Jenigen, Welche nit in ainem rechten Ehebett erzeugt, oder nit, Wie man zu Latein sagt, simul legitimy et naturales in legitimo matrimonio natz sein, Und soll Sy nichts helfen, Wann Sy sagen wollten, Sy weren entweder per Palatinos Comites, oder auch, per Rescriptum summy Principis, oder sogar per subsequens matrimonium legitimirt und geeheligt worden, sintemal auch dise, etiam per subsequens tale matrimonium prätere legitimatj, diser unserer Erbvereinigung, gar durchaus nicht sollen sehg sein.

Ingleichen sollen auch die Adoptivj nicht zuegelassen werden, oder die adoptio sive arrogatio bei dieser Erbvereinigung statt haben.

Ferner sollen auch die Geistlichen Personen, Sy seyen regulares oder nit, und dann in genere, die Weibesbilder von der sehgkeit diser Erbvereinigung separirt und außgesondert sein, und solche Erbvereinigung bloß allein auf den Mannlichen Ehelichen Weltlichen gebueht, Namen und Stammen der Herren von Liechtenstein von Nicolsburg zc. so lang derselb wehret, beruehen, Eß were dann sach, das der Weltliche Mannliche Stamm der Herren von Liechtenstein von Nicolsburg zc. ganß und gar verleschen thete, und nur von demselben Geschlecht, Geistliche Rannes oder zur keuschheit verlobte Ritterliche Ordens Personen, einer oder mehr überbliben weren, So soll auf solchen zuetragenden Fall, zuerhaltung des Geschlechts, haimb und

frey gesteltt seyn, Ob einer bey der Päpstlichen Heyligkeit, zu ablegung des Geistlichen und annehmung des Weltlichen Standts, dispensation begern und erlangen wollte, zu welchem Ende dann, die obige, wegen der Geistlichen beschene exclusion, solchem kaineswegs praeiudicirlich seyn soll, Bedoch wirdt dißer Punct ratione dispensationis, der Päpstlichen Heyligkeit, hiermit vollcomlichen submittirt etc. etc. etc.

Zu Urkund dessen, vnd das solches alles vnd Jedes, was bishero nach lengst erzehlet worden, mit Unserer aller einhelliger mairnung, auch sammentlichen gueten wissen vnd freyem vnbezwingenen willen geschehen, Haben Wir Karl, Maximilian und Gundagger Herrn von Liechtenstein von Nicolsburg zc. Gebruedern, zu desto beständigerer, auch stetter vnd besser Haltung, vnserer angeborne Insiegel an diesen Erbainigungsbrief, deren drey gleiches Inhalts, aufgericht, vnd Jedem Theil, zu sein, seiner Erben vnd Nachkommen, künftiger Nachrichtung, einer gefertigter zuegesteltt worden, hängen lassen Vnd Uns mit eigenen Handen Unterschriben /

Geschehen zu Welschperg am Tag Michaelis, Welcher war der Neunvndzwanzigst Septembris, Im Jahr, nach Christi vnser Erlösers vnd Seeligmachers Geburt, Ain Tausent, Sechshundert vnd Sechß /

C. Liechtenstein m. p.

M. Liechtenstein m. p.

Esz. Liechtenstein m. p.

II.

In dem Namen der Allerheyligsten vnd vnzertheilten Dreyfaltigkeit, Gottes Valters, Solus und heyligen Geistes, Amen.

Wir Hartmann, von Gottes Gnaden des Heyl. Röm. Reichs Fürst von und zu Lichtenstein von Nicolsburg, in Schlesien zu Troppau vnd Jagerndorff Herzog, graff zu Rittberg, der Röm. Kayf. Mayt: Cammerer zc. Befehlen und thun Rundt Jedermaniglich, Nach dem wir uns Erindern, wie nach gemeinen lauff der Natur wir dermahl eins vnser leben beschließen müßen, vnd nichts gewißers als der todt, dessen Stund vnd Zeit aber ganz vngewiß vnd verborgen: daß wir derwegen entschlossen vnsern letzten Willen vnd verordnung, wie wirs nach vnser tödtlichen Abscheiden von dißer welt mit vnsern güetern vnd verlassenschaft wollen gehalten haben, zu verassen vnd aufzurichten: Thun daß auch hiermit wißentlich vnd mit wol bedachten mueth, guetder vernunft, auch vorgehenden Zeitlichen Rath, auß Aigner bewegnuß, freyen vnd vnbeschwerdten willen zu der Zeit als wir solches zu thun wohl befuegt vnd berechtiget sein in der aller besten Form maß vnd weiße wie es in Rechten oder eines Jeden landes, darin vnser güetder vnd verlassenschaft gelegen vnd befindlich, gebrauch und gewonheit nach außs Crefftigigt vnd bestendigigt geschehen soll, than oder mag, allermaßen Hiernach folget:

Erstlichen Befehlen wir vnser Seel etc. etc.
vnd da Einer auß Söhnen vnser Nachgebornen Söhne ohne Eheleibliche MannßErben mit todt abgehen würde, sollen in desselben Antheil die anderen zwen Nachgeborne allein oder deren Männliche descendenten in stirpes, vnd wosohn Ihrer Zwen also todtß verschieden, denenselben der überlebende oder dessen Männliche LeibsErben succediren: von solcher Succession vnd Erbgerechtigkeit aber alle geistliche et qui non sunt vere legitimi et naturales simul, ex iusto matrimonio nati, adeoque et legitimi sive per matrimonium subsequens, sive per rescriptum principis; wie auch diejenigen, welche Sich wider Standtsgebühr auch ohne vorwissen vnd einwilligung des Regierers vnser fürstl. Hauses vnd ander Agnaten verheurathen od von der Römischen catholischen allein Seeligmachenden Religion abweichen würden, Sowoll auch dieselbe, So zwar von vnser geschlecht aber mit Fürsten, noch in der Jüngern Erbainigung begriffen, auß Ewig excludirt vnd ausgeschloßen sein etc. etc. etc.

Zu Urthvndt dessen seyn zwei originalia gleiches inhaltß zu dem Ende vnd darumben aufgericht worden, Albiweißlen wir Zwey vnderschiedliche Testamenta auß die öfterreicher: vnd Mährische guetder auffzurichten für vnnothwendig, Sondern dißes vnser Testamentum Universale auß beide landten für genugsam erachtet, vnd damit aber gleichwohl im nothfall in beiden landten gehörigen Orthen ein Original producirt werden könne; welche beide Originalia wir nun mit aigner Handt vnderschriben vnd mit vnser fürst. Insigel bekräftiget benedennt dienstfr. vnd sonderlichen Gleiches ersucht vnd vermöget, dem Hochgebornen Fürsten vnsern sonders Zrl. lieben Rheimb, Herrn Wenezl, Herzoge in Schlesien zu Sagan, Fürsten und

Regierer des Hauses Lobkowitz, gefürzte grafen zu Sternstein, Herrn zu Bluniz und Raubnitz an der Elb, Ritter des güldenen Flüs, der Röm. Kayl. May. geheimben Rath, und Obristen Hofmeister: den auch Hochgebornen Fürsten und Herrn, unsern Insonders Hrl. und vielgeliebten Herrn Vetber, Herrn Ferdinand des Heyl. Röm. Reichs Fürsten von Dietrichstein zu Kitzburg, Erbschenkben in Cärnthen, Ritter des güldenen Flüs, der Röm. Kayl. May. geheimben Rath, Camerer, und Ihrer Maytd. der Röm. Kayserin Obrist Hoffmeistern, die Hoch- und Wollgeborne grafen unsern sonders liebe Herrn und Freundt, und respective geliebten Herrn Vetber, Herrn Johann Magimilian des Heyl. Röm. Reichs graf von Lamberg, Freyhern zu Ortenegg und Eidenstein, Herr auf Stodherz und Amerang, Erbland Stallmeister in Crain und der Windischen Mark, Ritter des güldenen Flüs, der Röm. Kayl. Maytd. geheimbe Rath, Obristen Cammerer und Inhaber der Herrschaften Steuer. 1c. Herr Gundatzer des Heyl. Röm. Reichs grafen von Dietrichstein, Freyherr auf Hollenburg und Thalberg, Herrn zu Sonnenberg, Hollabrunn und Merckenstein, Erbschenkben in Cärnthen, Ritter des güldenen Flüs, der Röm. Kayl. May. geheimben Rath, Cammerer und Obristen Stallmeister: Herrn Johann Joachim des heyl. Röm. Reichs grafen Slawata von Glum und Hoffeberg, Herrn zu Wapperzan und Heulach, der Röm. Kay: Maytd.: Cammerer und Obriste Erbmundschenkben im Königreich Böhmeib, daß Sie dißes unser Testament und letzten willen als gezeugen neben uns mit Ihren eigenen Handschriften auch fürstliche und gräfliche Inzigel, doch Ihnen Ihren Erben und Nachkommen ohne Nachtheil und Schaden, gefertiget haben, So befehen Wien den Vier und zwainzigsten Monatsstag Decemb. des Ain Tausend Sechshundert zwey und Siebenzigsten Jahrs: /

Hartmann Fürst von und zu Liechtenstein m. p.
(L. S.)

W. F. H. v. Sagan m. p.
(L. S.)

Ferdinand Fürst Dietrichstein m. p.
(L. S.)

J. M. G. v. Lamberg m. p.
(L. S.)

Gundacker G. v. Dietrichlein m. p.
(L. S.)

Joh. Joachim G. Slawata m. p.
(L. S.)

Vorstehende Fidei-Commiss-Disposition ist der N. D. Landtafel mit Bewilligung des Kayl. Königl Landtafel Herrn Ober-Directoris in lib. 1^{mo} Instrum: Fol: 705: von wort zu wort eingetragen; und in dem Haupt-Schulden-Buch bey der Herrschaft Ebergassing Fol. 37 bey der Herrschaft Rabensburg Fol. 25 bey der Herrschaft Wilsersdorf Fol. 515 und bey denen Liechtensteinischen Frey Hauern Fol. 407 behörig fürgeschrieben worden.

Wien, den 10^{ten} Janer 760.

(L. S.)

Anton Augustin v. Aichen m. p.,
Unter-Director

Daß vorstehende abschriftliche Auszüge aus der Erbs-Union ddo. 29. September 1606 und aus dem Testamente Wailand des Herrn Hartmann Fürsten von Liechtenstein ddo. 24. December 1672 mit den betreffenden Punkten der hier bezogenen Original-Urkunden von Wort zu Wort gleichlautend seien, wird von Uns und den hiez zu eigens erbetenen Herren Zeugen hiemit beglaubigt.

Raduz, am 1. August 1842.

Alois Fürst von und zu Liechtenstein m. p.

Marimilian Kraupa m. p.,
fürstl. Wirtschafts Rath als Zeuge.

Dr. Cajetan Mayer m. p.,
als Zeuge.

4. Familienvertrag vom 11. September 1893

Wir Unterzeichneten haben kraft der dem regierenden Fürstenhause Liechtenstein zustehenden Familien-Autonomie uns geeinigt, die Bedingungen und Grundsätze festzusetzen, welche in Ansehung der Eingehung der Ehen von Mitgliedern des fürstlichen Hauses für uns und alle Nachkommen bindend und verpflichtend sein sollen.

Bei dieser Festsetzung haben wir die hervorragende Stellung und die wichtigen Rechte, welche von Altersher dem Erstgeborenen der ältesten Linie unseres Hauses in den Erbvereinigungen von dem Jahre 1504 und vom Jahre 1606 eingeräumt worden waren, um so mehr zur Anerkennung und Geltung gebracht, als der Primogenitus unseres Hauses als souverainer Landesfürst und Staatsoberhaupt auch das Oberhaupt unseres Hauses in staatsrechtlicher Beziehung ist. Nicht minder waren wir dabei von der Absicht geleitet, jene Gepflogenheiten und Grundsätze aufrecht zu erhalten, welche in Bezug auf Eheschliessungen seit frühesten Zeiten in unserem Hause beobachtet wurden, welche in dem Testamente Weiland Seiner Durchlaucht des Herrn Fürsten Hartmann von Liechtenstein vom 24. Dezember 1672 ausdrücklich anerkannt worden sind und welche in der im Jahre 1842 zwischen Weiland Seiner Durchlaucht dem hochseligen Fürsten Alois von und zu Liechtenstein als Regierer des fürstlichen Hauses und hochdessen durchlauchtigen Herren Brüdern abgeschlossenen Erbeinigung neuerlich dadurch anerkannt worden sind, dass die auf die Successions-Berechtigung bezüglichen Bestimmungen des früher erwähnten fürstlich Hartmann'schen Testamentes vom 24. Dezember 1672 diesem letztgedachten Erbeinigungsvertrage wörtlich beigelegt worden sind.

Endlich waren wir darauf bedacht, die Bedingungen und Grundsätze, welche für die Eingehung der Ehen seitens der Mitglieder des fürstlichen Hauses verpflichtend sein sollen, bestimmt und zweifellos festzustellen.

Diese Bedingungen und Grundsätze sind die folgenden:

Artikel I.

Die Mitglieder des fürstlichen Hauses bedürfen zur Eingehung einer vollwirksamen Ehe der ausdrücklichen, vor der Eheschliessung einzuholenden Einwilligung des regierenden Fürsten, beziehungsweise — in

hochdessen Verhinderung — seines nach der Landesverfassung berufenen Stellvertreters in Ausübung der Souveränitätsrechte.

Artikel II.

Der regierende Fürst selbst bedarf zur Eingehung einer vollwirksamen Ehe keiner Einwilligung der Agnaten; die Einwilligung sämtlicher Agnaten ist jedoch in dem Falle erforderlich, als der regierende Fürst eine nicht standesgemässe Ehe einzugehen beabsichtigt.

Artikel III.

Als standesgemäss werden die Ehen mit Mitgliedern regierender oder ehemals reichsunmittelbarer Häuser und von Adelsfamilien, welche den gräflichen oder einen höheren Adelstitel führen und den Besitz des Adels mindestens seit der Regierung Weiland Sr. Majestät Kaiser Maximilian des Ersten nachzuweisen im Stande sind, angesehen werden.

Artikel IV.

Eine von dem regierenden Fürsten ohne Einwilligung aller eigenberechtigten Agnaten eingegangene, nicht standesmässige Ehe, sowie eine von einem Prinzen des fürstlichen Hauses ohne Einwilligung des regierenden Fürsten eingegangene Ehe überträgt auf die aus solcher Ehe entstammenden Kinder keine Successionsrechte bezüglich der Thronfolge in das Fürstenthum Liechtenstein, sowie bezüglich der Besitznachfolge in das Primogenitur-Fideicommiss-Vermögen; ebenso erwerben aus einer solchen Ehe die Gemahlin und die Kinder keine Rechte auf den Fürsten-, beziehungsweise Prinzen-Titel, fürstlichen Stand und Wappen.

Artikel V.

Diese Bestimmungen finden auf diejenigen Ehen, welche vor Abschluss der gegenwärtigen Übereinkunft eingegangen worden sind, keine Anwendung.

W i e n , den 11. September 1893.

Johann Fürst v. Liechtenstein m. p.

Franz Prinz v. u. z. Liechtenstein m. p.

Alfred Prinz v. u. z. Liechtenstein m. p.

W i e n , am 5^{ten} October 1893.

Alois Prinz Liechtenstein m. p.

d^o. 6^{ten} October 1893.

Prinz Heinrich v. Liechtenstein m. p.

W i e n , am 18^{ten} October 1893.

Prinz Philipp v. u. z. Liechtenstein m. p.

K l a t t a u , am 20^{ten} October 1893.

Friedrich Prinz v. u. z. Liechtenstein m. p.

Fürst Karl Liechtenstein m. p.

Fürst Rudolf Liechtenstein m. p

3. November 1893.

W i e n , am 18. December 93.

Franz Prinz Liechtenstein m. p.

Alois Prinz Liechtenstein m. p.

W i e n , am 16. April 1894.

Eduard Prinz v. u. z. Liechtenstein m. p.

5. Gesetz vom 14. März 1895
(Publiziert LGBl. 1895 Nr. 1.)

GESETZ

**betreffend die hausgesetzlichen Bestimmungen über die
Eheschliessungen der Fürsten und Prinzen des fürstlichen Hauses.**

Wir Johann II. von Gottes Gnaden souveräner Fürst und Regierer des Hauses von und zu Liechtenstein etc. etc. etc. haben in Ausführung der zwischen den Agnaten Unseres fürstlichen Hauses vereinbarten Bestimmungen über die Vermählung der Fürsten und Prinzen unseres Hauses beschlossen, ein diesem Zwecke dienendes Familiengesetz zu errichten.

Wir verordnen daher:

Art. 1.

Der regierende Fürst bedarf zur Eingehung einer vollwirksamen Ehe keiner Einwilligung der Agnaten, die Einwilligung sämtlicher Agnaten ist jedoch in dem Falle erforderlich, als der regierende Fürst eine nicht standesgemässe Ehe einzugehen beabsichtigen sollte.

Art. 2.

Die Mitglieder des fürstlichen Hauses bedürfen zur Eingehung einer vollwirksamen Ehe der ausdrücklichen, vor der Eheschliessung einzuholenden Einwilligung des regierenden Fürsten, beziehungsweise — in hochdessen Verhinderung — seines nach der Landesverfassung berufenen Stellvertreters in Ausübung der Souveränitätsrechte.

Art. 3.

Als standesgemäss werden die Ehen mit Mitgliedern regierender oder ehemals reichsunmittelbarer Häuser und von Adelsfamilien, welche den gräflichen oder einen höheren Adelstitel führen und den Besitz des Adels mindestens seit der Regierung weiland Seiner Majestät Kaiser Maximilian des Ersten nachzuweisen imstande sind, angesehen werden.

Art. 4.

Eine Ehe, welche im Widerstreite mit diesen Bestimmungen eingegangen worden ist, überträgt auf die Gemahlin und die Kinder keine Rechte auf den Fürsten-, beziehungsweise Prinzen-Titel, fürstlichen Stand und Wappen.

Art. 5.

Dieses Familiengesetz soll durch die Aufnahme in das Landesgesetzblatt des Fürstentums Liechtenstein verbindlich Kraft erhalten.

Wien, den 14. März 1895.

Johann m.p.

Friedrich von Stellwag m.p.
Landesverweser.

6. Gesetz vom 10. Dezember 1902

(Publiziert LGBI. 1902 Nr. 2.)

GESETZ

**womit ein Nachtrag zu dem Gesetze vom 14. März 1895
betreffend die hausgesetzlichen Bestimmungen über die Eheschliessung
der Fürsten und Prinzen des fürstlichen Hauses erlassen wird.**

Wir Johann II. von Gottes Gnaden souveräner Fürst und Regierer des Hauses von und zu Liechtenstein etc. etc. etc. haben mit Rücksicht darauf, dass die Verhältnisse in dem Kaiserstaate Österreich eine gesetzliche Anerkennung der mit Gesetz vom 14. März 1895 für das Fürstentum Liechtenstein für verbindlich erklärten hausgesetzlichen Bestimmungen über die Eheschliessungen der Fürsten und Prinzen des fürstlichen Hauses derzeit nicht in sichere Aussicht nehmen lassen und zur Vermeidung jeder Gefahr einer Disparität zwischen der Succession in das Fürstentum Liechtenstein und jener in das in Österreich befindliche Primogenitur-Fideicommiss Nachstehendes verordnet:

Das Gesetz vom 14. März 1895 betreffend die hausgesetzlichen Bestimmungen über die Eheschliessungen der Fürsten und Prinzen des fürstlichen Hauses, wird hiemit bis zu dem Zeitpunkte ausser Kraft und Wirksamkeit für das Fürstentum Liechtenstein gesetzt, in welchem dasselbe im österreichischen Kaiserstaate beziehungsweise für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder des österreichischen Kaiserstaates gesetzliche Anerkennung und Geltung erlangt haben wird.

M e r a n, den 10. Dezember 1902.

Johann m/p.

C a r l v. I n d e r M a u r m/p.
fürstl. Cabinettsrat.

6a. Gesetz vom 8. Februar 1926
(Publiziert LGBI. 1926 Nr. 3)

GESETZ

**betreffend die Abänderung des fürstlichen Familien-Vertrages
vom 1. August 1842.**

Im Einvernehmen mit Meinem Landtage verfüge Ich Folgendes :

Im zweiten Absatze des Annexes II zum Familienvertrag Unseres fürstlichen Hauses vom 1. August 1842 werden die Ausschliessungsgründe von der Nachfolge in der Regierung Unseres fürstlichen Hauses aufgezählt. Gemäss den dortselbst enthaltenen Bestimmungen sind von solcher Sukzession auch diejenigen Mitglieder Unseres fürstlichen Hauses ausgeschlossen, «welche sich wider Standesgebühr, auch ohne Vorwissen und Einwilligung des Regierers Unseres fürstlichen Hauses und anderer Agnaten verheiraten.»

Ich finde Mich bestimmt, zu verfügen, dass die obgenannte Bestimmung durch nachfolgenden Zusatz ergänzt wird :

«In diesem Falle bleibt es dem Regierer Unseres fürstlichen Hauses überlassen, den Rang und Titel des betreffenden Familiengliedes, seiner Gemahlin und ihrer Deszendenz zu bestimmen.»

Ich beauftrage Meine Regierung, diese Ergänzung des Familienvertrages vom 1. August 1842 im Landesgesetzblatte zu veröffentlichen.

V a d u z, am 8. Februar 1926.

gez. **Johann**

gez. S c h ä d l e r
fürstl. Regierungschef

7. Kundmachung vom 15. März 1923

(Publiziert LGBl. 1923 Nr. 12).

KUNDMACHUNG.

Seine Durchlaucht der regierende Fürst haben nachstehendes Höchstes Handschreiben zu erlassen geruht:

Lieber Regierungschef Professor Schädler!

Unter Hinweis auf Artikel 3 der Verfassung finde Ich Mich bestimmt, Ihnen mitzuteilen, dass Meine beiden Neffen Ihre Durchlauchten die Prinzen Franz und Alois auf die Ihnen nach der Verfassung und Meinem Hausgesetze zukommenden Anwartschaften auf die Regierung Meines Fürstentumes verzichtet haben.

Hieraus folgt, dass nach dem Thronfolger, Seiner Durchlaucht dem Prinzen Franz, Meinem Bruder, der nächste Anwärter auf die Regierung Mein Grossneffe Seine Durchlaucht Prinz Franz Josef ist.

Ich beauftrage Sie, von Vorstehendem den Landtag in geeigneter Form in Kenntnis zu setzen.

F e l d s b e r g, am 15. März 1923.

gez. **Johann.**

gez. S c h ä d l e r ,
fürstl. Regierungschef

Fürstliche Regierung

V a d u z, am 29. Mai 1923.

gez. **Schädler.**

8. Höchstes Handschreiben vom 10. März 1926

(Publiziert LGBl. 1926 Nr. 9).

HÖCHSTES HANDSCHREIBEN

vom 10. März 1926

betreffend die Titelführung durch die aus der Ehe Seiner Durchlaucht des Herrn Prinzen Ferdinand von und zu Liechtenstein mit Ihrer Durchlaucht Prinzessin Shelagh von und zu Liechtenstein geb. Brunner, stammende Nachkommenschaft.

An die

Regierung des Fürstentums Liechtenstein

in

Vaduz.

Auf Grund des Gesetzes vom 8. Februar 1926 Nr. 3 betreffend die Abänderung des fürstlichen Familienvertrages vom 1. August 1842 finde Ich Mich bestimmt zu verfügen, dass die aus der Ehe Seiner Durchlaucht des Herrn Prinzen Ferdinand von und zu Liechtenstein mit Ihrer Durchlaucht Prinzessin Shelagh, geborene Brunner, Tochter des Mister Roscoe Brunner in Belmont Hall, Northwich, England herstammenden Deszendenten den Titel: **G r a f e n u n d G r ä f i n n e n v o n R i e t b e r g** zu führen haben.

Ich beauftrage Meine Regierung, diese Verfügung im Landesgesetzblatte zu veröffentlichen.

V a d u z , am 10. März 1926.

gez. **Johann.**

gez. S c h ä d l e r
fürstlicher Regierungschef

9. Höchstes Handschreiben vom 20. Februar 1932

(Publiziert LGBI. 1932 Nr. 12).

HÖCHSTES HANDSCHREIBEN

vom 20. Februar 1932

betreffend die Titelführung durch die aus der Ehe Seiner Durchlaucht des Herrn Prinzen Johannes von und zu Liechtenstein mit Ihrer Durchlaucht Prinzessin Aleene von und zu Liechtenstein geb. Mac Farland stammende Nachkommenschaft.

An die

Regierung des Fürstentums Liechtenstein

in

Vaduz.

Auf Grund des Gesetzes vom 8. Februar 1926 Nr. 3 betreffend die Abänderung des fürstlichen Familienvertrages vom 1. August 1842 finde Ich Mich bestimmt zu verfügen, dass die aus der Ehe Seiner Durchlaucht des Herrn Prinzen Johannes von und zu Liechtenstein mit Ihrer Durchlaucht Prinzessin Aleene, geborene Mac Farland, Tochter des in Parker County Texas wohnhaft gewesenen, verstorbenen Mister Charles Mac Farland, zu gewärtigende Descendenz den Titel: **G r a f e n** und **G r ä f i n n e n v o n S c h e l l e n b e r g** zu führen haben wird.

Ich beauftrage Meine Regierung, diese Verfügung im Landesgesetzblatte zu veröffentlichen.

V a d u z , am 20. Februar 1932.

gez. **Franz**

gez. **Dr. Hoop**
fürstl. Regierungschef.

10. Höchstes Handschreiben vom 21. September 1950.

(Publiziert LGBL 1950 Nr. 26).

HÖCHSTES HANDSCHREIBEN

vom 21. September 1950

betreffend die Titelführung Seiner Durchlaucht des Herrn Prinzen Wilhelm von und zu Liechtenstein und der aus der Ehe mit Emma Baronesse von Gutsmannsthal stammenden Nachkommenschaft.

An die

Regierung des Fürstentums Liechtenstein

V a d u z

Im Hinblick auf die Bestimmungen des Gesetzes vom 8. Februar 1926, LGBL. Nr. 3/1926 betreffend die Abänderung des fürstlichen Familienvertrages vom 1. August 1842 hat Mein Cousin, Seine Durchlaucht Prinz Wilhelm von Liechtenstein mit Erklärung vom 11. Juli 1950 für sich und seine eventl. Deszendenz auf Namen und

Titel eines Prinzen von Liechtenstein und auf alle hiemit verbundenen Rechte verzichtet. Ich habe Mich bestimmt gefunden, ihm und seiner eventl. ehelichen Deszendenz mit Entschliessung vom gleichen Tage den Rang, Namen und Titel eines Grafen von **H o h e n a u** zu verleihen.

Ich beauftrage Meine Regierung, diese Verfügung im Landesgesetzblatt zu veröffentlichen.

V a d u z, den 21. September 1950.

gez. **Franz Josef**

gez. **F. Nigg,**
Regierungschefstellvertreter.

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

- Adler = Jahrbuch der Heraldisch-Genealogischen Gesellschaft «Adler», Wien
FRA = Fontes rerum Austriacarum
HALV = Hausarchiv des regierenden Fürsten von Liechtenstein, Schloss Vaduz
JBL = Jahrbuch des Historischen Vereins für das Fürstentum Liechtenstein, Bd. 1 ff., Vaduz 1901 ff.
JBLN = Jahrbuch für Landeskunde von Niederösterreich, Neue Folge
LGBI = Liechtensteinisches Landesgesetzblatt, 1862 ff.
MIöG = Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung
ULSV = Urkundensammlung des regierenden Fürsten von Liechtenstein, Schloss Vaduz

QUELLENVERZEICHNIS

I. Ungedruckte Quellen

- HALV Hausarchiv des regierenden Fürsten von Liechtenstein, Schloss Vaduz.
Diverse Kartons
USLV Urkundensammlung des regierenden Fürsten von Liechtenstein, Schloss Vaduz.
Chronologisch geordnet, ohne Signatur.

II. Gedruckte Quellen

- Näf Die deutsche Bundesakte und der schweizerische Bundesvertrag von 1815. (Heft 26 der Quellen zur neueren Geschichte, hrsg. von Ernst Walder). Bearbeitet von Werner Näf. Bern und Frankfurt/M. 1974
Jenne Documenta Liechtensteiniana. Cura Alfredi principis a Liechtenstein. Edidit Rud. Jenne. Wien (Privatdruck o. J. und ohne Paginierung).
Schulze Hermann Johann Friedrich Schulze: Die Hausgesetze der regierenden deutschen Fürstenhäuser. 3 Bände. Jena 1862 — 1883
Schwind-Dopsch Ernst Freiherr von Schwind, Alfons Dopsch (Hrsg.): Ausgewählte Urkunden zur Verfassungsgeschichte der deutsch-österreichischen Erblande im Mittelalter. Neudruck der Ausgabe Innsbruck 1895. Aalen 1968
Walder Das Ende des Alten Reiches. (Band 10 der Quellen zur neueren Geschichte, hrsg. von Ernst Walder). Bearbeitet von Ernst Walder. Bern und Frankfurt/M. 1975

LITERATURVERZEICHNIS

- Beseler** Georg Beseler: Die Lehre von den Erbverträgen. 2 Teile. Göttingen 1835 — 1840
- Bruckmüller** Ernst Bruckmüller: Herr und Herrschaft. Beiträge zur Entstehung des Herrenstandes von Niederösterreich. Diss. phil. (masch.). Wien 1968
- Burckhardt** Carl J. Burckhardt: Richelieu. Bd. 2: Behauptung der Macht und kalter Krieg. München 1965
- Conrad** Hermann Conrad: Deutsche Rechtsgeschichte. Bd. 1: Frühzeit und Mittelalter. Karlsruhe 1962. Bd. 2: Neuzeit bis 1806. Karlsruhe 1966
- Dopsch** Alfons Dopsch: Die staatsrechtliche Stellung der Ministerialen in Österreich. In: MIöG, 39. Band, 1922, S. 238 ff.
- Dungern** Otto Frhr. von Dungern: Glossen zum öffentlichen Recht. I.: Glossen Grenzen des Fürstenrechts. München und Leipzig 1906
- Dungern** Otto Frhr. von Dungern: Der Herrenstand im Mittelalter. Eine sozialpolitische und rechtsgeschichtliche Untersuchung. Papiermühle 1908
- Erler/Kaufmann** Adalbert Erler und Ekkehard Kaufmann (Hrsg.): Handwörterbuch zur Deutschen Rechtsgeschichte. I. Band. Berlin 1964
- Falke** Jacob von Falke: Geschichte des fürstlichen Hauses Liechtenstein. 3 Bände. Wien 1868 — 1882
- Geiger** Peter Geiger: Geschichte des Fürstentums Liechtenstein 1848 bis 1866. JBL 70 (1970), S. 5 ff.
- Görlich** Ernst Joseph Görlich: Grundzüge der Geschichte der Habsburgermonarchie und Österreichs. Darmstadt 1970
- Gutkas** Karl Gutkas: Geschichte des Landes Niederösterreich. 3 Teile (Teile 1 und 2: 2. Auflage, Teil 3: 1. Auflage). O.J.
- Heffter** August Wilhelm Heffter: Die Sonderrechte der souveränen und der mediatisierten vormals reichsständischen Häuser Deutschlands. Berlin 1871
- Hirsch** Hans Hirsch: Das unechte Diplom Konrads III. für die Herren von Kranichberg und seine erste Vorlage. In: JBLN, 26. Jahrgang 1(1936), S. 247 ff.
- Hübner** Rudolf Hübner: Grundzüge des deutschen Privatrechts. Neudruck der 5. Auflage. Leipzig 1930. Aalen 1969
- In der Maur** Karl von In der Maur: Die Gründung des Fürstentums Liechtenstein. In: JBL 1 (1901), S. 5 ff.
- Klank** Wilhelm Klank: Die Entwicklung des Grundsatzes der Unteilbarkeit und Primogenitur im Kurfürstentum Brandenburg. Diss. iur. Erlangen 1908

Kleinwächter	Friedrich F. G. Kleinwächter: Die neueste Rechtsentwicklung im Fürstentum Liechtenstein. In: Zeitschrift für Schweizerisches Recht. Neue Folge 42. Band (1923). S. 356 ff.
Liechtenstein	Franz Josef Fürst von und zu Liechtenstein: Meine Familie in Mähren-Schlesien. Sonderdruck aus: «Mährisch-Schlesische Heimat» Heft 2 (1965). O. J.
Mitscha-Märheim	Herbert Mitscha-Märheim: Zur Geschichte der älteren Liechtensteiner und ihres Besitzes in Niederösterreich. In: Adler, Jahrgang 1971/73, 3. Folge, Band 8, S. 19 ff.
Mitterauer	Michael Mitterauer: Formen adliger Herrschaftsbildung im hochmittelalterlichen Österreich. Zur Frage der «autogenen Hoheitsrechte». In: MIOG, 80. Band, 1972, S. 265 ff.
Mitteis-Lieberich	Heinrich Mitteis: Deutsches Privatrecht. Ein Studienbuch. Neubearbeitet von Heinz Lieberich. 5., durchgesehene und ergänzte Auflage. München 1968
Moser	Johann Jacob Moser: Teutsches Staats-Recht. 50 Theile. Leipzig und Ebersdorf im Vogtland 1744 — 1746
Ospelt	Joseph Ospelt: Zur Liechtensteinischen Verfassungsgeschichte. JBL 37 (1937).
Pappermann	Ernst Pappermann: Die Regierung des Fürstentums Liechtenstein. Diss. Bigge/Ruhr 1967
Planitz/Eckhardt	Hans Planitz: Deutsche Rechtsgeschichte. Von der zweiten Auflage an bearbeitet von Karl August Eckhardt. 3., ergänzte Auflage. Graz-Köln 1971
Pölit	K. H. L. Pölit: Der Rheinbund. Leipzig 1811
Quaderer	Rupert Quaderer: Politische Geschichte des Fürstentums Liechtenstein von 1815 bis 1848. In: JBL 69 (1969), S. 5 ff.
Raton	Pierre Raton: Liechtenstein, Staat und Geschichte. Vaduz 1969
Rauh	Rudolf Rauh: Das Hausrecht der Reichserbtruchsessen Fürsten von Waldburg. 2 Bände. Kempten 1971 — 1972
Rehm	Hermann Rehm: Modernes Fürstenrecht. München 1904
Schädler	Emil Schädler: Franz Josef II. regierender Fürst von und zu Liechtenstein. Vaduz o. J.
Schöner	Barbara Susanne Schöner: Die rechtliche Stellung der Frauen des Hauses Hohenlohe. Diss.iur. Tübingen 1963
Scholly	Karl Scholly: Das Autonomierecht des hohen Adels in seiner Entwicklung seit der Aufhebung des älteren Deutschen Reiches. Diss. iur. München 1894
Schulze	Hermann Schulze: Das Erb- und Familienrecht der deutschen Dynastien des Mittelalters. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Fürstenrechts. Halle 1871
Erb- und Familienrecht	

- Schulze**
Erstgeburt Hermann Johann Friedrich Schulze: Das Recht der Erstgeburt in den deutschen Fürstenhäusern und seine Bedeutung für die deutsche Staatsentwicklung. Leipzig 1851
- Schulze**
Fürstenrecht Das deutsche Fürstenrecht in seiner geschichtlichen Entwicklung und gegenwärtigen Bedeutung. Anhang zur 5. Auflage der von Holtzendorff'schen Encyclopädie der Rechtswissenschaft. Leipzig 1890
- Schulze**
Haus-
verfassung Hermann Schulze: Geschichtliche Entwicklung der fürstlichen Hausverfassung im deutschen Mittelalter. In: Zeitschrift für Rechtsgeschichte, 7. Band, Weimar 1868, S. 323 ff.
- Seeger**
JBL 58 Otto Seeger: Von Hohenems zu Liechtenstein. Der Übergang der Herrschaft Schellenberg und der Grafschaft Vaduz von den Grafen zu Hohenems zu den Fürsten von Liechtenstein. JBL 58 (1958), S. 91 ff.
- Seeger**
JBL 68 Otto Seeger: 250 Jahre Fürstentum Liechtenstein. JBL 68 (1968), S. 5 ff.
- Steger** Gregor Steger: Fürst und Landtag nach liechtensteinischem Recht. Diss. iur. Freiburg i. Ue. 1950
- Stekl** Hannes Stekl: Österreichs Aristokratie im Vormärz. Herrschaftsstil und Lebensformen der Fürstenhäuser Liechtenstein und Schwarzenberg. Wien 1973
- Ulshöfer**
Zollern Wolfram Ulshöfer: Das Hausrecht der Grafen von Zollern. Diss. iur. Sigmaringen 1969
- Ulshöfer**
Hohenlohe Fritz Ulshöfer: Die Hohenlohischen Hausverträge und Erbteilungen. Diss. iur. Tübingen 1960
- Wilhelm**
Stammtafeln Gustav Wilhelm: Stammtafel des fürstlichen Hauses von Liechtenstein. O. J.
- Wilhelm**
Geschichte Gustav Wilhelm: Zur ältesten Geschichte des Hauses Liechtenstein. In: «Adler» 3 (1954), 12 ff.

In obigem Verzeichnis nicht enthaltene, aber gelegentlich verwendete Literatur:

- Baumann** Franz Xaver: Hausgesetz und Staatsgesetz. Diss. iur. Erlangen 1906.
- Bohatta** Hans: Liechtensteinische Bibliographie. Vaduz JBL 10 (1910), 12 (1912), 13 (1913).
- Bornhak** Conrad: Deutsches Adelsrecht. Leipzig 1929.
- Eichhorn** Karl Friedrich: Deutsche Staats- und Rechtsgeschichte. 4 Bände. 5. Auflage Göttingen 1843/44.
- Feger** Alfons: Johann II. Fürst von Liechtenstein. Vaduz JBL 28 (1928).

Gierke Otto von: Das deutsche Genossenschaftsrecht. 4 Bände. Unveränderter, photomech. Nachdruck der 1. Ausgabe. Darmstadt 1954.

Göhrum Chr. G.: Geschichtliche Darstellung der Lehre von der Ebenbürtigkeit nach gemeinem deutschem Rechte, mit besonderer Rücksicht auf die Entwicklung der Geburtsstände und den Rechtsbegriff des hohen Adels in Deutschland. 2 Bände. Tübingen 1846.

Gollwitzer Heinz: Die Standesherrn. Ein Beitrag zur deutschen Sozialgeschichte. 2., durchgesehene und ergänzte Auflage. Göttingen 1964.

Gritzner Maximilian: Standes-Erhebungen und Gnaden-Acte Deutscher Landesfürsten während der letzten drei Jahrhunderte. 2 Bände. Görlitz 1879 — 1881.

Heilborn Otto: Die Familillen des hohen Adels sind Korporationen. Diss. iur. Breslau 1899.

Handwörterbuch der Rechtswissenschaft. Hrsg. v. Fritz Stier-Somlo und Alexander Elster. Berlin und Leipzig 1926.

In der Maur Karl von: Feldmarschall Johann Fürst von Liechtenstein und seine Regierungszeit im Fürstentum. Vaduz JBL 5 (1905).

Kaiser Peter: Geschichte des Fürstenthums Liechtenstein nebst Schilderungen aus Churrätiens Vorzeit. 2., verbesserte Auflage, besorgt von Johann Baptist Büchel. Vaduz 1923.

Kohler J. C.: Handbuch des deutschen Privatfürstenrechtes der vormals reichständischen, jetzt mittelbaren Fürsten und Grafen. Sulzbach 1832.

Lade Karl: Staatsverfassung, Fürstenrecht und Hausvermögen. Diss. iur. Marburg 1910.

Malin Georg: Die politische Geschichte des Fürstentums Liechtenstein in den Jahren 1800 — 1815. Diss. Freiburg/i. Ue. Vaduz JBL 53 (1953).

Maurenbrecher Romeo: Die deutschen regierenden Fürsten und die Souveränität. Frankfurt am Main 1839.

Pütter Johann Stephan: Beyträge zum Teutschen Staats und Fürstenrechte. 2 Teile. Göttingen 1777 — 1779.

Derselbe: Primae lineae iuris privati principum speciatim Germaniae. Göttingen 1768.

Schalk Karl: Die niederösterreichischen weltlichen Stände des 15. Jahrhunderts nach ihren specifischen Eigentumsformen. MIOG, II. Ergänzungsband, Innsbruck 1888. S. 421 ff.

Schmidt Friedrich Christian: Beyträge zum deutschen Territorial-Staats- und Privat-Fürstenrechte. Nürnberg 1790.

Seger Otto: Überblick über die liechtensteinische Geschichte. 2. Auflage 1965.

Vansca Max: Geschichte Nieder- und Oberösterreichs. 1. Band Gotha 1905, 2. Band Stuttgart und Gotha 1927.

Wilhelm Gustav: Die Fürsten von Liechtenstein und ihre Beziehungen zu Kunst und Wissenschaft. Sonderdruck aus dem Jahrbuch der Liechtensteinischen Kunstgesellschaft. Schaan 1976.

LEBENS LAUF

Geboren am 2. 10. 1944 und aufgewachsen in Zürich besuchte ich ebenda auch die Volksschule (6 Jahre Primar-, 3 Jahre Sekundarschule). Von 1960 bis 1963 absolvierte ich eine Lehre als Physiklaborant und arbeitete in der Folge einige Zeit im angestammten Beruf, bereitete mich daneben aber an einem Ferngymnasium auf die Maturaprüfung vor. Im Herbst 1967 erwarb ich das eidgenössische Maturazeugnis Typ B. Von da an bis Herbst 1971 (unterbrochen von zahlreichen längeren Militärdiensten) studierte ich an der Universität Zürich die Rechte, welches Studium ich am 27. 11. 1971 mit dem Lizentiat abschloss. Seit März 1972 stehe ich im zürcherischen Staatsdienst (Steueramt). Zum Dr. iur. wurde ich am 8. 11. 1978 promoviert.

